



## Gespaltene Erinnerung?

Diktatur und Demokratie an Gedenkorten und Museen in Baden-Württemberg



Landeszentrale  
für politische Bildung  
Baden-Württemberg

Lautenschlagerstraße 20  
70173 Stuttgart  
Tel. 0711-164099-0, Fax – 77  
lpb@lpb-bw.de www.lpb-bw.de

### **Die Landeszentrale für politische Bildung**

- ist eine überparteiliche Einrichtung des Landes Baden-Württemberg
- will für die Demokratie begeistern
- hilft zur eigenen Meinung
- befähigt zur Mitwirkung
- veranstaltet Seminare, Tagungen, Vorträge, Studienreisen, Symposien, Ausstellungen, Politische Tage
- veröffentlicht Bücher, Broschüren und Zeitschriften und bietet didaktisch-methodische Arbeitshilfen und Spiele an
- betreibt als Tagungszentrum das „Haus auf der Alb“ in Bad Urach
- und LpB-Shops in Stuttgart und in den Außenstellen Freiburg und Heidelberg

### **Impressum**

Die Dokumentation der Tagung „Gesplante Erinnerung?“ im LpB-Tagungszentrum Haus auf der Alb in Bad Urach wird von der Landeszentrale für politische Bildung Baden-Württemberg herausgegeben und in Kooperation mit den Gedenkstätten im Land erstellt.

### **Herausgeber**

Lothar Frick, Direktor

### **Redaktion**

Sibylle Thelen, Fachbereich Gedenkstättenarbeit,  
unter Mitarbeit von Kathrin Bauer

### **Redaktionsadresse**

Landeszentrale für politische Bildung Baden-Württemberg (LpB)  
Fachbereich Gedenkstättenarbeit  
Lautenschlagerstraße 20  
70173 Stuttgart  
www.gedenkstaetten-bw.de  
Download des Leitfadens:  
<http://www.gedenkstaetten-bw.de/publikationen0.html>

### **Umschlagfoto**

picture alliance/imageBROKER

### **Gestaltung, Layout, Satz**

Lucia Winckler, feuille-blanche, Kusterdingen

### **Druck**

Druckerei Mack, Schönaich

Alle Rechte vorbehalten.  
Abgabe gegen Schutzgebühr.  
1. Auflage, Stuttgart 2019

ISBN 978-3-945414-57-6

# Gespaltene Erinnerung?

## Diktatur und Demokratie an Gedenkorten und Museen in Baden-Württemberg – Dokumentation eines Austauschs

### Inhalt

---

<b>Vorwort</b>	3
<b>Einführung</b>	4

---

### Vorträge

#### **Sektion 1: Bestandsaufnahme**

Nicola Wenge: Gedenkstätten in Baden-Württemberg: Ihre Entstehung und ihre Aufgabenvielfalt heute	7
Thomas Hertfelder: Das Unbehagen an der Erinnerungskultur. Rekonstruktion und Kritik einer Debatte	15
Martin Sabrow: Dunkle und helle Erinnerung. Wohin treibt die Erinnerungskultur?	23

#### **Sektion 2: Erinnern am authentischen Ort**

Heinz Högerle: Was leistet die Aura des Authentischen in der alltäglichen Arbeit? Aus Sicht von Gedenkstätten für Opfer des Nationalsozialismus	29
Björn Schumacher: Was leistet die Aura des Authentischen in der alltäglichen Arbeit? Aus Sicht der Erinnerungsstätte für die Freiheitsbewegungen in der deutschen Geschichte	34

#### **Sektion 3: Täter und Opfer, Märtyrer und Helden – Rollen im Gedächtnistheater**

Martin Ulmer: Opferbilder und Opferbiographien. Am Beispiel einzelner Gedenkstätten für Opfer des Nationalsozialismus	39
Thomas Stöckle: Täterbilder und Täterbiographien. Am Beispiel der Gedenkstätte Grafeneck für die Opfer der NS-„Euthanasie“	45
Christopher Dowe: Demokraten als Akteure, als Helden, als Märtyrer? Am Beispiel der Erinnerungsstätte Matthias Erzberger	50

#### **Sektion 4: Demokratie, Diktatur und Völkermord**

Andrea Hoffend: Ein Demokratie-Lernort auf dem Areal eines frühen Konzentrationslagers? Das Projekt Lernort Kislau	55
Caroline Gritschke: Partizipationsgeschichte: Demokratie und Diktatur im Haus der Geschichte Baden-Württemberg	60
Gudrun Kruij: „Demokratie ist nie bequem.“ Die Darstellung von Demokratie und Diktatur im Theodor-Heuss-Haus	65

#### **Sektion 5: Vermittlungsarbeit am historischen Ort**

Dorothee Roos: Menschenrechtsbildung. Am Beispiel der KZ-Gedenkstätte Neckarelz	73
Walter Mühlhausen: Demokratieverziehung im Museum. Das Friedrich-Ebert-Haus in Heidelberg	79

---

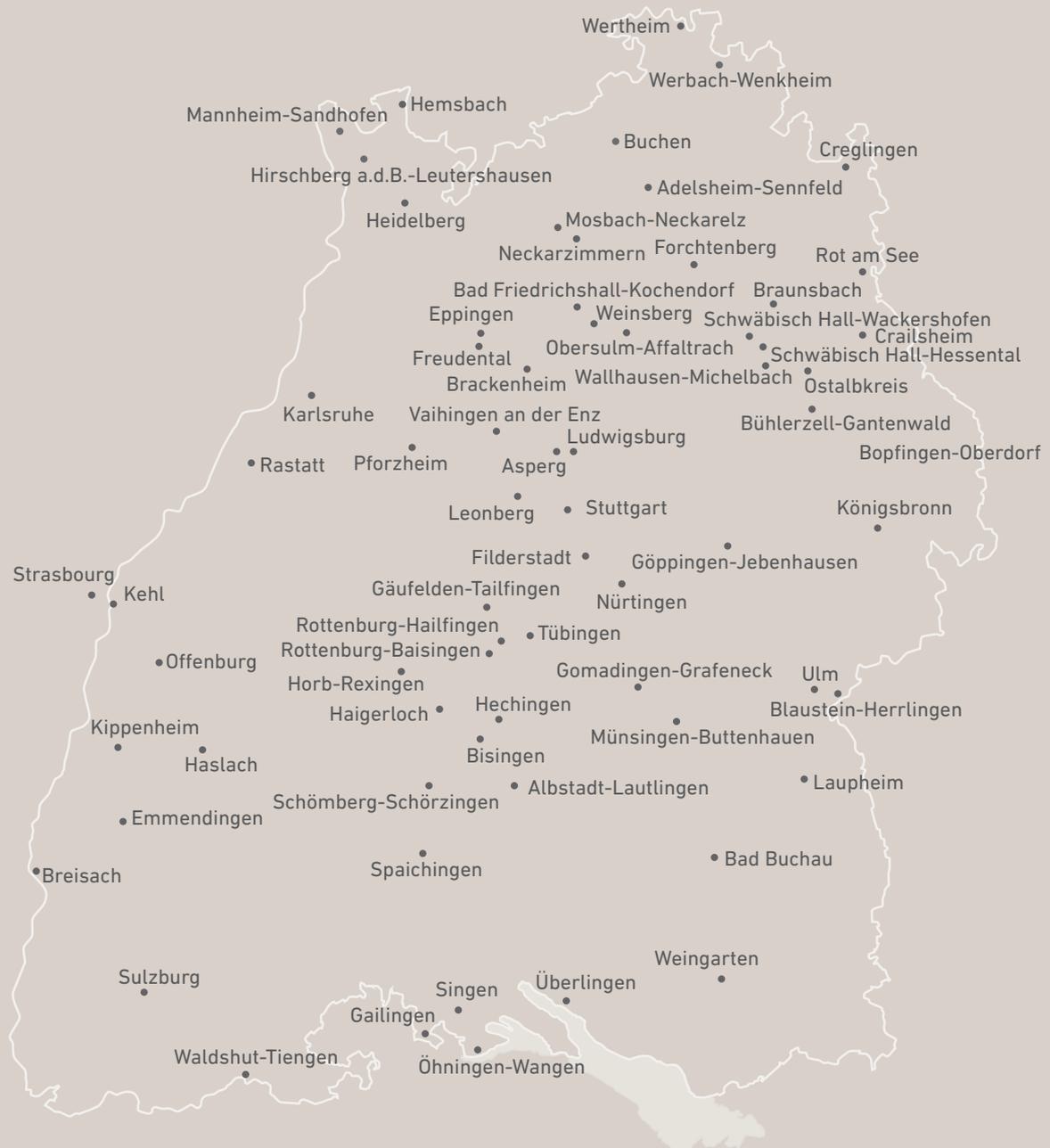
### Anhang

Die Präambel der Landesarbeitsgemeinschaft der Gedenkstätten und Gedenkstätteninitiativen in Baden-Württemberg	87
Hambacher Manifest zur Demokratieggeschichte der Arbeitsgemeinschaft „Orte der Demokratieggeschichte“	87

#### **Literaturhinweise**

Veröffentlichungen der LpB	89
----------------------------	----

# Gedenk- und Erinnerungsstätten in Baden-Württemberg



## Vorwort

In den vergangenen zwei, drei Jahrzehnten hat sich in der Bundesrepublik Deutschland eine gesellschaftlich breit verankerte Erinnerungskultur herausgebildet, auch in Baden-Württemberg. „Gedenk- und Erinnerungsstätten sind Teil unserer politischen Kultur“, so heißt es in der 2010 einstimmig vom Landtag von Baden-Württemberg verabschiedeten Konzeption „Kultur 2020“. Eine vielfältige, dezentrale und weithin ehrenamtliche Gedenkstättenlandschaft prägt die Erinnerungskultur im Land. Etwa siebzig Gedenkstätten in zivilgesellschaftlicher oder kommunaler Trägerschaft halten die Verbrechen der Nationalsozialisten im Bewusstsein. Zugleich ist Baden-Württemberg mit seinen zahlreichen Erinnerungsstätten der Demokratiegeschichte ein Schwerpunkt des Erinnerns an Demokratie in Deutschland.

Doch wie verhalten sich „negatives Gedächtnis“ (Reinhard Koselleck) und „positive Erinnerung“ (Martin Sabrow) zueinander? Diese Frage stand nicht nur am Ausgangspunkt der Tagung „Gespaltene Erinnerung? Diktatur und Demokratie an Gedenkorten und Museen in Baden-Württemberg“, zu der die Landeszentrale für politische Bildung Baden-Württemberg im März 2018 gemeinsam mit der Stiftung Bundespräsident-Theodor-Heuss-Haus und der Landesarbeitsgemeinschaft der Gedenkstätten und Gedenkstätteninitiativen geladen hatte. Die Frage liegt nun auch dieser Dokumentation zugrunde, die alle Vorträge der Tagung im LpB-Tagungszentrum Haus auf der Alb in Bad Urach bündelt und um Grundsatztexte und Literaturhinweise ergänzt.

Gespaltene Erinnerung? Der provokante, zur Selbstverortung anregende Titel verweist zugleich auf den besonderen Charakter der Begegnung. Erstmals kamen Vertreterinnen und Vertreter der unterschiedlichen Gedenkorte im Land zu einem Austausch der Blickwinkel, Forschungsansätze und Vermittlungskonzepte zusammen. Nach einer gründlichen Bestandsaufnahme der Entstehungs- und Entwicklungsgeschichte von Gedenkstätten für die Opfer der NS-Diktatur einerseits und Erinnerungsstätten der Demokratiegeschichte andererseits diskutierten die Aktiven aktuelle Entwicklungen und befassten sich mit Schwerpunkten ihrer Arbeit.

Die Dokumentation hält die Ergebnisse dieser wechselseitigen Annäherung fest. Dabei werden bedenkenswerte Gemeinsamkeiten sichtbar. Das gilt für den Umgang mit dem authentischen Ort, der allen Überformungen zum Trotz „lesbar“ gemacht werden will. Und das gilt für die komplexe Erarbeitung von Biographien, die an den unterschiedlichen Orten zwar längst detailliert und differenziert erforscht werden, aber dennoch immer wieder einer zeitspezifischen Betrachtung unterliegen. Personen sind Projektionsflächen in der Auseinandersetzung mit der Vergangenheit. Dieser Ambivalenz im Spannungsfeld von historischer Aufarbeitung und aktueller Debatte können sich weder Gedenkstätten noch Erinnerungsstätten entziehen.

Anders als Erinnerungsstätten sind und bleiben Gedenkstätten einzigartige Orte, die Raum für die Trauer um den

Verlust von Menschen und Menschenrechten geben. Doch sie alle verstehen sich zugleich als vielseitige Einrichtungen, die sich sowohl der Forschung und Dokumentation als auch der Bildungsarbeit verpflichtet sehen – auch das zeigt die Dokumentation. Der werteorientierte Auftrag in der Vermittlungsarbeit leitet sich vom jeweiligen geschichtlichen Kontext ab. Hier wie dort wird die Zerbrechlichkeit von Demokratie thematisiert, wenn auch mit unterschiedlichen Vorzeichen: an Gedenkstätten mit Fokus auf ihre Zerstörung und Zerschlagung, an Erinnerungsstätten mit Fokus auf ihre Bedrohung durch Rückschläge, Brüche und Katastrophen.

Die wechselseitige Annäherung in dieser Dokumentation vermittelt ein informatives, vielschichtiges Bild der Erinnerungslandschaft in Baden-Württemberg. Ihr instruktiv-aufklärerischer und zugleich sinnlich erfahrbare Beitrag zur historisch-politischen Bildungsarbeit wird deutlich. Die Teilnehmenden nutzten die Tagung darüber hinaus zur selbstkritischen Betrachtung ihrer Arbeit auf dem weiten Feld der Erinnerungskultur. Dabei half der Blick von außen, gewissermaßen von einem Standort jenseits der Landesgrenze: Der Historiker Prof. Dr. Martin Sabrow, Direktor des Zentrums für Zeithistorische Forschung in Potsdam, würdigte die Erfolge der Aufarbeitung und sprach dennoch auf unverbrämte Weise schwierige Entwicklungen an. Auch dieser Vortrag, der die Debatte in Bad Urach befeuerte, findet sich in unserer Dokumentation.

Die Landeszentrale für politische Bildung dankt allen Referentinnen und Referenten der Tagung herzlich dafür, dass sie ihren Vortrag in schriftlicher Form zur Verfügung gestellt haben. Ebenso herzlich sei dem Geschäftsführer der Stiftung Bundespräsident-Theodor-Heuss-Haus Dr. Thomas Hertfelder und seinem Team für die fruchtbare Zusammenarbeit gedankt, ohne die weder die Tagung noch die Dokumentation möglich gewesen wäre. Gespaltene Erinnerung? Die Tagung hat, nicht nur mit Blick auf das Erinnerungsjahr 2019, gezeigt: Gedenkstätten und Erinnerungsstätten erzählen auf ihre Weise von den Brüchen und Katastrophen, aber auch von den Lernprozessen und Glücksmomenten unserer Geschichte. Das eine lässt sich ohne das andere nicht verstehen. In der Erinnerung gilt es, beides zu pflegen und zu bewahren. Diese keineswegs neue Erkenntnis will in der praktischen Arbeit immer wieder neu verstanden und umgesetzt werden. Grundlagen für den weiteren Austausch, für Begegnung und Kooperation sind gelegt.

Stuttgart, Dezember 2018

**Lothar Frick**  
Direktor

**Sibylle Thelen**  
Fachbereich Gedenkstättenarbeit

## Einführung

Der bemerkenswerte erinnerungspolitische Konsens, der sich in den vergangenen 25 Jahren in der Bundesrepublik herausgebildet hat, ist vielfach beschrieben worden: Die Verbrechen des nationalsozialistischen Deutschland sind spätestens seit der Jahrtausendwende ins Zentrum des öffentlichen Interesses an der Geschichte gerückt, während deren Aufarbeitung – einstmals das zivilgesellschaftliche Projekt einer staatskritischen Minderheit – gleichsam staatlich adoptiert und zum hochrangigen kulturpolitischen Ziel aufgerückt ist. Allein in Baden-Württemberg thematisieren mehr als siebenzig Gedenkstätten und Museen in kommunaler, staatlicher oder zivilgesellschaftlicher Regie die nationalsozialistischen Verbrechen. Viele davon beleuchten die Stationen der Vernichtung der europäischen Juden am lokalen Beispiel und verleihen dem abstrakten Begriff des Genozids die Anschaulichkeit des Konkreten. Sie bieten zudem Raum für Trauer, Empathie und historische Reflexion. Die Frage „Wie konnte es dazu kommen?“ in Verbindung mit dem Imperativ eines „Nie wieder!“ bilden die erkenntnis- wie handlungsleitende Richtschnur einer Gedenkstättenarbeit, deren Verdienste bis in die jüngste Zeit hinein unstrittig waren.

Dass sich die Bundesrepublik mittlerweile mit Nachdruck zu ihrer Verantwortung für die Massenverbrechen des „Dritten Reichs“ bekennt, die öffentliche Debatte darüber befördert und das „negative Gedächtnis“ (Reinhart Koselleck) auf vielfache Weise institutionalisiert, hat Volkhard Knigge bereits 2002 als „historisch gesehen neuartig, Vorbildlos und im internationalen Vergleich bisher weitgehend einzigartig“ bezeichnet.<sup>1</sup> Dieser Prozess hat der Bundesrepublik internationale Anerkennung (und einmal mehr den zweifelhaften Ruf eines „Modells für andere“) eingetragen; neuere Synthesen zur Geschichte der Bundesrepublik sehen in den Bemühungen um die Aufarbeitung einer doppelten Diktaturvergangenheit ein wesentliches Moment der „geglückten Demokratie“ (Edgar Wolfrum).

In jüngster Zeit wird jener erinnerungspolitische Konsens, der auch die Gedenkstättenarbeit in Baden-Württemberg prägt<sup>2</sup>, jedoch auf dreifacher Ebene, auf politischer, auf theoretischer und auf praktischer Ebene herausgefordert.

*Politisch* hat der thüringische AfD-Politiker Björn Höcke in seiner Dresdner Rede vom 17. Januar 2017 den Konsens öffentlich aufgekündigt und von einer „dämlichen Bewältigungspolitik“ gesprochen, die „uns heute noch lähmt“.<sup>3</sup> Sekundiert hat ihm die AfD-Fraktion des baden-württembergischen Landtags mit der Feststellung: „Eine einseitige Betonung der dunklen Geschichtskapitel bei gleichzeitiger Verdrängung unserer historischen Leistungen lehnen wir ab.“<sup>4</sup> Auch wenn die AfD etwa in ihrem Bundesprogramm – scheinbar harmlos – nur eine „erweiterte Geschichtsbeachtung“ einfordert,<sup>5</sup> deutet vieles darauf hin, dass maßgebliche Kräfte in der Partei eine erinnerungspolitische

Revision anstreben: in dieser Sicht soll die NS-Diktatur nur mehr als ein Thema unter vielen gelten und der öffentliche Geschichtsbezug vornehmlich dazu dienen, eine positiv gewendete, nationale Identität zu stiften und zu stärken. Dieses anachronistisch wirkende Ansinnen ist in öffentlichen Debatten entschieden zurückgewiesen worden.<sup>6</sup>

Doch abgesehen von den Thesen der neuen Rechten gehört ganz generell die Krise, in die sich westliche Demokratien in jüngster Zeit manövriert haben, zum politischen Kontext unseres Themas. Denn der beängstigende Legitimitätsschwund, den der demokratische Rechtsstaat und die parlamentarische Demokratie gegenwärtig erleiden, wirft eine Reihe teils altbekannter, teils brisanter Fragen neu auf, etwa: Was hat es mit der „Krise der Repräsentation“ auf sich? Wo liegt historisch gesehen die Legitimation des liberalen Rechtsstaats? Wer ist „das Volk“? Welche Relevanz hat eine von gegenseitigem Respekt und Toleranz getragene öffentliche Debatte für eine funktionierende Demokratie? Wer hat ein Interesse daran, diese Demokratie zu zerstören, und warum? Und vor allem: In welcher Demokra-



Wilfried Beege.

1847 Versammlungsort für Demokraten, dann Synagoge bis zur Verwüstung in der Pogromnacht 1938: Die Erinnerungsstätte im Salmen in Offenburg erzählt von Demokratie- und Diktaturgeschichte zugleich.

tie wollen wir leben? Solche Fragen fordern die klassische Gedenkstättenarbeit heraus, vor allem provozieren sie ein neues Nachdenken über die historischen Grundlagen unseres demokratischen Gemeinwesens.

Doch der erinnerungspolitische Konsens wird neuerdings auch auf *theoretischer* Ebene und durchaus ernsthaft in Frage gestellt. Die Rede ist von einem „Unbehagen an der Erinnerungskultur“<sup>7</sup>, das sich vornehmlich an den pseudopsychologischen Legitimationsmustern und den stereotypen Formen des Erinnerens, an der Fokussierung auf die Opfer und einem Kult des Authentischen entzündet. So spricht Ulrike Jureit, die schärfste Kritikerin des Konsenses, vom „rasenden Stillstand“ und einer „erinnerungspolitischen Sackgasse“, in die die Gedenkkultur der Bundesrepublik geraten sei.<sup>8</sup> Wie ist diese Fundamentalkritik im Licht der realen Gedenkstättenarbeit in Baden-Württemberg zu beurteilen?

Stimmt die These der Opferzentrierung? Welche Rolle spielen die Täter in der Arbeit der Gedenkstätten? Inwieweit und auf welche Weise werden die demokratische Vor- und Nachgeschichte des Nationalsozialismus einbezogen? Was hat es mit der Authentizität des Ortes und der Zeitzeugen auf sich? Geht es um Identitätsstiftung oder um Aufklärung? In welchen normativen Rahmen stellt sich heute die praktische Gedenkstättenarbeit?

Auch auf einer *praktischen* Ebene wird der erinnerungspolitische Konsens herausgefordert. Denn bereits vor dem Aufarbeitungsboom der 1990er Jahre hat die Bundesrepublik damit begonnen, an ausgewählte Perioden und Personen der deutschen Demokratiegeschichte zu erinnern und den Prozess der Institutionalisierung einer „positiven Erinnerung“ (Martin Sabrow) um die Jahrtausendwende weiter vorangetrieben.<sup>9</sup> So wird beispielsweise in der Erinnerungsstätte für die Freiheitsbewegungen der deutschen Geschichte in Rastatt, auf dem Schloss zu Hambach, im Bonner Haus der Geschichte der Bundesrepublik sowie in mittlerweile sechs Politikergedenkstätten des Bundes von der Geschichte der Demokratie in Deutschland und deren Protagonisten erzählt. Am 1. Juni 2017 haben 34 solcher Institutionen im Beisein von Kulturstaatsministerin Monika Grütters ein „Hambacher Manifest zur Demokratiegeschichte“ verabschiedet mit dem Ziel, die Wahrnehmung der Demokratiegeschichte lokal, regional und deutschlandweit zu fördern.<sup>10</sup> Mit der Erinnerungsstätte für die Freiheitsbewegungen in der deutschen Geschichte in Rastatt, dem Friedrich-Ebert-Haus in Heidelberg, dem Theodor Heuss Museum in Brackenheim, der Erinnerungsstätte Ständehaus in Karlsruhe, der Erinnerungsstätte im Salmen in Offenburg, dem Haus der Geschichte Baden-Württemberg in Stuttgart, dem Theodor-Heuss-Haus in Stuttgart sowie der Erinnerungsstätte Matthias Erzberger

in Münsingen-Buttenhausen bildet Baden-Württemberg sogar eine Art Epizentrum des Erinnerns an Demokratie in Deutschland.<sup>11</sup> Auch an diesen Befund knüpfen sich Fragen: Welche Demokraten und Perioden bzw. Bewegungen werden thematisiert – und warum? In welchem Modus wird die Geschichte der Demokratie erzählt? In welchem Verhältnis steht sie zur NS- und DDR-Erinnerung? Verhalten sich die unterschiedlichen Themen des Erinnerns komplementär zueinander, in Spannung oder gar in Konkurrenz?

Thesen und Entwicklungen wie die eben skizzierten geben zu denken. Die Landeszentrale für politische Bildung Baden-Württemberg und die Stiftung Bundespräsident-Theodor-Heuss-Haus haben daher Vertreterinnen und Vertreter unterschiedlicher Gedenkorte in Baden-Württemberg zum Austausch über diese Themen eingeladen – mit einem dreifachen Ziel: Zum einen sollten die oben angesprochenen Fragen aus der Sicht der Praxis der Gedenkstättenarbeit in Baden-Württemberg diskutiert werden. Zum anderen sollte diese Diskussion dazu beitragen, die Kontroverse über die Erinnerungskultur auf seriöse Weise weiter zu treiben, denn nicht nur die Zerstörung des Konsenses, sondern auch ein Zuviel an Konsens kann die Demokratie gefährden. Und last, not least sollte die Tagung dazu dienen, dass sich die Vertreterinnen und Vertreter beider Segmente der baden-württembergischen Gedenk-Szene kennenlernen, ihre unterschiedlichen Sichtweisen austauschen und auf diese Weise Perspektiven möglicher Zusammenarbeit ausloten.

#### **Thomas Hertfelder**

Stiftung Bundespräsident-Theodor-Heuss-Haus, Stuttgart

#### **Sibylle Thelen**

Landeszentrale für politische Bildung

<sup>1</sup> Volkhard Knigge: Statt eines Nachworts, in: Ders./Norbert Frei (Hrsg.): Verbrechen erinnern. Die Auseinandersetzung mit Holocaust und Völkermord, München 2002, S.423–440.

<sup>2</sup> In der vom Landtag von Baden-Württemberg 2010 einstimmig beschlossenen Konzeption „Kultur 2020. Kunstpolitik für Baden-Württemberg“ heißt es: „Gedenk- und Erinnerungsstätten sind Teil unserer politischen Kultur.“

<sup>3</sup> Wortlaut der Rede des thüringischen AfD-Fraktionsvorsitzenden Björn Höcke vom 17. Januar 2017 in Dresden: [www.tagesspiegel.de/politik/hoecke-rede-im-wortlaut-weizsaeckers-rede-zum-8-mai-1945-war-gegen-das-eigene-volk/19273518-3.html](http://www.tagesspiegel.de/politik/hoecke-rede-im-wortlaut-weizsaeckers-rede-zum-8-mai-1945-war-gegen-das-eigene-volk/19273518-3.html) (Zugriff: 16. Februar 2017).

<sup>4</sup> Pressemitteilung der AfD-Landtagsfraktion in Baden-Württemberg vom 23. Januar 2017: „Gedenkstätte Gurs. Wozu deutscher Erinnerungstourismus in die Pyrenäen?“.

<sup>5</sup> AfD-Grundsatzprogramm, 7.4 „Kultur und Kunst von Einflussnahme der Parteien befreien“: <https://www.afd.de/programm/lang-version/> (Zugriff 28. Juni 2017).

<sup>6</sup> Die Landesarbeitsgemeinschaft der Gedenkstätten und Gedenkstätteninitiativen in Baden-Württemberg (LAGG) ist dieser Initiative in einer Resolution vom 12. März 2017 entgegengetreten.

<sup>7</sup> Vgl. Ulrike Jureit/Christian Schneider/Margrit Frölich (Hrsg.): Das Unbehagen an der Erinnerung. Wandlungsprozesse im Gedenken,

Frankfurt 2012; Dana Giesecke/Harald Welzer: Das Menschenmögliche. Zur Renovierung der deutschen Erinnerungskultur, Hamburg 2012, S. 23; Aleida Assmann: Das neue Unbehagen an der Erinnerungskultur, München 2013; Günter Morsch: Das „neue Unbehagen an der Erinnerungskultur“ und die Politik mit der Erinnerung: zwei Seiten der gleichen Medaille, in: Zeitschrift für Geschichtswissenschaft 10 (2015), S. 829–848; Thomas Hertfelder: Opfer, Täter, Demokraten. Über das Unbehagen an der Erinnerungskultur und die neue Meistererzählung der Demokratie in Deutschland, in: Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte 65 (2017), S. 365–393.

<sup>8</sup> Ulrike Jureit: Opferidentifikation und Erlösungshoffnung. Beobachtungen im erinnerungspolitischen Rampenlicht, in: Dies./Christian Schneider (Hrsg.): Gefühlte Opfer. Illusionen der Vergangenheitsbewältigung, Stuttgart 2010, S. 17–103, hier S. 96.

<sup>9</sup> Vgl. Thomas Hertfelder/Ulrich Lappenküper/Jürgen Lillteicher (Hrsg.): Erinnern an Demokratie in Deutschland. Demokratiegeschichte in Museen und Erinnerungsstätten der Bundesrepublik, Göttingen 2016.

<sup>10</sup> [www.willy-brandt.de/fileadmin/stiftung/Downloads/Hambacher\\_Manifest\\_zur\\_Demokratiegeschichte\\_2017.pdf](http://www.willy-brandt.de/fileadmin/stiftung/Downloads/Hambacher_Manifest_zur_Demokratiegeschichte_2017.pdf); siehe auch Anhang dieser Publikation.

<sup>11</sup> Die Broschüre „Gedenkstätten in Baden-Württemberg“, 2012 von der LpB gemeinsam mit der LAGG in 5. aktualisierter Auflage herausgegeben, listet auch die Erinnerungsstätten der Demokratiegeschichte auf.

# Sektion 1:

## Bestandsaufnahme

Mit einer gründlichen Vermessung der Erinnerungslandschaft Baden-Württembergs, mit Begriffsklärungen, Bestandsaufnahmen und Standortüberprüfungen der historischen Stätten, begann die erste Sektion der Tagung.

DR. NICOLA WENGE (*Dokumentationszentrum Oberer Kuhberg Ulm*) untersuchte die Gründungs- und Entwicklungsgeschichten der Gedenkstätten für Opfer der NS-Diktatur einerseits und der Erinnerungsstätten für Demokratiegeschichte andererseits, um die provokante Frage nach der „gespaltenen Erinnerung“ mit einem differenzierten Nein zu beantworten: Bei allen Unterschieden erkennt sie doch viele Gemeinsamkeiten, etwa in der Bildungsarbeit, die Gegenwartsbezüge einbezieht.

DR. THOMAS HERTFELDER (*Stiftung Bundespräsident-Theodor-Heuss-Haus, Stuttgart*) setzte sich kritisch mit der Debatte über das „neue Unbehagen“ an der Erinnerungskultur auseinander. Was ist dran an den Klagen über „Opferidentifikation“ und „ritualisiertem Gedenken“? Er bettete seine Befunde in die durchaus wechselvolle Geschichte der Erinnerungskultur ein, wies Pauschalisierungen zurück und lud zugleich angesichts unübersehbarer Umbrüche zu einer selbstkritischen Debatte ein.

PROF. DR. MARTIN SABROW (*Zentrum für Zeithistorische Forschung, Potsdam*) nahm sich genau diese Umbrüche vor und fragte: „Wohin treibt die Erinnerungskultur?“ Die Ära der kritischen Aufarbeitung neige sich womöglich dem Ende zu, gab er zu Bedenken. Die weitere Entwicklung der Erinnerungskultur führe freilich nicht hinter die Anerkennung von historischer Schuld zurück, sondern über sie hinaus. Zur Begründung seiner Beobachtung listete er Phänomene sowohl der Begrenzung als auch der Entgrenzung des Geschichtskonsenses auf – und warnte vor allzu selbstgewissen Bestätigungen.

## Gedenkstätten in Baden-Württemberg: Ihre Entstehung und ihre Aufgabenvielfalt heute

Der Begriff „Gedenkstätte“ wird in der Forschungsliteratur und im allgemeinen Sprachgebrauch nicht einheitlich benutzt. Oft ist damit eine Engführung auf die Gedenkstätten für die Opfer nationalsozialistischer Gewalt verbunden: gemeint sind also Erinnerungsstätten an historischen Orten, die mit Ausstellungen und pädagogischen Angeboten über die dort begangenen Verbrechen aufklären und an jene Menschen erinnern, die in der Zeit des Nationalsozialismus an diesen Orten drangsaliert und ermordet wurden. Es gibt aber keine verbindliche lexikalische Begriffsbestimmung, die die Gedenkstätten von anderen Gedenkort mit teilweise ähnlichen Funktionen – wie Denk- oder Mahnmalen für die Opfer des Nationalsozialismus – unterscheidet.<sup>1</sup> Und es gibt Begriffsüberschneidungen zu Erinnerungsstätten mit anderen thematischen und epochalen Bezügen, etwa denen der Demokratiegeschichte, die errichtet wurden, um an einzelne Personen und Ereignisse, die für die Entwicklung von Freiheit und Demokratie bedeutsam waren, zu erinnern. So heißt das Friedrich-Ebert-Haus in Heidelberg offiziell Reichspräsident-Friedrich-Ebert-Gedenkstätte.<sup>2</sup>

Deshalb werden hier unter dem Begriff Gedenkstätte zunächst einmal pragmatisch weit gefasst alle Einrichtungen subsumiert, die in der Übersicht der Landeszentrale für politische Bildung Baden-Württemberg gelistet sind – das sind im Jahr 2018 mehr als siebenzig Gedenkstätten zur NS-Geschichte, acht Erinnerungsorte zur Demokratiegeschichte und ein Museum zur DDR-Geschichte.<sup>3</sup>

Laut der kulturpolitischen Konzeption des Landes Baden-Württemberg von 2010 verbinden diese achtzig Einrichtungen zahlreiche gemeinsame Aufgaben und Funktionen: „Sie sind Museen und Lernorte zur historisch-politischen Selbstvergewisserung unserer Gesellschaft. Sie erfüllen mit ihrer pädagogischen Arbeit in besonderer Weise aktive Geschichtsvermittlung und liefern einen wertvollen Beitrag zur Demokratieerziehung. Basis aller Gedenk- und Erinnerungsarbeit ist die wissenschaftliche Forschung und deren Dokumentation. Damit leisten die Gedenkstätten auch historische Grundlagenarbeit. Ihre Publikationen, Archivalien, Ausstellungen, Veröffentlichungen, Veranstaltungen und speziellen Bildungsangebote sind ein spezifischer Beitrag zur Geschichtsschreibung und zur historisch-politischen Bildungsarbeit.“<sup>4</sup>

Die Gedenkstätten für die Opfer des Nationalsozialismus haben sich 1995 zur besseren Erfüllung dieser Aufgaben sowie zur Förderung ihrer Zusammenarbeit in der Landesarbeitsgemeinschaft der Gedenkstätten und Gedenkstätteninitiativen zusammengeschlossen und sind untereinander eng vernetzt. Doch zwischen Erinnerungsstätten zur Demokratiegeschichte und den Gedenkstätten zur NS-Geschichte gibt es, so meine ich, noch viel Unkenntnis

und vergleichsweise wenige Kooperationen. Dies hängt, so meine These, zum Teil mit sehr unterschiedlichen Entstehungszusammenhängen und strukturellen Verfasstheiten zusammen, die sich aus diesen Entstehungskontexten ableiten. Dies liegt aber auch an unterschiedlichen Grundpositionierungen innerhalb der Erinnerungskultur. Während Gedenkstätten für die Opfer des Nationalsozialismus begangene bzw. zu verantwortende Verbrechen als Bezugspunkte haben und damit ein neues, im internationalen Vergleich einzigartiges „negatives Gedenken“ schufen, wie Volkhard Knigge es formulierte<sup>5</sup>, setzen Erinnerungsorte zur Demokratiegeschichte auf die Darstellung demokratischer Traditionslinien und erfolgreicher Diktaturüberwindungen, würdigen Ereignisse und Personen der Demokratie- und Freiheitsbewegungen, um sie als positive Erinnerungen im kollektiven Gedächtnis zu verankern und sollten deshalb, so ein Vorschlag von Martin Sabrow, als Orte „heller Erinnerung“ bezeichnet werden.<sup>6</sup>

Zu fragen ist jedoch, ob aus diesen divergenten Entstehungsgeschichten und Bezugspunkten eine so bipolare Gegenüberstellung abzuleiten ist, wie es etwa auch die aktuelle Debatte zum Unbehagen an der Erinnerungskultur vermuten lässt.<sup>7</sup> Zur Beantwortung dieser Frage soll zunächst auf die Genese der Gedenkstätten und Erinnerungsorte eingegangen werden, die eine solche Gegenüberstellung begründet. Der sich anschließende Überblick über die aktuelle Aufgabenvielfalt stellt die Gegenüberstellung dann zumindest partiell in Frage.

Nun bin ich selbst Leiterin eines Dokumentationszentrums zur NS-Geschichte und meine Perspektive ist durch meinen Kenntnis- und Erfahrungshorizont geprägt. Ich bin deshalb dankbar, wenn die Kolleginnen und Kollegen aus den Erinnerungsorten zur Demokratiegeschichte meine Ausführungen aus ihrer Perspektive ergänzen und modifizieren und sich dadurch im kollegialen Austausch ein umfassendes Bild ergibt.

### Die Entstehung von Gedenkstätten

Unmittelbar nach Kriegsende begann die Dokumentation der NS-Verbrechen in den großen Konzentrations- und Vernichtungslagern. In Bergen-Belsen und Auschwitz-Birkenau sicherten die Alliierten schon im Frühjahr 1945 Objekte und Dokumente und sammelten Berichte von Überlebenden, um den verbrecherischen Charakter des NS-Systems zu beweisen. Parallel dazu sollte die deutsche Bevölkerung in den Lagern mit den Verbrechen konfrontiert werden. Dazu wurden besonders erschreckende Zeugnisse zusammengestellt und an originalen Schauplätzen mit originalen Mitteln rekonstruiert. Auch Leichenstapel wurden

nachgebildet. Für viele der Überlebenden waren die Lager keine Museen, sondern Antimuseen mit Todesaura, wie es Ruth Klüger formulierte.<sup>8</sup> Zugleich Mahnmale und Orte der Trauer, die für die Überlebenden auch den Charakter von Martyriumstätten und Friedhöfen übernahmen.<sup>9</sup>

In Baden und Württemberg gab es kein großes Konzentrations- und Vernichtungslager und keine daraus entstehende Gedenkstätte, die diese Funktionen hätte übernehmen können. Doch auch im deutschen Südwesten waren die ersten Erinnerungsorte nach dem Ende des NS-Regimes Gräber für die KZ-Häftlinge, an meist von den Alliierten angeordneten Plätzen, und Denkmale auf jüdischen Friedhöfen, die Überlebende zwischen 1946 und 1948 zur Erinnerung an die Deportierten und Ermordeten hatten errichten lassen.<sup>10</sup>

Die erste Gedenkstunde in einem ehemaligen Konzentrationslager des Landes fand 1948 im Fort Oberer Kuhberg in Ulm statt, wo von 1933 bis 1935 politische Gegner des Nationalsozialismus inhaftiert waren. Die Gedenkveranstaltung wurde von der Lagergemeinschaft Heuberg-Kuhberg-Welzheim organisiert, die sich ebenfalls 1948 als Opferverband der württembergischen politisch Verfolgten gegründet hatte. Das KZ Oberer Kuhberg war ein Ort ihrer Verfolgung und Entrechtung, aber keine Hinrichtungsstätte und kein Friedhof. Eine Gedenkstätte entstand hier erst 1985, obwohl die Lagergemeinschaft bereits seit den 1960ern die Errichtung einer zentralen Landesgedenkstätte in Ulm gefordert hatte, zunächst ohne Chance auf Realisierung.<sup>11</sup>

Denn das Schweigen und Verdrängen der Mehrheitsgesellschaft ließ die ehemals Verfolgten in einem Klima der Gleichgültigkeit und Missachtung zurück. Weite Bevölkerungskreise reklamierten für sich, von den Verbrechen in der Zeit des Nationalsozialismus nichts gewusst zu haben und sahen sich zudem auch selbst als Opfer des Krieges. Während in den badischen und württembergischen Städten in den 1950er Jahren zahlreiche Gedenktafeln für gefallene Wehrmachtssoldaten, vertriebene Reichsdeutsche und zivile Bombenopfer geschaffen wurden, waren die Opfer der NS-Verbrechen aus dieser Form der Erinnerungskultur ausgeschlossen.<sup>12</sup> Und während vielen ehemaligen, auch ranghohen NS-Tätern ihre juristische und gesellschaftliche Rehabilitierung gelang, mussten zahlreiche Verfolgte mühsam um ihre gesellschaftliche Anerkennung und materielle Entschädigung kämpfen.

Der Umgang mit den historischen Orten der NS-Verbrechen spiegelt diese gesellschaftliche Situation. Viele Orte von Verfolgung und Terror wurden verändert, umgenutzt und abgerissen. Im ehemaligen KZ Oberer Kuhberg wurde eine Gastwirtschaft eingerichtet.<sup>13</sup> In der „Euthanasie“-Mordstätte Grafeneck, in der 1940 mehr als 10.600 psychisch kranke und körperlich behinderte Menschen ermordet worden waren, wurde 1962 der Heimfriedhof als Gedenkort angelegt, aber noch 1965 das historische Gebäude, in dem die Morde stattfanden, abgerissen.<sup>14</sup> Während in Frankreich das ehemalige Konzentrationslager Natzweiler-Struthof 1960 zu einem Ort staatlichen Gedenkens wurde, fand in Deutschland die Erinnerung an tausende Menschen aus ganz Europa, die hier durch Zwangsarbeit für die deutsche Rüstungs-

industrie ermordet worden waren, bis 1989/90 nur an Gräbern und schlichten Erinnerungszeichen Platz.<sup>15</sup> Auch die Orte jüdischen Lebens waren kaum mehr sichtbar oder vom Abriss bedroht.<sup>16</sup> Eine staatliche Intervention, dies zu ändern, gab es nicht.

Dagegen ging der Impuls zur ersten Erinnerungsstätte zur Demokratiegeschichte in Baden-Württemberg auf eine staatliche Initiative von Bundespräsident Gustav Heinemann zurück, der einen Erinnerungsort für die Demokratie- und Freiheitsbewegungen in Rastatt als Element staatlicher Geschichtspolitik und Erinnerungskultur etablierte.<sup>17</sup> Heinemann wollte als erster sozialdemokratischer Bundespräsident einerseits freiheitliche und soziale Bewegungen in der deutschen Geschichte an einem symbolischen Ort würdigen, andererseits in geschichtspolitischer Konkurrenz zur DDR dieser nicht die Bezugnahme auf positive Traditionslinien deutscher Geschichte überlassen.<sup>18</sup> Der Bundespräsident hatte in einer programmatischen Rede angemahnt, „nach jenen Kräften zu spüren und ihnen Gerechtigkeit widerfahren zu lassen, die dafür gelebt und gekämpft haben, damit das deutsche Volk politisch mündig und moralisch verantwortlich sein Leben und seine Ordnung selbst gestalten kann.“<sup>19</sup> 1974 ließ er die Erinnerungsstätte im Schloss Rastatt – ganz undemokratisch – durch eine weisungsgebundene Behörde ohne öffentliche Debatte errichten. 125 Jahre nach der Revolution in Baden 1848/49, deren letztes Bollwerk vor der Niederschlagung durch die Preußen badische Soldaten und Bürger in Rastatt gewesen waren. Seit ihrer Gründung ist die Erinnerungsstätte eine Außenstelle des Bundesarchivs in Koblenz und damit eine Bundeseinrichtung.

Das bewusste Erinnern und die gezielte Erforschung der nationalsozialistischen Verbrechen im Land setzte in Baden-Württemberg im Wesentlichen ebenfalls in den 1970ern, verstärkt in den 1980er Jahren ein. Kritische Bürgerinnen und Bürger engagierten sich nun für eine offene Aufarbeitung der NS-Zeit in ihrer Heimat, nahmen Kontakte zu ehemaligen KZ-Häftlingen, jüdischen Emigranten und später auch zu ehemaligen Zwangsarbeitern auf und engagierten sich für Begegnungs- und Versöhnungsformen.

Die Gedenkstättenaktivisten stellten die Opfer und ihre Erinnerungen in den Mittelpunkt. Nicht nur bei Gedenkfeiern, sondern auch in Zeitzeugengesprächen und -interviews, in Form von Geschichtswerkstätten, durch die Herausgabe von Erinnerungsliteratur und Gedenkbüchern. Die nachholende Hinwendung zu den Verfolgten und die Anerkennung ihres Leidens war für sie ein erster, unabdingbarer Schritt, um das Geschehene überhaupt als Verbrechen zu begreifen und um die Beteiligten für diese Taten verantwortlich zu machen.<sup>20</sup>

Beflügelt vom allgemeinen Aufschwung der Alltags- und Mikrogeschichte, bestärkt von den neuen sozialen Bewegungen gingen Menschen überall im Land auf die Suche nach Spuren der NS-Zeit, der einstigen jüdischen Gemeinden und der fast vergessenen Konzentrationslager. Sie recherchierten zu den Verbrechen vor Ort, bauten Ersatzdokumentationen zur verlorenen Überlieferung auf, fragten nach Täterschaft und gesellschaftlichen Strukturen der NS-Gesellschaft. Private Dokumente und Archivreisen wurden zusammengetragen, lokale Einzelforschungen und

Grundlagenforschungen begonnen, Geschichtswerkstätten und Oral-History-Projekte mit Zeitzeugen durchgeführt.<sup>21</sup>

Die „Gedenkstättenbewegung“ jener Jahre im Land war heterogen. An den Stätten jüdischen Lebens waren es seit den 1960er Jahren oftmals einzelne Zugezogene, die das Schweigen über die Vernichtung des jüdischen Lebens von außen brachen. In Ulm schlossen sich im Jahr 1971 Personen des öffentlichen Lebens mit Vertretern der Lagergemeinschaft zusammen, bevor das von ihnen gegründete „Kuratorium Mahn- und Gedenkstätte Oberer Kuhberg“ auch jüngere Unterstützer aus der 68er-Generation erhielt. In Grafeneck versammelten sich zum Buß- und Betttag 1979 über 1000 Menschen zu einem Gedenkgottesdienst, er war die Initialzündung für die Gründung des Arbeitskreises Gedenkstätte Grafeneck. Bei den Außenlagern des Konzentrationslagers Natzweiler ging der Impuls von einem Geschichtsdidaktiker der PH Ludwigsburg aus, der Mitte der 1970er Jahre Studierende zu Grundlagenforschungen zu diversen Außenlagern anregte, was wiederum Anstoß gab für zahlreiche lokale Initiativen.<sup>22</sup> Viele dieser Gedenkstättenaktivisten gehörten der 68er-Generation an und verbanden in ihrem Engagement ihr Aufbegehren gegen die Eltern mit dem Protest gegen einen autoritären Staat, in dem alte Nationalsozialisten wieder Führungspositionen eingenommen hatten.<sup>23</sup>

Die Reklamierung und das (Wieder-)Erkennbarmachen der konkreten historischen Orte als Tat- und Leidensorte, als Verbrechensbeweise inmitten Deutschland, stieß auf hartnäckigen Widerstand, Desinteresse oder bestenfalls Indiffe-

berg gegründet, um die Eröffnung der KZ-Gedenkstätte 1985 unter bürgerschaftlichen und regionalen Vorzeichen durchzusetzen, als eine der ersten Gedenkstätten in der Bundesrepublik und in Baden-Württemberg. Im gleichen Jahr gelang es einer Bürgerinitiative in Freudental, einen Synagogenbau vor dem Abriss zu retten, zu restaurieren und – ebenfalls ein Novum – zu einer Tagungsstätte auszubauen. Auch das Pädagogisch-Kulturelle Centrum Freudental wurde von einem gemeinnützigen Verein getragen.<sup>25</sup> Neben Freudental gab es im Land viele weitere Initiativen zum Erhalt ehemaliger Synagogen. Fast immer etablierten sich diese Initiativen gegen massiven Widerstand in der Kommune, der erst nach und nach einer Unterstützung wich. Trotz der Aufnahme ehemaliger Synagogenbauten in das Schwerpunktprogramm der Denkmalpflege Baden-Württemberg 1979 entstanden erst seit Anfang der 1990er Jahre Gedenkstätten zur Erinnerung an das zerstörte jüdische Leben in großer Zahl, nun nicht mehr nur in geretteten Synagogengebäuden, sondern auch an Mikwen, in Schulen oder Wohnhäusern und es entstanden zeitgleich die ersten Gedenkstätten an ehemaligen KZ-Außenlagern.<sup>26</sup>

Bis 1995 waren insgesamt 17 bürgerschaftlich getragene, überwiegend ehrenamtlich arbeitende und chronisch unterfinanzierte Gedenkstätten in Baden-Württemberg errichtet: in einstigen Synagogen und anderen Stätten jüdischen Lebens, bei Stollen, in Tunnellagern und Steinbrüchen, wo die Rüstungsindustrie in den letzten Kriegsmonaten KZ-Häftlinge ausgebeutet hatte, im Schloss Grafeneck zur Erinnerung an die Opfer der „Euthanasie“-Morde sowie an Orten des Widerstands.<sup>27</sup>



A-DZOK Ulm B 258.

Eröffnung der Gedenkstätte und der Dauerausstellung am 19. Mai 1985. Redner Hans Gasparitsch, ehemaliger KZ-Häftling und damaliger Vereinsvorsitzender des DZOK vor dem sogenannten Zeppelinbau (Häftlingsunterkünfte Stufe 1) im Fort Oberer Kuhberg Ulm.

renz der lokalen Bevölkerung, Behörden und politischen Entscheidungsträger und führte zu langjährigen und erbittert geführten Auseinandersetzungen.<sup>24</sup> Doch gerade die Weigerung staatlicher Stellen, Verantwortung für die Vergangenheit zu übernehmen, ließ die Gedenkstätten zu Kristallisationspunkten bürgerschaftlichen Engagements werden. In Ulm wurde 1977 der Verein Dokumentationszentrum Oberer Kuh-

Bis Mitte der 1990er Jahre war hingegen nur eine zweite Demokratieerinnerungsstätte in Baden-Württemberg dazu gekommen, die Reichspräsident Friedrich-Ebert-Gedenkstätte in Heidelberg. Sie wurde 1989 im Geburtshaus Eberts im Beisein von Bundespräsident von Weizsäcker eröffnet, um das „Andenken an das Wirken des ersten deutschen Reichspräsidenten zu wahren und einen Beitrag zum Verständnis der deutschen Geschichte“ zu leisten.<sup>28</sup> Die Ebert-Gedenkstätte ist eine von sechs Erinnerungsstätten des Bundes, in denen historische Persönlichkeiten, die in der Politik des 19. und 20. Jahrhunderts eine bedeutende Rolle gespielt haben, in Ausstellungen gewürdigt werden. Außer Ebert sind dies Konrad Adenauer, Otto von Bismarck, Willy Brandt, Helmut Schmidt und Theodor Heuss, für den 2002 ein Haus in Stuttgart eröffnet wurde.<sup>29</sup> Alle Erinnerungsstätten werden

von sogenannten Politikergedenkstätten getragen, sind mit Verwaltungs-, pädagogischen und wissenschaftlichen Stellen ausgestattet und unterstehen der Bundesbeauftragten für Kultur und Medien (BKM). Im Unterschied zum lokalgeschichtlichen Ansatz der Gedenkstätten für die Opfer des NS-Regimes, die von den konkreten, historischen Verbrechen vor Ort und den vielen namenlosen

Verfolgten ausgingen, erzählten die Politiker-Erinnerungsstätten die Geschichte einzelner Staatsmänner in Kaiserreich, Weimarer Republik und Bundesrepublik.

## Die aktuelle Situation der Gedenkstätten

In den vergangenen dreißig Jahren hat sich die Situation der Gedenkstätten und Erinnerungsorte dramatisch gewandelt. Die Gedenkstätten für die Opfer des Nationalsozialismus sind auf erinnerungspolitischer Ebene von der Randständigkeit in die Mitte der Gesellschaft gerückt. Ihre Arbeit wird im Land von einem breiten überparteilichen Konsens getragen, der allerdings von Rechtspopulisten und Rechtsextremen laut angegriffen wird. Dagegen beklagen heute eher die Vertreter der Erinnerungsorte zur Demokratiegeschichte ihre Randständigkeit im öffentlichen Bewusstsein und die erinnerungskulturelle „Unterbelichtung“ des Demokratiegedächtnisses.<sup>30</sup>

Dies mag bundesweit zutreffen, auf Landesebene aber hat sich für beide Bereiche eine der vielfältigsten und ausdifferenziertesten Gedenkstättenlandschaften der gesamten Bundesrepublik herausgebildet. Unter den 300.000 Besuchern waren im Jahr 2017 102.000 Menschen, die die „Demokratie-Orte“ besuchten, was einem Anteil von 33,3 Prozent entspricht.<sup>31</sup> In dieser sehr dezentralen Gedenkstättenlandschaft gibt es zwar einige wenige größere und viele kleinere Einrichtungen, aber es gibt keine Institution, die das Narrativ vorgibt. Das große Potenzial liegt vielmehr in der Vielfalt der Orte und in der Breite der historisch-politischen Zugänge.

Die Erinnerungsorte zur Demokratiegeschichte in Baden-Württemberg sind längst nicht mehr nur Teil einer institutionalisierten, staatlich oder zumindest halbstaatlich geförderten Erinnerungskultur. Neben den genannten Bundeseinrichtungen werden viele kleinere Erinnerungsorte wie der Salmen in Offenburg<sup>32</sup>, das Ständehaus in Karlsruhe<sup>33</sup> oder die Matthias-Erzberger-Gedenkstätte in Münsingen-Buttenhausen<sup>34</sup> von den Kommunen getragen, teils mit Landesunterstützung, teils mit ehrenamtlicher Unterstützung etwa aus den lokalen Geschichtsvereinen. Für die „Straße der Demokratie“, die 2007 in Hambach zum 150. Jahrestag der Revolution von 1848/49 als touristisches Projekt (entsprechend der deutschen Weinstraße) ins Leben gerufen wurde, haben sich zwölf Städte aus Rheinland-Pfalz und Baden-Württemberg mit insgesamt 63 Stationen zusammengeschlossen.<sup>35</sup>

Die Gedenkstätten für die Opfer nationalsozialistischer Gewalt sind weiterhin bürgerschaftlich organisiert und leben von ehrenamtlichem Engagement, aber sie haben einen doppelten Generationswechsel vollzogen. Die Zeitzeugen sind weitgehend verstummt, eine direkte Begegnung mit Frauen und Männern, die aus eigener Erfahrung von den Verbrechen der Nationalsozialisten berichten können, sind kaum mehr möglich. Neue Wege der Vermittlungsarbeit werden beschritten. Gleichzeitig hat sich auch die Gründergeneration der Gedenkstätten altersbedingt weitgehend aus der Arbeit zurückgezogen. Ehrenamtlich tätige Nachfolger, die sich in gleichem Umfang engagieren,

sind nicht leicht zu finden, während der Anspruch an eine professionelle Gedenkstättenarbeit weiter zunimmt. An den größeren Gedenkstätten in Grafeneck und Ulm gehen heute dank kommunaler und Landesunterstützung haupt- und ehrenamtliches Engagement Hand in Hand. Viele der rein ehrenamtlich tätigen Gedenkstätten haben sich zur Gestaltung des Generationswechsels und zur Erfüllung ihrer vielfältigen Aufgaben zu inhaltlichen und regionalen Verbänden zusammengeschlossen, um Synergien und hauptamtliche Stellen zu schaffen, für die je nach Bedarf Fachkompetenzen von Historikern, Pädagogen, Internetexperten hinzugezogen werden.

Sowohl die Erinnerungsorte zur NS-Zeit als auch die zur Demokratiegeschichte sind heute multifunktionale Einrichtungen. Ihre Aufgaben sind massiv gewachsen. Sie sind Forschungsstätten mit Archiven und Bibliotheken, historische Museen an originalen Orten mit Ausstellungen und pädagogischen Angeboten, Bildungs- und Lernorte, die historische Wissensvermittlung mit gegenwartsbezogener Wertevermittlung verbinden. Teils überschneiden sich dabei die Aufgaben, Methoden und Funktionen, teils gibt es Unterschiede und Spezifika, die die Einrichtungen voneinander unterscheiden, wenn auch nicht spalten, wie abschließend argumentiert werden soll.

Anhand dreier ausgewählter Aufgabenfelder: 1. des Umgangs mit dem „authentischen“ Ort, 2. der biographischen Zugänge bei der Geschichtsvermittlung und 3. des wertebasierten Gegenwartsbezugs soll diesen Gemeinsamkeiten und Unterschieden nun nachgegangen werden.

## Der Umgang mit dem „authentischen Ort“

Alle Gedenkstätten leben von der Stärke des historischen Orts als Kontakt- und Begegnungszone heutiger Besucher mit der dort zu erfahrenden Geschichte, auch wenn eine echte „Authentizität“ wegen zahlreicher Nachnutzungen, Umbauten oder Abrisse nur in den allerwenigsten Fällen besteht. Für die Gedenkstätten zur NS-Zeit hat die Bedeutung des Orts als bleibendes, sichtbares Zeitzeugnis nach dem Verstummen der Zeitzeugen deutlich zugenommen. Denn ergänzend und stellvertretend zur mündlichen Überlieferung tragen die topographischen Spuren und materiellen Reste – historisch kontextualisiert und pädagogisch vermittelt – dazu bei, das Geschehen am Ort zu veranschaulichen.<sup>36</sup>

Hierzu bedarf es jedoch solider wissenschaftlicher und archäologischer Kenntnisse, um gesicherte Einblicke in die bauliche Gestalt und Entwicklung des Orts, bei KZ-Gedenkstätten etwa zur logistischen Organisation der Lager, aber auch zu Herkunft, Größe und Alltagsleben der internierten Häftlingsgesellschaft geben zu können. Und nach wie vor sind die baulichen Überreste des NS-Lagererrors nicht vor unsensibler Behandlung oder gedankenloser Beseitigung gefeit. Hier braucht es ein nachhaltiges Schutzkonzept, in dem Erhaltenswertes unter Denkmalschutz gestellt wird.<sup>37</sup>

Weitgehend losgelöst von der tatsächlichen Authentizität des Orts hat die „Aura des Authentischen“ eine starke An-

ziehungskraft auf die Besucherinnen und Besucher. Viele kommen in der Erwartung, nachempfinden zu können, wie es war. Manche historischen Museen entsprechen dieser Erwartung durch Eventpädagogik oder Inszenierungen vermeintlicher Originalität. Demokratie-Erinnerungsstätten sind hier freier als Gedenkstätten für die Opfer des Nationalsozialismus, denn an Orten des Leidens und Sterbens verbietet sich jede „nachspielende“ Geschichtsvermittlung. Dabei ist die Sehnsucht von Lehrkräften und Schülern, das Leiden der Opfer am „authentischen Ort“ zu erfahren und sich in die Machtsphäre der Täter zu versetzen, groß. Es soll möglichst kalt, nass und dunkel sein, damit der Erkenntnisprozess greift. Es ist jedoch eine zentrale Aufgabe der Gedenkstättenpädagogik, den Raum so zu erschließen, dass er zwar sinnlich erfahrbar ist, dass der Prozess des Lernens aber durch eine reflektierte Begegnung mit dem Ort vermittelt wird.<sup>38</sup>

### Biographische Zugänge: Täter und Opfer, Helden und Märtyrer

Biographische Zugänge sind sowohl in Gedenkstätten zur NS-Zeit als auch in Erinnerungsstätten zur Demokratiegeschichte eine zentrale Säule der Geschichtsvermittlung. Dies gilt besonders für die personenbezogenen Gedenkstätten wie z. B. die Georg-Elser-Gedenkstätte in Königsbrunn. Dies gilt aber auch für die übrigen Gedenkstätten, die ereignis-, strukturgeschichtliche und personenbezogene Annäherungen am Ort miteinander verbinden und hierzu biographische Informationen erforschen und dann museal bzw. pädagogisch einbinden.<sup>39</sup>

Im Zentrum der biographischen Arbeit von Lernorten zur NS-Geschichte stehen nach wie vor die Namen und Lebensgeschichten von Menschen, die an den historischen Orten litten und starben. Ein wichtiger Aufgabenbereich bleibt die Erstellung und Pflege von Gedenkbüchern und von Häftlingsdatenbanken als Informationsgrundlage für die eigene Arbeit, aber auch zur Beantwortung externer Anfragen, die zunehmend, aber nicht nur von Angehörigen der zweiten und dritten Generation gestellt werden. Zur grundlegenden Dokumentationsstätigkeit bedarf es guter Archivbestände und wissenschaftlicher Kenntnisse, bestehende Lücken müssten durch neue Forschungen in Fremdarchiven und eine professionelle Sicherung der eigenen Sammlungen und Bestände geschlossen werden.<sup>40</sup>

In Zeiten, in denen das mächtige Veto der Überlebenden gegen Verharmlosungen und Relativierungen der NS-Verbrechen nicht mehr trägt, in denen „Du Opfer“ ein Schimpfwort auf deutschen Schulhöfen ist und von gewählten Politikern eine „erinnerungspolitische Wende um 180 Grad“ gefordert wird, nehmen Gedenkstätten Partei für die Opfer,

wecken Empathie für die Ausgegrenzten und Diffamierten und halten das Gedenken an diese Menschen aufrecht. Gerade in diesem werteorientierten Auftrag unterscheiden sich die Gedenkstätten von anderen außerschulischen Lernorten, zeithistorischen Museen und Demokratieerinnerungsstätten. Es ist dabei eine zentrale Aufgabe, die Biographien weder auf ihr Leiden und ihre Ohnmacht in der NS-Zeit zu reduzieren, noch sie zu idealisieren oder gar zu glätten. Die Gefahr einer gefärbten Darstellung drohte vielleicht in den Anfangsjahren der Gedenkstätten, als diese noch um Gerechtigkeit für „ihre“ Opfer rangen und sie manchmal auch als Helden verehrten, mit zunehmendem zeitlichen Abstand gibt es eine solche enthistorisierende Herangehensweise kaum noch.<sup>41</sup>

Gedenkstätten sind zugleich Orte der historischen Aufklärung. Eine zentrale Grundlage für eine distanzierende historische Wissensvermittlung zum Geschehen am jeweiligen historischen Ort bedarf einer multiperspektivischen Entschlüsselung der Taten und Perspektiven aller beteiligten Akteure unter Einbeziehung der „Täterbiographien“. Ziel ist es, die NS-Funktionäre, die Lagerkommandanten und Wachmannschaften, die an der „Euthanasie“ beteiligten Beamten und Ärzte, die Denunzianten und Profiteure in ihren Überzeugungen, Motivlagen und Entscheidungsspielräumen zu zeigen und aufzuzeigen, warum auch „ganz normale“ Männer und Frauen in abgestuftem Maß in nationalsozialistische Verbrechen verwickelt waren und wie sie sich nach 1945 als „ganz normale Bürger“ reintegrierten. Die Zeiten, in denen Täter auch in den Gedenkstätten dämonisierende Züge trugen, als pathologisch und als Sadisten dargestellt wurden, sind vorbei.<sup>42</sup>



Tafel an der Außenwand der Georg Elser Gedenkstätte in Königsbrunn. Der Hitler-Gegner und sein Attentat vom 8. November 1939 stehen im Zentrum der Ausstellung.

Und auch die Erinnerungsstätten zur Demokratiegeschichte orientieren sich, hier folge ich dem Band „Erinnern an Demokratie in Deutschland“, in ihren personenbezogenen Zugängen an der neueren Biographik, die statt Helden- und Märtyrerverzeichnungen oder staatspolitisch motivierter Glättungen die vorgestellten Lebensgeschichten von ihren

Brüchen her präsentiert und die Biographien in gebotener Distanz historisiert, d. h. nicht nur demokratische Erfolge, sondern auch Momente des Scheiterns und politischer Fehlentscheidungen wie etwa Theodor Heuss' Zustimmung zum Ermächtigungsgesetz thematisiert.<sup>43</sup> Hierzu ist eine detaillierte Biographieforschung erforderlich, denn jeder neue Aktenfund kann das Bild einer Person ändern.<sup>44</sup>

Vor diesem Hintergrund sind Täter und Opfer, Märtyrer und Helden nicht zu vorgezeichneten Rollen im Gedächtnistheater verdammt, sondern dürfen in den Gedenkstätten und Erinnerungsorten als vielschichtige historisch denkende und handelnde Akteure auftreten.

### **Gegenwartsbezüge an Gedenkstätten: Lernorte für Demokratie**

Für die Gedenkstätten zur Zeit des Nationalsozialismus und die Erinnerungsstätten zur Demokratiegeschichte ist die Wissensvermittlung kein Selbstzweck. Als Lernorte für Demokratie und Menschenrechte fühlen sie sich der Selbstvergewisserung mitmenschlicher und demokratischer Grundlagen verpflichtet; laden dazu ein, beim Nachdenken über die Vergangenheit auch gegenwärtige Positionen und möglicherweise das eigene Verhalten zu reflektieren, mit vielfältigen Anknüpfungspunkten zu aktuellen Problemen und Konflikten, aber auch mit Beispielen ermutigender Intervention für ein freies und demokratisches Miteinander. So rückt in der Gedenkstättenpraxis die Frage nach den Menschenrechten, den Grundfreiheiten und den Grenzen staatlicher Macht in den Blick.<sup>45</sup>

An Orten historisch gebrochener Menschenwürde und an Orten der Demokratiegeschichte entwickeln Gedenkstätten jeweils eigene Projekte und Formate, um das an ihrem Ort vorhandene Potenzial zum Gegenwartstransfer und zur Standortbestimmung in Wertefragen zu fördern. Ziel ist es, in einem offenen Erfahrungsaustausch und in uneingeschränkter Debatte, ohne Moralisieren und Leistungsdruck, für die Verletzung von Menschen- und Bürgerrechten zu sensibilisieren und über ihre Verwirklichung nachzudenken – etwa als Freiheit, Solidarität, Toleranz, Respekt vor dem Anderen.<sup>46</sup>

Bei den Gedenkstätten für die Opfer des Nationalsozialismus ist der Bezugspunkt des selbstreflexiven Lernens dabei der historische Zivilisationsbruch, der sich auf unterschiedliche Weise in den vielfältigen Verbrechensorten vor Ort spiegelt. Kernelemente der Verbrechen wie Demokratieverachtung, Antisemitismus, biologisch-politisch oder nationalistisch begründete Überlegenheits- und Machtansprüche, Autoritätsgläubigkeit, Habgier, wegschauende Indifferenz bilden den negativen Horizont menschlicher, politischer und gesellschaftlicher Möglichkeiten.<sup>47</sup> Der normative Fluchtpunkt ist zudem auch das Bewusstsein um die Historizität und Fragilität demokratischer Strukturen.<sup>48</sup> Bei den Erinnerungsstätten zur Demokratiegeschichte ist der Bezugspunkt des selbstreflexiven Lernens der lange und mühselige, in den letzten Jahren aber durchaus auch erfolgreiche Weg der Demokratie, der Blick auf Freiheits-

und Demokratiepotenziale sowie die Frage, wie eine tolerante Zivilgesellschaft auf Dauer erhalten werden kann.<sup>49</sup> Doch auch die Orte des vermeintlich „negativen Gedenkens“ sind Orte der positiven Ermunterung und der Erinnerung an Menschen, die sich in einer Zeit existenzieller Bedrohung den aufrechten Gang aus unterschiedlichsten Motivationen heraus bewahrten oder ihn errangen. Und sie fixieren sich nicht auf die Epoche des Nationalsozialismus, sondern beziehen die demokratische Vor- und Nachgeschichte des 20. Jahrhunderts in ihre Erzählungen ein, schon um die Vorbedingungen und Nachwirkungen adäquat vermitteln zu können. Und auch die Orte vermeintlich „heller Erinnerung“ wie die Friedrich-Ebert-Gedenkstätte und die Matthias-Erzberger-Gedenkstätte thematisieren das Scheitern der Demokratie und ihre blutigen Anfeindungen. Sie fragen nicht nur nach Demokratieerfolgen, sondern auch nach Demokratieversagen, um Erkenntnisprozesse anzustoßen.

Eine behutsame Verklammerung beider Ansätze kann biographisch sehr anschaulich vermittelt werden, funktioniert aber auch über die Erzählung der Geschichte des Orts im historischen Längsschnitt. Der Salmen in Offenburg war im Vormärz ein Versammlungssaal für Demokraten, bevor er ab 1875 der jüdischen Gemeinde als Synagoge diente und im November 1938 geschändet wurde. Die Erinnerungsstätte im Salmen verbindet Demokratie- und Diktaturgeschichte. Auch die Erinnerungsstätte Ständehaus in Karlsruhe informiert sowohl über die erfolgreiche Geschichte des badischen Parlaments als auch über seine Zerschlagung im Jahr 1933. Am symbolischen Ort des Ständehauses liegt das Gedenkbuch für die aus Karlsruhe deportierten Juden aus.

In diesem Aufgabenfeld berühren und verschränken sich Intentionen der Gedenkstätten und Erinnerungsorte, nichtsdestotrotz bleibt der Hauptschwerpunkt ihres Ansatzes weiterhin erinnerungskulturell getrennt.

### **Schluss**

Lässt sich nun – mit Blick auf die Ausgangsfrage – aus den divergierenden Entstehungsgeschichten und erinnerungskulturellen Bezugspunkten eine gespaltene Erinnerung ableiten?

Eindeutig ist dies für die Entstehungszeit der Gedenkstätten für die Opfer des Nationalsozialismus und die Erinnerungsorte der Demokratiegeschichte zu bejahen. Doch Veränderungen des erinnerungspolitischen Rahmens, neue wissenschaftliche Erkenntnisse und gedenkstättenpädagogische Ansätze sowie das Auftreten neuer Akteure haben die Arbeit an beiden Einrichtungsformen verändert, bestimmen die aktuellen Fragestellungen und Herangehensweisen im Umgang mit dem historischen Ort, mit den Biographien der historischen Akteure und den Fragen an die Gegenwart.

Gleichwohl gibt es Spezifika, in denen sich die Gedenkstätten von den Erinnerungsorten deutlich unterscheiden: 1. An Orten historischer Verbrechen bedarf es weitaus größerer Zurückhaltung, der Sehnsucht nach Authentizität

zität nachzukommen. 2. Gedenkstätten bleiben sowohl im erinnerungskulturellen Raum als auch auf historisch-dokumentarischer Ebene Sachwalter und Treuhänder der Erinnerung an die Opfer des Nationalsozialismus. Sie bieten den Angehörigen Raum für Fragen und Trauer und sie entwickeln gemeinsam mit Bürgerinitiativen, Kommunen und dem Land neue, zeitgemäße Gedenkformen. 3. In der selbstreflexiven Beschäftigung mit der Gegenwart bilden die Kernelemente der NS-Verbrechen und die Fragilität der Demokratie nach wie vor den normativen Bezugsrahmen.

Wichtige Berührungspunkte gibt es jedoch auch: 1. Sowohl Demokratie-Erinnerungsorte als auch Gedenkstätten für die Opfer des NS-Regimes haben die Chance und die nicht ganz leichte Aufgabe, am historischen Ort Geschichte anschaulich und affektiv, zugleich kognitiv-rational zu vermitteln, hierzu bedarf es ausgearbeiteter wissenschaftlicher und pädagogischer Konzepte und gut gestalteter Ausstellungen. 2. Biographien, die alle beteiligten Akteure und deren jeweilige gesamte Lebensgeschichte mit ihren Stärken und Schwächen in den Blick nehmen, eignen sich besonders für eine Auseinandersetzung mit der Geschichte, die Empathie wecken und Identifikation schaffen kann, aber auch differenzierende Historisierungen ermöglicht und dadurch sowohl Opferüberidentifizierungen als auch Heroisierungen vorbeugen will. 3. In der selbstreflexiven Beschäftigung mit der Gegenwart bleiben zwar die unterschiedlichen Bezugspunkte einer „hellen“ und „negativen“ Erinnerung bestehen, es gibt aber zahlreiche Möglichkeiten, diese über Biographien der Menschen und die Geschichte der Orte erkenntnisfördernd zu verschränken.

Ich möchte angesichts dieser vielen Gemeinsamkeiten in den dargestellten Aufgabenfeldern die Tagungsfrage „Gesplante Erinnerung?“ aus der Perspektive der Gedenkstättenpraxis deshalb mit Nein beantworten. Natürlich: Die Darstellung der NS-Diktatur und der Demokratie an Gedenkorten und Museen in Baden-Württemberg weist jeweils eigene Spezifika auf. Diese Trennungen sind für die Erkennbarkeit der Einrichtungen auch wichtig, aber eine Spaltung bedeuten sie nicht.

**Dr. Nicola Wenge**, geb. 1968, ist wissenschaftliche Leiterin des Dokumentationszentrums Oberer Kuhberg Ulm e.V., KZ-Gedenkstätte und Mitglied im Sprecherrat der Landesarbeitsgemeinschaft der Gedenkstätten und Gedenkstätteninitiativen. Die Historikerin hat zahlreiche Veröffentlichungen in den Bereichen Regionalgeschichte des Nationalsozialismus, Verfolgung und Widerstand, Antisemitismusforschung und jüdische Geschichte, Erinnerungskultur vorgelegt. Nach dem Studium der Mittlere und Neuere Geschichte, Germanistik und Politikwissenschaft promovierte sie zum Thema „Zwischen Integration und Ausgrenzung. Eine jüdisch-nichtjüdische Beziehungsgeschichte in Köln 1918-33“. Die Arbeit wurde mit dem Erhardt-Imelmann-Preis der Universität zu Köln und dem Albert-Steeger-Preis des Landschaftsverbands Rheinland ausgezeichnet. Vor ihrem Wechsel nach Ulm im Jahr 2009 arbeitete Nicola Wenge als wissenschaftliche Mitarbeiterin am NS-Dokumentationszentrum der Stadt Köln.

<sup>1</sup> Thomas Lutz/Marie Schulze: Gedenkstätten für die Opfer nationalsozialistischer Gewalt in Deutschland – eine Übersicht, in: Gedenkstättenrundbrief Nr. 187 (9/2017), S. 3–7, hier S. 3.

<sup>2</sup> <https://www.ebert-gedenkstaette.de/pb/,Lde/Startseite.html> (Zugriff: 26.7.2018).

<sup>3</sup> [https://www.gedenkstaetten-bw.de/gedenkstaetten\\_bw\\_liste.html](https://www.gedenkstaetten-bw.de/gedenkstaetten_bw_liste.html) (Zugriff: 26.7.2018).

<sup>4</sup> <https://mwk.baden-wuerttemberg.de/de/service/publikation/did/kultur-2020-kunstpolitik-fuer-baden-wuerttemberg/> (Zugriff: 26.7.2018).

<sup>5</sup> Volkhard Knigge: Statt eines Nachworts: Abschied der Erinnerung. Anmerkungen zum notwendigen Wandel der Gedenkkultur in Deutschland, in: Ders./Norbert Frei (Hrsg.): Verbrechen erinnern. Die Auseinandersetzung mit Holocaust und Völkermord (Schriftenreihe der Bundeszentrale für politische Bildung, Band 489), Bonn 2005, S. 443–460, hier S. 444.

<sup>6</sup> Martin Sabrow: Die Last des Guten. Versuch über die Schwierigkeiten des Demokratiedächtnisses, in: Thomas Hertfelder/Ulrich Lappenküper/Jürgen Lillteicher (Hrsg.): Erinnern an Demokratie in Deutschland. Demokratieggeschichte in Museen und Erinnerungsstätten der Bundesrepublik, Göttingen 2016, S. 317–333, hier S. 328.

<sup>7</sup> Vgl. hierzu auch den Beitrag von Thomas Hertfelder in dieser Publikation.

<sup>8</sup> Ruth Klüger: weiter leben. Eine Jugend, Göttingen 1993, S. 257.

<sup>9</sup> Volkhard Knigge: Gedenkstätten und Museen, in: Ders./Norbert Frei (Hrsg.): Verbrechen erinnern. Die Auseinandersetzung mit Holocaust und Völkermord (Schriftenreihe der Bundeszentrale für politische Bildung, Band 489), Bonn 2005, S. 398–409, hier S. 398 f.

<sup>10</sup> Vgl. Konrad Pflug/Ulrike Raab-Nicolai/Reinhold Weber: Orte des Gedenkens und Erinnerns in Baden-Württemberg: Trauern – Erinnern – Gedenken – Verstehen, in: Konrad Pflug/Ulrike Raab-Nicolai/Reinhold Weber: Orte des Gedenkens und Erinnerns in Baden-Württemberg, Stuttgart 2007 (Schriften zur politischen Landeskunde Baden-Württembergs, Band 35), S. 17–27, hier S. 19; Benigna Schönhagen: Die Vernichtung der jüdischen Gemeinden in der NS-Zeit: Das Beispiel Laupheim im Kontext der Gedenkstätten in Baden-Württemberg, in: Peter Steinbach u.a. (Hrsg.): Entrechtet – verfolgt – vernichtet. NS-Geschichte im deutschen Südwesten (Schriften zur politischen Landeskunde Baden-Württembergs, Bd. 45), Stuttgart 2016, S. 97–134, hier S. 117; Marco Brenneisen/Anette Hettinger: NS-Zwangsarbeit im Südwesten – Entwicklung, Bedingungen und Erinnerung, in: Steinbach u.a.: Entrechtet – verfolgt – vernichtet, S. 377–411.

<sup>11</sup> Nicola Wenge: Die Etablierung des Terrors: Frühe Verfolgung der politischen Opposition in Baden und Württemberg. Geschichte und Nachgeschichte des KZ Oberer Kuhberg Ulm, in: Steinbach u.a., Entrechtet – verfolgt – vernichtet (wie Anm. 10), S. 61–92, hier S. 81–85.

- 12 Bernhard Schoßig: Die Entstehung von Gedenkstätten für die Opfer des Nationalsozialismus – ein Rückblick auf das erste Vierteljahrhundert nach der Befreiung, in: Bayerische Landeszentrale für politische Bildungsarbeit (Hrsg.): *Sichten und Perspektiven*, 2/2017, S. 50–57, hier S. 51 f.
- 13 Marie-Kristin Hauke/Thomas Vogel: *Erinnern in Ulm. Demokratischer Neubeginn und Auseinandersetzungen um den Nationalsozialismus*, hrsg. vom Dokumentationszentrum Oberer Kuhberg und dem Stadtarchiv Ulm, Ulm 2014, S. 119 f.
- 14 Thomas Stöckle: Grafeneck 1940 – die Verbrechen von Zwangssterilisation und NS-„Euthanasie“ in Baden und Württemberg 1933–1945, in: Steinbach u.a., *Entrechtet – verfolgt – vernichtet* (wie Anm. 10), S. 143–195, hier S. 186.
- 15 Brenneisen/Hettinger, *NS-Zwangsarbeit* (wie Anm. 10), hier S. 405.
- 16 Schönhagen, *Vernichtung* (wie Anm. 10), hier S. 121.
- 17 Harald Schmid: Ein „kaltes“ Gedächtnis? *Erinnern an Demokraten in Deutschland*, in: Hertfelder u.a., *Erinnern an Demokratie in Deutschland* (wie Anm. 6), S. 247–264.
- 18 Bernd Braun: *Märtyrer der Demokratie? Das Hambacher Schloss, der Friedhof der Märzgefallenen in Berlin-Friedrichshain und die Erinnerungsstätte für die Freiheitsbewegungen in der deutschen Geschichte in Rastatt*, in: Hertfelder u.a., *Erinnern an Demokratie in Deutschland* (wie Anm. 6), S. 223–246, hier S. 232–234.
- 19 Gustav Heinemann, Rede bei der Schaffermahlzeit am 13.2.1970 im Bremer Rathaus, zitiert nach: Thomas Hertfelder/Ulrich Lappenküper/Jürgen Lillteicher: *Erinnern an Demokratie in Deutschland*, in: Hertfelder u.a., *Erinnern an Demokratie in Deutschland* (wie Anm. 6), S. 7–34, hier S. 10.
- 20 Ulrike Jureit/Christian Schneider: *Gefühlte Opfer. Illusionen der Vergangenheitsbewältigung* (Schriftenreihe der Bundeszentrale für politische Bildung, Band 1102), Bonn 2010, S. 35 f.
- 21 Nicola Wenge: *Erinnerungskultur und Archive: Herausforderungen und Chancen*, in: Thomas Just/Peter Müller (Hrsg.): *Archivnutzer im Wandel. Vorträge des 77. Südwestdeutschen Archivtags am 22. und 23. Juni 2017 in Bretten*, Stuttgart 2018, S. 65–77, hier S. 68 f.
- 22 Vgl. zu den Pionieren der Erinnerungskultur Schönhagen, *Vernichtung* (wie Anm. 10), S. 119 f.; Wenge, *Etablierung* (wie Anm. 11), hier S. 84 f.; Stöckle, *Grafeneck 1940* (wie Anm. 14), hier S. 186 f. und Brenneisen/Hettinger, *NS-Zwangsarbeit im Südwesten* (wie Anm. 10), hier S. 407.
- 23 Sibylle Thelen: *Erinnern 2017*, in: Susanne Schüssler/Petra Dobner (Hrsg.): *Wetterbericht: ‚68 und die Krise der Demokratie*, Berlin 2017, S. 129–140, hier S. 131.
- 24 Knigge, *Statt eines Nachworts* (wie Anm. 5), hier S. 446.
- 25 Steffen Pross: *Das Pädagogisch-Kulturelle Centrum (PKC) in Freudental: Eine ehemalige Synagoge als Lernort und Begegnungsstätte*, in: Pflug u.a., *Orte des Gedenkens und Erinnerns in Baden-Württemberg* (wie Anm. 10), S. 116–121.
- 26 Schönhagen, *Vernichtung* (wie Anm. 10), hier S. 121–125.
- 27 Vgl. Konrad Pflug/Ulrike Raab-Nicolai/Reinhold Weber: *Orte des Gedenkens und Erinnerns in Baden-Württemberg: Trauern – Erinnern – Gedenken – Verstehen*, in: Pflug u.a., *Orte des Gedenkens und Erinnerns in Baden-Württemberg* (wie Anm. 10), S. 17–27, hier S. 23.
- 28 Ulrich Graf: *Lernort der Demokratie: Die Reichspräsident Friedrich-Ebert-Gedenkstätte in Heidelberg*, in: Pflug u.a., *Orte des Gedenkens und Erinnerns in Baden-Württemberg* (wie Anm. 10), S. 174–180, hier S. 174.
- 29 Stiftung Bundespräsident Theodor-Heuss-Haus (Hrsg.): *Theodor Heuss. Publizist – Politiker – Präsident. Begleitband zur ständigen Ausstellung im Theodor-Heuss-Haus*, Stuttgart 2003.
- 30 Schmid, Ein „kaltes“ Gedächtnis? (wie Anm. 17), S. 248. Zur Förderung der Wahrnehmung der deutschen Demokratie- und Freiheitsgeschichte hat sich 2017 die Arbeitsgemeinschaft „Orte der Demokratiegeschichte“ gegründet. Vgl. hierzu <https://demokratie-geschichte.de/hambacher-manifest-zur-demokratiegeschichte/> (Zugriff: 26.7.2018).
- 31 Die Zahlen entstammen der jährlichen Auswertung der Besucherstatistik durch die Landeszentrale für politische Bildung Baden-Württemberg, [https://www.gedenkstaetten-bw.de/ausgedenkstaette\\_besucher\\_2017.html](https://www.gedenkstaetten-bw.de/ausgedenkstaette_besucher_2017.html) (Zugriff: 27.7.2018).
- 32 Stadt Offenburg (Hrsg.): *Salmen Offenburg. Kultur – Erinnerung – Demokratie*, <https://www.offenburg.de/html/media/dl.html?v=16590> (Zugriff: 26.7.2018).
- 33 Homepage der Stadt Karlsruhe: <https://www.karlsruhe.de/b1/stadtgeschichte/staendehaus/geschichte> (Zugriff: 26.7.2018).
- 34 Schmid, Ein „kaltes“ Gedächtnis? (wie Anm. 17), S. 254–261.
- 35 Susanne Asche/Ernst Otto Bräunche (Hrsg. die Arbeitsgruppe S d D): *Straße der Demokratie – Revolution, Verfassung und Recht*, 2. Aufl. Karlsruhe 2011.
- 36 Vgl. hierzu auch den Beitrag von Heinz Högerle in dieser Publikation.
- 37 Vgl. hierzu allgemein: Landesdenkmalamt Berlin/Brandenburgisches Landesamt für Denkmalpflege und Archäologisches Landesmuseum (Hrsg.): *Archäologie und Gedächtnis. NS-Lagerstandorte Erforschen – Bewahren – Vermitteln* (Arbeitsheft 4/2016), Petersberg 2016 und zu Baden-Württemberg: Pressemitteilung des Regierungspräsidium Stuttgart vom 14.02.2018, Nr.: 46/2018, [https://www.gedenkstaetten-bw.de/fileadmin/gedenkstaetten/images/austellung\\_natzweiler/2018/pm\\_2018\\_02\\_14\\_Auftakt\\_LAD\\_Projekt\\_Natzweiler.pdf](https://www.gedenkstaetten-bw.de/fileadmin/gedenkstaetten/images/austellung_natzweiler/2018/pm_2018_02_14_Auftakt_LAD_Projekt_Natzweiler.pdf) (Zugriff: 27.7.2018).
- 38 Einen guten Überblick zum Diskussionsstand bietet der Sammelband: Elke Gryglewski u. a. (Hrsg.): *Gedenkstättenpädagogik. Kontext, Theorie und Praxis der Bildungsarbeit zu NS-Verbrechen*, Berlin 2015.
- 39 Jürgen Lillteicher: *Lebensgeschichtliche Perspektiven. Biografische Ansätze und Zeiteigenschaft in den großen Ausstellungshäusern des Bundes*, in: Hertfelder u.a., *Erinnern an Demokratie in Deutschland* (wie Anm. 6), S. 265–298, hier S. 265–268.
- 40 Nicola Wenge/Ulrike Holdt: *Archivarbeit an Gedenkstätten*. In: *Gedenkstättenrundbrief* 175 (9/2014), S. 3–11.
- 41 Vgl. hierzu auch den Beitrag von Martin Ulmer in dieser Publikation.
- 42 Vgl. hierzu auch den Beitrag von Thomas Stöckle in dieser Publikation.
- 43 Hertfelder u.a., *Erinnern an Demokratie in Deutschland* (wie Anm. 19), hier S. 24.
- 44 Schmid, Ein „kaltes“ Gedächtnis? (wie Anm. 17), hier S. 250.
- 45 Peter Steinbach: *Aus der Geschichte lernen? Die Auseinandersetzung mit den nationalsozialistischen Gewaltverbrechen nach 1945 in der Erinnerungskultur des deutschen Südwestens*, in: Steinbach u.a.: *Entrechtet – verfolgt – vernichtet* (wie Anm. 10), S. 15–30. Vgl. hierzu auch den Beitrag von Andrea Hoffend in dieser Publikation.
- 46 Vgl. hierzu auch den Beitrag von Dorothee Roos in dieser Publikation.
- 47 Knigge, *Statt eines Nachworts* (wie Anm. 5), hier S. 446.
- 48 Thomas Hertfelder: *Opfer, Täter, Demokraten. Über das Unbehagen an der Erinnerungskultur und die neue Meistererzählung der Demokratie in Deutschland*, in: *Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte* 3/2017 (65. Jg.), S. 365–393, hier S. 382.
- 49 Martin Sabrow, *Last des Guten* (wie Anm. 6), hier S. 328 f.

## Das Unbehagen an der Erinnerungskultur. Rekonstruktion und Kritik einer Debatte

„Schreibt Erinnerungen auf!“ Unter diesem Titel appellierte Theodor Heuss im Februar 1946 an die Leser der Rhein-Neckar-Zeitung, sie sollten ihre Erlebnisse während der Nazi-Herrschaft doch schriftlich festhalten: „Wer als Lehrer, Pfarrer, Beamter, wer als Betriebsführer oder Arbeiter seine bestimmten Erfahrungen gemacht hat, soll sie einfach niederschreiben“, so der Rat von Heuss.<sup>1</sup> Den Journalisten und frisch installierten Lizenzträger des Blattes trieb die Sorge um, dass der NS-Apparat gegen Ende des Krieges zu viele Akten vernichtet haben könnte, so dass Historiker am Ende nicht genügend Material für die fällige Analyse haben könnten. Sechs Jahre später, im November 1952, formulierte Heuss, mittlerweile Bundespräsident, bei der Einweihung des Mahnmals von Bergen-Belsen einen Appell mit deutlich anderer Stoßrichtung: „Wir haben von den Dingen gewußt [...]“, so das Staatsoberhaupt in seiner Ansprache, „die Deutschen dürfen nie vergessen, was von Menschen ihrer Volkszugehörigkeit in diesen schamreichen Jahren geschah.“<sup>2</sup> Das klingt uns Heutigen vertraut und fremd zugleich. Vertraut im unbedingten Erinnerungsimperativ, fremd in seiner verklausulierten Formulierung.

Sehen wir uns die beiden Appelle für einen Moment noch etwas genauer an. Wenn Heuss seine Landsleute 1946 dazu aufrief, ihre Erinnerungen „einfach“ niederzuschreiben, so rekurrierte er wie selbstverständlich auf deren individuelle Primärerfahrungen, die gesammelt als *Collected Memory* (Jeffrey K. Olick) späteren Historikern als Quellenfundus dienen sollten.<sup>3</sup> Bar jeder Moral und Psychologie diente der Appell somit dem nüchternen Zweck, den Deutungsexperten Material bereitzustellen. Ganz anders der Appell der Bergen-Belsen-Rede. Nun sind die Deutschen als *Kollektiv* angesprochen mit der Aufforderung, „nie“ zu „vergessen“, was in diesen „schamreichen“ Jahren geschah. An die Stelle des *Collected Memory* tritt nun das *Collective Memory* als Adressat eines moralischen, die Deutschen als Nation betreffenden Appells. Allerdings nahm Heuss in beiden Appellen – 1946 wie 1952 – den Begriff des Erinnerens ganz wörtlich: Selbstverständlich hatten die am 30. November 1952 in Bergen-Belsen Versammelten, darunter zahlreiche jüdische Überlebende, den Nationalsozialismus persönlich erlebt und entsprechende Erinnerungen an diese Zeit. Vor diesem Hintergrund leuchtet ein, dass Heuss in der Bergen-Belsen-Rede durchgehend zwischen zwei Erinnerungskollektiven unterscheidet, nämlich dem der *Opfer* und dem der *Täter*: „Sie [die Juden] werden nie, sie können nie vergessen, was ihnen angetan wurde; die Deutschen dürfen nie vergessen, was von Menschen ihrer Volkszugehörigkeit in diesen schamreichen Jahren geschah“. Das Wörtchen „nie“ – und die damit postulierte *Perpetuierung des Erinnerens* – dürfte insbesondere jene provoziert haben, die bereits 1952 den Schlusstrich gefordert hatten.<sup>4</sup>

Was haben die Nachkriegsreflexionen von Theodor Heuss mit der jüngsten Debatte um das Unbehagen an der Erinnerungskultur zu tun? Eine Menge. Denn die aktuelle Debatte kreist um genau jene Begriffe, die bereits der Heuss'schen Rhetorik implizit zu Grunde lagen: Erinnerung und Identität, Täter und Opfer, Primärerfahrung und Ritualisierung. Und sie kreist vor allem um den moralisch oder psychologisch begründeten Imperativ des Erinnerens. Diesen kontroversen Motiven der Debatte möchte ich im Folgenden näher nachgehen.<sup>5</sup>

### 1. Täter und Opfer

Mit einem Paukenschlag eröffneten die Hamburger Historikerin Ulrike Jureit und der Kasseler Sozialpsychologe Christian Schneider 2010 die Debatte mit einem Buch, dessen Titel die zentrale These gleich vorwegnimmt: „Gefühlte Opfer. Illusionen der Vergangenheitsbewältigung“<sup>6</sup>. In den vergangenen zwei Jahrzehnten habe sich in der Bundesrepublik, so die These, ein „opferidentifiziertes Erinnern“ etabliert, in dem das Leiden und Sterben der Opfer der nationalsozialistischen Mordmaschine ganz im Mittelpunkt stehe. Denn das historische Erinnern in Deutschland stelle systematisch auf eine Identifikation mit den Opfern der NS-Verbrechen ab und eröffne uns damit heute die Möglichkeit, mittels dieser von den Opfern „geliehenen Identität“ jederzeit auf der moralisch richtigen Seite zu stehen.<sup>7</sup> Mehr noch: Indem sich die Akteure der gegenwärtigen Erinnerungskultur über die Täter-Opfer-Linie hinweg imaginierten, würden die deutschen Täter aus der nationalen Erinnerungsgemeinschaft hinausdefiniert: „Sie sind die Schuldigen, mit denen man nichts gemein hat.“<sup>8</sup> Zur Untermauerung dieser These führen die beiden Autoren eine Reihe mehr oder minder bedeutsamer Skandale jüngeren Datums ins Feld, die sie für symptomatisch halten: Die vielfach gefeierte, aber vollständig erfundene Autobiographie des vermeintlichen Holocaust-Überlebenden Benjamin Wilkomirski, die Begeisterung, auf die der US-Politologe Daniel Jonah Goldhagen bei der Präsentation seiner bald widerlegten Thesen in Deutschland vielfach gestoßen war, die Empörung wiederum, die Günter Grass mit seinem späten Bekenntnis, Mitglied der Waffen-SS gewesen zu sein, auslöste. In allen drei Fällen sehen Jureit und Schneider eine „gesellschaftstypische Umcodierung“ am Werk.<sup>9</sup> Diese könnte man so umschreiben: Während ein Heuss sich noch offen (und manch anderer heimlich) für die Taten seiner Landsleute geschämt hat, ist man heute stolz darauf, mit den Opfern moralisch im selben Boot zu sitzen. Die Opfer werden „umarmt“, die Täter und ihre Taten aber „anonymisiert und pauschal verurteilt“.<sup>10</sup> Erschwerend komme hinzu, dass moderne westliche Gesellschaften kaum noch über geeignete Formen ritueller Aneignung von Vergangenheit

verfügten, die es möglich machten, ein Großverbrechen wie die Shoah kollektiv zu verarbeiten. Die tatsächlich stattfindenden Aneignungsformen hingegen neigten zur stumpfen Routine und seien vom Wunsch nach Identifikation mit den Opfern bestimmt: „Wir tun schlicht so, als wenn es um Geschehnisse geht, die wir selbst erfahren und erlitten haben, und simulieren dabei einen Selbstbezug, in den wir uns dann emotional hineinsteigern.“<sup>11</sup>

Was ist von dieser These zu halten? Zunächst: Die Kritik an der vermeintlichen Identifikation mit den Opfern ist nicht neu. Denn Jureit und Schneider greifen, ohne sie zu nennen, die unter Experten bekannte Position des Historikers Reinhart Koselleck auf, der insistierte, dass sich die Leidenserfahrungen der Opfer „unverrückbar“ in deren Leiber eingeschrieben hätten, jedoch nicht in die Vorstellungswelt Nachgeborener übertragbar oder durch irgendeine kollektive Sinnstiftung *ex post* einholbar seien.<sup>12</sup> Anders als Jureit und Schneider hatte Koselleck, der selbst der Kriegsgeneration angehörte, damit zwar keinen Generalangriff auf die deutsche Erinnerungskultur verbunden, wohl aber ausdrücklich ein Erinnern an die Täter, aber auch an die „eigenen Toten“ eingefordert. Darüber hinaus hat Koselleck vor allem die Existenz eines „kollektiven Gedächtnisses“ rundweg bestritten.<sup>13</sup>

Zweitens: Die Kritik an den öffentlichen Gedenkveranstaltungen und der darin stattfindenden „kollektiven Selbstthematization“ trifft einen wunden Punkt und verfehlt gleichwohl die Sache. Denn: In welchen Ritualen entfaltet sich diese Selbstthematization, und liegt der Sinn dieser Rituale tatsächlich in der Identifikation mit den Opfern? Und: Wer ist wir? Die Deutschen? Die Akteure der Gedenkstättenarbeit? Eine linksliberal gestimmte Medienöffentlichkeit? Die Pauschalität des Arguments nimmt der Kritik ihren Stachel.

Machen wir eine Probe aufs Exempel. Nehmen wir die Gedenkstunde des Deutschen Bundestages für die Opfer des Nationalsozialismus am 31. Januar 2018. Nahezu alle Momente dieser Feier scheinen die These des „opferidentifizierten“ Erinnerns fugenlos zu bestätigen: Der Einzug der beiden Auschwitz-Überlebenden Anita Lasker-Wallfisch und Renate Lasker-Harpprecht, beide untergehandelt bei Bundespräsident Frank-Walter Steinmeier bzw. Bundeskanzlerin Angela Merkel und Elke Bündenbender; die musikalische Umrahmung mit Stücken des jüdischen Komponisten Ernest Bloch, sodann vor allem die Rede von Bundestagspräsident Wolfgang Schäuble, der unter dem Leitmotiv „An Auschwitz scheitert jede Gewissheit“ in jeder Hinsicht die Topik des deutschen Gedenkens an die Shoah bediente.<sup>14</sup> Ganz im Sinne dieser Topik verneigte sich Schäuble vor den anwesenden Opfern, deren Leben und Leiden er ausführlich thematisierte; er verwies auf das Grundgesetz als historische

Antwort auf den Nationalsozialismus, und er machte auf die Lehren aufmerksam, die gerade heute aus dem Genozid zu ziehen seien.<sup>15</sup> Von *Tätern* sprach Schäuble jedoch nicht – sieht man von einer beiläufigen Erwähnung der „Lagerleitung“ des Konzentrations- und Vernichtungslagers Auschwitz und summarisch der „Nazis“ ab. Auch der nachdrückliche Appell zur „kollektiven Selbstbeunruhigung“, zu der die jüngsten Auswüchse von Fremdenfeindlichkeit in Deutschland Anlass geben sollten, gehört zum gewohnten Repertoire solcher Veranstaltungen, wechselt aber immerhin die Perspektive von den Opfern hin zu den potenziellen, höchst gegenwärtigen Tätern.<sup>16</sup> Dennoch: Die Falle, in die sein Amtsvorgänger Philipp Jenninger rund dreißig Jahre zuvor getappt war, als er probeweise die Perspektive der in den dreißiger Jahren Hitler zujubelnden Deutschen einnahm, hatte Schäuble sorgsam und aus gutem Grund gemieden.<sup>17</sup>



Wolfgang Kumm/dpa.

Gedenkstunde des Deutschen Bundestags für die Opfer des Nationalsozialismus am 31. Januar 2018. Bundespräsident Frank-Walter Steinmeier geleitet die Auschwitz-Überlebende Anita Lasker-Wallfisch in den Plenarsaal.

Hinter der Topik, die diese Gedenkfeier bestimmt hat, steht ein tiefgreifender kulturhistorischer Wandel, auf den Martin Sabrow hingewiesen hat:<sup>18</sup> Vom heroischen Totengedenken des frühen 20. Jahrhunderts über das Gedenken an die Soldaten, die für das Vaterland gekämpft, gelitten und ihr Leben gelassen haben (*Sacrificium*) bis hin zum Gedenken an das ohnmächtige Erleiden eines Völkermords (*Victima*) führte ein langer, keineswegs gerader Weg. Dieser Weg war mit dem langsamen Abschied von Nation und Volk als heroischem Kollektivsubjekt verbunden und machte am Ende die Bühne frei für das uns heute so vertraute empathische Gedenken an jene Opfer, die aus der eigenen Nation gewaltsam hinausdefiniert worden waren.<sup>19</sup> Für unsere Analyse heißt dies: Eine Feier wie die am 31. Januar im Deutschen Bundestag stellt sich – mangels eines symbolischen Repertoires zur Aufarbeitung von Staatsverbrechen – in die seit dem 19. Jahrhundert ausgebildete Tradition des Toten-

und Opfergedenkens und ruft die damit verbundene Topik fast unvermeidlich auf, in der eine ausführliche Thematisierung der jeweiligen Täter und ihres Gewalthandelns nie vorgesehen war.<sup>20</sup> Ob eine solche Thematisierung in dieser Situation jedoch angezeigt wäre, erscheint fraglich. Man stelle sich ein kontrafaktisches Szenario vor, in dem der Bundestagspräsident in der parlamentarischen Feierstunde die Namen höherer SS-Funktionäre verlesen und deren Taten benannt oder gar ausgemalt hätte. Welchem Zweck könnte eine solche Bußübung dienen?

Die der Shoah zu Grunde liegende Gewaltdynamik ist seit geraumer Zeit Gegenstand zeitgeschichtlicher Forschung und sie wird in Gedenkstätten in zunehmendem Maß thematisiert. Über ein entsprechendes Repertoire für deren symbolische oder rituelle Vergegenwärtigung scheinen westliche Kulturen nicht zu verfügen, zumal Sinn und Zweck einer solchen Ritualisierung fragwürdig erscheinen. Die Feierstunde des Bundestages hat auf das kulturell verfügbare Repertoire des Toten- und Opfergedenkens zurückgegriffen; ihre Funktion bestand darin, das Bewusstsein um die nationalsozialistischen Verbrechen als Teil des politischen Selbstverständnisses der Bundesrepublik auszuweisen und darüber hinaus symbolisch Solidarität mit den Opfern zu demonstrieren. Eine Analyse, die den Beteiligten den „Identifizierungswunsch mit den Opfern“ zuschriebe,<sup>21</sup> würde die einer solchen Feierstunde inhärente Logik ebenso verfehlen wie das Ansinnen, die Täter müssten dabei im Fokus stehen. Auch das Argument, hier handle es sich um „stumpfe Routine“, greift zu kurz.<sup>22</sup> Mit einem Wort: Wir können bei der Analyse der Erinnerungskultur die jeweiligen Handlungskontexte und deren kulturell tradierte Logiken nicht ausblenden.<sup>23</sup> Eine staatliche Gedenkfeier ist kein Oberseminar zur Gewaltforschung.

Drittens: Der Begriff Opferidentifikation führt, so muss man mit Werner Konitzer und Aleida Assmann sagen, in die Irre. Denn primär geht es um „Opferorientierung“, mithin um Empathie. In einem solchen Konzept, das der deutschen Erinnerungskultur zu Grunde liege, sei, so Assmann, „durchaus Platz für das Bewusstsein, selbst nicht dem Volk der Opfer anzugehören“.<sup>24</sup> Assmann schwebt eine „ethische Erinnerung“ vor, „die empathisch opferorientiert ist und gleichzeitig die Identifizierung mit dem ‚Tätervolk‘ aufrechterhält“.<sup>25</sup> Das allerdings wäre, so scheint mir, im Prozess des Gedenkens ein psychologisch schwieriger, im Prozess der Forschung, die sich von Identifikationen möglichst frei halten sollte, ein epistemisch bedenklicher Balanceakt.

Viertens ist die Behauptung, die Täter seien nicht Gegenstand des Erinnerns, ganz einfach falsch.<sup>26</sup> Denn auch die Täter sind längst aus ihrer einstmaligen sie umgebenden Anonymität herausgetreten und werden immer öfter mit Namen, Gesicht und Geschichte versehen. Die seit gut zwanzig Jahren florierende Täterforschung hat inzwischen auch jene Gedenkstätten erreicht, die vornehmlich dem Gedenken an die Opfer gewidmet sind. Und vor allem hat sie mit den Täterorten einen ganz eigenen, historisch neuartigen Typ von Erinnerungsstätte hervorgebracht, an der das Tun und Treiben der Täter im Mittelpunkt stehen – denken wir an die „Topographie des Terrors“ in Berlin, an die

vom Institut für Zeitgeschichte betriebene Dokumentation Obersalzberg, an das Dokumentationszentrum Reichsparteitagsgelände in Nürnberg, an das Hotel Silber in Stuttgart und viele andere Beispiele. Zudem wird die Bedeutung der Täter in öffentlichen Ansprachen staatlicher Repräsentanten häufiger hervorgehoben als es die These vom opferidentifizierten Erinnern suggeriert.<sup>27</sup> Schon allein weil sie zentrale Rollen im Gedächtnistheater<sup>28</sup> besetzen, sind Opfer und Täter aus der Erinnerungskultur hierzulande also nicht wegzudenken.

Doch können Täter und Opfer bzw. deren Nachfahren sich gemeinsam erinnern, ihre Erinnerungen in einem dialogischen Prozess integrieren, wie Assmann vorschlägt?<sup>29</sup> Das mag bei Individuen vielleicht im Einzelfall gelingen, aber bei Kollektiven? Diesen Punkt muss man den Kritikern zugestehen.

Worin besteht also das Unbehagen? Das Unbehagen gründet nicht auf einem empirischen Befund, sondern auf der von Jureit und Schneider behaupteten psychologischen, aber nicht näher belegten Entlastungsdynamik. Geht unsere Fokussierung auf die Opfer tatsächlich so weit, dass wir uns mit ihnen eins – und damit freigesprochen fühlen? Aber wovon eigentlich? Von Heuss'scher Scham? Von moralischer oder gar juristischer Schuld? Von politischer Verantwortung? Das Problem scheint an dieser Stelle darin zu bestehen, dass sich die unterstellten psychodynamischen Prozesse zwar pauschal behaupten, nicht aber nachweisen lassen. Vor allem aber lassen sie sich nicht verifizieren oder falsifizieren.

## 2. Erinnern und Vergessen

„Gegen Vergessen – Für Demokratie“ heißt jene verdienstvolle Initiative, die seit ihrer Gründung 1993 bundesweit wichtige Akzente gesetzt hat. Jeder weiß, wie dieses Motto gemeint ist. Dennoch sollte uns dieses Motto nicht allzu unbedacht von den Lippen gehen, denn es birgt ein Missverständnis: Erinnern ist gut – vergessen aber verwerflich. Diese Simplifizierung – darin war man sich in der Debatte über das Unbehagen einig – führt auf Abwege. So hat der Historiker Christian Meier 2010 dafür plädiert, das Vergessen nicht einfach als gefährlich, unmoralisch oder dysfunktional abzuqualifizieren. Über mehr als zwei Jahrtausende galt das Vergessen nämlich als unabdingbare Voraussetzung für die Gewinnung des Friedens.<sup>30</sup> Was bedeutet dies in Bezug auf die NS-Verbrechen? Gerade deren Monstrosität habe, so Meier, dazu geführt, dass die Deutschen sie in den vierziger und fünfziger Jahren nur allzu gerne vergaßen; unser heutiges Wissen wäre damals, wie Meier vermutet, schlichtweg nicht verkräftbar gewesen. In diesem Vergessen liegt gewiss ein moralisches Skandalon, möglicherweise aber war es der einzige gangbare Weg gewesen – so hatte dreißig Jahre zuvor schon der Philosoph Hermann Lübbe argumentiert.<sup>31</sup>

„Erinnern per se für etwas Gutes zu halten ist Unsinn“, schreibt Jan Philipp Reemtsma, und er setzt noch eins drauf: Im psychoanalytischen Sinn sei das Ziel des erinnernden Durcharbeitens ja nichts anderes als das Verges-

sen, also die Lösung von dem als traumatisch empfundenen Ereignis.<sup>32</sup> In der Tat: Der Zweck der psychoanalytischen Kur besteht darin, dass der Patient die schlimme Vergangenheit, die sein Denken und Handeln zwanghaft bestimmt, hinter sich lässt. Psychoanalytisch gesehen macht der auf Dauer gestellte Imperativ „Du sollst erinnern“ also gerade im Blick auf eine schlimme Vergangenheit keinen Sinn. Dies gilt auch für die so oft beschworene „Verdrängung“ der NS-Verbrechen. Sie wurden in der Regel nicht verdrängt, sondern verleugnet, so Reemtsma. Schon Jan Assmann hatte sich gegen eine freudianische Interpretation des kulturellen Gedächtnisses gewandt.<sup>33</sup> Der psychoanalytisch inspirierte Überbau des erinnerungspolitischen Konsenses gerät in der Debatte also ins Wanken – zu Recht. Das „kollektive Gedächtnis“ wie auch das Erinnern, von dem wir in unserem Kontext sprechen, ist zweifelsohne nicht viel mehr als eine starke *Metapher* für die kollektive Verständigung einer Gesellschaft über ihre Vergangenheit.<sup>34</sup> Deshalb hatte Volkhard Knigge bereits 2002 vorgeschlagen, statt von Erinnerung lieber von „Auseinandersetzung mit der Vergangenheit“ zu sprechen.<sup>35</sup> Nicht gerade eine griffige Vokabel.

### 3. Generationelles Erinnern

In der Forschung ist es üblich geworden, die Aufarbeitung der NS-Verbrechen in generationeller Perspektive zu betrachten. Die entsprechende Erzählung könnte etwa lauten: Hatte die Tätergeneration die Verbrechen des „Dritten Reiches“ überwiegend geleugnet, so bestand für ihre Kinder genau darin das Problem. Angeleitet von prominenten Vordenkern suchten sie über die Identifikation mit den Opfern jene Scham und Angst abzuwehren, die der Befürchtung entsprang, die eigenen Eltern könnten mitgemacht haben.<sup>36</sup> Der Appell „Erinnert Euch“ war dabei wörtlich und individuell gemeint,<sup>37</sup> nämlich an die eigenen Eltern gerichtet, und er mag in dieser Konstellation mit starken Schuld- und Schamanteilen verbunden gewesen sein.<sup>38</sup> Ideologisch zielte der Appell darauf, personelle und andere Kontinuitäten aus dem „Dritten Reich“, etwa den autoritären Habitus, zu überwinden. Vor allem aber hat sich über dieses Projekt jene Kohorte, die wir in den Geschichtsbüchern als „Achtundsechziger“ bezeichnen, als Generation im emphatischen Sinn konstituiert.

So weit, so gut. Die daran anschließende These von Ulrike Jureit und Christian Schneider lautet nun: Wie keine andere hat diese Generation, die wie Gerhard Schröder (geb. 1944) und Joschka Fischer (geb. 1948) in den 1990er Jahren in Spitzenpositionen eingerückt war, der bundesdeutschen Gedenkkultur ihren bis heute gültigen Stempel aufgedrückt. Der hohe moralische Ton, die Identifizierung mit den Opfern, der kategorische Appell „Erinnert Euch“, der fragwürdige psychoanalytische Überbau – all diese Charakteristika unserer gegenwärtigen Erinnerungskultur verdanken wir jener *Generation*. Dieser Befund löst nun bei den beiden Autoren gleich ein doppeltes Unbehagen aus. Zum einen sehen sie in der Selbstthematization der Achtundsechziger als Angehörige einer Generation den Versuch, „den kontaminierten nationalen Bezug beiseite lassen zu können“, nämlich die Frage nach Tätern, Mitläufern und

Zuschauern auszublenken, um über besagte Identifizierung mit den Opfern auf der richtigen Seite zu stehen. Zum andern monieren Jureit und Schneider, diese Generation würde *ihr* Modell des Gedenkens mit all seinen Implikationen den nachfolgenden, dritten und vierten Generationen als verbindliche Norm vorschreiben.<sup>39</sup> Da es sich aber um eine sehr spezifische, weil generationell bedingte Form des Erinnerns handele, führe dieses Ansinnen erkennbar in eine Sackgasse.

Trifft diese Analyse zu? Der erste Kritikpunkt, die Selbstthematization als Generation blende den nationalen Verantwortungszusammenhang aus, ist nur schwer nachzuvollziehen. War es nicht die Generation Schröder/Fischer, die beispielsweise die Regelung der Zwangsarbeiterentschädigung zwar unter internationalem Druck, aber doch in dem Bewusstsein zügig vorangetrieben hat, dass hier eine nationale Verantwortung bestehe?<sup>40</sup> Jureits Versuch, Generation und Nation als einander ausschließende Kategorien zu konstruieren, wirkt künstlich und wenig überzeugend. Dem zweiten Monitum könnte man entgegen: *So what?* Selbstverständlich versucht jede Generation, die von ihr erkämpften Standards ihren Kindern als verbindlich anzupfehlen. Dass dabei jede Menge Moral, Autorität und institutionelle Macht im Spiel ist, sei zugestanden. Aber ebenso selbstverständlich pflegt dieses Unterfangen mit schöner Regelmäßigkeit zu scheitern. Man kann die historische Banalität nicht oft genug betonen: Jede Generation wird sich ihren eigenen Zugang zur Vergangenheit erarbeiten, der sich von dem der Altvordere schon aus Gründen der Distinktion unterscheidet. Es wäre also in der Tat unsinnig und kontraproduktiv, heutigen Schülern mit dem Appell „Erinnert Euch!“ entgegenzutreten.<sup>41</sup> Die doppelte Aufgabe der Gedenkstättenarbeit besteht also zum einen darin, späteren Generationen diesen Zugang offenzuhalten, ihn also nicht durch übermäßige Normierung zu versperren. Zum andern gälte es dafür zu sorgen, dass die Menschheitsverbrechen des 20. Jahrhunderts, darunter insbesondere die Shoah, als Thema und steter Anstoß zur Auseinandersetzung im Bewusstsein bleiben. Dies geschieht, indem schulische Lehrpläne und öffentlich geförderte Gedenkstätten einen Rahmen zur kulturellen Kanonisierung schaffen.<sup>42</sup>

### 4. Erinnern als Katharsis

Dass kollektives Erinnern „frei“ mache oder vor „Wiederholung“ bewahre, ist eine durchaus unbedachte Redeweise, denn sie läuft auf eine Verkennung und Überforderung zugleich hinaus. So hat die suggestive Formel der „Erinnerung“, deren Geheimnis „Erlösung“ heißen soll, Volkhard Knigge dazu veranlasst, sie ironisch mit dem Status des wundertätigen Wassers von Lourdes zu vergleichen.<sup>43</sup> Mit einem profaneren Bild hat Martin Sabrow von der „kathartischen Aufarbeitungsbereitschaft einer Kultur“ gesprochen, die sich von Erinnerung nichts Geringeres verspreche als die Erlösung vom Fluch einer schlimmen Vergangenheit.<sup>44</sup> Das mag auch daran liegen, dass in der Erinnerung an die NS-Verbrechen ein Gut erfahrbar wird, das in später oder postmodern gestimmten liberalen Gesellschaften besonders knapp geworden ist – moralische Eindeutigkeit.<sup>45</sup>

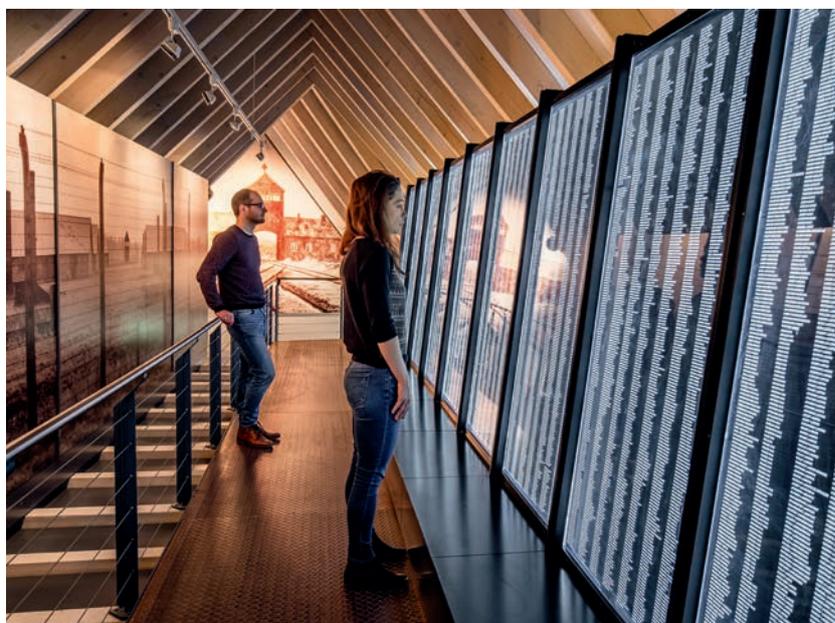
So viel jedenfalls lässt sich festhalten: Anders als noch vor hundert Jahren sucht unsere Gesellschaft im frühen 21. Jahrhundert Orientierung nicht mehr in der Erinnerung an nationale Helden oder Heldentaten, sondern in der Erinnerung an begangene Verbrechen. In der Terminologie der antiken Poetik: Nicht mehr die *Mimesis*, die zur Nachahmung sich empfehlende vorbildliche Tat, sondern die *Katharsis*, die Distanzierung und Reinigung von einer schlimmen Vergangenheit, ist das Gebot der Stunde.<sup>46</sup>

Was ist an diesem Perspektivwechsel zu kritisieren? Zunächst einmal gar nichts. Denn der Begriff der Erinnerung ist offenkundig eine Chiffre, hinter der sich Unterschiedliches verbirgt. Im Kontext der Gedenkstättenarbeit bedeutet Erinnern zunächst: Die Tatsachen anerkennen und sie nicht leugnen oder beschönigen. Sodann: Raum schaffen für Trauer. Viele Gedenkstätten waren, darauf hat Reemtsma hingewiesen, zunächst vor allem Friedhöfe und daher Orte der Trauer für die Nachfahren der Opfer.<sup>47</sup> Trauer können aber auch andere empfinden, indem sie des Verlusts elementarer Menschlichkeit, des Zerbrechens einer menschlichen Grundsolidarität gewahr werden, das an Gedenkstätten zutage tritt. Dazu gehört auch Empathie, die sich allerdings ebenso wenig verordnen lässt wie Trauer. Drittens sind Gedenkstätten natürlich Lernorte, die idealerweise nicht nur zeigen, *was* stattgefunden hat, sondern auch *wer es wem* und aus *welchen Gründen* angetan hat. Und viertens mögen sie jenen Gruppen oder Institutionen, die auf die eine oder andere Weise in das zu erinnernde Geschehen, etwa die Massenvergasungen behinderter Menschen in Grafeneck, involviert waren, als Orte symbolischer oder ritueller Vergegenwärtigung dienen. Damit tragen sie fünftens zu der schon erwähnten kulturellen Kanonisierung des Themas bei. Diese fünf einander überlappenden Angebote firmieren landläufig allesamt unter der Chiffre „Erinnerung“. Warum? Weil in einer dramatisch beschleunigten Zeit das „Erinnern“ als eine ebenso notwendige wie hoch prämierte kulturelle Praktik gilt.<sup>48</sup>

Neben dieser notwendigen begrifflichen Differenzierung erscheint mir zudem ein dritter Punkt bedenkenswert. Die intensiv betriebene Aufarbeitung der NS-Verbrechen wie auch der SED-Diktatur hat hierzulande zuweilen einen Gestus der Selbstgewissheit hervorgebracht, der seine zweifelhaften politischen Früchte trägt. Die Überzeugung nämlich, eine schlimme Vergangenheit vorbildlich aufzuarbeiten, kann nahtlos an jene Dynamik moralischer Überhebung anknüpfen, die in Deutschland Tradition hat. Diese Dynamik scheint mir in dem Ansinnen des Deutschen Bundestags, über den osmanischen Völkermord an den Armeniern per Resolution urteilen zu können, ebenso am Werk zu sein wie in der harschen Verurteilung der Flüchtlingspolitik anderer EU-Mitgliedsstaaten, die unseren DIN-Normen nicht genügen.<sup>49</sup>

## 5. Normiertes Gedenken?

Neben dem opferidentifizierten Erinnern steht somit auch dessen Normierung in der Kritik. Normiert sei, so Ulrike Jureit, nicht nur das opferidentifizierte Erinnern, normiert erscheinen ihr auch die stereotypen Formeln, die bei öffentlichen Anlässen aufgerufen werden („Ohne Erinnerung keine Zukunft!“) und die routinierten Formen, in denen diese öffentlichen Anlässe zelebriert werden, normiert



Kehrel/Dokumentationszentrum Deutscher Sinti und Roma.

Ort des Gedenkens: Die Namenswand im Dokumentations- und Kulturzentrum Deutscher Sinti und Roma in Heidelberg erinnert an die 21.000 Opfer aus Deutschland, die fast alle in Auschwitz-Birkenau ermordet wurden.

komme überhaupt das öffentliche Sprechen über die nationalsozialistische Vergangenheit daher. So hätten wir uns in einem „stahlharten Gehäuse normierten Gedenkens“ eingerichtet, das in seiner Selbstzufriedenheit keinen beunruhigenden Gedanken mehr zulasse.<sup>50</sup> Hier wäre zu fragen, worauf sich diese Kritik genau bezieht. Auf das staatliche Gedenken mag sie – mit den oben genannten Differenzierungen – zutreffen. Aber trifft sie auch die rund 120 größeren Gedenkstätten zur nationalsozialistischen Gewaltherrschaft sowie die 85 zur DDR-Diktatur?<sup>51</sup> Schon die Unterscheidung nach diesen beiden Hauptthemen lässt vermuten, dass hier von Normierung wohl eher nicht die Rede sein kann. Nimmt man hinzu, zu welchem unterschiedlichen Zeitpunkten diese Gedenkorte errichtet wurden und mit welcher unterschiedlichen Möglichkeiten und Methoden sie arbeiten, fällt die Kritik, all dies sei „normiert“, vor dieser Vielfalt rasch in sich zusammen.

Gibt es einen normierten öffentlichen Diskurs, etwa in den Medien? Hier trifft die Kritik einen empfindlichen Punkt. Dabei gilt es zwei Aspekte zu bedenken. Erstens: Unsere Erinnerungskultur von heute hat ihre spezifischen Weisen des Sprechens und Gedenkens im Zuge der Bewältigung einschlägiger Skandale der 1980er Jahre ausgebildet und kanonisiert.<sup>52</sup> Jung wie sie ist, lässt sie sich leicht aus der Fassung bringen<sup>53</sup> – sei es vom provokativen Desinteresse Jugendlicher, sei es vom Einspruch der Zeitgeschichtsforschung, sei es von Reden, die aus dem Rahmen fallen, wie

sie Philipp Jenninger im Bundestag oder Martin Walser in der Paulskirche gehalten haben. Gegenläufig zu dieser Kanonisierung hat sich seitdem zweitens die in den 1980er Jahren noch vielfach imaginierte Nationalkultur im Zeichen einer immer weiter pluralisierten, individualisierten, von hybriden Identitäten durchwirkten Gesellschaft aufgelöst.<sup>54</sup> Man denke nur an die jüngsten Immigrationswellen, die ganz neue Fragen aufwerfen. Eine Gedenkkultur, die sich stereotyper Formeln und Verfahren („Erinnert Euch!“) bediente, würde dieser Situation in der Tat nicht gerecht. Dass die Themen Nationalsozialismus und Shoah hierzulande im Kanon der Themen ganz oben stehen, sollten wir uns gleichwohl nicht abhandeln lassen. Denn bei Licht besehen haben wir es eben nicht mehr mit einem bloß nationalen, geschweige denn einem generationellen Thema zu tun. Bei Licht besehen sprechen wir von einem Thema, dessen universelle Relevanz uns alltäglich vor Augen geführt wird. Dazu braucht es allerdings tatsächlich offener und vielfältiger und nicht normierter Zugangsweisen und Verfahren.

## 6. Genug davon?

„Opa war kein Nazi“, lautete der Titel einer verdienstvollen Studie, mit der Harald Welzer, Sabine Mohler und Karoline Tschuggnall 2002 einiges Aufsehen erregten.<sup>55</sup> In ihrer Analyse von vierzig Familiengesprächen und 142 Einzelinterviews konnten sie zeigen, dass Kinder und Enkel der Tätergeneration dazu neigen, das Tun und Lassen ihrer Vorfahren im Dritten Reich wahlweise zu viktimisieren oder zu heroisieren, keinesfalls jedoch zu kriminalisieren. Das Autorenteam folgerte, dass „im Prozeß der Tradierung von Vergangenheit die emotionale Dimension der Vermittlung und der bildhaften Vorstellung eine größere Rolle spielt als kognitiv repräsentiertes Wissen“.<sup>56</sup> Hätten wir uns die ganze mühsame Aufklärungsarbeit, die im Geschichtsunterricht, in Gedenkstätten und anderswo geleistet wird, also sparen können?

Dieser Schluss ist keineswegs zwingend. Doch scheint der Sozialpsychologe Welzer eine solche Folgerung zu ziehen, und er geht noch einen Schritt weiter. Je fundierter wir heute über den Nationalsozialismus informieren, so schreibt er, „desto größer wird das Bedürfnis, die eigene Familie vor diesem Wissen zu schützen“.<sup>57</sup> Einige Jahre später – und nunmehr im Kontext unserer Debatte – schlägt Welzer zusammen mit Dana Giesecke eine „Renovierung der deutschen Erinnerungskultur“ vor, in der sie der Kritik an der „Opferidentifizierung“ ein weiteres, besonders grobes Argument hinzufügen: Das „enthistorisierte absolute Grauen“, das unsere Gedenkstätten präsentierten, sei im Blick auf die Erfordernisse der Gegenwart und Zukunft kontraproduktiv, denn es trage zu einer Schwächung des Vertrauens in eigene Handlungsspielräume bei und habe die Demotivierung von Zivilcourage zur Folge.<sup>58</sup> Als Alternative zur gegenwärtigen Erinnerungskultur schwebt dem Autorenduo ein „Haus der menschlichen Möglichkeiten“ vor, in dem auf experimentell-spielerische Weise die sozialen Mechanismen, die zu Fehlentwicklungen und Katastrophen führen, ebenso erprobt werden wie die „Entwicklung eines Möglichkeitssinns“ für die positiven Potenziale menschl-

chen Handelns.<sup>59</sup> Salopp formuliert lautet der von Welzer und Giesecke geforderte Perspektivwechsel also: Weg von den Opfern (oder auch Tätern), hin zu den Helfern und Rettern, die individuelle Zivilcourage zeigten, weg vom Negativen, hin zum Positiven, und vor allem: weg von der Vergangenheit, hin zur Zukunft.

Ähnlich wie schon bei Jureit und Schneider fragt man sich, wie viele Gedenkstätten das Autorenduo eigentlich be-sichtigt hat. Auf die Präsentation eines „enthistorisierten Grauens“ werden sie zumindest an den größeren Gedenkstätten jedenfalls nur selten stoßen. Umgekehrt werden in den Gedenkstätten Helfer und diejenigen, die Mut bewiesen haben, in zunehmendem Maß zum Thema gemacht, wenngleich sie nicht im Vordergrund stehen.<sup>60</sup> Was an der von Giesecke und Welzer vorgetragenen Kritik irritiert, ist jener forsche sozialpsychologische Utilitarismus, der die Arbeit von Gedenkstätten ihres Eigensinns entkleidet, um sie auf ihren messbaren Nutzen für die Zukunft zu reduzieren. Der Vorwurf der Enthistorisierung fällt somit auf die Autoren zurück, wenn sie die vielfachen Funktionen von Gedenkstätten hierzulande auf ein bloßes Empowerment zu reduzieren versuchen.

## 7. Fazit

Fassen wir zusammen. Die Debatte über das Unbehagen an der Erinnerungskultur hat vor rund zehn Jahren, also zu einem Zeitpunkt eingesetzt, als mit der Verabschiedung der Gedenkstättenkonzeption des Bundes (1999)<sup>61</sup> und der Eröffnung des Denkmals für die ermordeten Juden Europas (2005) das öffentliche Erinnern an die Verbrechen des Dritten Reiches endgültig zu einer Art Staatsziel geworden ist – genau zu jener Zeit, in der das Aussterben der ersten Generation, also der Zeitzeugen, die Gemüter bewegte. Seit dieser gedenkpolitischen Zäsur hat die traditionelle Frage, ob und wie viel überhaupt an den Nationalsozialismus erinnert werden sollte, einer Debatte Platz gemacht, die sich stärker auf die Formen, Modalitäten und Inhalte des Gedenkens richtet. Hält man sich vor Augen, dass die Kritikerinnen und Kritiker der etablierten Erinnerungskultur die Notwendigkeit der Auseinandersetzung mit den historischen Diktaturverbrechen keineswegs leugnen, in einem entscheidenden Punkt also Einigkeit besteht, muss die Schärfe, in der diese Kritik vorgetragen wird, überraschen. Möglicherweise erklärt sie sich aus jener generationellen Dynamik, die selbst Thema der Debatte ist.

Nicht alle Argumente der Kritik überzeugen gleichermaßen. So hat unsere Analyse gezeigt, dass der Angriff auf die Erinnerungskultur zum einen die nötige begriffliche Differenzierung vermissen lässt, wenn pauschal von „opferidentifiziertem“ Erinnern die Rede ist oder wenn die Eigentümlichkeiten staatlicher Gedenkrituale *pars pro toto* der Erinnerungskultur insgesamt zugerechnet werden. Dabei gälte es nach Praktiken des Gedenkens und Erinnerns zu unterscheiden, die ihre je eigenen Formen und Logiken hervorgebracht haben. Zum ändern mangelt es der Kritik erkennbar an Empirie. So nimmt, wie wir gesehen haben, die These vom opferidentifizierten Erinnern weder die Vielfalt der Gedenkstätten noch den vergleichsweise jun-

gen Typ des Täterorts hinreichend zur Kenntnis. Auf diese Weise verliert die Kritik auch in den Aspekten an Plausibilität, die tatsächlich ernst zu nehmen wären. Denn zu Recht weisen die Kritiker auf die Gefahr der Ausbildung stereotyper, formelhafter Redeweisen, auf verfehlte tiefenpsychologische Aufladungen, auf überzogene zivilreligiöse Erlösungshoffnungen hin, die unsere kathartisch gestimmte Erinnerungskultur nur zu gerne nährt. Denn in der Tat: Die Umbrüche, vor denen unsere Erinnerungslandschaft steht, lassen ein allzu selbstgewisses Weiterstricken an bewährten Mustern nicht zu.

**Dr. Thomas Hertfelder**, geb. 1959, ist Geschäftsführer und Mitglied des Vorstands der Stiftung Bundespräsident-Theodor-Heuss-Haus in Stuttgart. Er studierte Geschichte, Literaturwissenschaft und Politische Wissenschaft an der Universität München, wo er beide Staatsexamina ablegte, 1995 mit einer wissenschaftsgeschichtlichen Arbeit promoviert wurde und sieben Jahre lang als wissenschaftlicher Assistent arbeitete. Zu seinen Forschungsschwerpunkten gehören die Geschichte des Liberalismus, die historische Bildforschung sowie Fragen der Geschichts- und Erinnerungskultur. Publikationen (Auswahl): *In Presidents we trust. Die amerikanischen Präsidenten in der Erinnerungspolitik der USA*, Stuttgart 2005; *Modell Deutschland. Erfolgsgeschichte oder Illusion?* (Hrsg. mit Andreas Rödder), Göttingen 2007; *Von Naumann zu Heuss. Über eine Tradition des sozialen Liberalismus in Deutschland*, Stuttgart 2013; *Erinnern an Demokratie in Deutschland. Demokratiegeschichte in Museen und Erinnerungsstätten der Bundesrepublik*, Göttingen 2016 (Hrsg. mit Ulrich Lappenküper u. Jürgen Lillteicher).

- 1 Theodor Heuss: Schreibt Erinnerungen auf!, in: Ralf Dahrendorf/ Martin Vogt (Hrsg.): Theodor Heuss. Politiker und Publizist, Tübingen 1984, S. 309–312, hier S. 311.
- 2 Theodor Heuss: Das Mahnmal, in: Dahrendorf/Vogt, Heuss (wie Anm. 1), S. 407–412, hier S. 408.
- 3 Vgl. zu den genannten Begriffen grundlegend Hans-Günter Hockerts: Zugänge zur Zeitgeschichte. Primärerfahrung, Erinnerungskultur, Geschichtswissenschaft, in: Konrad Jarausch/Martin Sabrow (Hrsg.): Verletztes Gedächtnis. Erinnerungskultur und Zeitgeschichte im Konflikt, Frankfurt 2002, S. 39–74; Jeffrey K. Olick: Collective Memory: The Two Cultures, in: Sociological Theory 17 (1999), S. 333–348.
- 4 Zu Theodor Heuss' Rhetorik im Zusammenhang mit der Aufarbeitung des Nationalsozialismus vgl. Ulrich Baumgärtner: Reden nach Hitler. Theodor Heuss – die Auseinandersetzung mit dem Nationalsozialismus, Stuttgart 2001, zur Bergen-Belsen-Rede S. 232–258.
- 5 Vgl. hierzu auch Thomas Hertfelder: Opfer, Täter, Demokraten. Über das Unbehagen an der Erinnerungskultur und die neue Meistererzählung der Demokratie, in: Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte 65 (2017), S. 365–393. Der vorliegende Aufsatz führt die dort angestellten Überlegungen fort.
- 6 Ulrike Jureit/Christian Schneider: Gefühlte Opfer. Illusionen der Vergangenheitsbewältigung, Stuttgart 2010.
- 7 Jureit/Schneider, Opfer (wie Anm. 6), S. 29 (Zit).
- 8 Jureit/Schneider, Opfer (wie Anm. 6), S. 30.
- 9 Jureit/Schneider, Opfer (wie Anm. 6), S. 25.
- 10 Jureit/Schneider, Opfer (wie Anm. 6), S. 36.
- 11 Ulrike Jureit: Normative Verunsicherungen. Die Besichtigung einer erinnerungspolitischen Zäsur, in: Margrit Frölich/Ulrike Jureit/Christian Schneider (Hrsg.): Das Unbehagen an der Erinnerung – Wandlungsprozesse im Gedenken an den Holocaust, Frankfurt a. M. 2012, S. 21–36, hier S. 27.
- 12 Vgl. Reinhart Koselleck: Formen und Traditionen des negativen Gedächtnisses, in: Volkhard Knigge/Norbert Frei (Hrsg.): Verbrechen erinnern. Die Auseinandersetzung mit Holocaust und Völkermord, München 2002, S. 21–32, hier S. 23 f.
- 13 Vgl. Koselleck, Formen (wie Anm. 11), S. 27; Reinhart Koselleck: Gibt es ein kollektives Gedächtnis?, in: Divinatio 19 (2004), S. 23–28,

dazu kritisch: Aleida Assmann: Das neue Unbehagen an der Erinnerungskultur. Eine Intervention, München 2013, S. 16–24.

- 14 Hierzu gehören: Die Erinnerung an die „Machtergreifung“ vor genau 85 Jahren, die performative Bekräftigung des Gedenkens an die Opfer und des Ehrens des Widerstands, die Entgegensetzung von „Rassenideologie“ bzw. „Volksgemeinschaft“ und „Solidarität“ bzw. „Zivilcourage“, die Rede von der Unvorstellbarkeit des Staatsverbrechens und von der Fragilität von Rechtsstaat und Demokratie, die Beschwörung des Grundgesetzes als „Lehre“ aus Auschwitz und die im Artikel 1 ausgesprochene Garantie der Menschenwürde, vgl. Wolfgang Schäuble: An Auschwitz scheitert jede Gewissheit, in: Das Parlament. Nr. 6-8 v. 5.2.2018, Debattendokumentation, S. 1–2.
- 15 Vgl. Das Parlament. Nr. 6-8 v. 5.2.2018, Debattendokumentation, S. 1–4, ferner die vollständige Aufzeichnung der Feier unter <https://www.bundestag.de/dokumente/textarchiv/2018/kw05-nachbericht-gedenkstunde/540648> (Zugriff: 8.3.2018).
- 16 Debattendokumentation (wie Anm. 15), S. 1–2.
- 17 Am 10. November 1988 beim Gedenken aus Anlass des 50. Jahrestages der sog. „Reichskristallnacht“. Vgl. hierzu z.B. Werner Bergmann: Antisemitismus in öffentlichen Konflikten. Kollektives Lernen in der politischen Kultur der Bundesrepublik 1949–1989, Frankfurt 1997, S. 455–474; Helmut Dubiel: Niemand ist frei von der Geschichte. Die nationalsozialistische Herrschaft in den Debatten des Deutschen Bundestags, München/Wien 1999, S. 215–218, sowie zuletzt Katrin Hammerstein: Gemeinsame Vergangenheit – getrennte Erinnerung? Der Nationalsozialismus in Gedächtnisdiskursen und Identitätskonstruktionen von Bundesrepublik Deutschland, DDR und Österreich, Göttingen 2017, S. 383–396.
- 18 Martin Sabrow: Held und Opfer. Zum Subjektwandel deutscher Vergangenheitsbewältigung im 20. Jahrhundert, in: Frölich/Jureit/Schneider, Unbehagen (wie Anm. 13), S. 37–54.
- 19 Offen bleibt allerdings, für welche Segmente der Erinnerungskultur die These gilt und für welche nicht. So zeigt die Studie von Harald Welzer/Sabine Moller/Karoline Tschuggnall: „Opa war kein Nazi“. Nationalsozialismus und Holocaust im Familiengedächtnis, Frankfurt a.M. 2002, dass in der tradierten familiären Erinnerung an den Nationalsozialismus die Kategorien „Held“ und „Opfer“ in Bezug auf das Agieren der Vorfahren im Dritten Reich gleichermaßen eine große Rolle spielen.

- 20 Vgl. Jay Winter: *Sites of memory, sites of mourning. The Great War in European cultural history*, Cambridge 1995; Manfred Hettling/Jörg Echternkamp (Hrsg.): *Gefallenengedenken im globalen Vergleich. Nationale Tradition, politische Legitimation und Individualisierung der Erinnerung*, München 2013;
- 21 Jureit, *Verunsicherungen* (wie Anm. 13), S. 29.
- 22 Jureit, *Verunsicherungen* (wie Anm. 13), S. 28.
- 23 In diese Richtung argumentiert auch Harald Schmid: *Das Unbehagen in der Erinnerungskultur. Eine Annäherung an aktuelle Deutungsmuster*, in: Frölich/Jureit/Schneider, *Unbehagen* (wie Anm. 13), S. 161–181, hier S. 175.
- 24 Assmann, *Unbehagen* (wie Anm. 12), 63–67, hier 66. Sie bezieht sich auf Werner Konitzer: *Opferorientierung und Opferidentifizierung. Überlegungen zu einer begrifflichen Unterscheidung*, in: Frölich/Jureit/Schneider, *Unbehagen* (wie Anm. 13), S. 119–128.
- 25 Assmann, *Unbehagen* (wie Anm. 12), S. 66.
- 26 Vgl. auch Volkhard Knigge: *Statt eines Nachworts*, in: Knigge/Frei, *Verbrechen* (wie Anm. 11), S. 423–440, hier S. 425.
- 27 Vgl. Hammerstein, *Vergangenheit* (wie Anm. 17), S. 467, 481 f.
- 28 Der Begriff geht auf den italienischen Renaissancegelehrten Giulio Camillo (1480–1544) zurück. Ohne darauf Bezug zu nehmen, hat Y. Michal Bodemann den Terminus seiner Streitschrift: *Gedächtnistheater. Die jüdische Gemeinschaft und ihre deutsche Erfindung*, Hamburg 1996, zu Grunde gelegt und auf den inszenatorischen, der Alltagspraxis enthobenen Charakter von Gedenkritualen verwiesen, vgl. ebd., S. 82–87.
- 29 Assmann, *Unbehagen* (wie Anm. 12), S. 195–203.
- 30 Christian Meier: *Das Gebot zu vergessen und die Unabweisbarkeit der Erinnerung*, Bonn 2010, S. 62 f.
- 31 Hermann Lübke: *Der Nationalsozialismus im deutschen Nachkriegsbewußtsein*, in: *Historische Zeitschrift* 236 (1983), S. 579–599; kritisch dazu z.B. Axel Schildt: *Zur Durchsetzung einer Apologie*. Hermann Lübkes Vortrag zum 50. Jahrestag des 30. Januar 1933, in: *Zeithistorische Forschungen* 10 (2013), S. 148–152.
- 32 Jan Philipp Reemtsma: *Wozu Gedenkstätten?* In: *Aus Politik und Zeitgeschichte* 25–26/2010, S. 3–9, hier S. 3; vgl. auch Jureit/Schneider, *Opfer* (wie Anm. 6), S. 133–135.
- 33 Jan Assmann: *Kollektives und kulturelles Gedächtnis. Zur Phänomenologie und Funktion von Gegen-Erinnerung*, in: Ulrich Borsdorf/Heinrich Theodor Grütter (Hrsg.): *Orte der Erinnerung. Denkmal, Gedenkstätte, Museum*, Frankfurt/New York 1999, S. 13–32.
- 34 Vgl. hierzu auch Félix Krawatzek/Rieke Trimcev: *Eine Kritik des Gedächtnisbegriffes als sozialer Kategorie*, in: *Jahrbuch für Politik und Geschichte* 4 (2013), S. 159–176.
- 35 Knigge, *Statt eines Nachworts* (wie Anm. 26), S. 429.
- 36 Christian Schneider: *Generation im Abtritt. Vom Schicksal historischer Gegenidentifizierungen*, in: Jureit/Schneider/Frölich, *Unbehagen* (wie Anm. 13), S. 85–100. Diese Erzählung wird zumindest relativiert durch die Ergebnisse des dritten Kapitels von Christina von Hodenberg: *Das andere Achtundsechzig. Gesellschaftsgeschichte einer Revolte*, München 2018.
- 37 Dazu und zum Folgenden Volkhard Knigge: *Die Zukunft der Erinnerung*, in: *Aus Politik und Zeitgeschichte* 25–26/2010, S. 10–23.
- 38 Vgl. Schneider, *Generation* (wie Anm. 36).
- 39 Jureit/Schneider, *Opfer* (wie Anm. 6), S. 83–85, Zit. S. 83.
- 40 Zur Geschichtspolitik der Berliner Republik vgl. Manuel Becker: *Geschichtspolitik der Berliner Republik. Konzeptionen und Kontroversen*, Wiesbaden 2013, Hammerstein, *Vergangenheit* (wie Anm. 17), S. 430–457.
- 41 Vgl. Knigge, *Statt eines Nachworts* (wie Anm. 26), S. 429.
- 42 Vgl. hierzu auch Assmann, *Kollektives Gedächtnis* (wie Anm. 33), S. 31 f.
- 43 Knigge, *Statt eines Nachworts* (wie Anm. 26), S. 435.
- 44 Martin Sabrow: *Geschichte als Instrument. Variationen über ein schwieriges Thema*, in: *Aus Politik und Zeitgeschichte* 42–43 (2013), S. 3–11, hier S. 8; ders.: *Abschied von der Aufklärung? Über das Erlösungsversprechen unserer Erinnerungskultur*, in: *Merkur* 813 (2017), S. 5–16.
- 45 Vgl. Christoph Möllers: *Wir, die Bürgerlichen*, in: *Merkur* 818 (2017), S. 5–16, hier S. 13f. Zu weiteren Gründen vgl. z.B. Alon Confino: *Germany as a Culture of Remembrance. Promises and Limits of Writing History*, Chapel Hill 2006, S. 153–156.
- 46 Auf diese Begriffe rekurriert vor allem Martin Sabrow in seinen zahlreichen Interventionen zu diesem Thema.
- 47 Reemtsma, *Gedenkstätten* (wie Anm. 32), S. 4.
- 48 Vgl. Hartmut Rosa: *Beschleunigung. Die Veränderung der Zeitstrukturen in der Moderne*, Frankfurt 2005.
- 49 Von einer DIN-Norm des Erinnerns sprach Timothy Garton Ash: *Mesomnesie*, in: *Transit* 22 (2001/2002), S. 32–48, hier S. 33.
- 50 Jureit/Schneider, *Opfer* (wie Anm. 6), S. 30–35.
- 51 Auszählung für die NS-Gedenkstätten nach [www.gedenkstaettenuebersicht.de](http://www.gedenkstaettenuebersicht.de) (Aufruf: 05.03.2016), für die DDR-Diktatur nach Anna Kaminsky (Hrsg.), *Orte des Erinnerns. Gedenkzeichen, Gedenkstätten und Museen zur Diktatur in SBZ und DDR*, Berlin 3. Auflage 2016; in der Zählung nicht berücksichtigt wurden die zahllosen Denkmäler, Gedenktafel- und steine, Stelen, Skulpturen und Friedhöfe.
- 52 So die These von Bergmann, *Antisemitismus* (wie Anm. 17), S. 469–474.
- 53 Vgl. hierzu auch Becker, *Geschichtspolitik* (wie Anm. 40).
- 54 Vgl. Jureit, *Verunsicherungen* (wie Anm. 13), S. 35 f.
- 55 Welzer/Moller/Tschuggnall, *„Opa war kein Nazi“* (wie Anm. 19).
- 56 Welzer/Moller/Tschuggnall, *„Opa war kein Nazi“* (wie Anm. 19), S. 200; zur Gewichtung der Emotionen in der Gedenkstättenarbeit vgl. die Studie von Thomas Lutz: *Zwischen Vermittlungsanspruch und emotionaler Wahrnehmung. Die Gestaltung neuer Dauerausstellungen in Gedenkstätten für NS-Opfer in Deutschland und deren Bildungsanspruch*, Berlin 2009.
- 57 Harald Welzer: *„Ach Opa!“ – Zum Unterschied zwischen öffentlichem und privatem Erinnern in Europa*, in: Martin Sabrow (Hrsg.): *Der Streit um die Erinnerung*, Leipzig 2008, S. 25–48, hier S. 32.
- 58 Dana Giesecke/Harald Welzer: *Das Menschenmögliche. Zur Renovierung der deutschen Erinnerungskultur*, Hamburg 2012, S. 116 f, 179 (Zitat).
- 59 Giesecke/Welzer, *Menschenmögliche* (wie Anm. 58), S. 121.
- 60 Vgl. hierzu: Angela Borgstedt/Sibylle Thelen/Reinhold Weber (Hrsg.): *Mut bewiesen. Widerstandsbiografien aus dem Südwesten*, Stuttgart 2017.
- 61 Vgl. Konzeption der künftigen Gedenkstättenförderung des Bundes, Deutscher Bundestag, 14. Wahlperiode, Drucksache 14/1569 v. 27.7.1999; Fortschreibung der Gedenkstättenkonzeption des Bundes. Verantwortung wahrnehmen, Aufarbeitung verstärken, Gedenken vertiefen, Deutscher Bundestag, 16. Wahlperiode, Drucksache 16/9875 v. 19.6.2008.

## Dunkle und helle Erinnerung. Wohin treibt die Erinnerungskultur?

Meine sehr verehrten Damen und Herren,

die Frage, wohin die Bundesrepublik treibt, führte Karl Jaspers in der Mitte der sechziger Jahre zu einer düsteren Prognose, in der er vor dem Wandel der Demokratie zur Parteienoligarchie und von der Parteienoligarchie zur Diktatur warnte. Die Frage, wohin die deutsche Erinnerungskultur treibt, führt uns fünfzig Jahre später indes zur beruhigenden Antwort, dass ein Wandel zum Schlechten nicht zu befürchten steht – die historische Verfassung der Deutschen gründet in der Gegenwart auf der gefestigten Übereinkunft, die eigene Vergangenheit nicht als nationalstolze Kontinuitätszählung im Gedächtnis zu bewahren, sondern als opferzentrierte Umkehrerzählung. Um zu diesem Geschichtskonsens zu kommen, hat die Bundesrepublik gedenkpolitisch und geschichtskulturell einen weiten Weg zurückgelegt. Kein Unternehmer würde noch wie der frühere IG-Farben- und nachmalige Bayer-Manager Fritz ter Meer jede Schuld am Leid der für den Konzern schuftenden Zwangsarbeiter mit der kühlen Feststellung abwehren, dass den Zwangsarbeitern ja kein besonderes Leid zugefügt worden sei, „da man sie ohnehin getötet hätte“. Unmöglich wäre es, heute deutsche Freiwillige in der Kriegsgräberfürsorge „vor zudringlicher Anbiederung und vorlautem Versöhnungseifer“ zu warnen, wie es „Die Welt“ zum 50. Jahrestag des Kriegsausbruchs von 1914 tat, oder gar das Schweigen als aufrichtigste Form der Bewältigung zu preisen: „Besser als Worte wird immer die praktische Tat der Versöhnung dienen. Konsequentermaßen ermahnen die Verantwortlichen des Volksbundes die Freiwilligen zu taktvoller Zurückhaltung gegenüber der französischen Bevölkerung.“

Kein christdemokratischer Bundeskanzler würde heute mehr wie einst Bundeskanzler Ludwig Erhard in einer Gedenkansprache zum 20. Jahrestag des Kriegsendes den 8. Mai als einen Tag, „so grau und trostlos wie so viele vor oder auch nach ihm“ hinstellen, und kein sozialdemokratischer Oppositionsführer wie Willy Brandt aus demselben Anlass mehr fordern, dass es nun „genug des bloßen Zurückschauens“ sei, und auch Heiner Geißler würde es heute nicht mehr einfallen zu behaupten, dass der Pazifismus der dreißiger Jahre Auschwitz erst möglich gemacht habe.

### I. Das dunkle Gedächtnis als Geschichtskonsens

Theodor Adornos bittere Erfahrung, „im Hause des Henkers soll man nicht vom Strick reden; sonst hat man Ressentiment“ hat nicht nur ihre Gültigkeit verloren, sie ist in ihr Gegenteil umgeschlagen, wenn der damalige Bundespräsident Joachim Gauck zum 70. Jahrestag der Befreiung von Auschwitz feststellte: „Es gibt keine deutsche Identität ohne Auschwitz. Die Erinnerung an den Holocaust bleibt

eine Sache aller Bürger, die in Deutschland leben.“ Die bei Adorno noch vor allem gegen den Staat und das staatlich verantwortete „Nachleben des Nationalsozialismus in der Demokratie“ gerichtete Bewältigungsforderung ist heute ein Handlungsziel für den Staat, und die staatliche Politik von der Bundesregierung bis zu den Kommunen stellt sich der Aufarbeitung nicht mehr entgegen, sondern begreift sich als ihr Wegbereiter und formuliert mittlerweile als Maxime ihres Handelns: „Staat und Gesellschaft sind bei allen Unterschieden zwischen nationalsozialistischer und kommunistischer Gewaltherrschaft verpflichtet, der Verantwortung für die Folgen beider totalitärer Ideologien des 20. Jahrhunderts nachzukommen, an die Leiden der Opfer zu erinnern und das begangene Unrecht aufzuarbeiten.“

Die damit formulierte Norm der andauernden kritischen Auseinandersetzung mit dem „Zivilisationsbruch“ (Dan Diner) muss nicht von jedermann geteilt werden. Aber sie markierte für fast drei Jahrzehnte den Rahmen des öffentlich Sag- und Vertretbaren. Der Schweigekonsens der Nachkriegszeit wurde seit den späten 1970er Jahren immer deutlicher von einem Aufarbeitungskonsens abgelöst, der sich gegen einen öffentlich verstummenden und gesellschaftlich immer weniger greifbaren Dritten richtete – durch generationellen Zeitablauf in Bezug auf die erste deutsche Diktatur und ihr Menschheitsverbrechen sowie durch soziale Marginalisierung und weitgehende Abdrängung der entmachteten DDR-Eliten aus dem öffentlichen Diskurs im Fall der ostdeutschen Nachfolgediktatur. Der Verbrechenscharakter der NS-Herrschaft und der Diktaturcharakter des SED-Regimes sind im Grundsatz nicht mehr öffentlich verhandelbar, und die 2010/11 geführte Kontroverse um die Rolle des Auswärtigen Amts im „Dritten Reich“ markiert aus heutiger Sicht den Abschluss einer konfrontativen Aufklärung. Seither wetteifern im Gegenteil Bundesministerien und oberste Bundesbehörden vom Bundeskanzleramt bis zum Bundesarchiv, vom Justiz- bis zum Gesundheitsministerium um die Aufarbeitung von personellen und mentalen NS-Kontinuitäten ihrer Häuser und bildet die kritische Auseinandersetzung mit der eigenen Nationalgeschichte eine konstante Größe von bundespolitischen Koalitionsverträgen: „Deutschland ist aufgrund seiner Geschichte besonders dafür verantwortlich, die Erinnerung an die Folgen von Diktatur und Gewaltherrschaft wachzuhalten. Dies ist Teil unseres nationalen Selbstverständnisses.“

Und doch spüren wir immer deutlicher, dass das Fundament unserer Erinnerungskultur weniger fest sein könnte, als es uns lange Jahre schien, und als Historiker wissen wir ohnehin, wie trügerisch und biedermeierlich die Ruhe der Zufriedenheit sein kann und wie oft sich unter der Oberfläche des scheinbar allseits Akzeptierten grundstürzende

Veränderung anbahnt. Tatsächlich mehren sich die Zeichen, dass die Ära der kritischen Aufarbeitung sich ihrem Ende zuneigen könnte und das Paradigma der entschlossenen und kritischen Neubefragung verdrängter und verschwiegener Geschichte in die Krise gerät. Wir erkennen sie nicht mit zu grobem Raster, indem wir den sich abzeichnenden Wandel im Umgang mit der Vergangenheit etwa nach den Polen von Wahrheit und Lüge, Fake und Faktum sortieren wollten. Niemand, der bei Trost ist und von der breiten Öffentlichkeit ernstgenommen werden will, bestreitet heute die in der NS-Zeit verübten Verbrechen oder auch nur das mit der SED-Herrschaft verbundene Unrecht. Intransigente Holocaustleugner und sture Bekenntnisstalinisten machen sich am Narrensaum des Geschichtsdiskurses zu schaffen, aber sie haben keinen prägenden Einfluss auf Charakter und Entwicklung unserer heutigen Erinnerungskultur. Um Symptome einer Krise, verstanden als Herausforderung des Selbstverständlichen, aufzusuchen, bedarf es möglicherweise einer anderen Blickachse als der über Jahrzehnte tradierten, die sich am Gegensatz von Aufklärung und Verdrängung, von Schuldanerkennung und Schuldverneinung abarbeitet. Geschichte wiederholt sich nicht, auch nicht Aufarbeitungsgeschichte; die weitere Entwicklung der deutschen Erinnerungskultur führt, so die These dieses Vortrags, nicht hinter die Anerkennung der historischen Schuld zurück, sondern über sie hinaus. Wie, will ich im Folgenden zu erkunden versuchen und auf der einen Seite die Einengung und Begrenzung des geltenden Geschichtskonsenses und in einem zweiten Schritt dessen Ausweitung und Entgrenzung in den Blick nehmen.

## **II. Herausforderung durch Eingrenzung Was kann Herausforderung durch Eingrenzung meinen?**

### **Die provokative Konsensverletzung**

Ihre auffälligste und zugleich am meisten verstörende Ausprägung bildet sicherlich die provokative Konsensverletzung, die das Aufkommen des Rechtspopulismus als Massenphänomen auf der Straße und in den Parlamenten mit sich bringt. Namentlich der Einzug der AfD in die Parlamente der Bundesrepublik hat in jüngster Zeit die zeit-historischen Sagbarkeitsregeln in einer Weise verwischt, wie wir es uns noch vor drei oder vier Jahren kaum hätten vorstellen können, und der sich mit den Mitteln der rhetorischen oder institutionellen Ausgrenzung nur unzureichend abwehren lässt, wie wir tagtäglich erfahren müssen. Dammbrechende Wirkung hatte die Rede des thüringischen AfD-Landessprechers und beurlaubten Oberstudienrats für Sport und Geschichte Björn Höcke, der am 17. Januar 2017 in Dresden die „furchtbare Lage dieses Volkes“ anprangerte, das durch eine „dämliche Bewältigungspolitik“ gelähmt werde, und zu einer „erinnerungspolitischen Wende um 180 Grad“ aufrief, die wieder die „großartigen Leistungen der Altvorderen“ hervorhebe. Ähnliche Tabubrüche füllen die Echokammern des Rechtspopulismus in den sozialen Medien, und sie führen zu politischen Forderungen: Im Landtag von Baden-Württemberg brachte die AfD einen Antrag ein, die Fördergelder für die Gedenkstätte Gurs in Frankreich zu streichen, und verlangte Exkursionen zu „be-

deutschen Stätten der deutschen Geschichte“ statt Schülerfahrten zu Gedenkstätten des nationalsozialistischen Unrechts zu bezuschussen. Die AfD-Fraktion im Stadtrat von Braunschweig sprach sich gegen Zahlungen an die KZ-Gedenkstätte Schillstraße und die im Wolfsburger Stadtrat gegen die Errichtung einer Gedenkstätte für das ehemalige KZ-Außenlager Laagberg aus, und der Bunker Valentin in Bremen wurde zum Ziel einer Kampagne gegen „Schuld-kult und Mahntourismus“. Diese Diskursverschiebung wirkt auf den ersten Blick wie ein Rückfall in die zeithistorische Abwehrhaltung der Nachkriegszeit, und sie bedient sich desselben semantischen und argumentativen Arsenal. Aber sie unterscheidet sich von ihm in doppelter Hinsicht: zum einen darin, dass sie den Holocaust keineswegs übergeht oder gar leugnet, sondern unbefangen als historisches Faktum hinnimmt; und zum zweiten darin, dass sie den herrschenden Erinnerungskonsens immer nur punktuell angreift und sofort wieder anerkennt. Die Herausforderung zielt weniger auf das Geschichtsbild als auf den Tabubruch, mehr auf die schockierende Geste als auf die substanzielle Infragestellung; sie will Provokation und nicht Substitution. Im Vordergrund steht die immer gleiche Skandal-erzeugung, die sich nur unterschiedlicher Vehikel bedient; und die historisch gemünzte Attacke auf den deutschen „Schuld-kult“ hat denselben instrumentellen Wert wie die Schmähung von Türken in Deutschland als „Kümmelhändler“ und „vaterlandsloses Gesindel“. Darum folgt der Provokation regelmäßig und mühelos das Dementi und kann die AfD fast im selben Atemzug die Verlegung von „Stolpersteinen“ erst zu einer Schande erklären und anschließend „als würdige Form des Gedenkens“ anerkennen, oder Höcke in seiner Klage über die Deutschen als „das einzige Volk der Welt, das sich ein Denkmal der Schande in das Herz seiner Hauptstadt gepflanzt hat“ gezielt offen lassen, ob er die Schande in der Tatsache des Judenmords sieht oder in der anklagenden Erinnerung an ihn.

### **Der nationalgeschichtliche Normalisierungsdiskurs**

Eine verwandte, wenngleich weniger aggressive und eben nicht auf Tabubruch, sondern auf nachhaltigen Gelände-gewinn bedachte Spielart der Konsensbegrenzung stellt der nationalgeschichtliche Normalisierungsdiskurs dar, der den bundesdeutschen Umgang mit der Vergangenheit von der Nachkriegszeit an begleitet hat. Im Sinne dieses Denkansatzes trieb Bundeskanzler Kohl die Schaffung eines nationalen Geschichtsmuseums voran, das der Fokussierung auf die dunklen Flecken ein Gesamtbild der deutschen Geschichte entgegensetzen sollte (und sich dann ganz anders entwickelte); und an dem Leitgedanken der historischen Normalisierung arbeitete sich der Historikerstreit von 1986 ab, den Ernst Nolte mit dem behaupteten Nexus von nationalsozialistischem und stalinistischem Massenverbrechen auslöste und Michael Stürmer in die Feststellung kleidete, dass es bei der „Suche nach der verlorenen Geschichte [...] um die innere Kontinuität der deutschen Republik und ihre außenpolitische Berechenbarkeit gehe“. In diesem Geiste verlangte die Münchner CSU 1997, dass Jan Philipp Reemtsma statt einer Ausstellung über die Verbrechen der Wehrmacht besser eine Ausstellung über die Opfer des Tabaks hätte veranstalten sollen. Auch nationalistischer Anwendungen unverdächtige Beobachter interpretieren die „ewige Vergangenheitsbewältigung der Deutschen“ mit Hermann

Lübbe als „bekenntnisfreudigen Sündenstolz“ und warnen mit Heinrich August Winkler davor, dass Deutschland sich mit seinem Streben nach einem „Moralmonopol“ in der Welt isoliere und an der Wahrnehmung seiner internationalen Verantwortung hindere. Anders als im Fall des Rechtspopulismus führt hier nicht das Ressentiment die Feder, sondern ein historisches Nationalbewusstsein, das in Deutschland aus der Zeit gefallen wirken mag, in der westlichen Staatenwelt aber Allgemeingut bildet. Bemerkenswerterweise sind es häufig gerade Intellektuelle linksliberaler Herkunft, die sich mit Martin Walser gegen die „Dauerpräsentation unserer Schande“ oder mit Alfred Grosser gegen die billig hervorgeholte „Keule der Vergangenheit“ wehrten. Keiner von ihnen würde je das Faktum der schandbaren NS-Verbrechen in Zweifel gezogen haben. Im Gegenteil: Wenn Günter Grass mit seiner Erzählung „Im Krebsgang“ oder Jörg Friedrich mit seinem Buch „Der Brand. Deutschland im Bombenkrieg 1940–1945“ den Opfern der Deutschen wieder die Deutschen als Opfer gegenüberstellten, taten sie es gerade im Glauben an die Festigkeit einer deutschen Geschichtskultur, die die Erinnerung an die deutschen Leiden vor verfehlter Relativierung schütze. In den Worten von Günter Grass: „In Polen hat das schon angefangen, und wir sollten heute offener darüber reden, aber bitte nicht durch Aufrechnen. Es darf nicht vergessen werden, dass wir Deutsche zuallererst das Unrecht in die Welt gesetzt haben. Mit Vertreibungen, mit Totschlag, mit Konzentrationslagern, mit millionenfachem Mord. Dann ist dieses Unrecht rückläufig geworden, auf uns zurückgekommen.“ In dieser Ambivalenz unterscheidet sich der Normalisierungsdiskurs deutscher Prägung fundamental von den Varianten der nationalstolzen Meistererzählungen, die in Russland heroische Traditionslinien bis zu Stalin ziehen oder in Polen das eigene Opfernarrativ durch gesetzliche Normierung vor kritischer Befragung zu schützen versuchen.

### Historische Parallelkulturen

Eine andere Spielart des Eingrenzungsdiskurses ergibt sich aus dem Eindringen konkurrierender Narrative in das historische Erzählmuster der deutschen Mehrheitsgesellschaft. Es zeigte sich im Zuge des deutsch-deutschen Zusammenwachsens nach 1989 in der Persistenz eines antifaschistischen Heldennarrativs, dessen Geltungskraft etwa in der bis heute andauernden Fortsetzung der in der DDR gepflegten Tradition eines Gedenkmarsches zu Ehren von Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg zum Ausdruck kommt. Von längerfristiger Bedeutung ist die kulturelle Auffächerung der deutschen Gesellschaft als Einwanderungsland. Die „Holocaust-Erziehung“, wie die schreckliche Bildungsformel heißt, steht vor kaum zu bewältigenden Herausforderungen, wenn die Schülerschaft Kinder aus dem Kosovo mit russlanddeutschen zusammenführt oder muslimische Schüler mit arabischem oder türkischem Migrationshintergrund ihren familiär habitualisierten Antisemitismus in den Unterricht mitbringen. Aber dass das ungelöste Problem der *conflicting memories*, dem die historische Bildung häufig nur mit einem Lob der Heterogenität zu begegnen weiß, zu einer Verschiebung der Sagarbeitsregeln geführt habe, lässt sich nicht behaupten. Eingrenzung meint hier vielmehr das parallelgesellschaftliche Fortbestehen unvereinbarer Geschichtsbilder, die nur vereinzelt wie bei Übergriffen auf jüdische Schüler oder antiisraelischen Kundgebungen öffentliche Sichtbarkeit erlangen.

### Die demokratische Kontrasterzählung

Anders steht es um die vierte Form der Eingrenzung, die als demokratische Kontrasterzählung zu fassen ist. Hier tritt die für meinen Vortrag titelgebende Konkurrenz des hellen und dunklen Gedächtnisses zutage, in der die immer noch schwach entwickelte Erinnerung an demokratische Perioden und Bewegungen der deutschen Geschichte mehr und mehr zur „neue(n) Meistererzählung der Demokratie in Deutschland“ aufsteigen könne. Empirisch unterfüttert mit den beeindruckenden Besucherzahlen vor allem des Deutschen Historischen Museums in Berlin, des Zeitgeschichtlichen Forums in Leipzig und des Hauses der Geschichte der Bundesrepublik in Bonn, hat Thomas Hertfelder diese Prognose jüngst formuliert und zugleich eine energische Stärkung der Demokratierinnerung durch „Geltungsgeschichten“ von mythischer Kraft gefordert, „die den schwierigen demokratischen Lernprozess selbst thematisieren“. Der Preis, der dafür zu zahlen wäre, besteht Hertfelder zufolge allerdings „in der systematischen Unterbelichtung von Phänomenen, die als ‚Belastungsgeschichten‘ mit dem demokratischen Erfolgsnarrativ nur schwer in Einklang zu bringen sind“.

Verhält es sich wirklich so antagonistisch? Ich bezweifle es. Hertfelder selbst konstatiert, dass die Diktaturaufarbeitung ein erheblich größeres Potenzial zur Emotionalisierung und Dramatisierung als die Demokratieerinnerung besitze, und diese Differenz hat strukturelle Ursachen: Demokratische Werte lassen sich in einer kathartischen Erinnerungskultur wie der deutschen nur eingeschränkt monumental repräsentieren, wie etwa der Unstern über dem Bau eines Freiheits- und Einheitsdenkmals auf der Berliner Schlossfreiheit illustriert. Historische Demokratieerinnerung steckt zudem in dem unausweichlichen Dilemma, dass sie dem aufklärerischen Prinzip des Lernens aus der Katastrophengeschichte ein generationell ausgemustertes Prinzip zur Identifikation mit der Erfolgsgeschichte gegenüberstellt.

Wenn das helle Gedächtnis als *Erfolgsgeschichte* vergleichsweise geringe Strahlkraft besitzt, so gilt für das helle Gedächtnis als *Umkehr- und Wandlungsgeschichte* das genaue Gegenteil – die Geschichte der deutschen Demokratie als Geschichte der Diktaturüberwindung hat sich bereits zu der eigentlichen Meistererzählung unserer Zeit herausgebildet und die Unterscheidung von hellem und dunklem Gedächtnis obsolet gemacht. Die von Reinhart Koselleck eingeführte Unterscheidung von hellem und dunklem bzw. in seinen Worten von positivem und negativem Gedächtnis stellte nicht allein auf das verbrecherische und verachtenswerte Geschehen selbst ab, sondern auch auf das Sträuben, „das Negative überhaupt zur Kenntnis zu nehmen“, und die Unmöglichkeit, die zum Ereignis gewordene Sinnlosigkeit des nationalsozialistischen Verbrechens über die Betroffenen hinaus in ein kollektives Gedächtnis zu überführen. Kosellecks aporetischer Begriff des negativen Gedächtnisses und der „Unlösbarkeit eines sinnspendenden Gedenkens“ verfehlte schon zur Zeit seiner Prägung die Realität einer Erinnerungskultur, die im selben Jahr 2000 auf der Stockholmer Holocaust-Konferenz vierzig Staaten im Gelöbnis vereinte, „Licht in die noch immer finsternen Schatten des Holocaust zu bringen“ und „mit dem Leid

der Opfer“ zu fühlen, um „Inspiration aus ihrem Kampf“ zu ziehen. Zwanzig Jahre später und mit dem Ende der Zeitzeugenschaft hat die Intensität der Auseinandersetzung mit den Menschheitsverbrechen des 20. Jahrhunderts eher noch weiter zugenommen und Kosellecks empfundene Erkenntnisschranke im buchstäblichen Sinne gegenstandslos gemacht. Es gibt die Räume der Begegnung mit der Primärerfahrung nicht mehr – wenn es sie denn je gab; und das negative Gedächtnis spricht zu uns nur mehr in den ausrätischen Surrogaten, die unsere Authentizitätssehnsucht in der Jagd nach originalen Relikten und Räumen befriedigen sollen.

Stattdessen ist das dunkle Gedächtnis Teil des hellen geworden, wie sich bis in die beiläufigsten Alltagserscheinungen der Erinnerungskultur verfolgen lässt. Zum 75. Jahrestag der Hinrichtung von Sophie und Hans Scholl machte die Frankfurter Allgemeine Zeitung auf ihrer Titelseite mit dem Foto eines Eisenzauns in der Münchener Orleansstraße auf, an dem Sophie Scholl 1942 ihren Bruder an die Front verabschiedete, und der dazugehörige Bericht würdigte die lokalen Anstrengungen zur Erhaltung dieses Zaunes, „an dem Sophie Scholl vor 75 Jahren gestanden und sich vom Kernkreis der Weißen Rose verabschiedet hat“. Warum der banale Zaun auf einem banalen Schnappschuss solche Wirkung zeitigte, erläutert die Frankfurter Allgemeine Zeitung so: „Anders als die meisten Erinnerungsorte – die Gräber auf dem Friedhof am Perlacher Forst, der Sitzungssaal im Justizpalast, die Gedenkstätte in der Justizvollzugsanstalt Stadelheim – steht der Zaun für etwas Positives. Es war der Ort, an dem Sophie Scholl lächelte.“

Die dunkle Vergangenheit, in deren noch immer finsternen Schatten wir im Sinne der Stockholmer Staatenerklärung von 2000 andauerndes Licht zu bringen versuchen, ist längst nicht mehr die unsrige – infolge des Generationswandels ebenso wie infolge des postnationalen Identitätswandels der Bundesrepublik. In der Auseinandersetzung mit der Last des 20. Jahrhunderts verhandeln wir politische und moralische Verantwortung, aber lange nicht mehr persönliche Schuld; und die Scham über die „Dauerpräsentation unserer Schande“, die Martin Walser 1998 in die Frankfurter Paulskirche rief, hat in der postnationalen deutschen Gesellschaft ihr emotionales Fundament verloren. Nicht zufällig reicht die staatlich gegenwärtig so forcierte Behördenaufarbeitung bis in die späten sechziger und gelegentlich auch bis in die siebziger Jahre, aber nicht bis die jüngste Zeitgeschichte nach 1989: Der von Jürgen Reulecke und Sabine Bode angestoßene Kriegskinderdiskurs klammert die Frage der eigenen Verstrickung bemerkenswert konsequent aus. Und wenn Peter Gauweiler 1997 gegen die Wehrmachtsausstellung zu Felde zog, die das Andenken seines Vaters Otto zu verdunkeln drohte, der im Zweiten Weltkrieg an der Besetzung Polens mitwirkte, so gilt eine Halbgeneration später im deutschen Familiengedächtnis weitgehend selbstverständlich, dass Opa kein Nazi war: Nur 18 Prozent der Deutschen glauben, dass unter ihren Vorfahren auch Nazis waren.

Vor allem aber: Die deutsche Demokratieerzählung wurzelt nicht in einem mimetischen, kontinuierlich orientierten Traditionsgedächtnis; sie ist eher problemorientiert als affir-

mativ verfasst, und deswegen üben bis hin zu Robert Blums Abschiedsbrief vor seiner Hinrichtung, über den wir heute sprachen (siehe Beitrag von Björn Schumacher über die Erinnerungsstätte in Rastatt), die Zeugnisse des Verstörenden größere Anziehungskraft auf uns aus als etwa die Originalfassung des Grundgesetzes. Der Geschichtsdiskurs der Bundesrepublik misst historischen Abstand – „Bonn ist nicht Weimar“. Er zieht Parallelen zwischen dem Aufkommen des Rechtspopulismus heute und damals, und er fürchtet historische Kontamination bis hin zu Alltagsbezeichnungen und Autokennzeichen. Er verweist auf die verbliebenen Defizite einer vielleicht nur oberflächlich von demokratischem Firnis geprägten Gesellschaft, die sich vor Selbstzufriedenheit hüten müsse, um keinen Rückfall zu erleben, und er versteht die andauernde Erinnerung als beste Prävention gegen zukünftige Menschheitskatastrophen.

In einem Wort: Die Herausforderung des Aufarbeitungskonsenses durch Eingrenzung und äußeren Druck hat viele Facetten, aber keine von ihnen besitzt auf absehbare Zeit das Potenzial, diesen Konsens substanziell in Frage zu stellen.

### III. Herausforderung durch Konsensentgrenzung

Dennoch ist nicht zu bestreiten, dass der Memoryboom immer fühlbarer in die Krise gerät. Die Neugierde auf die sich *ad nauseam* aneinanderreihenden Untersuchungen zur Praxis des kommunikativen und kulturellen Gedächtnisses hat sich verflüchtigt; die Dignität des Erinnerungsbegriffs – in den Worten Knigges – hat sich abgenutzt, und das „Unbehagen an der Erinnerungskultur der Gegenwart“ ist längst zu einem vielzitierten Topos der geschichtskulturellen Reflexion geworden; jüngste Äußerungen in dieser Debatte sprechen bereits von einem Scheitern der Erinnerungskultur. Dieses Unbehagen deutet allerdings schon an, dass die eigentliche Bedrohung des gegenwärtigen Aufarbeitungskonsenses womöglich gar nicht von außen kommt, sondern vielmehr von innen, und dass seine Ursachen nicht so sehr in der verdrängenden Negation oder Marginalisierung des kathartischen Geschichtsdiskurses liegen könnten, sondern im Gegenteil in seiner emphatischen Bestätigung und zunehmenden Entgrenzung.

#### Kommerzialisierung und Banalisierung

Für eine Beurteilung dieser Tendenzen fehlt es noch an historischem Abstand und empirischer Fundierung; aber die Anhaltspunkte für diese Vermutung zeigen sich allenthalben und augenfällig in der manifesten Kommerzialisierung und Banalisierung der Auseinandersetzung mit historischen Lasten. KZ-Souvenirs und Auschwitz-Selfies sind bekannte Phänomene geworden. Das Holocaust-Mahnmal in der Mitte Berlins ist eine Touristen-Attraktion, die für Erschütterung und Entspannung gleichermaßen zur Verfügung steht; und die Auseinandersetzung mit dem nationalsozialistischen Zivilisationsbruch hat es zu einer Ästhetik des Grauens gebracht, die die Filmmusik von „Schindlers Liste“ bei den Olympischen Winterspielen in Südkorea zu einer gern genutzten Choreographie deutscher Olympioniken im Eiskunstlauf zu machen erlaubte. Im Wettbewerb um die Lenkung von Touristenströmen ist der Schrecken vom

Schandmal zum Alleinstellungsmerkmal, „vom Stigma zum Standortfaktor“ geworden, wie der *dark tourism* lehrt, der auf der „Berliner Geschichtsmeile“ so anziehungsmächtig in Erscheinung tritt wie in der historischen Pilgerfahrt auf den Obersalzberg.

### **Ritualisierung und Ubiquisierung**

Einen damit zusammenhängenden Trend bildet die Ritualisierung und Ubiquisierung der Auseinandersetzung mit historischer Schuld. Norbert Freis 2014 gestellte Frage, „ob es nicht auch ein Zuviel des Guten gibt“ ist unbeantwortet und seine Anregung unbeachtet geblieben, dass die architektonischen Monstrositäten der Nazizeit keine Renovierung verdienten und das Nürnberger Zeppelfeld im Sinne von Albert Speers Ruinentheorie besser dem kontrollierten Verfall zu überantworten wäre. Stattdessen zeichnet sich unsere Zeit durch eine sich immer weiter verästelnde Gesamtanstrengung von Staat und Gesellschaft aus, die sich in der konstanten Höhe bundesstaatlicher Förderanträge für Erhalt und Neuschaffung von Gedenkstätten ebenso niederschlägt wie in der von Josef Schuster initiierten Debatte über die Frage, ob der Schülerbesuch von Gedenkstätten zur Verpflichtung gemacht werden solle.

### **Historische Normierung**

In dieselbe Richtung weist die eigentümliche Engführung von wissenschaftlicher Zeitgeschichte, staatlicher Geschichtspolitik und öffentlicher Geschichtskultur, die unseren Geschichtsdiskurs kennzeichnet. Wir leben in einer wechselseitigen Referenz- und Bestätigungskultur dieser drei Ebenen, die sich etwa darin niederschlägt, dass die Zeitgeschichtsforschung maßgebliche Lenkungsimpulse von der bundesstaatlichen Programmförderung und Projektausschreibung bezieht, wie sich etwa an der staatlich initiierten und finanzierten Untersuchung des Umgangs von Ministerien und obersten Bundesbehörden mit ihrer NS-Geschichte zeigt, aber auch in den jüngsten Programmausschreibungen des Bundes zu Geschichte und Folgen der kommunistischen Diktatur: So liegt der BMBF-Ausschreibung zur Stimulierung der DDR-Forschung ein volkspädagogisches Wissenschaftsverständnis zugrunde, welches das geringe Wissen der Bevölkerung als fachliches Defizit begreift und die „Erforschung des Unrechts (...) als Dienst der Wissenschaft an den Opfern der DDR-Diktatur“; in einer weiteren Ausschreibung zum Aufbau eines „Instituts für gesellschaftlichen Zusammenhalt“ kommt die Zusammenführung von Politik und Wissenschaft im Dienst einer guten Sache ganz unmittelbar zum Ausdruck.

Wie eng Ubiquisierung und Normierung zusammenhängen, lehren die gesetzlichen Einhegungen des Umgangs mit historischer Schuld, die von der Strafbewehrung der Holocaustleugnung bis zu dem jüngst im polnischen Sejm verabschiedeten Gesetz, das denjenigen mit bis zu drei Jahren Gefängnis bedroht, der die in deutscher Verantwortung betriebenen Vernichtungslager im besetzten Polen als „polnische“ Vernichtungslager bezeichnet oder überhaupt der polnischen Nation eine Mitverantwortung für NS-Verbrechen zuschreibt. Einen weniger räumlich als zeitlich ausgreifenden Ubiquisierungsanspruch verfolgen auch bürgerschaftliche Initiativen, die die historische Dekontamination von Straßennamen und Stadtsilhouetten

betreiben, wie dies seit Jahren intensiv geführten Debatte um die Umbenennung der zahlreichen Hindenburgstraßen oder der als Ehrung von Rassismus und Kolonialismus für untragbar gehaltenen Petersallee und Lüderitzstraße bzw. Nachtigalplatz im Afrikanischen Viertel von Berlin illustrieren oder ebenso die mittlerweile unversöhnlich gewordenen Debatte um den Wiederaufbau der Potsdamer Garnisonkirche.

### **Der Umschlag von Aufklärung in Affirmation**

Wie sich hieran zeigt: Im selben Maße, in dem der opferzentrierte Aufarbeitungskonsens zum selbstverständlichen Fundament unserer politischen Kultur wurde, hat er begonnen, sein aufrüttelndes Potenzial einzubüßen. Die Konfrontation mit der NS-Vergangenheit verlangt uns nichts mehr ab, weil sie uns selbst nicht einschließt und weil sie keine Gegner mehr kennt: 93 Prozent aller zu Beginn des Jahres 2018 befragten Deutschen im Alter von 16 bis 92 Jahren halten die Erinnerung an die Vernichtung von Menschen in Konzentrationslagern für einen wichtigen oder den wichtigsten Inhalt des Geschichtsunterrichts. Mit dem Sieg der schmerzhaften Vergangenheitsaufarbeitung über die bequeme Vergangenheitsverdrängung hat sich der Anspruch auf kritische Bewältigung der Vergangenheit in die Realität einer selbstgewissen Bestätigung der Gegenwart zu verwandeln begonnen. Unser Geschichtskonsens ist wohlfeil geworden, und das Projekt der historischen Aufklärung ist zur Realität einer historischen Affirmation geworden, die aus der Beschäftigung mit der Vergangenheit nicht mehr unbequeme und womöglich unwillkommene Erkenntnisse zieht, sondern vertraute Bilder immer wieder reproduziert und ritualisiert. Hier sehe ich die eigentliche Herausforderung der heutigen Erinnerungskultur: in der leeren Selbstbestätigung eines Aufklärungsgestus, der unbemerkt in Affirmation umgeschlagen ist und seine innere Krise durch geschichtskulturelle Geschäftigkeit und erinnerungspolitische Unduldsamkeit zu verbergen trachtet.

**Prof. Dr. Martin Sabrow**, geb. 1954, ist Professor für Neueste Geschichte und Zeitgeschichte an der Humboldt-Universität zu Berlin und Direktor des Zentrums für Zeithistorische Forschung (ZZF) in Potsdam. Er hat zahlreiche Publikationen zur Geschichte der DDR vorgelegt. 2005/06 war er Vorsitzender der von der Bundesregierung eingesetzten Expertenkommission zur Schaffung eines Geschichtsverbands „Aufarbeitung der SED-Diktatur“. Seit 2013 ist er zudem Sprecher des Leibniz Forschungsverbands „Historische Authentizität“. Seine gegenwärtigen Hauptarbeitsgebiete sind: Forschungen zur politischen Geschichte und zur Kulturgeschichte des 20. Jahrhunderts, insbesondere zur vergleichenden Geschichte deutscher und europäischer Diktaturen, zur Legitimationskultur politischer Herrschaft im SED-Staat, zu Zeitverständnis und Zeitordnungen in den Herrschaftssystemen des 20. Jahrhunderts, Historiographie- und Erinnerungsgeschichte.

# Sektion 2:

## Erinnern am authentischen Ort

Was leistet die Aura des Authentischen in der alltäglichen Arbeit? Diese Frage führt an Gedenkstätten für Opfer der NS-Diktatur zu ähnlichen Antworten wie an Erinnerungsstätten der Demokratiegeschichte: Hier wie dort geht es darum, den Ort im historischen Kontext zum Sprechen zu bringen.

HEINZ HÖGERLE (*Ehemalige Synagoge Rexingen und Gedenkstättenverbund Gäu-Neckar-Alb*) problematisierte Authentizität zunächst als schwer fassbaren Zustand beständiger Veränderung, der Überformung, womöglich gar der bewussten Tilgung. Er zeigte diesen Prozess am Beispiel einstiger Synagogen und KZ-Außenlager im Verbund auf. Die Antworten von Mitstreitenden, die er für den Vortrag befragt hatte, offenbaren dennoch das Potenzial des authentischen Orts: Anhand der Relikte lassen sich historische Entwicklungen aufzeigen, die NS-Diktatur mit ihren Folgen „vor der Haustür“ wird greifbar.

PROF. BJÖRN SCHUMACHER (*für die Erinnerungsstätte für die Freiheitsbewegungen in der deutschen Geschichte, Rastatt*) stellte die Frage in den Raum, wie sich Freiheit ausstellen lasse. Es handle sich um einen abstrakten Begriff, den junge Besucher/innen politisch oft nicht einordnen könnten. In Rastatt, am authentischen Ort mit authentischen Objekten, setzt auch er auf Narration. Er warb dafür, die positive Erinnerung zu pflegen und das negative Gedächtnis zugleich wachzuhalten. Aufgabe der Stätte sei es, den Zusammenhang der Geschichte, den Drang nach Freiheit, aber auch sein Scheitern gelten zu lassen.

## Was leistet die Aura des Authentischen in der alltäglichen Arbeit? Aus Sicht von Gedenkstätten für Opfer des Nationalsozialismus

Ich wurde gebeten, zum Thema „Was leistet die Aura des Authentischen in der alltäglichen Arbeit?“ aus Sicht einzelner Gedenkstätten für Opfer des Nationalsozialismus zu sprechen. Nach meiner spontanen Zusage begann ich verstärkt über das vorgegebene Thema nachzudenken und es entstanden bei mir einige grundsätzliche Fragen.

- Gibt es denn so etwas wie die „Aura des Authentischen“ überhaupt?
- Und wenn ja, wirkt eine solche Aura auf alle, die mit diesen Orten in Berührung kommen, gleich?
- Und was bedeutet authentisch eigentlich?

Der Duden erklärt „authentisch“ als „verbürgt, echt“.<sup>1</sup> In der allgemeinen Diskussion über die Arbeit mit Lernorten zum Nationalsozialismus wird deutlich, dass der Begriff „authentischer Ort“ nicht unangefochten ist. Er wird stark hinterfragt.

Der 2013 verstorbene Kunsthistoriker Detlef Hoffmann<sup>2</sup> beschäftigte sich intensiv mit den Denkmälern auf dem Gelände ehemaliger Konzentrationslager. Zum Begriff der „authentischen Orte“ hat er Wesentliches beigetragen. Er schrieb: „Ein Text ist authentisch als erste Fassung des Autors, als letzte Fassung, als Überarbeitung einer späteren Zeit, als eine autorisierte Übersetzung.“<sup>3</sup> Das heißt, es ist jeweils zu definieren, mit welcher Fassung des Textes wir es zu tun haben – diese zusätzliche Bestimmung ist grundlegend, um zu erklären, in welcher Hinsicht ein Text authentisch ist.

Zu „authentischen Orten“ führt Hoffmann nun aus: „Ein Bauwerk [...] kann verändert werden wie ein Text. Wie ein Text im Lauf der Zeiten lesbar gehalten wird, so hat ein Bauwerk

seine oder eine Funktion zu erfüllen.“ Am Beispiel des Konzentrationslagers Dachau sagt Hoffmann: „Was ist der Originalzustand? Was ist zu konservieren, wenn das konserviert wird? Das provisorische, im Aufbau befindliche KZ seit 1933? Oder das 1938 fertiggestellte Muster-KZ, oder der Zustand, in dem die amerikanischen Befreier die Baulichkeit vorfanden? Wissen die Besucher überhaupt, welche dieser Baulichkeiten sie besuchen? Oder besuchen sie keine dieser Baulichkeiten, sondern ein Erinnerungsmal an die Zeit bis 1945 aus dem Jahr 1968? [...] Sie sehen alles, nur kein Original, nichts Authentisches (weil alles verändert, bzw. neu erfunden wurde).“ Dann hält er fest: „Es geht überhaupt nicht anders. Aber weil dies so ist, müssen wir [...] den Menschen zeigen, dass sie Relikte eines historischen Prozesses sehen.“

Diesen letzten Satz von Detlef Hoffmann kann ich voll und ganz unterschreiben.

Dem beschriebenen Dilemma mit dem „authentischen Ort“ versucht man zu entgehen, indem man heute eher vom „historischen Ort“ spricht. Wenn ich die Orte in der Region des Gedenkstättenverbundes Gäu-Neckar-Alb betrachte, dann möchte ich jedoch behaupten, dass der Begriff „authentisch“ nicht völlig verfehlt ist, um sie zu charakterisieren.

Es ist zuverlässig verbürgt, dass sich in den ehemaligen Synagogen und Betsälen in Baisingen, Rottweil, Hechingen, Haigerloch, Horb und Rexingen jüdische Menschen bis zum 9. November 1938 zum Gottesdienst versammelten. Diese Gebäude wurden von den jüdischen Gemeinden erbaut, gekauft oder gemietet. Es stehen noch die Originalmauern. Trotzdem ist festzustellen, dass alle diese Gebäude wesentliche Veränderungen erfahren haben. Diese Veränderungen



Stadttarchiv Rottenburg am Neckar (l), Heinz Högerle (r).

Das Foto links dokumentiert die Zerstörung der Frauenempore in der Synagoge Baisingen nach dem 9. November 1938. Das Bild rechts zeigt die Frauenempore im restaurierten Zustand heute.

zu zeigen und zu hinterfragen, mit welchem Interesse die Veränderungen zustande kamen, ist eine Aufgabe der Aktiven in den Vereinen der Lernorte. Fotos der Synagoge in Baisingen können zeigen, wie sich ein Ort verändert hat und dass er sich weiter verändern wird. (siehe Seite 29)

Es ist verbürgt, dass im Eckerwald und in Bisingen an den Anlagen zur Verarbeitung von Ölschiefer Tausende von Männern unter Zwang gearbeitet haben. Es ist verbürgt, dass am Nachtflughafen von Hailfingen-Tailfingen Männer aus ganz Europa für den Krieg des NS-Regimes schufteten mussten. Die Arbeitsstätten der KZ-Häftlinge wurden nach 1945 abgebaut. Die Natur hat die Überreste erobert. Keine der Baracken, in denen die Männer schliefen, existiert mehr, aber man weiß, wo sie einst standen. Zum Teil wurden Gebäude auch anders genutzt.

Die Toten der Lager sollten ganz verschwinden. Ihre Gräber sollten nicht gefunden werden. Sie wurden entdeckt. Tote wurden umgebettet. In der Nähe der ehemaligen Konzentrationslager entstanden Friedhöfe, an denen der Ermordeten gedacht werden kann.

## Was leistet das Authentische nach der Selbsteinschätzung der Gedenkstätten?

Um dieser Frage auf den Grund zu gehen, wurden den Initiativen im Gedenkstättenverbund Gäu-Neckar-Alb von mir einige Fragen gestellt. Die Aktiven an Orten ehemaliger Konzentrationslager bearbeiten eine relative kurze Zeit, meist beginnend ab Mitte 1944 bis zum Ende des Zweiten Weltkrieges, in der die Lager bestanden, aber dann auch die lange Zeit danach:

- Wie ist man mit diesen Orten nach dem Mai 1945 bis heute umgegangen?

In Gemeinden mit ehemaligen Synagogen findet man Orte und Gebäude, die eine viel längere Geschichte haben. Und diese Geschichte ist für die längste Phase, bis zum Beginn des Nationalsozialismus, überwiegend positiv besetzt. Dann beginnt 1933 eine einschneidende Veränderung und die Orte, die u.a. für ein friedliches Zusammenleben von Christen und Juden stehen, werden zu Orten der Ausgrenzung und Vernichtung. Besonders deutlich wird das in der Schändung und Zerstörung der Gotteshäuser am 9. November 1938 bzw. deren Umnutzung danach und mit dem Ende der Belegung von jüdischen Friedhöfen nach den Deportationen der jüdischen Familien ab 1941.

- Meine drei ersten Fragen an die Aktiven an den Lernorten lauteten: Welche Bedeutung für eure Arbeit hat der authentische Ort?
- Ist es für eure Arbeit wichtig, das man etwas „Authentisches“ zeigen kann und was ist das bei euch?
- Hilft die Authentizität eurer Orte bei der Geschichtsvermittlung?

Für den Schulalltag wurde von mehreren Aktiven unterstrichen, dass schon der Ortswechsel – raus aus dem Schulhaus

– für eine Exkursion an einen anderen Ort, positive Wirkung zeigt: *„In der Geschichtsstunde ist man Teil des Schulalltags. Davor haben die Schüler vielleicht eine Physikarbeit geschrieben, danach bekommen sie den Spanisch-Test zurück und dazwischen sollen sie sich hochkonzentriert dem Thema Konzentrationslager widmen. Macht man eine Exkursion – das muss nicht nur eine Gedenkstätte sein –, dann ist das etwas Besonderes und man konzentriert sich auf diesen Ort.“*<sup>4</sup>

Ein anderer Pädagoge kam zum Ergebnis, *„dass man vielleicht eher bereit ist, sich auf solch ein schwieriges historisches Thema einzulassen, wenn man den Ort gewechselt hat.“* *„Aus meiner Sicht wäre es theoretisch ohne weiteres auch möglich, die Inhalte in einem Klassenzimmer zu vermitteln (rein kognitiv) – mehr hängen bleibt aber, wenn man einen Ort gesehen, beschritten und erlebt hat.“*<sup>5</sup>



Initiative Eckerwald.

Im Eckerwald findet man die Ruinen der ehemaligen Produktionsanlagen zur Gewinnung von Öl aus Schiefer.

Ein weiterer Pädagoge betonte: *„Die Ruinen des Eckerwaldes helfen als einzigartige Anschauungsobjekte bei der geschichtlichen Aufarbeitung des nationalsozialistischen Terrors und Kriegswahns.“* *„Auch wenn die Ruinen zunächst nur an ein technisches Verfahren erinnern, kann man sich durch begleitende Informationen schnell ein Bild von den furchtbaren Bedingungen der Häftlingsarbeit gerade an diesem Ort machen.“*<sup>6</sup>

Von mehreren Aktiven wurde hervorgehoben, dass an den Orten, die sie zeigen, vom verbrecherischen Geschehen nichts zu sehen ist.

Claude Lanzmann hat zu den Vernichtungsorten, an die er sich mit seinem Film *„Shoah“* angenähert hat, geschrieben, dass sie eher auf der Abwesenheit von Spuren beruhen: *„Ich habe einen Film gemacht, der buchstäblich von Nichts ausgeht, von Orten, die sich ganz und gar verändert haben und zugleich andauern.“*<sup>7</sup>

Ähnlich empfinden es die Bisinger: *„Viele Besucher, die zu uns kommen, sind erst einmal enttäuscht, weil eben nicht mehr zu sehen ist. Ich kontrastiere das gern mit der Frage, ob man denn gerne Uniformierte mit Schäferhunden hätte.“* *„Ich finde aber gerade den Sportplatz und den aufgeforschten Wald [der heute Teile des ehemaligen Lagergeländes verdeckt. Anm.] schöne Beispiele für das unterschwellige Fortleben ...“*<sup>8</sup>

Zu Bisingen wird noch gesagt: „Authentisch sind natürlich die Überreste der Anlagen (Gebläse, Öltank) und die Abbruchkante.“ Dann wird aber hervorgehoben: „Wichtig sind diese Relikte weniger als ‚Belege‘, sondern als Stationen beim Rundgang, als Gesprächsanlässe. Sie strukturieren den Gang auf dem Lehrpfad, verknüpfen räumlich und thematisch den Bahnhof mit dem Lager“,<sup>9</sup> von dem nur noch das Gelände existiere, sonst nichts.

Auch in Hailfingen-Tailfingen konstatieren die Aktiven: „Im Außenbereich gibt es leider wenig zu sehen, da nach der Befreiung radikal abgeräumt wurde.“ Trotzdem wird betont: „Wir legen Wert darauf, wir fordern, dass Schulklassen zu der Start- und Landebahn, zum Platz, wo der Hangar, die Unterkunft der Häftlinge stand, gehen.“<sup>10</sup>



KZ-Gedenkstätten Bisingen.

Man braucht Guides, um das unterschwellige Fortleben des ehemaligen Lagers in Bisingen erkennen zu können.

Für Tübingen betont ein aktiver Historiker aus der dortigen Geschichtswerkstatt, dass man bisher über keine Räumlichkeiten mit einer Ausstellung verfügt, in der man Dokumente oder audiovisuelle Quellen zeigen kann. Deshalb seien historische Orte, insbesondere Gebäude in der Universitätsstadt, von zentraler Bedeutung, wenn man historische Objekte zeigen wolle. Gleichzeitig hebt der Aktive hervor: „Diese historischen Orte haben nicht an sich eine Aura des Authentischen. Diese Wahrnehmung von Authentizität entsteht erst im Prozess der Vermittlung der Geschichte des Ortes. Dies ist die Aufgabe des Guides.“<sup>11</sup>

Der pädagogische Mitarbeiter der Hechinger Synagoge schreibt: „Die Geschichte der jüdischen Gemeinde Hechingen lässt sich bis ins Mittelalter zurückverfolgen, die Geschichte des Gebäudes Alte Synagoge bis 1767. Bei Führungen innerhalb der Alten Synagoge zur jüdischen Geschichte wird es ab dieser Jahreszahl ‚konkret‘ – man befindet sich an dem Ort, über den man spricht; man spricht in ihm.“ Die Synagoge ist „ein betretbares Zeugnis für Geschichte und Geschichten“. „Die Authentizität des Ortes hilft meiner Geschichtsvermittlung, da der Ort das Gesagte konkreter macht. Besucherinnen und Besucher können sich leichter ein Bild machen bzw. das Gesagte mit dem Vorhandenen verbinden. Die verlangte Transferleistung ist somit besonders, aber nicht nur bei Besucherinnen und Besuchern, die kein oder kaum ein Bild von jüdischer Religion und der Geschichte der Juden in Deutschland haben.“<sup>12</sup>

Für Baisingen schreibt ein aktives Mitglied aus dem Vorstand des dortigen Synagogenvereins: „Unsere Besucher kommen nach Baisingen, weil es dort noch etwas zu sehen gibt, was an die jüdische Vergangenheit nachdrücklich erinnert. Es ist immer wieder beeindruckend zu sehen, wenn jüngere Besucher mit den Fingern an den Spuren der herausgerissenen Sitzbankwangen entlangfahren und so die Brutalität der Reichspogromnacht erspüren können. Mit den ausgestellten Fundstücken können wir den Besuchern jüdisches Leben erläutern und nahebringen.“<sup>13</sup>

- Was wollt ihr an euren Orten vermitteln?
- Wie sollte man eurer Meinung nach mit den Orten arbeiten?

Dies waren die nächsten Fragen.



Cornelis Theuer/Kreisarchiv Tübingen.

Auf dem Marktplatz in Tübingen – ein Foto schlägt die Brücke von heute zurück in die NS-Zeit.

Die Aktiven im Eckerwald wollen vermitteln, wie der Nationalsozialismus funktionierte: „Wie rassistische Ideologie beim Umgang mit Menschen, die sie zu Untermenschen erklärt, jegliche Menschlichkeit zerstören kann. Wie ein nationalistisches System im Kriegswahn allmählich den Bezug zur Wirklichkeit verliert und in diesem Wahn alles kaputt macht: Menschen, Arbeitskraft, Umwelt.“<sup>14</sup>

## Nationalsozialismus fand in Berlin und vor Ort statt

Durch die Vermittlung von lokaler und regionaler Geschichte wollen die Aktiven klarmachen, dass Nationalsozialismus nicht nur in Berlin und in Osteuropa stattfand.

Die Tübinger Aktiven wollen zeigen: „die Bedeutung einer jüdischen Minderheit, die Wirkungsmacht einer dominierenden ‚Volksgemeinschaft‘ und von SS-Tätern aus dem universitären Milieu, aber auch Beispiele für ein ‚Anständigbleiben‘ im Nationalsozialismus. Es geht also in erster Linie um eine kritische Aufklärung zur Lokal- und Regionalgeschichte Tübingens.“<sup>15</sup> „Die historischen Orte [...] zeigen, dass Geschichte nicht irgendwo fernab (etwa in Berlin) stattfand, sondern auch vor Ort.“<sup>16</sup> „Diese oft unbekannt Orte (jüdischen Lebens und nationalsozialistischer Täterschaft in Tübingen) wieder kenntlich machen, ist das Ziel. Es löst bei vielen einen Aha-Effekt aus und führt beim nächsten Gang durch die Unistadt häufig

zu einer veränderten Wahrnehmung. Diesen Eindruck vermitteln uns viele Besucher.“<sup>17</sup>

Für Bisingen sagen dazu die befragten Pädagogen, es soll „Geschichtsbewusstsein in dem Sinne gebildet werden, dass Schülerinnen und Schülern klar sein muss, dass das System auch in einem kleinen verschlafenen Ort eingezogen ist – also auch da, wo sie leben und ihre Vorfahren gelebt haben“.<sup>18</sup>

„Das **vor der Haustür** erstaunt Besucher immer wieder – und eben die räumliche Nähe zum Ort und zur Bevölkerung. Damit kommt dann ganz von selbst die Frage nach der Haltung der Bisinger 1944/45, aber auch nach 1945.“<sup>19</sup>

Für Hechingen sagt der pädagogische Mitarbeiter des Vereins: „Ich möchte in der Alten Synagoge vermitteln, dass Juden und Nichtjuden in Hechingen Haus an Haus, Tür an Tür gelebt haben. [...] Neben vor allem religiösen Unterschieden möchte ich Besucherinnen und Besuchern auch die Gemeinsamkeiten von jüdischen und nichtjüdischen Hechingern zeigen und vor allem, welche Auswirkungen die Ausgrenzung von Minderheiten in der Geschichte hatte.“<sup>20</sup>

Für Baisingen hebt das aktive Mitglied hervor: „Die jungen Besucher sind oft überrascht, dass Juden in der unmittelbaren Nachbarschaft lebten und von dort aus vertrieben und in den Tod geschickt wurden.“<sup>21</sup>

## Vermittelnde Personen und Hilfsmittel

Aus all diesen Antworten wird deutlich, dass Menschen gebraucht werden, die die Aura eines Ortes zum Sprechen bringen, wie es der Tübinger Aktive formuliert hat: „Die Wahrnehmung von Authentizität entsteht erst im Prozess der Vermittlung der Geschichte des Ortes.“<sup>22</sup>

Gut ausgebildete Guides, die mit den Besucherinnen und Besuchern ins Gespräch kommen, die aus einer Fülle von fundiertem Wissen schöpfen können und trotzdem Zurückhaltung im Sinne eines demokratischen Dialogs an den Tag legen, spielen eine zentrale Rolle.

Um historische Schichten zu zeigen und zu hinterfragen, gibt es analoge Medien, die bei einer Führung leicht eingesetzt werden können. Historische Fotos sind solche Hilfsmittel. Prozesse können verdeutlicht und Geschichte kann mit Menschen verbunden werden, die an authentischen Orten wohnten oder festgehalten wurden.

Viele Initiativen geben Besucherinnen und Besuchern zusätzliche Informationen, die man an authentischen historischen Orten finden kann, an die Hand. Auch ohne lebendige Guides erhält man auf Tafeln oder Stelen grundlegende Informationen vermittelt, was es mit einem bestimmten Ort, mit einem Gelände, einem Haus auf sich hat, wer dort wann gelebt hat, wer dort auf welche Weise Zwangsarbeit verrichten musste etc.

Neue Lehrpfade wurden in den letzten drei Jahren in Balingen, Tübingen, Hailfingen-Tailfingen, Rottweil und Rexingen angelegt. Oft verweisen die Tafeln mit QR-Codes auf zusätz-

liche, ausführlichere Informationen im Internet. Teilweise kann man sogar Zeitzeugeninterviews abrufen. Meist sind diese neuen Lehrpfade zumindest im Internet mehrsprachig angelegt.

Zu dieser Art von Hilfsmitteln sind auch Stolpersteine zu rechnen, die unter anderem an Orten ehemaligen jüdischen Lebens auf Menschen aufmerksam machen, die dort lebten. Mit diesem Erinnerungsprojekt wird ebenfalls ganz stark der örtliche Bezug hergestellt und nachkommenden Generationen verdeutlicht, dass der Nationalsozialismus einst auch im unmittelbaren Umfeld allgegenwärtig war. Meist gibt es zu Stolpersteinen ergänzende Websites, auf denen man ausführliche Informationen mit Text und Bildern finden kann.

## Authentische Orte für Überlebende und deren Nachkommen

Eine besonders wichtige Aufgabe – der sich die Aktiven an den Lernorten stellen – ist es, für die Überlebenden der NS-Diktatur und deren Nachkommen authentische Orte zu bewahren und zu markieren.

Für diese Besuchergruppen ist es z.B. in ehemaligen jüdischen Gemeinden von höchster Bedeutung, wenn sie die Synagogen und Friedhöfe betreten können, wo ihre Eltern und Großeltern beteten und heirateten oder begraben wurden.

Wer erlebt hat, wie wichtig es für Nachkommen sein kann, das Haus ihrer Großeltern einmal von innen betrachten zu können, kann ungefähr nachvollziehen, wie berührend für diese Menschen die Begegnung mit einem solchen Ort ist. Die Aura der Orte spricht diese Besucherinnen und Besucher am intensivsten an.

Für die letzten Zeitzeugen der Lager und für deren Angehörige ist es emotional von größter Bedeutung, zu sehen, wo ihre Väter und Großväter schufteten mussten. Für die meisten Angehörigen ist es außerordentlich wichtig zu wissen, wo ihre Väter und Großväter starben und begraben wurden. Die letzten Spuren ihrer Lieben und diese letzten Orte zu finden, hilft bei der Erarbeitung von Erinnerung und wirkt oft befreiend.

## Authentische Orte sollten bewahrt werden

Auf der Tagung zur „Zukunft der Erinnerung in KZ-Gedenkstätten“ im Herbst 2017 in Tailfingen nahm der Geschäftsführer der Stiftung niedersächsischer Gedenkstätten, Dr. Jens-Christian Wagner, das Beispiel von sanierten SS-Garagen-Fundamenten auf dem Gelände der KZ-Gedenkstätte Bergen-Belsen zum Anlass, um über Reliktfetischismus nachzudenken. Sein Fazit war: „Man muss Mut haben zum Verlust und nicht alle Relikte auf Teufel komm raus erhalten.“<sup>23</sup>

Nun ist das beschriebene Beispiel wirklich hanebüchen. Nur haben wir hier in unserer Region solche Luxusprobleme leider noch lange nicht. Deshalb möchte ich noch historische Orte zeigen, die dringend Hilfe bräuchten.

### Frankhaus in Horb

Ein Beispiel ist im Zentrum von Horb zu sehen. Das erste, im städtischen Stil Ende des 19. Jahrhunderts erbaute Haus gehörte der jüdischen Familie Frank, die darin ein Textilgeschäft betrieb und sich damit großes Ansehen erwarb. Bis in die NS-Zeit waren das Haus und das Textilgeschäft in jüdischem Besitz. Ein christlicher Konkurrent erwarb das stattliche Haus und betrieb dort bis in die 1990er Jahre ebenfalls ein Textilgeschäft. Dann stand das Haus zum Verkauf. Eine Gruppe engagierter Bürgerinnen und Bürger überlegte, wie man das Haus gemeinsam erwerben könne. Die Stadtverwaltung von Horb winkte ab. Ein Immobilienspekulant erwarb das Haus und sanierte es kaputt. Es steht nun als stillgelegte Baustelle seit mehr als anderthalb Jahren in der Mitte von Horb.

### Jüdischer Betsaal Rottweil

In Rottweil steht in der Altstadt das Haus, in dem sich der ehemalige Betsaal der alten jüdischen Gemeinde befindet. Die Rottweiler sprechen von der „ehemaligen Synagoge“. Der Hauseigentümer hat in den beiden Räumen des Betsaals bis vor einigen Jahren eine Fahrschule betrieben. Er ist alleinstehender Pensionär und in fortgeschrittenem Alter. Der Betsaal ist zurzeit der Öffentlichkeit nicht zugänglich. Was wird in Zukunft mit dem Betsaal geschehen?

### Otto-Hirsch-Memorial in Shavei Zion

Jedes Jahr wird zum Andenken an Otto Hirsch in der Landeshauptstadt Stuttgart der renommierte Otto-Hirsch-Preis verliehen. In Shavei Zion, im Norden von Israel, wurde schon 1959 ein Denkmal zur Erinnerung an den 1941 in Mauthausen ermordeten Stuttgarter eingeweiht. Otto Hirsch hatte als Geschäftsführer der Reichsvertretung der Juden in Deutschland vielen Glaubensgenossen zur Flucht aus NS-Deutschland verholfen. U.a. hatte er wesentlich

dazu beigetragen, dass das Projekt der Siedlung Shavei Zion verwirklicht werden konnte. 1960 sprach Bundespräsident Theodor Heuss am Denkmal zu den Bürgern von Shavei Zion über seinen Freund Otto Hirsch.

Vor einem Jahr ist das exponierte Dach der Gedenkstätte zusammengebrochen. Die salzige Meeresluft hatte der Stahlbetonkonstruktion über die Jahre zugesetzt. Wäre es nicht eine noble Aufgabe für das Land Baden-Württemberg, der Gemeinde Shavei Zion bei der Wiedererrichtung des zerstörten Daches zu helfen?

*Heinz Högerle, geb. 1949, ist selbständiger Buchgestalter und Verleger. Seit 1996 beschäftigt er sich mit der Geschichte der jüdischen Gemeinden in der Region Horb a.N. und mit der Gemeinde Shavei Zion in Israel. Mehrere Veröffentlichungen zu jüdischen Themen. Erarbeitung von Ausstellungen. Heinz Högerle ist Mitglied im Vorstand des Träger- und Fördervereins Ehemalige Synagoge Rexingen. Seit 2010 ist er zudem Vorsitzender des Gedenkstättenverbundes Gäu-Neckar-Alb e.V. Für seine Arbeit zu jüdischen Themen wurde er mit der Auszeichnung „The Obermayer German Jewish History Award 2011“ gewürdigt. Von 2012 bis 2016 war er Mitglied des Sprecherrats der Landesarbeitsgemeinschaft der Gedenkstätten und Gedenkstätteninitiativen in Baden-Württemberg.*

<sup>1</sup> Duden, 27. Auflage, Berlin 2017, S. 235.

<sup>2</sup> Detlef Hoffmann (1940–2013) leitete zusammen mit Jonathan Webber das EU-Projekt „Civil Society and Social Change after Auschwitz“ in Oswiecim und Krakau. Er kuratierte u.a. die Ausstellung „Representations of Auschwitz“, Krakow 1995 und wirkte im Wissenschaftlichen Beirat der 2001 eröffneten Wanderausstellung „Vernichtungskrieg. Verbrechen der Wehrmacht 1941–1944“ mit. Hoffmann war Mitglied des Stiftungsrats der Stiftung Gedenkstätte Buchenwald und Mittelbau-Dora und beratend für die Gedenkstätten Neuengamme und Wewelsburg tätig.

<sup>3</sup> Detlef Hoffmann: „Authentische Orte“, in: Gedenkstättenrundbrief 110, S. 3–17, Berlin 2002, hier S. 3 f.

<sup>4</sup> Ines Mayer für die KZ-Gedenkstätten Bisingen am 8.2.2018.

<sup>5</sup> Dieter Grupp für die KZ-Gedenkstätten Bisingen am 8.2.2018.

<sup>6</sup> Gerhard Lempp für die Initiative Gedenkstätte Eckerwald am 27.2.2018.

<sup>7</sup> Claude Lanzmann im Beiheft zum Film Shoah, 2007 ohne Ortsangabe, S. 6.

<sup>8</sup> Dieter Grupp, Bisingen.

<sup>9</sup> Ines Mayer, Bisingen.

<sup>10</sup> Harald Roth für die KZ-Gedenkstätte Hailfingen-Tailfingen am 9.2.2018.

<sup>11</sup> Jens Kolata für die Geschichtswerkstatt Tübingen am 26.2.2018.

<sup>12</sup> Benedict von Bremen für die Alte Synagoge Hechingen am 27.2.2018.

<sup>13</sup> Hubert Dettling für die Gedenkstätte Synagoge Rottenburg-Baisingen am 2.3.2018.

<sup>14</sup> Gerhard Lempp, Eckerwald.

<sup>15</sup> Martin Ulmer für die Geschichtswerkstatt Tübingen am 27.2.2018.

<sup>16</sup> Jens Kolata, Tübingen.

<sup>17</sup> Martin Ulmer, Tübingen.

<sup>18</sup> Dieter Grupp, Bisingen.

<sup>19</sup> Ines Mayer, Bisingen.

<sup>20</sup> Benedict von Bremen, Hechingen.

<sup>21</sup> Hubert Dettlingen, Rottenburg-Baisingen.

<sup>22</sup> Jens Kolata, Tübingen.

<sup>23</sup> Jens-Christian Wagner zitiert von Nadine Dürr in: Bericht über die Tagung „Der Umgang mit früheren KZ-Außenlagern nach 1945. Perspektiven des Erinnerns heute“ am 14. Oktober 2017 in Tailfingen. Gedenkstätten-Rundschau Nr. 20, Horb 2018, S. 14.

## Was leistet die Aura des Authentischen in der alltäglichen Arbeit? Aus Sicht der Erinnerungsstätte für die Freiheitsbewegungen in der deutschen Geschichte, Rastatt

Auf die Fragen, die zu Beginn dieser Tagung aufgeworfen wurden, versuche ich aus Sicht der *Erinnerungsstätte für die Freiheitsbewegungen in der deutschen Geschichte* in Rastatt, einer Außenstelle des Bundesarchivs in Koblenz, zu antworten. Als Geschichtslehrer, der sich an der Entwicklung museumspädagogischer Angebote beteiligt und somit in erster Linie die Vermittlungsarbeit im Blick hat, stehe ich vor der Aufgabe: Was soll jungen Menschen in Rastatt, einem Lernort der Demokratiegeschichte, vermittelt werden? Und was leistet dabei die „Aura des Authentischen“?

„Wir brauchen nichts anderes als eine erinnerungspolitische Wende um 180 Grad“, forderte der AfD-Politiker Björn Höcke am 17. Januar 2017 in Dresden unter stürmischem Beifall seiner Gesinnungsgenossen. „Wir brauchen eine lebendige Erinnerungskultur, die uns vor allen Dingen [...] mit den großartigen Leistungen der Altvorderen in Berührung bringt.“ Die deutsche Geschichte solle nicht weiter „mies und lächerlich gemacht“ werden. Stattdessen gelte es, „wieder eine positive Beziehung zu unserer Geschichte auf[zubauen“.<sup>1</sup>

Könnte sich Höcke mit diesen Vorwürfen möglicherweise auf Fürsprecher stützen, die der rechtsnationalen Gesinnung völlig unverdächtig sind? Beispielsweise auf den sozialdemokratischen Bundespräsidenten Gustav W. Heinemann? Tatsächlich beklagte auch Heinemann, dass man kaum etwas darüber erfahre, „was es in den verschiedenen Landschaften unseres Vaterlandes an freiheitlichen Regungen [...] gegeben hat. Es ist erstaunlich kümmerlich, was man dabei in der umfangreichen Produktion an Städtebüchern und dergleichen findet.“<sup>2</sup> So forderte Heinemann: „Es ist Zeit, dass ein freiheitlich-demokratisches Deutschland unsere Geschichte bis in die Schulbücher hinein anders schreibt.“<sup>3</sup>

Diese Gedanken äußerte Heinemann 1970. Aber was ist seitdem nicht alles geschehen! In den vergangenen Jahrzehnten hat sich ein tiefgreifender Wandel in der Erinnerungskultur vollzogen<sup>4</sup>, und daran hatte Heinemann einen nicht geringen Anteil. Anders als Höcke unterstellt, erinnern wir heute nachdrücklich an die demokratischen Wurzeln unserer Nation – das geschieht in jedem Schulgeschichtsbuch, und seit bald einem halben Jahrhundert auch in der Erinnerungsstätte, die Gustav Heinemann 1974 im Ahnensaal des Rastatter Schlosses mit den Worten eröffnete: „Mir geht es darum, bestimmte Bewegungen in unserer Geschichte, die unsere heutige Demokratie vorbereitet haben, aus der Verdrängung hervorzuholen und mit unserer Gegenwart zu verknüpfen. Um es positiv auszudrücken: Mir liegt daran, bewusst zu machen, dass unsere heutige Verfassung durchaus eigenstän-

dige Wurzeln hat und nicht nur eine Auflage der Sieger von 1945 ist.“<sup>5</sup> Damit wollte uns der Bundespräsident in Erinnerung rufen, dass wir eben nicht genuin ein Untertanenvolk sind, dem der freiheitliche Rechtsstaat nach dem verlorenen Zweiten Weltkrieg von den westlichen Siegermächten gewissermaßen zwangsverordnet worden ist. Der Drang nach Freiheit und Demokratie hat in Deutschland vielmehr eine lange Tradition.

Wer daraus nun allerdings den Schluss ziehen wollte, Höcke und Heinemann könnten so etwas wie Brüder im Geiste sein, irrt natürlich gewaltig. Denn anders als Höcke ging es Heinemann keineswegs darum, die dunklen Seiten unserer Geschichte auszublenden. Im Gegenteil: Nichts dürfe ausgeklammert werden, „auch nicht das Widrige, nicht das Widerwärtige, nicht einmal das Verbrecherische. Wir müssen auch dem, was uns und anderen geschadet hat, den Platz anweisen, der ihm zukommt. Wir dürfen aber auch das, was uns genutzt und vorangebracht hat, hervorheben und in Ehren halten. Gerade das macht ja das nationale Bewusstsein aus, dass es den Zusammenhang der Geschichte gelten lässt und nicht nur sogenannte Höhepunkte feiert. Genau das ist nach meinem Verständnis die Aufgabe dieser Erinnerungsstätte.“<sup>6</sup>

Keine „gespaltene Erinnerung“ also? Heinemann sieht „negatives Gedächtnis“ (Reinhart Koselleck) und „positive Erinnerung“ (Martin Sabrow) jedenfalls nicht als trennende Gegensätze, sondern als miteinander verwobene Bewusstseinsstränge unserer nationalen Identität. Die *Erinnerungsstätte* ist somit ein Ort der Aufklärung und der Identitätsstiftung zugleich. Damit komme ich zur engeren Fragestellung meines Referats. Gustav Heinemann zumindest war die Authentizität des Ortes ausgesprochen wichtig. Warum sonst hat er sich für eine Einrichtung des *Bundesarchivs* ausgerechnet das ländliche Rastatt ausgesucht?

Die Deutsche Revolution fand hier, in Rastatt, im Juli 1849 ihr Ende. Man könnte die räumliche Situation sogar noch weiter zuspitzen: Genau hier, im *Residenzschloss*, in dessen nördlichen Flügel sich die Erinnerungsstätte heute befindet, haben sich die dramatischsten Ereignisse zugetragen. Hier desertierten die großherzoglichen Soldaten und liefen ins Lager der Revolutionäre über, hier hatte fortan das revolutionäre Oberkommando seinen Sitz, hier tagte nach der Kapitulation auch das preußische Standgericht, das das Ende der Revolution mit 19 Todesurteilen blutig besiegelte.

Spüren Besucher der Erinnerungsstätte heute noch diese Authentizität des Ortes? Ich meine: ja – aber nur, wenn man sie richtig vermittelt! Was ich damit meine, möchte ich mit einer kleinen Anekdote verdeutlichen:

Rastatt war eigentlich das glatte Gegenteil von „Revolution“, es war eine Militärstadt. Hier hatten die Fürsten, die sich im Deutschen Bund zu einem Verteidigungsbündnis zusammengeschlossen hatten, ihre wichtigste Festungsanlage. Als nun aber die Revolution in Deutschland gärte, war die Lage in der Bundesfestung Rastatt besonders brenzlich: Hier trafen auf engstem Raum demokratisch gesinnte Bürger auf Soldaten, die den Fürsten zu dienen hatten und das alte System verteidigen mussten. Aber ging es nicht auch um die Interessen der Soldaten, wenn die Rastatter Bürger mehr Mitspracherechte und mehr persönliche Freiheit forderten und sogar verlangten, dass sich Soldaten ihre Offiziere selbst wählen dürfen? Kurzum: Die Soldaten der Bundesfestung verbrüdeten sich mit der Rastatter Bürgerwehr, deren Leutnant Ludwig Wetzel feierlich verkündete: „Soldaten, die frühere Scheidewand zwischen Euch und uns, zwischen Euch Söhnen des Volkes und uns Bürgern ist eingerissen. Ein Band umschlingt uns Alle, **wir sind das Volk**, das seine Freiheit fordert!“<sup>77</sup>



Bundesarchiv, Bild 146-1974-177-03

Bundespräsident Gustav W. Heinemann bei der Einweihung der Erinnerungsstätte im Rastatter Schloss, 26. Juni 1974.



Björn Schumacher.

Eingang der Erinnerungsstätte im Rastatter Schloss.

So bahnte sich in Rastatt etwas an, was es in Deutschland zuvor noch nie gegeben hatte: Am 13. Mai verweigerte ein komplettes monarchisches Heer seinen Vorgesetzten den Gehorsam und schloss sich den für Freiheit und Demokratie kämpfenden Revolutionären an. Wie dramatisch es dabei zugeht, zeigt die folgende Episode vom regierungstreuen Hauptmann Zeroni. Ort des Geschehens: der Ehrenhof der Barockresidenz. Zeroni will dem revolutionären Spuk ein Ende bereiten und gibt den Befehl, zwei Kanonen zu laden und auf die leicht abschüssig gelegene, auf den Hof zuführende Schlossstraße zu richten, wo sich viele Menschen – Soldaten, Zivilisten, Kinder – versammelt hatten.

Zeroni gibt den Befehl zum Feuern, aber im letzten Augenblick wirft sich Konrad Heilig, ein einfacher Unteroffizier, vor die Kanonenmündung und hält das Zündloch zu. Zeroni zieht den Säbel und drischt auf die Soldaten ein, die sich weigern, seinen Befehlen nachzukommen. Immer mehr Soldaten, aber auch Rastatter Bürger strömen nun von unten, von der Schlossstraße, herbei, ziehen ihrerseits die Waffen und schlagen Zeroni in die Flucht.

Die Lage gerät nun völlig außer Kontrolle. Die Offiziere ergreifen, weiße Tücher schwenkend, auf ihren Pferden die Flucht. Die Festung Rastatt fällt in die Hände der Freiheitskämpfer und sie bleibt bis zum Ende der Revolution ihre wichtigste Bastion. Der preußischen Übermacht können sich die Revolutionäre aber schließlich nicht erwehren. Mit der Einnahme der Festung Rastatt durch preußische Truppen findet am 23. Juli 1849 die Deutsche Revolution ihr Ende. Konrad Heilig, der so heldenhaft ein Blutbad innerhalb der Festungsmauern verhindert hatte, wurde später als einer von 19 Männern durch ein preußisches Standgericht zum Tode verurteilt. Das Gericht tagte ein Stockwerk über den Ausstellungsräumen der Erinnerungsstätte, in der Belletage des Schlosses. Die meisten Erschießungen wurden wenige hundert Meter entfernt in einem Festungsgraben vollstreckt.

Die Erzählung vom Rastatter Soldatenaufstand und seiner Niederschlagung führt uns vor Augen, dass es stets Geschichten sind, die uns aufhorchen lassen, die uns anrühren und durch ihre Perspektivität zum Nachdenken anregen. Es ist eigentlich furchtbar banal: Menschliche Schicksale bleiben uns stärker in der Erinnerung haften als abstrakte Zahlen und Vorgänge. Eine Erinnerungsstätte muss daher wie überhaupt jede geschichtsdidaktische Vermittlung narrative Elemente einbeziehen, sie läuft sonst Gefahr, ihre Adressaten zu verfehlen. Es gibt keine Geschichte ohne Geschichten.

Was ist nun mit der „Aura des Authentischen“? Von Konrad Heilig, der sich so mutig vor ein Kanonenrohr stellte, ist nichts weiter übrig geblieben als sein Säbel, den er in den Tagen des Rastatter Soldatenaufstandes bei sich trug. Der Säbel also ist authentisch. Der Ort, an dem er ausgestellt wird, ist es auch. Aber ohne die tragische Geschichte von seinem Besitzer wäre all diese Authentizität nichts wert! Erst die *Narration* lässt erkennen, was das bloße Objekt gar nicht sichtbar machen kann: den Drang nach Freiheit, für den ein Mensch hier sogar sein Leben opferte. Und die *Personifizierung*, um einen weiteren Begriff einzubringen, der in der Geschichtsdidaktik eine große Rolle spielt.

Bei der Personifizierung hat sich die Museumspädagogik vielleicht etwas von der bildenden Kunst abgeguckt. Beide, Museumspädagogik wie bildende Kunst, stehen nämlich vor demselben Problem: Freiheit ist zunächst eine Idee, ein erhoffter Zustand, jedenfalls etwas Abstraktes. Wie stellt ein Künstler Freiheit dar? Und wie soll das einem Museum oder einer Erinnerungsstätte gelingen? Ein Museum möchte doch Gegenständliches in den Blick nehmen. Kann man Freiheit überhaupt ausstellen?

In der bildenden Kunst wird ein abstrakter Gedanke häufig durch Transformation veranschaulicht. In dem berühmten Gemälde von Delacroix beispielsweise wird die Freiheit al-

legorisch dargestellt, dies gelingt durch ihre sinnlich-erotische Ausgestaltung hier sogar besonders wirkungsvoll. Die *Erinnerungsstätte* unternimmt einen ganz ähnlichen Versuch: Durch entsprechende Exponate und eben Personifizierung will sie den Betrachter emotionalisieren. Personifizierung bedeutet, dass man einer Gruppe von Menschen, die man als solche nur generalisierend und abstrakt beschreiben kann, ein Gesicht gibt.<sup>8</sup> So wird der Betrachter gleichsam zum Augenzeugen blutiger Berliner Straßenkämpfe im März 1848, in denen sich die Aufständischen improvisierte Kämpfe gegen überraschte Regierungstruppen liefern. Frauen und Kinder kümmern sich um die Verwundeten und sorgen für Nachschub, indem sie Bleikugeln gießen. Ebenso wird das Hoffen, Bangen und Scheitern des Freiheitskampfes an Protagonisten der Revolution gespiegelt, wie etwa am leidenschaftlichen Wirken Robert Blums, dem führenden Kopf der Linken in der Frankfurter Nationalversammlung. Sein handgeschriebener Abschiedsbrief an seine Frau Jenny, den er wenige Minuten vor seiner standrechtlichen Erschießung in Wien am Morgen des 9. November 1848 vollendet hat, ist nicht nur ein Sinnbild für die Machtlosigkeit des demokratischen Prinzips der Revolution. Vor allem ist er ein erschütterndes Dokument eines Ehemannes und Familienvaters, das selbst gleichgültige Schüler selten unberührt lässt.

Was rührt uns an, was bewegt uns? Es ist sicherlich dieser im Original vor uns liegende Abschiedsbrief Robert Blums. Es ist also *auch* die Authentizität. Aber letztlich, so meine These, sind Narration und Personifizierung nicht nur flankierende Ergänzungen, sondern die wirkungsmächtigeren Mittel. Mit ihrer Dauerausstellung zur Deutschen Revolution ist die *Erinnerungsstätte* in der glücklichen Lage, alles bieten zu können, Authentizität von Exponaten, Authentizität des Ortes, Narration und Personifizierung. Das ist der Idealfall.

Nun beheimatet aber die Erinnerungsstätte noch eine zweite Ausstellung, die sich mit den Freiheitsbewegungen in der DDR beschäftigt. Jetzt könnte man natürlich fragen: Was hat die DDR mit Rastatt zu tun? Tatsächlich überhaupt nichts – es sei denn, wir wenden uns nochmals der Intention Heinemanns zu, der in der eigenen Geschichte nach positiven Anknüpfungspunkten suchte, die er in Rastatt fand. Dass der „kommunistische Zwangsstaat“<sup>9</sup>, wie er ihn nannte, eines Tages in einer friedlichen Massenbewegung (mit sowjetischer Duldung) von unten beseitigt werden würde, hat er nicht erleben können, und dass beim Umsturz der SED-Diktatur kein einziger Tropfen Blut floss, ist in der Tat ein glücklicher Höhepunkt unserer Geschichte, aus dem sich Mut, Hoffnung und Genugtuung schöpfen lassen. Die Lenin zugeschriebene These, die Deutschen wären zu Revolutionen nicht fähig, weil sie selbst vor dem Erstürmen eines Bahnhofs noch eine Bahnsteigkarte kaufen würden, wurde eindrucksvoll widerlegt.

In beiden Bereichen wird auf einer Ausstellungsfläche von insgesamt ca. 1200 Quadratmetern somit der historische Kampf der Deutschen um Partizipation und Menschenrechte und einen geeinten Verfassungsstaat veranschaulicht: Lange Zeit blieben die Freiheitsbewegungen des Vormärz und der Revolution von 1848/49 einziger Themenschwerpunkt, dessen letzte Überarbeitung im Jahr 1999 erfolgte. Erst 2009 trat jener Bereich hinzu, der sich mit Handlungs-

motiven und Zielvorstellungen von Dissidenten, Oppositionellen und Widerstandgruppen in der DDR befasst.

Diese zweite Dauerausstellung trägt den Namen „Wir sind das Volk!“. Jener Leutnant Wetzel aus Rastatt bediente sich also 1849 einer Parole<sup>10</sup>, die anderthalb Jahrhunderte später zum Schlachtruf der friedlichen Revolution wurde – und deren schändlicher Missbrauch durch rechtspopulistische Kreise uns heute in den Ohren scheppert.

Aber nicht nur die Vereinnahmung durch antidemokratische Bewegungen gefährdet eine positive Erinnerung an den geglückten Freiheitskampf. Generell leben wir in einer Zeit, in der Jugendliche nachweislich immer größere Schwierigkeiten haben, den Unterschied zwischen Demokratie und Diktatur zu erkennen.<sup>11</sup> Dies gilt natürlich auch für Schülergruppen, die die Erinnerungsstätte besuchen. Individuelle Freiheit ist zwar für die meisten Jugendlichen der weitaus wichtigste persönliche Wert. Er kann aber von ihnen oftmals nicht in einem bestimmten politischen System verortet werden. Es scheint daher dringend geboten, Schülerinnen und Schülern zu verdeutlichen, was es bedeutet, in einem wirklich unfreien Staat zu leben. Dies ist ein Kernanliegen beider Dauerausstellungen. Kann das gelingen? Was die DDR-Geschichte betrifft, ist Rastatt räumlich gesehen doch arg weit weg vom damaligen Geschehen. Ist es nicht im wahrsten Sinne *deplatziert*, im deutschen Südwesten DDR-Geschichte vermitteln zu wollen? Geht das überhaupt ohne die „Aura des authentischen Ortes“? Aber wollen wir deshalb in Westdeutschland auf solche Orte der Erinnerung verzichten? Die Frage muss anders lauten: Können wir uns das überhaupt leisten?

Wie bereits erwähnt, bringen junge Besucher der *Erinnerungsstätte* manchmal nicht das geringste Bewusstsein dafür mit, was es bedeutet, in Unfreiheit zu leben. Unfreiheit – ja, darüber erfährt man viel, wenn man sich mit den Karlsbader Beschlüssen von 1819 beschäftigt, mit der Pressezensur und der Willkürjustiz der Fürsten. Aber „viel näher dran“ an Schülern sind doch jugendliche Punks, deren Konzerte zu DDR-Zeiten im Untergrund stattfinden mussten und oft genug von der Stasi gesprengt wurden. Oder „Gammler“ – so hat die SED junge Menschen bezeichnet, die gar nicht unbedingt politisch waren, die aber mit ihren langen Haaren, ihren Parkas, ihrer Musik einen Nonkonformismus lebten, den eine Diktatur niemals dulden kann.

Es sind solche Beispiele, die unseren heutigen Besuchern in der Erinnerungsstätte zeigen, unter welchen Entbehnungen und Zwängen die Bevölkerung in der DDR zu leben hatte, und welche Wege die wenigen Mutigen fanden, gegen die staatliche Vereinnahmung anzukämpfen. Nicht umsonst kommt dem Thema „Jugend zwischen Anpassung und Widerstand“ in der Ausstellung eine besondere Bedeutung zu. Die übrigen Räume im Obergeschoss der Erinnerungsstätte zeigen des Weiteren einen abgedunkelten Stasi-Raum, in dem erfahrbar wird, wie der Geheimdienst der Staatspartei im Verborgenen die eigene Bevölkerung ausspionierte, einschüchterte oder gar mit sogenannten „Zersetzungsmaßnahmen“ psychisch vernichten wollte. Im Übrigen ist die Ausstellung chronologisch angelegt, wobei es in allen Abschnitten biographische Zugänge sind, die dem Besu-

cher den Charakter des Unrechtsstaates, vor allem aber auch die Folgen des Aufbegehrens vieler Menschen vor Augen führen sollen. Als Beispiele lassen sich anführen: der Bürgerrechtler Matthias Domaschk, der unter ungeklärten Umständen nach stundenlangen Verhören im Stasigefängnis in Gera zu Tode kam; Pfarrer Oskar Brüsewitz, der sich aus Protest über die politischen Verhältnisse in der DDR in Zeit öffentlich selbst verbrannte; der Fluchthelfer Michael Gartenschläger, der beim Versuch, eine Selbstschussanlage an der innerdeutschen Grenze zu demontieren, von Grenztruppen der DDR erschossen wurde. Ihre unfassbaren Geschichten führen unseren Schülergruppen sehr eindrücklich den Unterschied zwischen ihrem eigenen Leben – ihrer individuellen Freiheit in der Bundesrepublik – und einem Leben in der DDR vor Augen. Es handelt sich also abermals um die Methode *Narration* und *Personifizierung*. Diese Methode „wirkt“, auch wenn die Mauer nicht in Rastatt gefallen ist. Für das Quäntchen Authentizität findet sich ein originales Stück der Berliner Mauer, das den Besucher gleich im Foyer der *Erinnerungsstätte* auf die Freiheitsbewegung neugierig machen soll, die genau diese Mauer zum Einsturz brachte.

Wie zu Beginn deutlich werden sollte, hat das würdigende Erinnern an den Kampf der Deutschen um eine Gesellschaft der mündigen Staatsbürger nichts zu tun mit einem unreflektierten Hurratriotismus. Die zunächst gescheiterte Revolution von 1848/49 hinterlässt als Erbe nichts Geringeres als die Idee eines modernen Verfassungsstaates mit unveräußerlichen Grundrechten, die hundert Jahre später in ihren Formulierungen teils wörtlich in unser Grundgesetz übernommen worden sind. In diesem Kampf ging es um Freiheiten, die heute keineswegs allein von jungen Menschen allzu oft als etwas Selbstverständliches erachtet werden. Und gegenwärtig sehen wir uns in Europa der Gefahr ausgesetzt, dass diese Freiheiten wieder verspielt

werden. Beides ist durchaus beunruhigend. Die Lernorte der Demokratie in unserem Land werden daher dringender gebraucht denn je. Dass wir neben dieser identitätsstiftenden „positiven Erinnerung“ das mahnende „negative Gedächtnis“ zulassen und wachhalten, ist in meinen Augen kein Ausdruck einer „gespaltenen Erinnerung“, sondern vielmehr ein Ausweis unserer Stärke. Gerade diesem differenzierten und problemorientierten Zugriff auf Kontinuitäten und Brüche in unserer Geschichte, zu dem eben auch ein klares Bekenntnis der sogenannten „dunklen Seiten“ gehört, verdanken wir ein Stück weit unsere Glaubwürdigkeit und unser Ansehen in der Welt – weil wir eben nicht wie manch andere Staaten inner- und außerhalb Europas und wie gewisse politische Strömungen in unserem eigenen Land Erinnerung auf historische Erfolge reduzieren wollen. Wer jede Form des kritischen Rückblicks in die Vergangenheit als Beschmutzung der nationalen Ehre zurückweist oder gar verfolgt, kann als Gestalter der Gegenwart nicht überzeugen und ist schlecht gerüstet für künftige Herausforderungen.

**Prof. Björn Schumacher**, geb. 1970 in Pforzheim, Studium an der Albert-Ludwigs-Universität Freiburg im Breisgau für das Lehramt an Gymnasien. Seit 2001 Lehrer für Deutsch und Geschichte am Ludwig-Wilhelm-Gymnasium in Rastatt, seit 2005 Entwicklung museumspädagogischer Konzepte und Lehrerfortbildungen für die „Erinnerungsstätte für die Freiheitsbewegungen in der deutschen Geschichte“, Rastatt, einer Außenstelle des Bundesarchivs. Seit 2009 Lehrbeauftragter für das Fach Geschichte am Staatlichen Seminar für Didaktik und Lehrerbildung (Gymnasien) in Karlsruhe, seit 2015 Bereichsleiter für Gesellschaftswissenschaften.

1 <https://www.youtube.com/watch?v=WWwy4cYRFLs>; Abdruck im Original-Wortlaut: <https://www.tagesspiegel.de/politik/hoecke-rede-im-wortlaut-gemuetszustand-eines-total-besiegten-volkes/19273518-all.html> (zuletzt aufgerufen am 04.05.2018).

2 Ansprache des Bundespräsidenten bei der Schaffermahlzeit am 13. Februar 1970 im Bremer Rathaus, in: Einigkeit und Recht und Freiheit. Erinnerungsstätte für die Freiheitsbewegungen in der deutschen Geschichte. Katalog der ständigen Ausstellung, hrsg. vom Bundesarchiv. Bönen: Kettler 2002, S. 19.

3 Ebd., S. 20.

4 Laut Cornelißen hat der Begriff „Erinnerungskultur“ erst seit den 1990er-Jahren Einzug in die Wissenschaftssprache gehalten, wo er inzwischen ein Leitbegriff moderner Kulturgeschichtsforschung geworden ist. Vgl. Christoph Cornelißen: Erinnerungskulturen, Version: 2.0, in: Docupedia-Zeitgeschichte, 22.10.2012, <http://docupedia.de> (zuletzt aufgerufen am 20.05.2018).

5 Gustav W. Heinemann in seiner Ansprache aus Anlass der Eröffnung der Erinnerungsstätte in Rastatt am 26. Juni 1974, in: Einigkeit und Recht und Freiheit. Erinnerungsstätte für die Freiheitsbewegungen in der deutschen Geschichte. Katalog der ständigen Ausstellung, hrsg. vom Bundesarchiv. Bönen: Kettler 2002, S. 22.

6 Ebd.

7 Peter Hank: Soldatenaufstand und Amalie Struve. In: P. Hank, H. Holeczek, C. Jung und M. Schilling (Hrsg.), Rastatt und die Revolution von 1848/49. Von der Freiheitsfestung zur preußischen Besatzung. Rastatt 2001 (= Stadtgeschichtliche Reihe, 6,2),

S. 125–242; hier: S. 190. Zit. nach: Henning Pahl, Die Ideale der preußischen Heeresreformen im Umkreis der Revolution von 1848/49, in: K.-H. Lutz, M. Rink und M. von Salisch (Hrsg. i.A. des Militärgeschichtlichen Forschungsamtes), Reform – Reorganisation – Transformation. Zum Wandel in deutschen Streitkräften von den preußischen Heeresreformen bis zur Transformation der Bundeswehr, München 2010, S. 153–164; hier: S. 162.

8 Michael Sauer: Geschichte unterrichten. Eine Einführung in die Didaktik und Methodik. Seelze 122015, S. 86.

9 Heinemann: Ansprache 1974 (wie Anmerkung 5), S. 24.

10 Die Formel „Wir sind das Volk“ fand bereits während der Märzrevolution 1848 durch Ferdinand Freiligraths Gedicht „Trotz alledem“ Verbreitung, in dem es heißt: „Wir sind das Volk, die Menschheit wir, / Sind ewig drum, trotz alledem!“

11 So das Ergebnis einer Studie des Forschungsverbundes SED-Staat an der Freien Universität Berlin aus dem Jahr 2012: <http://www.spiegel.de/lebenundlernen/schule/schueler-wissenwenig-ueber-ddr-und-nationalsozialismus-a-841157.html> (zuletzt aufgerufen am 04.05.2018). Generell offenbaren Schüler bei grundlegenden Inhalten der Zeitgeschichte, die zum Kernbestand unseres kulturellen Gedächtnisses gehören, erhebliche Wissenslücken. Wie eine repräsentative Befragung im Auftrag der Körber-Stiftung im Jahr 2017 ergab, konnten nur 59 Prozent der deutschen Schüler ab 14 Jahren mit dem Namen Auschwitz-Birkenau etwas anfangen: <https://www.koerber-stiftung.de/ausder-geschichte-lernen-1145> (zuletzt aufgerufen am 04.05.2018).

# Sektion 3:

## Täter und Opfer, Märtyrer und Helden – Rollen im Gedächtnistheater

Am Beispiel von Biographien lässt sich Geschichte veranschaulichen. Dies ist an Gedenkstätten nicht anders als an Erinnerungsstätten. Die Vermittlungsarbeit nutzt die Auseinandersetzung mit Lebenswegen. Etwaige Brüche regen an zu Debatte und Reflexion. Doch kann dies für die unterschiedlichen Rollen im Gedächtnistheater auf gleiche Weise gelten?

DR. MARTIN ULMER (*Geschichtswerkstatt Tübingen und Gedenkstättenverbund Gäu-Neckar-Alb*) vergegenwärtigte die Entwicklung hin zu einer differenzierten Rekonstruktion von Opferbiographien, die sowohl die Lebensdaten historisch einbettet als auch die Subjektivität des Zeitzeugen anerkennt. Ergebnis sei eine zunehmende Verbreiterung und Vertiefung von Opfergeschichten, mithin die Auflösung eines geschlossenen Opfernarrativs.

THOMAS STÖCKLE (*Gedenkstätte Grafeneck*) erweiterte den Blick auf die sich seit den 1980ern etablierende Täterforschung. Opferkult? Für Grafeneck wies er den Begriff zurück. Am Beispiel der 1990 errichteten Gedenkstätte und des 2005 eröffneten Dokumentationszentrums beschrieb er den Forschungsprozess, der zunächst den Opfern, aber bald auch der Tat, dem Tatort und den Tätern galt. Wie die Erinnerung so brauche auch die Dokumentation des ersten arbeitsteiligen Großverbrechens der NS-Diktatur einen Ort.

DR. CHRISTOPHER DOWE (*Haus der Geschichte, Stuttgart, für die Erinnerungsstätte Matthias Erzberger, Münsingen-Buttenhausen*) schilderte den Wandel in der Auseinandersetzung um die Deutung des Zentrums politikers Matthias Erzberger. Wie erinnert man heute an einen Wegbereiter der Demokratie, der nach seiner Ermordung 1921 zunächst Erinnerungskonflikten und schließlich Erinnerungslücken zum Opfer fiel? Der Referent warb für eine Darstellung, die den Politiker nicht als Märtyrer, sondern als Akteur mit „Ecken und Kanten“ zeigt.

# Opferbilder und Opferbiographien. Am Beispiel einzelner Gedenkstätten für Opfer des Nationalsozialismus

In der Fülle wissenschaftlicher und publizistischer Artikel zum Nationalsozialismus, im Internet und auch in Selbstdarstellungen der Gedenkstätten ist das Wort „Opfer“ ein feststehender und selbstverständlicher Begriff.<sup>1</sup> Ein entsprechendes Symbol ist der Gedenktag am 27. Januar, dem Jahrestag der Befreiung der Häftlinge des Konzentrations- und Vernichtungslagers Auschwitz, an dem seit 1997 an die Opfer des Nationalsozialismus erinnert wird. Jedes Jahr steht seither eine andere Opfergruppe im Mittelpunkt des Erinnerns und Gedenkens. Angesichts dieser verbreiteten Opfer-Ikonographie regt sich in der Forschung und auch in der Öffentlichkeit zuweilen Unbehagen, ausgelöst von der Zementierung eines Opferbilds als leuchtendes Vorbild, das bei genauerer Betrachtung den hohen Erwartungen und Projektionen der Nachgeborenen nicht standhalten kann, weil die Opfer deshalb zu Opfer wurden, da das NS-Regime sie dazu gemacht hatte.

Diese Überlegungen sind ein Anstoß, über das komplexe Thema nachzudenken und die Stärken und Schwächen zu reflektieren, wenn von Opferbiographien und Opferbildern in den Gedenkstätten die Rede ist.

## 1. Problemorientierte Fragen zum Thema „NS-Opfer“

Die Biographien von NS-Opfern bilden in den Gedenkstätten die erste und wichtigste Basis der Präsentation. Ein problemorientierter Ansatz wirft jedoch viele Fragen auf: Wer ist als Opfer gemeint? Wie haben sich die Opfer bzw. wie hat sich der Einzelne in der NS-Zeit verhalten? Ist auch jemand Opfer, der etwa als Funktionshäftling für den Tod anderer Häftlinge verantwortlich ist? Waren die Opfer dem Verfolgungsdruck passiv ausgeliefert oder nutzten sie Überlebensstrategien? Gab es am authentischen Ort überhaupt so etwas wie Solidarität unter den Opfern? Versuchten zum Beispiel Juden ihre Handlungsspielräume aktiv zu nutzen und wichen sie so gut es eben ging und solange wie möglich dem Verfolgungsdruck aus? Was bedeutet in der Nachkriegsgeschichte die immer noch anzutreffende Opferhierarchie und Opferkonkurrenz? Verwischt und verblasst die Spezifik des Nationalsozialismus und seiner ungeheuren Verbrechen, wenn es keine Opferhierarchien mehr gibt? Ist es überhaupt noch sinnvoll, von Opferkollektiven und Opfergruppen zu sprechen, oder sollte die Vielschichtigkeit des verfolgten Individuums und dessen differenzierte Biographie in den Mittelpunkt der Forschung und Bildungsarbeit rücken? Wo bleiben dabei die verantwortlichen Täter und die NS-Akteure, werden sie bei der Hauptbeschäftigung mit den Opfern überhaupt angemessen berücksichtigt oder weiter ausgeblendet, wie es in Deutschland bis weit in die 1990er Jahre

der Fall war? Diese Fragen sind komplex und einzelfallbezogen und führen zuweilen zu ambivalenten und uneindeutigen Antworten. Der vorliegende Artikel erhebt jedoch nicht den Anspruch einer umfassenden Abhandlung dieser vielschichtigen Thematik. Er konzentriert sich vielmehr auf empirische Ergebnisse kleinerer und mittlerer Gedenkstätten.

## 2. Zur Wirkungs- und Umgangsgeschichte zu NS-Opfern nach 1945

Die Wirkungs- und Umgangsgeschichte zu NS-Opfern nach 1945 befindet sich im Spannungsfeld zwischen öffentlicher (Nicht-)Wahrnehmung und Anerkennung des Opferstatus in Forschung, Politik und Gesellschaft. Allein die Tatsache, von nationalsozialistischer Verfolgung und Verbrechen betroffen gewesen zu sein, schafft noch keine Aufmerksamkeit. Selbst- und Fremdzuschreibung des Opferbegriffs können historisch betrachtet durchaus auseinanderfallen. Im 20. Jahrhundert der Weltkriege, der Shoah und Genozide weiteten sich laut der Kulturwissenschaftlerin Svenja Golttermann die Opferzuschreibungen durch die zentralen Kategorien von Kriegsverbrechen und der Entschädigung für NS-Verbrechen sowie der Einführung des Traumakonzepts bei den Überlebenden immens aus.<sup>2</sup>

Während sich nach dem Ende des Nationalsozialismus rasch Opferverbände wie die Vereinigung der Verfolgten des Nazi-Regimes (VVN) bildeten und vor allem jüdische Organisation und der Staat Israel um die Rechte der jüdischen Opfer und deren Entschädigung kämpften<sup>3</sup>, waren es im Entstehungsprozess der Gedenkstätten in den 1980er Jahren vor allem ehrenamtliche Akteure, die den Opfern der NS-Verbrechen vor Ort überhaupt erst wieder Stimme und Gesicht gaben. Seit dieser Zeit setzten sich verschiedene gesellschaftliche Gruppen für eine angemessene Wahrnehmung und Anerkennung marginalisierter Opfer ein, oft auf der Basis von wissenschaftlichen Pionierstudien, etwa zur NS-„Euthanasie“ und zur Verfolgung von Homosexuellen, von sogenannten Asozialen sowie von Sinti und Roma.<sup>4</sup>

## 3. Umfrage im Gedenkstättenverbund Gäu-Neckar-Alb e.V.

Nach diesen Vorüberlegungen wird das Themenfeld der Opferbiographien und Opferbilder in reflexiv-empirischer Hinsicht behandelt. Die Grundlagen sind meine eigenen langjährigen Forschungserfahrungen in der Geschichtswerkstatt Tübingen und in der Wissenschaft sowie die Ergebnisse der Befragung<sup>5</sup> von sieben Vertreterinnen und Vertretern des Gedenk-

stättenverbunds Gäu-Neckar-Alb, das heißt der KZ-Gedenkstätten Bisingen, Eckerwald und Hailfingen-Tailfingen, der Synagogengedenkstätten Haigerloch, Hechingen und Horb sowie einem Vertreter der Geschichtswerkstatt Tübingen, der sich vor allem mit marginalisierten Opfern und der NS-Zwangsarbeit beschäftigt.

Die Gedenkstätten im Verbund beschäftigen sich hauptsächlich mit Häftlingen der Außenlager des Konzentrationslagers Natzweiler, den verfolgten Jüdinnen und Juden in den Kleinstädten und Dörfern, mit politisch bzw. religiös Verfolgten, mit den Biographien von Sintis, Homosexuellen und sogenannten Asozialen sowie der Rolle von Graf Claus Schenk von Stauffenberg und seiner Familie. Neuerdings rücken sowohl Zwangsarbeiterinnen und Zwangsarbeiter als auch Kriegsgefangene stärker in den Fokus der Forschung und Vermittlung. Dabei sind bei den Opfern zwei Gruppen zu unterscheiden: diejenigen, die in der NS-Zeit ermordet wurden oder umkamen, und diejenigen, die überlebten und sich vielfach als Zeitzeugen zur Verfügung stellen, sei es mit ihren Ego-Dokumenten oder durch Besuche und der Bereitschaft zu Interviews. Sie sind aktive gestaltende Akteurinnen und Akteure der Überlieferungsgeschichte und prägen nachhaltig die Bilder der Opfer in den Gedenkstätten mit.

### 3.1. Bedeutung der Opferbiographien in der Gedenkstättenarbeit

Die Beschäftigung mit Opferbiographien in der Forschungs- und Vermittlungsarbeit hat nach wie vor eine große Bedeutung. Ziel dabei ist es, eine lebensweltlich orientierte Biographie, das heißt mit der Verfolgungszeit und der Vor- und Nachgeschichte, möglichst detailliert und differenziert zu rekonstruieren. Dieser aktuelle personale Ansatz möchte – trotz früherer Heroisierungen – den Verfolgten die Menschenwürde zurückgeben und ihnen Respekt zollen. Der Sinn der detaillierten Aufarbeitung ist unter anderem, das Unrecht und die Gewalt im Nationalsozialismus zu veranschaulichen oder wie es der Hechinger Vertreter auf den Punkt brachte: „Durch die Opferbiographien bekommt die Unrechtspolitik ein Gesicht.“

Heutzutage wird die *Multiperspektivität* beim Umgang mit den Opferbiographien betont. Dies beinhaltet auch die Darstellung der Widersprüche in solchen Biographien: So führt die Breite der Opfernarrative, aber auch die immer genauere und umfassendere Rekonstruktion von Opferbiographien zu einer enormen Erweiterung des Wissens über die Lebenssituationen der Betroffenen sowie die regionalen Vorgänge der Verfolgung. In der Bildungsarbeit sind die Opfer als handelnde Subjekte, die ihre Spielräume zu nutzen versuchten, nuancenreich präsent. Dies ist für junge Menschen besonders interessant. Im Gegensatz zum Umgang mit Opferbiographien früher werden nun auch Widersprüche, Brüche und negative Aspekte herausgearbeitet. Nach übereinstimmendem Urteil der Befragten ermöglicht die Auseinandersetzung mit den Biographien Empathie mit den Opfern. Sie veranschaulicht zudem die Verbrechen und das Verhalten der Verfolgten. Die NS-Verbrechen lassen sich jedoch leichter an Biographien von Opfern als von Tätern vermitteln, so die Erfahrung aus Hailfingen-Tailfingen. Allerdings warnen andere

Stimmen zurecht vor dem Wahrheitsgehalt der Aussagen der Zeitzeugen, denn diese sind ohne Berücksichtigung schriftlicher Dokumente allein noch keine wissenschaftlichen Quellen. Sie bedürfen vielmehr der Quellenkritik.

Ein interessantes Beispiel ist die von mir untersuchte Opferbiographie von Otto Koch aus Tübingen.<sup>6</sup> Die Geschichtswerkstatt hatte den Auftrag, die Rolle der 1933 entlassenen Gemeinderäte und ihre möglichen Verstrickungen in den Nationalsozialismus anhand der verfügbaren Quellen zu untersuchen. Koch war bis 1933 die wichtigste Führungspersonlichkeit in der Arbeiterbewegung in Tübingen während der Weimarer Republik: SPD-Ortsvereinsvorstand, SPD-Gemeinderat seit 1925 und Fraktionsvorsitzender sowie Vorsitzender der Tübinger Gewerkschaften. Er musste am 31. März 1933 aus dem Gemeinderat ausscheiden. Koch war in der Republik ein entschiedener Gegner der Nationalsozialisten und der national-völkischen Bewegung. Maßgeblich setzte



Stadtarchiv Tübingen.

Otto Koch (1883–1944) und seine Frau Luise, geb. Waiblen, mit ihrem Sohn Fritz, geb. 1908, in der Zeit des Ersten Weltkriegs, ca. 1915.

sich der Gewerkschaftsführer bei der Auseinandersetzung um den Auftritt des jüdischen Pazifisten und Mathematikers Emil Julius Gumbel in Tübingen im Juli 1925 dafür ein, dass die Veranstaltung mit Gumbel unter der Schirmherrschaft der Gewerkschaft beginnen konnte. Der Konflikt um den Auftritt Gumbels und um die Republik endete in der „Lustnauer Schlacht“, in der zahlreiche völkische Studenten eine gewaltsame Auseinandersetzung mit der Arbeiterschaft provozierten. Auch kämpfte der gute Redner bei vielen Gelegenheiten gegen die Nationalsozialisten. Nach dem Rücktritt von allem Ämtern 1933 geriet Koch sofort ins Visier der einsetzenden NS-Verfolgung. Er wurde von der SA zuhause abgeholt, mit Stöcken geschlagen und um den Tübinger Marktplatzbrunnen herumgetrieben. Er musste sich danach jede Woche auf dem Rathaus melden und wurde gezwungen, mit „Heil Hitler“ geradezustehen. Zur weiteren Einschüchterung wurde er 1933 bei der Allgemeinen Ortskrankenkasse entlassen und etwa ein Jahr später als zurückgestufter einfacher Sekretär wieder eingestellt. 1937 beantragte Otto Koch seine Mitgliedschaft in die NSDAP, wie ich im Bundesarchiv Berlin entdeckt habe. Seine Tochter kommentiert diesen Schritt so: „Er hatte einfach genug gehabt – er war nicht

kämpferisch genug, denn es waren nicht alle Helden.“ Die Enkelin erklärt den Parteibeitritt mit der Notlage des Verfolgungsdrucks, damit der Sohn weiter studieren konnte und die Familie nicht brotlos wurde. Die Parteimitgliedschaft wurde Koch durch jahrelangen Druck und Demütigungen aufgezwungen, ein Mittel, um exponierte politische Gegner zu brechen und propagandistische Zeichen zu setzen. Danach hatte Koch Ruhe. Die Rekonstruktion dieser Opferbiographie zeigt die sozialen und politischen Widersprüche sowie die menschliche Schwäche, die sich nicht für Helden- und Widerstandsgeschichten eignen.

Als der Gemeinderat 2013 auf der Basis der Studie der Geschichtswerkstatt sieben zwangsweise ausgeschiedenen Stadträten mit einer Tafel im Rathaussaal gedenken wollte und der Name Koch auftauchte, hatte die Fraktion der Linken Bedenken, weil der Sozialdemokrat nicht in das Bild des heroischen Helden passte. Ihre auch parteipolitisch

Geschichtswerkstatt Tübingen.



Familie Schäfer im Jahr 1929.

motiviert Forderung beim Namen Otto Koch als Parteibezeichnung neben der SPD auch die NSDAP zu setzen, wurde jedoch von der SPD und den anderen Fraktionen rundweg abgelehnt. Die differenzierte und sachliche Darstellung der gebrochenen Biographie von Otto Koch versuchten alle politischen Seiten des Tübinger Gemeinderats für ihre Zwecke zu instrumentalisieren.

Ein weiteres Beispiel ist die Biographie der 1921 geborenen Liselotte Schäfer, die in einer jüdischen Kaufmannsfamilie aufgewachsen war und 1937 nach Diskriminierung an der Tübinger Mädchenrealschule in der Jugend-Alija nach Palästina (heute Israel) fliehen konnte und am Aufbau eines Kibbuzes mitwirkte.<sup>7</sup> Ihr Vater Albert Schäfer führte gemeinsam mit Jakob Oppenheim das größte Textilgeschäft. Beide mussten nach der KZ-Haft infolge der Pogromnacht das Geschäft und das Gebäude weit unter Wert an den Parteimann Karl Haidt verkaufen. Liselotte Schäfers Vater starb 1941 an den Folgen der KZ-Haft und ihre Mutter wurde nach der Deportation ins Ghetto Riga 1942 von der SS erschossen. Durch intensive Gespräche mit Liselotte Schäfer, die sich nach der Einbürgerung Michal Wager nannte, gelang es der Geschichtswerkstatt, die Verfolgungsgeschichte der Familie einschließlich der Rolle des nichtjüdischen Firmen-

übernehmers durch ihre Aussagen und Dokumente minutiös zu rekonstruieren. Als sie als Zeitzeugin in ihrer früheren Schule in Tübingen darüber berichtete, kam es zu einer Begegnung mit der Enkelin des Parteimanns Karl Haidt. Die Schülerin wusste nichts über die Zwangsübernahme des Geschäfts durch ihren Großvater und war sichtlich betroffen. Ein persönliches Gespräch mit Frau Wager half der Enkelin, die Vorgänge besser zu verstehen und die Perspektive der jüdischen Opfer anzuerkennen.

### 3.2. Vorgehen bei der Rekonstruktion der Opferbiografien

Für die Rekonstruktion von Opferbiographien gibt es eine Bandbreite von methodischen Herangehensweisen. Dazu zählen die Offenheit in der biographischen Forschung ohne teleologische Scheuklappen, der Zugriff auf verschiedenartige Quellen, die Recherche von detaillierten biographischen Fakten und die wissenschaftliche Skepsis gegenüber den konstruierten Erinnerungen der Zeitzeugen. Diese umfassende Herangehensweise ist in mehreren Gedenkstätten die Forschungspraxis. Während die Horber Gedenkstätte z.B. auch auf die sehr genaue und sorgfältige Rekonstruktion von Biographien jüdischer Ermordeter setzt, arbeiten andere vorwiegend mit überlebenden Zeitzeugen, die das historische Wissen über die Erinnerung generieren – die Erinnerung an die Opferperspektive, an die Verfolgungsmechanismen und an beteiligte Akteure sowie an den Umgang nach 1945. Die Subjektivität der Zeitzeugenschaft ist als Basis für die Multiperspektivität verschiedener Sichtweisen anerkannt. Die subjektive Wahrheit der Betroffenen ist in Bezug mit objektiven Faktoren zu setzen und es helfe stets die einfache Frage: „Kann es so sein, wie hier berichtet wird?“ Wichtig bei den biographischen Zugängen sind Sachlichkeit, Plausibilitätsprüfung, wissenschaftliche Nachweise sowie Berücksichtigung vieler und auch unterschiedlicher Quellen. So ist und bleibt die Erforschung von Opferbiographien ein nie abgeschlossener Prozess, weil immer neue Fakten und Erkenntnisse gesammelt werden. Und auch die Vermittlungsarbeit muss immer wieder neue Aspekte einbeziehen.

### 3.3. Wandel der Opferbilder in den Gedenkstätten

Die meisten Akteure, vor allem an Gedenkstätten, sehen seit den 1980er und 1990er Jahren einen eindeutigen Wandel der Opferbilder. Früher, so der Vertreter der KZ-Gedenkstätte Eckerwald, waren die Opfer „Heilige“, alles was sie sagten, sei eine Information aus erster Hand und deshalb „wahr“ gewesen. Eine starke Empathie für die ermordeten, geflohenen oder überlebenden Opfer führte zuweilen zu einer unreflektierten Überidentifikation und zu einem Schwarz-Weiß-Denken, das heißt: wir stehen auf der Opferseite und diejenigen, die gegen ein Erinnern und Gedenken oder auch desinteressiert sind, sind die Vertreter der Täter und ihre Sympathisanten, die einen Schlussstrich anstreben. Hier wird bei manchen damaligen Aktivisten auch die Entlastungsfunktion in der Einnahme der Opferperspektive deutlich, weil man sich zugleich nicht mit der eigenen nationalsozialistisch belasteten Familienbiographie beschäftigen musste und letztlich auf der richtigen Seite stand. Andererseits war in diesen Jahren eine deutliche Empathie und

Bewusstmachung der NS-Opfer durch ein geschöntes Bild, das keine Zwischentöne zuließ, vielfach schon deshalb notwendig, um in der Öffentlichkeit und von der Politik wahrgenommen und als Gedenkort anerkannt zu werden. Man war empört über das weitverbreitete Wegschauen an den früheren Orten der KZ-Außenlager und den vernichteten Stätten jüdischen Lebens. Diese zeitbedingte Emotionalisierung und Leidenschaft im Opferdiskurs ist inzwischen einer allgemein verbreiteten Haltung gewichen, die NS-Opfer nüchtern als Akteure mit unterschiedlichen Handlungsspielräumen und einem bestimmten Stellenwert als biographische Dokumentaristen im Gesamtkontext der Gedenkstätte betrachtet. Das geschlossene Opfernarrativ hat sich zugunsten einer multiperspektivischen Sicht aufgelöst. Hinzugekommen sind in den letzten dreißig Jahren auch andere Opfer wie Homo-

Stadtarchiv Tübingen.



Arnold Marque, Sohn des letzten Kantors an der Tübinger Synagoge, bei seiner Ansprache im Tübinger Rathaus im Jahr 1981.

sexuelle, Sintis, zwangssterilisierte Menschen, sogenannte Asoziale, Deserteure, Zwangsarbeiter und Kriegsgefangene. Dies hat zu einer deutlichen Ausweitung der verschiedenartigen Sichtweisen auf verfolgte Menschen geführt.

Dieser ausdifferenzierte Prozess der Gedenkstättenakteure, der von sachlicher und detaillierter Biographieforschung sowie von Anerkennung der Subjektivität und ihrer Grenzen, weniger von moralischer Bewertung von Opferbildern gekennzeichnet ist, wurde von zwei weiteren Vorgängen begleitet:

Auch viele Überlebende legten sich bei ihren Besuchen in Deutschland eine andere Rolle zu: War in früheren Jahrzehnten oft viel Unsicherheit, große Vorsicht und Distanz zu spüren, ist dieses Auftreten der Überlebenden in den letzten zwanzig Jahren einer Bereitschaft zur Aufklärung über die erlebte Verfolgung und die eigene Geschichte in den Einwanderungsländern sowie zur Auseinandersetzung mit der Erinnerungs- und Gedenkkultur in Deutschland gewichen. In meinem Arbeitsfeld hat der inzwischen verstorbene frühere Sprecher der Tübinger Juden Arnold Marque, dessen Eltern in der Shoah ermordet wurden, diesen Wandel in einem Interview deutlich formuliert: „1981 kam ich als Ankläger, beim zweiten Besuch als Zeitzeuge“.<sup>8</sup>

Als weiterer Faktor des Wandels der Opferbilder in Gedenkstätten ist die Hinwendung der Forschung und der Öffentlichkeit zur Beschäftigung mit den zahlreichen NS-Akteuren seit den 1990er Jahren zu sehen. Die vielfältigen Forschungsarbeiten zu Täterbiographien bringen umfassendes

und vielschichtiges Wissen über den Nationalsozialismus und seine Funktionsweise ans Licht. Die Biographien geben Auskunft über die Handlungen und Motive der Täter, über die massenhafte Beteiligung der deutschen „Volksgemeinschaft“ und den arbeitsteiligen Mitwirkungsprozess vieler Akteure an der Exklusion der Juden und anderer Opfergruppen. Alle Befragten aus den sieben Gedenkstätten sind sich einig, dass sich die Multiperspektivität nicht auf die Opfer beschränken darf, sondern die Einbeziehung von Biographien von Tätern und anderer NS-Akteure in der Forschungs- und Bildungsarbeit eine zentrale Bedeutung hat. Dies gilt auch für das Verhalten der Bevölkerung in Orten mit einstigen jüdischen Gemeinden und mit KZ-Außenlagern.

### 3.4. Heutige Bilder über die NS-Opfer und ihre Funktionen in Gedenkstätten

Der multiperspektivische Ansatz in der Erforschung und Vermittlung der Opferbiographien lässt ganz unterschiedliche, sehr differenzierte und zum Teil ambivalente Bilder von verfolgten Menschen und ihrer Geschichte entstehen. Brüche und Widersprüche können erkannt werden, Vorteilhaftes und Nachteiliges wird sichtbar. Dies wird an allen Gedenkstätten als Gewinn angesehen, weil es den Besuchenden unterschiedliche Interpretationsmöglichkeiten eröffnet und gängige Opfernarrative verstört und hinterfragt. Die Herausforderungen an die Opferbilder wachsen und ihre kognitiven und emotionalen Potenziale können wissenserweiternd und in der Bildungs- und Vermittlungsarbeit durch Diskussionen und Debatten fruchtbarer eingesetzt werden. Die Darstellung der Opferbilder soll in Führungen, beispielsweise in Haigerloch, zwar immer noch erschüttern, aber nie moralisierend und überwältigend sein, sondern zu einem tieferen Verständnis von Verfolgung und Reaktionen beitragen. Die überlebenden KZ-Opfer (jedoch nicht die Toten!) sind ein Vorbild für das Durchhalten und Durchstehen im Lageralltag. Ihre Willenskraft und Überlebenskunst nötigen den Mitarbeitern immer noch Bewunderung und Respekt ab. Dazu gehört zwangsläufig auch die Wahrnehmung und Präsentation, in welchem moralischen Dilemma Häftlinge im Überlebenskampf steckten. Sie benutzten Tricks und Täuschungen, schlugen andere Häftlinge, stahlen auch einmal das Brot des Nachbarn, wie der Vertreter aus Bisingen sagt. Heute bedeuten diese Erkenntnisse, dass Opfer nicht per se gut sind, sondern den Opferstatus durch die NS-Verfolgung erhielten. In einer Opferbiographie spiegeln sich alle menschlichen Seiten, sowohl Stärken als auch Schwächen, wieder. Die Opfer werden als handelnde Subjekte in ihrer Ganzheit dargestellt. Nur dadurch wird man ihnen auch gerecht. Hinzu kommen marginalisierte Opfer wie Zwangssterilisierte, „Asoziale“ sowie Sinti und Roma, die lange am Rand der Gesellschaft existierten. Sie werden heute kaum zu Sympathieträgern in der öffentlichen Wahrnehmung, dennoch ist es wichtig, durch die Forschungs- und Vermittlungsarbeit den Unrechtscharakter anzuerkennen, wie beispielsweise der Tübinger Vertreter betont.

Die früheren und heutigen Opferbilder haben in den Gedenkstätten immer auch ikonographische Funktion, um die NS-Verbrechen durch Fotos, Hörstationen und audiovisuelle Medien, Geschichten und Auftritte von Zeitzeugen zu ver-

anschaulichen. Dabei produzieren Zeitzeugen immer auch Bilder über sich als Opfer, und auch diese Vorstellungen gilt es mit zu reflektieren. Die ikonographische Funktion der Opfer wird auch zukünftig eine Rolle spielen, u.a. deshalb, weil Opfernarrative zur Verdeutlichung des Leides, der Diskriminierungen, der Verbrechen sich besser eignen, als abstrakte Zahlen oder Biographien von Tätern und anderen NS-Akteuren. Die Opferbiographien werden in der Aufklärung über den Nationalsozialismus und für die Herausbildung des historischen Bewusstseins neben den authentischen bzw. historischen Orten weiterhin eine zentrale Funktion übernehmen. Die Beschäftigung mit den Tätern und anderen NS-Akteuren hat mittlerweile auch Eingang in die Gedenkstätten für NS-Opfer gefunden, um die erschreckende Normalität des Nationalsozialismus und seiner Funktionsweisen durch Handlungsanalysen besser zu verstehen und zu veranschaulichen. Die verschiedenen Dimensionen des Erinnerns an die Opfer, die Erforschung der Lebenssituation und der biographischen Daten der Ermordeten oder Überlebenden sowie die Rekonstruktion von Biographien von NS-Akteuren und einer handelnden Bevölkerung im Rahmen der „Volksgemeinschaft“ sind heute zentrale Beiträge zum multiperspektivischen Arbeitsverständnis in den Gedenkstätten.

#### 4. Die Rolle der NS-Opfer in der Demokratie- und Menschenrechtsbildung

Die Biographien und Bilder der NS-Opfer zeigen auf, welche Konsequenzen die Zerstörung der allgemeinen Menschenrechte und Freiheiten in der NS-Diktatur hatte und was die Folgen der Beseitigung der Demokratie, ihrer Werte und Institutionen waren. Die Gedenkstätten haben die zentrale Aufgabe, ihren Besucherinnen und Besuchern aller Altersgruppen diese Botschaft möglichst anschaulich zu bezeugen. Opferbiographien, die zur Empathie und zum Nachdenken

anregen sollen, sind nach der Forschung das geeignete Medium in der Vermittlung. „Durch die Opferbiographien bekommt die Unrechtspolitik ein Gesicht“ wie es ein Gedenkstättenvorstand betonte. Wenn es in den Gedenkstätten gelingt, die NS-Verbrechen im historischen Bewusstsein zu halten und damit zugleich ein Bewusstsein für Recht und Unrecht zu fördern, kann dies auch die Auseinandersetzung mit aktuellen Menschenrechtsverletzungen und Gefahren für die Demokratie anregen.<sup>9</sup> Veranstaltungen und Wechselausstellungen zu aktuellen Themen in Gedenkstätten und Gespräche mit interessierten Besucherinnen und Besuchern über aktuelle politische Fragen können Impulse für das politische Lernen evozieren. Die Gedenkstätten sind jedoch nur begrenzt Lernorte für Demokratie und Menschenrechte, diese großen Herausforderungen sind zentrale politische und gesamtgesellschaftliche Aufgaben in Politik, Medien, Familie, Schule und Arbeitswelt, die nicht hauptsächlich an Gedenkstätten delegiert werden können und dürfen.

*Dr. Martin Ulmer, geb. 1960, hat u.a. an der Universität Tübingen Empirische Kulturwissenschaft und Neuere Geschichte studiert. Dissertation über „Antisemitismus im öffentlichen Diskurs und Alltag in Stuttgart 1871–1933“. Seit 2012 ist er hauptamtlicher Geschäftsführer des Gedenkstättenverbands Gäu-Neckar-Alb e.V. Martin Ulmer ist Gründungs- und Vorstandsmitglied der Geschichtswerkstatt Tübingen und des Tübinger Vereins Lern- und Dokumentationszentrum zum Nationalsozialismus. Er ist Mitglied des Sprecherrats der Landesarbeitsgemeinschaft der Gedenkstätten in Baden-Württemberg und im landesweiten AK „Jugendarbeit“ der LAGG tätig. Nebenberuflich forscht Martin Ulmer für Yad Vashem Archive in Jerusalem und ist Lehrbeauftragter am Ludwig-Uhland-Institut für Empirische Kulturwissenschaft der Universität Tübingen. Dort leitet er auch die Arbeitsgemeinschaft „Jüdische Studien“. Veröffentlichungen, Vorträge und Seminare zur deutsch-jüdischen Geschichte, zum Antisemitismus, zum Nationalsozialismus sowie zur Erinnerungskultur.*

1 Einige wenige Beispiele: [www.bundesarchiv.de/Gedenkbuch](http://www.bundesarchiv.de/Gedenkbuch); [www.stiftung-evz.de](http://www.stiftung-evz.de); [www.yadvashem.org](http://www.yadvashem.org) (alle Webseiten aufgerufen am 14.07.2018); Der Duden definiert NS-Opfer: „Jemand der durch das nationalsozialistische Regime Schaden erlitten hat oder umgekommen ist“. In: [www.duden.de/ns-opfer](http://www.duden.de/ns-opfer), (aufgerufen am 16.07.2018) Die Bezeichnung „umgekommen“ bei Mord und Todesfolge ist problematisch, weil der Gewalt- und Verfolgungscharakter damit verschleiert werden kann.

2 Svenja Goltermann: Opfer. Die Wahrnehmung von Krieg und Gewalt in der Moderne. Frankfurt a.M., S. 236 ff.

3 Peter Reichel: Vergangenheitsbewältigung in Deutschland. Die Auseinandersetzung mit der NS-Diktatur von 1945 bis heute. München 2001, S. 73 ff.

4 Hier sind stellvertretend genannt: Ernst Klee: Euthanasie im NS-Staat. Die Vernichtung lebensunwerten Leben. Frankfurt a.M. 1983; Burkhard Jellonnek: Homosexuelle unter dem Hakenkreuz. Die Verfolgung der Homosexuellen im Dritten Reich. Paderborn 1990; Wolfgang Ayaß: „Asoziale“ im Nationalsozialismus. Stuttgart 1999; Michael Zimmermann: Rassenutopie und Genozid. Die nationalsozialistische „Lösung der Zigeunerfrage“. Hamburg 1996. Einen regionalen Überblick über die Phasen der Erforschung und Thematisierung verschiedener Opfergruppen bietet Susanne Wein: Alles erforscht? Nationalsozialismus in Württemberg und Hohenzollern. Literaturbericht und Bibliographie. Stuttgart 2013.

5 Die Fragen lauteten: 1. Welche Bedeutung und Funktion haben die Rekonstruktion von Opferbiografien für die Arbeit der Gedenkstätte? 2. Was ist dabei zu beachten? 3. Welche Opferbilder entstehen? 4. Gibt es einen Wandel von Opferbiografien? Diese Fragen wurden von den Vertretern und Vertreterinnen der genannten sieben Gedenkstätten schriftlich oder telefonisch beantwortet.

6 Geschichtswerkstatt Tübingen (Hrsg.): Zerstörte Demokratie. Zwangsweise ausgeschiedene Tübinger Stadträte 1933. Eine Dokumentation. Tübingen 2013. S. 41 ff. Die weiteren Informationen zu Otto Koch hieraus.

7 Film: Wege der Tübinger Juden. Eine Spurensuche. Herausgegeben von der Geschichtswerkstatt Tübingen e.V. Tübingen 2014. Die weiteren Informationen hieraus.

8 Geschichtswerkstatt Tübingen (Hrsg.): Zerstörte Hoffnungen. Wege der Tübinger Juden. Stuttgart 1995, S. 342.

9 Oliver von Wrochem: Menschenrechtsbildung an Gedenkstätten, die an nationalsozialistische Verbrechen erinnern. In: Gedenkstättenpädagogik. Kontext, Theorie und Praxis der Bildungsarbeit zu NS-Verbrechen. Herausgegeben von Elke Gryglewski, Verena Haug, Gottfried Kößler, Thomas Lutz und Christa Schikorra im Auftrag der AG Gedenkstättenpädagogik. Berlin 2015, S. 277–289.

## Täterbilder und Täterbiographien. Am Beispiel der Gedenkstätte Grafeneck für die Opfer der NS-„Euthanasie“

„Gesplante Erinnerung?“ – der Tagungstitel mit Fragezeichen verweist auf die Beobachtung einer zunehmend in Lager formierten Erinnerungslandschaft mit Gedenkstätten für die Opfer der NS-Diktatur einerseits und Erinnerungsstätten für die Demokratiegeschichte andererseits: Nahezu monothematisch wird dieser Betrachtung zufolge entweder die Geschichte der NS-Diktatur oder aber der lange Weg zu Freiheit und Demokratie thematisiert. Die Hypothese der *gesplante Erinnerung* ließe sich um die Frage erweitern, ob und gegebenenfalls auf welche Weise an den Orten der Diktaturgeschichte an Demokratie erinnert wird und umgekehrt.

Es ist vermutlich ein Faktum, dass diese Wechselbeziehung von Demokratie und Diktatur an den allermeisten Erinnerungsorten nur ungenügend oder schlicht gar nicht thematisiert wird. Die Gedenkstätte Grafeneck und ihr Dokumentationszentrum machen hier keine Ausnahme – und dies, obwohl die vor 15 Jahren entworfene Dauerausstellung den damals wie heute überzeugenden doppelten Ansatz von Geschichte und Erinnerung verfolgt.<sup>1</sup> Es gilt kritisch anzumerken, dass die demokratische Vor- und Nachgeschichte des Nationalsozialismus kaum stattfindet. Auch die wechselseitige Bedingtheit von Demokratie und Erinnerung wird in der Ausstellung kaum thematisiert.

Anstoß zur Tagung gab freilich auch eine Zäsur, die mit der Aufkündigung des erinnerungspolitischen Konsenses, Ergebnis eines jahrzehntelangen Prozesses der Auseinandersetzung hauptsächlich zivilgesellschaftlicher Akteure mit den NS-Verbrechen, beschrieben werden kann. Der Konsens wird auf politischer Ebene aufgekündigt, seitens neu entstandener Parteien wie der AfD. Der Konsens wird aber auch im Diskurs über ein schon länger anhaltendes *Unbehagen an der Erinnerungskultur* in Frage gestellt: Theoretiker der Erinnerungskultur sprechen in ihrer Fundamentalkritik der Erinnerungskultur von Pseudopsychologisierung, von Opferzentrierung und sogar von Opferkult.<sup>2</sup>

Diesen Aspekten soll nachgegangen werden – am Beispiel eines Orts, der für zehntausendfachen Mord steht. Wie steht es an der Gedenkstätte Grafeneck um die These einer einseitigen Opferzentrierung? Welche Rolle spielen die Täter in der Dauerausstellung des Dokumentationszentrums?

### „Grafeneck 1940“ – Historische und erinnerungspolitische Dimensionen

In *allgemeinhistorischer Perspektive* steht Grafeneck für eines der staatlichen arbeitsteiligen Großverbrechen des Nationalsozialismus und am Beginn der industriellen Er-

mordung von Menschen im NS-Staat. 1940 wurden in einer der ersten Gaskammern des NS-Staates 10.654 Menschen – Kinder, Frauen und Männer – ermordet. Sechs Wochen nach dem Beginn des Zweiten Weltkriegs erfolgte am 14. Oktober 1939 die Inanspruchnahme Grafenecks für Zwecke des Reichs und die Umwandlung Grafenecks von einer Pflegeeinrichtung in eine Menschenvernichtungsanstalt.

In *nationalgeschichtlicher Perspektive* steht Grafeneck 1940 für Auftakt und Beginn der „Aktion T4“, der zentralen Phase der NS-„Euthanasie“-Morde in Deutschland. Grafeneck, von den Tätern als Anstalt A bezeichnet, war das erste von sechs Vernichtungszentren. Es folgten nach gleichem Muster noch im Jahr 1940 Brandenburg an der Havel, Hartheim bei Linz, Sonnenstein/Pirna, Bernburg an der Saale und 1941, nach der Schließung Grafenecks, Hadamar bei Limburg an der Lahn. Grafeneck ist somit Modell und zugleich Teil der industriellen Ermordung von Menschen im Nationalsozialismus. Bis August 1941 fielen dem Verbrechen reichsweit über 70.000 als lebensunwertes Leben bezeichnete Psychatriepatienten und Anstaltsbewohner zum Opfer. Immer deutlicher wird, dass der NS-Staat auch als biopolitische Diktatur interpretiert werden kann. Zunehmend betrachten Historiker die NS-„Euthanasie“-Verbrechen als eigenständigen Genozid oder als Teil des Holocaust, der sowohl die „Euthanasie“-Verbrechen als auch die Ermordung der europäischen Juden und von Sinti und Roma umfasst. Unabhängig davon, welcher Interpretation wir folgen, ist heute offensichtlich, dass die NS-„Euthanasie“-Verbrechen in einer engen Beziehung zu Holocaust und Shoah, zur Ermordung der deutschen und europäischen Juden stehen. Offensichtlich ist auch die gezielte Übernahme von Personal und Technologie zur Jahreswende 1941/42, als der Mord an den sowjetischen Juden mittels Massenerschießungen durch Einsatzgruppen und Polizeieinheiten ins Stocken geraten war. Ziel des Transfers war, die Teilnehmer der Erschießungskommandos zu entlasten und gleichzeitig die Effizienz der Morde zu steigern. Die Mordanstalten der Aktion T4 waren Vorbild für die Vernichtungslager der Shoah. Zugleich stellte der Mord an psychisch kranken und behinderten Menschen keinen Probe- oder Testlauf für die Shoah dar, sondern einen eigenständigen Vernichtungsprozess, auf den ein zweiter folgte. Dass dieser mit den Erfahrungen des ersten – Mittel, Personal und Technik – durchgeführt wurde, ist ebenso unstrittig.

In *südwestdeutscher Perspektive* stellt der Komplex Grafeneck 1940 ebenfalls einen singulären historischen Sachverhalt dar. Der Südwesten des Reichs wird mit Grafeneck zum Ausgangspunkt der nationalsozialistischen „Euthanasie“-Verbrechen. Die Vernichtungsstätte in Württemberg entsteht im organisatorischen Zusammenwirken von Akteuren auf Reichs- und auf Landesebene. Das würt-

tembergische Innenministerium leistete einen für den Gesamtkomplex des arbeitsteiligen staatlichen Großverbrechens unverzichtbaren Beitrag bei der Auswahl des Standortes Grafeneck (1), bei den Erlassen an die Heil- und Pflegeanstalten zur Deportation ihrer Patienten und Bewohner in die Vernichtung (2) als auch bei der Selektion der Opfer selbst (3). Neben der württembergischen Innenverwaltung hatten auch die Ministerien des Innern in Karlsruhe (Baden) und München (Bayern) maßgeblichen Anteil an den Verbrechen.

## **Opfer und Täter: Die Erinnerung an die „Euthanasie“-Verbrechen**

**Die Opfer.** Die Wahrnehmung, Thematisierung und Erinnerung an die „Euthanasie“-Verbrechen und ihre Opfer spielte im nationalen Diskurs der Nachkriegszeit so gut wie keine Rolle. Viele Jahrzehnte wurden die weit über 150.000 Ermordeten und ihre Angehörigen nicht als Opfer nationalsozialistischen Unrechts anerkannt. Seit den 1990er Jahren rückt dieses Kapitel deutscher Geschichte sukzessive ins Blickfeld der Öffentlichkeit. Eine Anerkennung und finanzielle Entschädigung erfolgte allerdings erst in den letzten Jahren, zur Errichtung eines zentralen nationalen Denkmals kam es in Berlin 2014. Wesentlich früher manifestierte sich die Erinnerung in Grafeneck. Fünfzig Jahre nach den „Euthanasie“-Morden wurde im Jahr 1990 eine Gedenkstätte errichtet. Der Leitgedanke bei der Errichtung der Gedenkstätte zwei Generationen nach den Verbrechen lautete: Die Erinnerung an die 10.654 Opfer braucht einen Ort. Hierfür entstand ein sakraler Gedenkort in Form einer Kapelle. Das Namensbuch, das dort seit 1998 ausliegt, ist zu einem Teil der Gedenkstätte geworden. Die Namen der Opfer sind ausgeschrieben und mit Vor- und Nachnamen vermerkt. Heute sind 9.800 Namen bekannt. In den vergangenen Jahren ist nicht nur das Wissen über die Opfer, sondern auch das Interesse an ihrem Schicksal stetig angewachsen. Es entstanden Lebensbilder, biographische Skizzen und ganze Biographien. Vorangetrieben wurde diese Entwicklung von den Angehörigen, aber zunehmend nehmen sich auch die akademische Forschung, staatliche und kommunale Archive, Kliniken und Behinderteneinrichtungen beziehungsweise deren Träger, Geschichts- und Heimatvereine sowie Stolpersteininitiativen der Thematik an. So kann und muss natürlich an einer Gedenkstätte, die am historischen Tatort an 10.654 Menschen erinnert, die Rede von einer Opferzentrierung sein. Mit einem Opferkult hat die beschriebene Realität jedoch wenig oder gar nichts zu tun. Vielmehr besteht bis heute geradezu ein Nachholbedarf in der Erarbeitung aussagefähiger und in einer historischen Ausstellung darstellungsfähiger Einzel- und Kollektivbiographien. In der Dauerausstellung des Dokumentationszentrums tauchen die Opfer lediglich summarisch, beinahe schemenhaft und lediglich an einem Beispiel auf. Es handelt sich hierbei um die äußerst kurze Beschreibung des Schicksals eines männlichen Patienten der Heil- und Pflegeanstalt Christophsbad in Göppingen, der 1940 zuerst in die Heilanstalt Weissenau zwischenverlegt und schließlich im November 1940 in Grafeneck ermordet wurde.

**Die Täter.** Der Gedenkstätte als Ort der Erinnerung folgte 2005 das Dokumentations- und Informationszentrum – mit Bibliothek, Archiv, Arbeitsräumen, Büro sowie einer Dauerausstellung. Leitgedanke bei der Errichtung war, dass nicht nur die Erinnerung ihren Ort benötigt, sondern auch Dokumentation und Information. Die Ausstellung trägt den Titel „Grafeneck 1940. Euthanasie-Verbrechen im deutschen Südwesten – Geschichte und Erinnerung“. In der Ausstellungskonzeption nehmen die Täter einen sehr großen Raum und damit auch Stellenwert in der Darstellung ein. Man könnte die Hypothese der Opferzentrierung gar umkehren und der Ausstellungskonzeption eine Täterzentrierung attestieren. Jedoch wird ebenfalls klar, dass eine Reduktion des Verbrechens lediglich auf Täter und deren Darstellung in der Ausstellung – also auf Täterbilder – zu kurz greift.

**Täterklischees – Täterbilder – Täterforschung.** An dieser Stelle soll und kann nicht die Vielfalt der Täterklischees und Täterstereotype, wie sie nach 1945 vorherrschten, nachgezeichnet werden. Sie entsprachen mit wenigen Ausnahmen den gesellschaftlichen Projektionen, die einer Exkulpation der deutschen Gesellschaft das Wort redeten. Noch 1985, als in Grafeneck eine Bronzetafel mit einem ersten zusammenhängenden Text angebracht wurde, ist auf dieser die Rede von „Hitlers Euthanasie-Programm“. Ohne den namentlich nicht bekannten Autoren Unrecht tun zu wollen, entspricht diese Formulierung vier Jahrzehnte nach Krieg und NS-Herrschaft noch weitgehend der Vorstellung eines dämonischen Einzeltäters namens Adolf Hitler. Verwandt hiermit sind die Vorstellungen einer regelrechten perfiden und kriminellen Täterclique, zu der neben Hitler auch Goebbels, Göring, Himmler, Heydrich und andere gezählt wurden, die die deutschen Eliten und das deutsche Volk mit den Mitteln von Verführung und Gewalt in Krieg und Genozid geführt hätten. Vervollständigt wird dieses Täterbild durch die schaurige Vorstellung krimineller Institutionen und Organisationen wie SS/SD und GESTAPO, allesamt klar geschieden von der deutschen Gesellschaft und einem weiterhin funktionierenden deutschen Staat. Weitere Vorstellungen, die eher individualpsychologisch argumentierten, waren die Vorstellung der Täter und Täterinnen als menschliche oder zuweilen nicht mehr menschliche Bestien und Exzesstäter. Als ergänzende Bilder fungierten die Vorstellung von Tätern als reinen Befehlsempfängern, gefühllosen Schreibtischtätern oder aber überzeugten Weltanschauungstätern. Von einer wissenschaftlichen Täterforschung im engeren Sinne kann man erst seit den 1980er Jahren sprechen.

**Rückbindung der Täter-Individuen an Gesellschaft und situative Lage.** Auch hier begann es mit kontroversen Deutungen, die sich an den Werken von Daniel Jonah Goldhagen und Christopher Browning festmachen lassen. Beide kamen am Beispiel desselben Forschungsgegenstands, dem Reservepolizeibataillon 101 aus Hamburg, das durch Massenerschießungen im Osten am Holocaust mitgewirkt hatte, zu unterschiedlichen Bewertungen der Tätercharakterisierung und -motivation. Legte Goldhagen den Schwerpunkt auf die Täter als *Ordinary Germans*, also gewöhnliche Deutsche, waren es bei Browning gewöhnliche Männer: *Ordinary Men*. Die Motivation für ihr Tun verortet Goldhagen in den weltanschaulichen antisemitischen Vor-

stellungen und Weltbildern der Protagonisten, er spricht von eliminatorischem Antisemitismus. Dieser fand sich zur damaligen Zeit in der gesamten deutschen Gesellschaft und nicht nur in den jeweiligen Täterkollektiven, was die Mitglieder des Polizeibataillons im wahrsten Sinne des Wortes zu ganz normalen Deutschen machte. Browning betont stark die sozialpsychologisch-situativen Aspekte und argumentiert weit differenzierter und multikausal. Beiden gemein war die Vorstellung, dass es sich um gewöhnliche, also normale und durchschnittliche Menschen handelte und eben gerade nicht um eine besonders gewaltbereite oder ideologisierte Negativauslese der damaligen deutschen Gesellschaft. Der vielfach anzutreffende Hinweis auf die vermeintliche Normalität der Täter wirft weitere grundsätzliche Fragen nach dem zugrunde liegenden Normalitätsbegriff auf, aber auch danach, ob eine Täterforschung und -darstellung nicht besser im Rahmen einer breit angelegten Gesellschaftsgeschichte des Nationalsozialismus aufgehoben ist. Ein weiteres Grundproblem erwächst aus der Konjunktur des Begriffs *Tätergesellschaft* und der Frage, wie sich *Täter* und *Gesellschaft* analytisch sinnvoll voneinander abgrenzen lassen. Klar wird, dass weder eine inflationäre Ausweitung des Täterbegriffs und Gleichsetzung mit der deutschen Gesellschaft der NS-Zeit, noch weniger aber eine starre Trennung der Täter von der Gesellschaft überzeugen. Tätergeschichte und Gesellschaftsgeschichte verfügen letztendlich über eine gemeinsame Schnittmenge. Eine isolierte Tätergeschichte, so ein Fazit der modernen Täterforschung, stößt in monokausaler Zuspitzung schnell ins Leere. Lohnend scheint vor allem, sie mit strukturellen, gesellschafts- und milieugeschichtlichen und nicht zuletzt institutionellen Ansätzen zu kombinieren.

Reiches angeschrieben – ungefähr 500 Einrichtungen mit 350.000 Patienten und Heimbewohnern – sowie die potenziellen Opfer mit Hilfe von Fragebogen erfasst. Hierzu war die Beteiligung der Einrichtungen und Kliniken und ihrer ärztlichen Direktoren notwendig. Die Datenblätter/Meldebogen wurden an Gutachter und Obergutachter weitergeleitet, die die Opfer schließlich namentlich bestimmten und selektierten, das heißt der Vernichtung preisgaben.

**Länderebene.** Auf der mittleren Ebene, der Länderebene, waren die Innenministerien von den zuständigen Fachministern über Abteilungen bis hin zu den zuständigen Beamten für das Funktionieren der Vernichtung von entscheidender Bedeutung. Ihnen unterstanden in der Regel die diversen staatlichen, privaten und konfessionellen Heil- und Pflegeanstalten. Die Deportationen nach Grafeneck, Verlegungen genannt, wurden in der Folge allesamt von dem Württembergischen Innenministerium in Stuttgart und dem Badischen Innenministerium in Karlsruhe angeordnet.



Gedenkstätte Grafeneck – Dokumentationszentrum, Bildarchiv.

Württembergisches Innenministerium in Stuttgart in den 1930er Jahren.

## Das Täterbild in der Dauerausstellung

**Staatliches arbeitsteiliges Großverbrechen und arbeitsteilige Täterschaft.** Das Täterbild in der Ausstellung des Dokumentationszentrums der Gedenkstätte Grafeneck folgt einer zweifachen Prämisse. Hierzu zählt erstens die Beschreibung der „Euthanasie“-Morde von Grafeneck als staatliches, hochgradig bürokratisiertes und arbeitsteiliges Großverbrechen. Zur Planung, Vorbereitung und Durchführung war eine Vielzahl von staatlichen und parteiamtlichen Organen und Stellen notwendig. Dieses Vorgehen brachte eine arbeitsteilige Täterschaft mit sich oder machte eine solche geradezu notwendig!

**Reichsebene.** Auf der zentralen Ebene des Reichs waren die Zentraldienststelle in der Tiergartenstraße 4 in Berlin und das Reichsinnenministerium zuständig. Von hier aus wurden die Verbrechen koordiniert und die Opfer ausgewählt. Für die Durchführung der zentralen „Euthanasie“-Aktion T4, nach dem Krieg so genannt nach dem Standort in der Tiergartenstraße 4, waren der Begleitarzt Hitlers Dr. Karl Brandt sowie Reichsleiter Philipp Bouhler und Viktor Brack, beide aus der Kanzlei des Führers, vorgesehen. Von Berlin wurden die Heil- und Pflegeanstalten des deutschen

**Grafeneck.** In Grafeneck erwartete das Personal der Täter, das aus knapp einhundert Männern und Frauen bestand und im Schlossgebäude untergebracht war, die Opfer. Deren Ermordung fand im Regelfall am Tag ihrer Ankunft in Grafeneck statt. Die oben beschriebenen Prinzipien des arbeitsteiligen Großverbrechens und der arbeitsteiligen Täterschaft lassen sich auch auf Grafeneck als Vernichtungsstätte der „Euthanasie“ anwenden. Das Personal der Vernichtungsstätte bestand aus Ärzten, Polizeibeamten, Pflegekräften, Verwaltungsmitarbeitern und Schreibpersonal, Wachmannschaften und Leichenverbrennern, Busfahrern sowie Männern und Frauen, die in der Küche, der Wäscherei und der Landwirtschaft eingesetzt waren. Der Tötungsvorgang, das Einlassen des Gases, war den ärztlichen Spitzen von Grafeneck vorbehalten: Dr. Horst Schumann, Dr. Ernst Baumhardt und Dr. Günther Hennecke.

**Täterhandeln.** Die Täter handelten durchweg nicht isoliert, sondern waren in arbeitsteilig ausgerichtete Netzwerke von Täter-Kollektiven eingebunden. Auch lange Zeit gehegte Annahmen über die Ingangsetzung des Verbrechens sind durch die neuere Forschung grundlegend revidiert worden. Bis in die 1980er-Jahre überwog die Vorstellung

eines primär von oben und durch einen zentralen Führerbefehl gesteuerten Prozesses. Demgegenüber zeigte die neuere Forschung, wie sich das Mordgeschehen in einem Wechselspiel zwischen Zentrale und Peripherie radikalisierte. Letztere preschte oft mit eigenständigen Initiativen vor und legte Handlungsspielräume weit aus, wenngleich die Gewaltdynamik ohne Ermunterung von oben oder Teilentscheidungen auf oberster Ebene nicht in ähnlicher Weise eskaliert wäre. Ohne Hitler keine NS-„Euthanasie“ – dieses Diktum ist mit großer Wahrscheinlichkeit weiterhin gültig, ist aber nicht im Sinne einer Steuerung des Mordgeschehens durch Hitler selbst zu verstehen. Der 1939 begonnene Krieg verschaffte den Tätern ungeahnte Handlungsmöglichkeiten und ermöglichte eine davor noch undenkbare Eskalation von Gewalt und Vernichtung. Erst der Krieg schuf Begründungszusammenhänge, radikalisierte Feindbilder, strukturierte Zugehörigkeiten und bot einen spezifischen Referenzrahmen des Verhaltens. Er konfrontierte die Akteure auf allen Ebenen mit Rollenerwartungen, denen sich die Mehrheit relativ reibungslos anpasste.

### **Erweiterung des Begriffsfelds Täter bzw. Täterbilder.**

Handlungsleitend für die Darstellung der Täter in der Dauerausstellung war die Überlegung, diese in den Kontext des Verbrechens zu stellen. Täter und Täterbilder stehen somit in einem interdependenten Zusammenhang zum oben geschilderten Charakter des Verbrechens. Aus diesem Grund ist über die Frage nach Tätern und Täterbildern hinaus das Begriffsfeld zu erweitern. Für welche Tat stehen die Täter, wie stehen verschiedene Tatkomplexe, hier ganz konkret Euthanasie und Holocaust, zueinander, welche Täterorte werden benannt, welche Täteredokumente werden gezeigt und nicht zuletzt welche der Täter tauchen im Bild auf?

**Exposition.** Bereits auf der ersten Tafel der Ausstellung werden diese Fragen aufgegriffen und zueinander in Beziehung gesetzt. Gleichzeitig werden historische Fakten durch Interpretationen ergänzt und der Zusammenhang mit der Ermordung der europäischen und deutschen Juden hergestellt. Die Tatorte Schloss Grafeneck auf der Schwäbischen Alb 1930 und Auschwitz II – Birkenau werden in Form von Fotografien visualisiert. Die Überschrift der Tafel lautet: *Euthanasie und Holocaust*. Im Erläuterungstext heißt es in der Schlussfolgerung:

*[...] Mit dem Massenmord an Patienten und Bewohnern von Heil- und Pflegeanstalten beginnt ein Weg, der zum Mord an den europäischen Juden führt und in den Vernichtungslagern des Ostens endet, für die Auschwitz-Birkenau als Symbol steht. Die Täter der Krankenmorde – jeder vierte des Personals von Grafeneck – finden sich wieder in den Vernichtungsstätten des „Holocaust“: Auschwitz II - Birkenau, Belzec, Sobibor, Treblinka. In ihrer Zuständigkeit liegt der Aufbau dieser Vernichtungslager. Auch in diesen Lagern werden Menschen systematisch und industriell ermordet. Vorbild ist der „Euthanasie“-Krankenmord.*

**Täter auf Reichsebene.** Ausführlich werden in der Ausstellung, dem Konzept der arbeitsteiligen Täterschaft folgend, die Täter auf Reichsebene gezeigt. Hierzu zählt die Person Adolf Hitlers und, in Abbildung, sein berüchtigtes Auftragsschreiben vom Oktober 1939, zurückdatiert auf den

Tag des Kriegsbeginns, den 1. September 1939. Es handelte sich hierbei um kein Gesetz und keinen förmlichen Erlass. Ebenso wie das Schreiben sind die beiden Beauftragten Philipp Bouhler (1899–1945), Leiter der Kanzlei des Führers, und Prof. Dr. med. Karl Brandt (1904–1948), Begleitarzt Hitlers, Generalkommissar für das Sanitäts- und Gesundheitswesen (1942), abgebildet. Karl Brandt taucht im zweiten Teil der Dauerausstellung noch ein weiteres Mal auf. Hier steht die Frage im Mittelpunkt, wie die deutsche Gesellschaft nach 1945 mit den Verbrechen des NS-Staates und mit den Tätern umgegangen ist. Der Besucher erfährt hier, dass Brandt nicht vor einem deutschen Gericht stand, sondern 1947 im Nürnberger Ärzteprozess von US-amerikanischen Richtern zum Tode verurteilt und 1948 hingerichtet wurde. Wichtige Zusatzinformationen bleibt die Ausstellung an dieser Stelle den Besuchern und Besucherinnen schuldig, darüber täuscht auch ein relativ kleinformatiges Foto in der Ausstellung nicht hinweg, das Brandt bei der Urteilsverkündung in Nürnberg zeigt. So findet auch Brandts außergewöhnliche Karriere im NS-Staat keine Thematisierung. Er stieg auf zum Generalleutnant der Waffen-SS 1943 und SS-Gruppenführer 1944, wurde 1940 zum Professor der Medizin und im August 1944 zum Reichsbeauftragten für das Sanitäts- und Gesundheitswesen ernannt. Auch sein weiteres biographisches Schicksal ist im Kontext der deutschen Nachkriegsgesellschaft aufschlussreich. Brandt selbst erklärte sich im Gerichtssaal von Nürnberg für *Nicht schuldig*. Viele prominente deutsche Politiker und Kirchenvertreter setzten sich damals für ihn und andere angeklagte und verurteilte Ärzte ein. Die Selbststilisierung und Selbstmythisierung Karl Brandts und eines Großteils der Ärzteschaft wirkte Jahrzehnte fort, bis eine kritische Geschichtswissenschaft diese entlarvte: Der Arzt stand an der Rampe von Auschwitz – und der Weg dorthin ging über Grafeneck.

Nicht mit einer Abbildung, jedoch durch ein ausführliches Zitat wird ein weiterer der Hauptverantwortlichen für die NS-„Euthanasie“-Verbrechen repräsentiert. Neben dem Mediziner Brandt und dem Parteikarrieristen Philipp Bouhler ist es der Diplomwirtschaftswissenschaftler Viktor Brack (1904–1948), ein Exponent der Funktionseliten, die für das reibungslose Gelingen dieses staatlichen Großverbrechens sorgten. Er wird in der Ausstellung durch ein ausführliches Zitat repräsentiert.

Am 3. April 1940 unterrichtete Viktor Brack auf dem Deutschen Städtetag die versammelten Oberbürgermeister über die bereits angelaufene Mordaktion. Seine Ausführungen wurden von einem der Anwesenden protokolliert:

*In den vielen Pflegeanstalten des Reichs sind viele unheilbar Kranke jeder Art untergebracht, die der Menschheit überhaupt nichts nützen. Sie nehmen nur anderen gesunden Menschen die Nahrung weg und bedürfen oft der zwei- und dreifachen Pflege. (...)*

*Wenn man heute schon Vorkehrungen für die Erhaltung gesunder Menschen treffen müsse, dann sei es um so notwendiger, daß man diese Wesen zuerst beseitigte und wenn das vorerst nur zur besseren Erhaltung der in den Heil- und Pflegeanstalten untergebrachten heilbaren Kranken wäre.*

*Den freiwerdenden Raum brauche man für alle möglichen kriegsnotwendigen Dinge: Lazarette, Krankenhäuser, Hilfskrankenhäuser. Im Übrigen entlastet die Aktion die Gemeinden sehr, denn es fallen bei jedem einzelnen Falle die künftigen Unterhalts- und Pflegekosten weg.*

Der gesamte staatliche Bereich auf Reichsebene bleibt – was Täter und Orte angeht – unterkomplex dargestellt. So finden weder der zuständige Reichsinnenminister Dr. jur. Wilhelm Frick (1877–1946) in der Ausstellung Erwähnung noch die mit der „Euthanasie“ betrauten Spitzenbeamten Staatssekretär Dr. med. Leonardo Conti (1900–1945) und Regierungsrat Dr. med. Herbert Linden (1899–1945), Leiter der Abteilung IV des Reichsinnenministeriums, zuständig auch für die Heil- und Pflegeanstalten. Hingegen werden das bürokratische Verfahren und der Ablauf der Erfassung und Selektion der Opfer durch die Abbildung zweier zentraler Dokumente verdeutlicht: der Meldebogen 1, mit dem Patienten und Heimbewohner im Südwesten Deutschlands ab Oktober 1939 erfasst wurden, sowie das Merkblatt, das akribisch die vier Gruppen von Patienten und Heimbewohnern auflistete, für die Meldebogen durch die Heil- und Pflegeanstalten auszufüllen waren. Die Versendung erfolgte durch das Reichsinnenministerium. Die Ausstellung beschreibt ausführlich, wie das Ausfüllen der Meldebogen vonstatten ging, und thematisiert Spielräume der Handelnden sowie Beispiele für Widerstand.

**Täter auf Landesebene.** Neben Berlin und Grafeneck tritt im weiteren Verlauf der Ausstellung der Täterort Stuttgart in den Fokus. Ohne die Mitwirkung dieser mittleren Ebene, organisatorisch und geografisch, wäre die so radikale Durchführung der „Euthanasie“ nicht möglich gewesen. Die einzelnen Heil- und Pflegeanstalten in Baden und Württemberg unterstanden den jeweiligen Innenministerien. Exemplarisch wird die für das Verbrechen unverzichtbare Rolle der Innenministerien am Beispiel des württembergischen Innenministeriums erläutert. So war das württembergische Innenministerium federführend beim Vorschlag Grafenecks als Vernichtungsstätte, bei der *Inanspruchnahme* Grafenecks für *Zwecke des Reichs* und bei der Anordnung von *Verlegungen* mittels Erlasse an die Anstalten. Das Innenministerium mahnte Anstalten bei Nichtausfüllung der Meldebogen an und ließ Meldebogen von eigenen Beamten ausfüllen. Abgebildet in der Ausstellung sind das württembergische Innenministerium, der Innenminister Dr. jur. Jonathan Schmid (1888–1945) sowie ein Erlass aus dem Jahr 1939 an die württembergischen Heilanstalten.

Der für die „Euthanasie“ wichtigste Beamte im württembergischen Innenministerium, Ministerialrat und Obermedizinalrat Dr. med. Eugen Stähle, Leiter der Gesundheitsabteilung, taucht lediglich als Unterzeichner des Erlasses im Auftrag des Innenministers auf.

**Die Täter der Vernichtungsstätte Grafeneck.** Der Vernichtungsort und die Täter von Grafeneck stehen im Mittelpunkt des Teils der Ausstellung, der sich mit der Realgeschichte des Jahres 1940 beschäftigt. Wie oben angedeutet werden Tat, Tatort und Täter weit ausführlicher geschildert als die Opfer. Zum einen ist hierfür die theoretische Konzeption der gesamten Ausstellung verantwortlich, zum anderen

aber auch die Tatsache, dass man vor 15 Jahren wenig bis nichts über die Opfer wusste. Aber auch die Frage nach den Tätern wurde noch keineswegs so theoretisch reflektiert gestellt wie heute. Eine elaborierte Täterforschung war zu dieser Zeit erst im Entstehen. Dies mag Defizite und Blindstellen in der Täterdarstellung wie sie uns in der Dauerausstellung entgegentritt, erklären und plausibel machen. Ausführlich wird in der Ausstellung hingegen die Transformation Grafenecks 1939/40 in eine Vernichtungsanstalt geschildert. Ein Foto des eigentlichen Vernichtungskomplexes, das von einem der Grafeneck-Täter gemacht wurde, konnte erst 2015 gefunden werden. Es zeigt das Vernichtungsgebäude, Krematorium sowie die große Busgarage.

Ausführlich dargestellt sind der Ablauf des Mordverfahrens und die als Tötungsbürokratie bezeichnete sehr ausgefeilte Abwicklung der Tötungen. Bildlich zu sehen ist hier einer der sogenannten Trostbriefe, so bis heute in der Literatur bezeichnet. Es handelt sich hierbei um das Anschreiben der Landespflegeanstalt Grafeneck an eine in Göttingen lebende Familie, deren Sohn in Grafeneck ermordet wurde. Das Schreiben stammt aus dem Dezember 1940 und damit aus der Endphase der Morde von Grafeneck. Unterzeichnet wurde das Schreiben von einem Dr. Ott. Dies war der Tarnname eines Verwaltungsangestellten der T4, der in Grafeneck eingesetzt war. Als Kontrast hierzu wird die Rückseite einer Todesurkunde abgebildet, im Klarnamen unterzeichnet am 8. Februar von dem als Standesbeamten eingesetzten Polizeioffizier Jakob Wöger aus Stuttgart. Zu diesem Zeitpunkt existierte noch kein Befehl zur Verwendung von Tarnnamen.



Hessisches Hauptstaatsarchiv.

Dr. Horst Schumann (1906–1983), leitender Arzt/Tötungsarzt in Grafeneck (1939/40) und Sonnenstein (1940/41), Lagerarzt in Auschwitz.

Sehr ausführlich und differenziert werden die Täter von Grafeneck beschrieben: ihre Funktionen und Aufgaben innerhalb des Vernichtungsortes Grafeneck, ihr beruflicher Hintergrund, die Art ihrer Rekrutierung und der Grad der Freiwilligkeit ihres Mitmachens sowie ihrer Motivation. Es wird versucht, auf eindimensionale und monokausale Begründungen zu verzichten:

*[...] Was ihre soziale Herkunft betrifft, gehören die Täter allen sozialen Schichten an. Jedoch ist ein beträchtlicher Unterschied in der Art und Weise der Rekrutierung unübersehbar. Während vor allem das ärztliche Leitungspersonal sich ohne jeglichen Druck für sein Tun entscheiden kann, wird eine große Zahl der mittleren und unteren Funktionsträger nach Grafeneck dienstverpflichtet oder kommandiert. Zum Teil geschieht dies über das Arbeitsamt, die Landwirtschaftskammer oder die NS-Frauenschaft. Daneben finden sich aber auch Personen, die von Freunden, Bekannten*

und Verwandten vermittelt werden, die bereits in der T4-Zentrale in Berlin tätig sind.

Wie viele der Täter und Gehilfen sich aus tiefster Überzeugung am Krankenmord beteiligen, kann heute nicht mehr in jeder Hinsicht erschlossen werden. Angst vor Repression oder Verfolgung scheinen eine untergeordnete Rolle gespielt zu haben. Bei einem Bruch des Schweigegebots, welches als Geheimnisverrat ausgelegt wird, sind jedoch Todesstrafe und Konzentrationslagerhaft angedroht, Letzteres ist in einem Fall auch überliefert. Ausschlaggebend für die Mitwirkung von Tätern und Tatgehilfen ist mit Sicherheit ein ganzes Bündel von Motiven wie Karriere- und Aufstiegschancen, gute finanzielle Verdienstaussichten genauso wie Obrigkeitsdenken und Staatsgläubigkeit, nationalsozialistische Propaganda, seelische Verrohung und Gewöhnung.

### Vernichtungskomplexe „Euthanasie“ und „Endlösung“

Die beiden letzten Ausstellungstafeln des ersten Ausstellungsraumes, der gänzlich der Geschichte von Grafeneck 1940 gewidmet ist, widmen sich der Schließung Grafenecks als Vernichtungsstätte im Dezember 1940, dem Ende der Aktion T4 acht Monate später im August 1941 und schließlich dem Zusammenhang von Grafeneck und Auschwitz. „Euthanasie“ und „Endlösung“. Ganz konkret werden auch hier wieder Täter, Tatkomplexe und Verbrechenkomplexe benannt und in ihrer zeitlichen Reihenfolge wie in ihrer wechselseitigen Bedingtheit erklärt. Lange Zeit wurde der Abbruch der Morde in Grafeneck monokausal mit dem seit Sommer 1940 einsetzenden Wider-

stand, vor allem der Kirchen, erklärt. Die Täter seien zurückgewichen und hätten Grafeneck als Vernichtungsstätte aufgegeben. Als Beleg diente jahrzehntelang das Schreiben Heinrich Himmlers (1900–1945), Reichsführer SS und Chef der Deutschen Polizei, an Viktor Brack vom 19. Dezember 1940. Ein Teil des Briefes wird auch in der Ausstellung zitiert.

*Lieber Brack! Wie ich höre, ist auf der Alb wegen der Anstalt Grafeneck eine große Erregung. Die Bevölkerung kennt das graue Auto der SS und glaubt zu wissen, was sich in dem dauernd rauchenden Krematorium abspielt. Was dort geschieht, ist ein Geheimnis und ist es doch nicht mehr.*

1 Gedenkstätte Grafeneck – Dokumentationszentrum. Ausstellungsbuch, Gomadingen 2018.

2 Vgl. Ulrike Jureit/Christian Schneider/Margit Frölich (Hrsg.): Das Unbehagen an der Erinnerung. Wandlungsprozesse im Gedenken, Frankfurt 2012; Dana Giesecke/Harald Welzer: Das Menschenmögliche. Zur Renovierung der deutschen

Der Ausstellungstext stellt jedoch klar, dass neben dem Nichtfunktionieren der Geheimhaltung, was formal die Voraussetzung für Protest und Widerstand darstellt, auch organisatorische Gründe zur Stilllegung Grafenecks führten. Der letzte Mordtag war der 13. Dezember 1940, fünf Tage vor dem zitierten Schreiben Himmlers. Grafeneck hatte zu diesem Zeitpunkt seine Aufgabe erfüllt und sein Soll übererfüllt. 10.654 Menschen waren bis zu diesem Tag ermordet. Das waren fünfzig Prozent aller Menschen in Heil- und Pflegeanstalten und damit definitiv weit mehr als den Planern 1939 vorschwebte. Der Beginn des Holocaust in der zweiten Hälfte 1941 fällt nahezu zeitgleich zusammen mit dem Ende der zentralen „Euthanasie“. Das freiwerdende Personal wird in den Osten abkommandiert und zum Aufbau der Vernichtungslager eingesetzt. Grund hierfür war, dass der Vernichtungsprozess der jüdischen Bevölkerungen in Osteuropa mittels Erschießungskommandos ins Stocken geraten war. Über zwanzig Grafenecktäter wirken beim Holocaust mit, drei von ihnen werden in der Ausstellung benannt, zwei davon im Bild gezeigt. Es handelt sich hierbei um Dr. Horst Schumann, den ärztlichen Kommandanten von Grafeneck, der später an der Rampe von Auschwitz-Birkenau selektierte, und um den Stuttgarter Polizeikommissar Christian Wirth, der in der Anfangsphase Grafenecks beim Aufbau der Verwaltung mitwirkte und der zum Kommandanten von Belzec und später zum Generalinspekteur der Aktion Reinhardt aufstieg, zuständig für die Vernichtungslager Belzec, Treblinka und Sobibor und mitverantwortlich für die Ermordung von weit über 1,5 Millionen Juden.

Der letzte Satz der Ausstellung ist ebenfalls den Tätern gewidmet. Er soll als Schlusssatz dienen:

Nur ein kleiner Teil der Täter wird nach dem Krieg vor Gericht gestellt und bestraft. Die meisten kehren in die Gesellschaft zurück, aus der sie gekommen sind.

**Thomas Stöckle, M.A.**, geb. 1964, studierte Geschichts- und Politikwissenschaft an der Universität Stuttgart. Abschluss zum Magister Artium (M.A.) am Historischen Institut, Abt. Neuere Geschichte. Der Historiker ist Leiter der Gedenkstätte Grafeneck und Verfasser zahlreicher Veröffentlichungen zur südwestdeutschen Landesgeschichte und den NS-„Euthanasie“-Verbrechen im Nationalsozialismus. Er nimmt Lehraufträge an verschiedenen Hochschulen und Universitäten wahr. Seit 1996 ist er Mitglied des Sprecherrats der Landesarbeitsgemeinschaft der Gedenkstätten und Gedenkstätteninitiativen in Baden-Württemberg (LAGG), die er auch im Beirat für die Vergabe der Landesgedenkstättenförderung bei der LpB vertritt. Der Historiker ist zudem Mitglied im Sprecherrat der Landesarbeitsgemeinschaft „Gegen Vergessen – Für Demokratie e.V.“ Baden-Württemberg.

Erinnerungskultur, Hamburg 2012, S. 23;

Aleida Assmann: Das neue Unbehagen an der Erinnerungskultur, München 2013; Günter Morsch: Das „neue Unbehagen an der Erinnerungskultur“ und die Politik mit der Erinnerung: zwei Seiten der gleichen Medaille, in: Zeitschrift für Geschichtswissenschaft 10 (2015), S. 829–848.



## Demokraten als Akteure, als Helden, als Märtyrer? Am Beispiel der Erinnerungsstätte Matthias Erzberger

Märtyrer für die Demokratie oder die Republik, Märtyrer „für die Sache Gottes“ oder die (katholische) Kirche – diese Formulierungen entstammen den heftigen Auseinandersetzungen um die Deutung Matthias Erzbergers während der Weimarer Republik. In diesen erinnerungspolitischen Konflikten wurde nicht einfach nur um die Bewertung des Lebens eines Politikers gestritten, der eine zentrale Rolle beim Übergang vom obrigkeitstaatlichen Kaiserreich zur Weimarer Republik gespielt hatte. In diesem Deutungsstreit um die Person des 1921 ermordeten Erzbergers wurde auch um die Demokratie gerungen, diente der Zentrums Politiker Befürwortern wie Gegnern der Republik vor wie nach seinem Tod in vielerlei Hinsicht als Projektionsfläche.<sup>1</sup>

katholischen Zentrums Politiker Erzberger ideologiebedingt keine Relevanz zu. Im Westen beschränkten sich Erinnerungsbemühungen auf Straßenbenennungen und Feiern an Grab und Mordstelle im Umfeld von runden Jahrestagen. Das geringe Erinnern an Erzberger in der Bundesrepublik erklärt sich vor allem aus dem Fehlen entsprechender Trägergruppen.<sup>3</sup> Die CDU trat zwar einerseits die Nachfolge des katholischen Zentrums, der Partei Erzbergers, an. Sie verstand sich andererseits aber auch als überkonfessionelle Volkspartei und berief sich deshalb wenig auf die Geschichte des katholischen Zentrums, um Protestanten nicht abzuschrecken. Zudem führte die CDU schrittweise konservative und völkische Gruppen an die Demokratie heran, die zu den erbittertsten

Gegnern Erzbergers gezählt hatten und in deren Reihen auch noch lange nach 1945 Vorbehalte und Ablehnung zumindest latent vorhanden waren. Innerhalb des deutschen Katholizismus gab es zwar im Südwesten Bestrebungen, Erzberger zu würdigen, doch fanden diese überregional kaum Widerhall, was sich historiographisch, politisch und durch personelle Konstellationen erklären ließe. Sozialdemokraten schließlich konzentrierten sich in ihren geschichtspolitischen Bemühungen vor allem auf Politiker wie Friedrich Ebert und die Parteimitglieder, die sich dem Nationalsozialismus entgegengestellt hatten.

Im Laufe der 1960er Jahre begannen sich vorherrschende bundesrepublikanische Geschichtsbilder allmählich zu wandeln und das bis dahin einflussreiche national-konservative, etatistische und

preußisch-protestantisch durchsäuerte Narrativ verlor stark an Einfluss. In geschichtspolitischen Debatten schwand die diskursive Relevanz zahlreicher Themen, die bis dahin mit Erzberger verbunden wurden. Auch dies förderte ein Vergessen. Die deutschen Reaktionen auf die päpstliche Friedensresolution von 1917 etwa oder die Ablieferung der deutschen Handelsflotte infolge der Waffenstillstandsverhandlungen nach dem Ersten Weltkrieg waren nicht mehr Gegenstand öffentlicher Kontroversen. Vorsichtige neue Ansätze im Erzberger-Erinnern zeigten sich an einer Reihe von Orten im Rahmen der „Geschichte von unten“-Bewegung ab den 1980er Jahren. Diese Bemühungen bildeten eine wichtige Voraussetzung für eine geschichtspolitische Entscheidung des Jahres 2001, die meines Erachtens langfristig dem würdigenden Erinnern an Erzberger einen nachhaltigen Schub gab.<sup>4</sup>

Damals stand das Geburtshaus Erzbergers in Münsingen-Buttenhausen zum Verkauf. Lokale Bemühungen von Ehrenamt-



Sammlung Dr. Reiner Haehling von Lanzener, Baden-Baden.

Trauerfeier mit dem badischen Zentrumsführer Josef Schofer an der Sterbestelle Erzbergers bei Bad Griesbach, vermutlich 1922.

Der republikanische Flügel der Zentrums Partei, badische und württembergische Katholiken zählten ebenso zu den Trägern eines positiven Erzberger-Erinnerns in der Weimarer Republik wie das Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold, das Erzberger meist zusammen mit Walther Rathenau und Friedrich Ebert als Märtyrer der Republik würdigte. Konservative und völkische Gegner der Republik hingegen bauten Erzberger in ihre Feindbilder ein, verbanden ihn mit der Dolchstoßlegende und sahen in ihm eine Verkörperung der von ihnen als korrupt und verlogen diffamierten Weimarer Demokratie. Vor diesem Hintergrund verwundert es wenig, dass die Nationalsozialisten 1933 dem würdigenden Erinnern an Erzberger ein gewaltsames Ende bereiteten und Denkmäler wie Gedenktafeln zerstörten.<sup>2</sup>

Nach 1945 ließen sich die positiven Erinnerungstraditionen, die Erzberger während der Weimarer Republik galten, nicht wiederbeleben. In der Erinnerungskultur der DDR kam dem

lichen und der Stadt Münsingen sowie geschichtspolitische Überlegungen der Landesregierung fanden zusammen. Aufgrund des Einsatzes von Christoph Palmer und Erwin Teufel, designierter Staatsminister und designierter Ministerpräsident, vereinbarten CDU und FDP im Koalitionsvertrag der neuen Landesregierung die Errichtung von zwei personenbezogenen Erinnerungsstätten, der Erzberger-Erinnerungsstätte für den Bereich der Demokratiegeschichte und der Stuttgarter Stauffenberg-Erinnerungsstätte für den Bereich Widerstand gegen den Nationalsozialismus. Die politische Argumentation für die Erzberger-Erinnerungsstätte sah kurz gefasst wie folgt aus: Dank des Engagements des Bundes gab es im Südwesten schon wichtige demokratiegeschichtliche Erinnerungsorte: die Rastatter Erinnerungsstätte für die Freiheitsbewegungen in der deutschen Geschichte sowie die beiden Politikergedenkstätten in Heidelberg und Stuttgart, das Friedrich-Ebert-Haus sowie das Theodor-Heuss-Haus. Eine Einrichtung zu Matthias Erzberger, der aus dem Württembergischen stammte und in Baden ermordet wurde, wäre eine gute Ergänzung, zumal sich so auch an die demokratischen Traditionen im politischen Katholizismus erinnern ließe.<sup>5</sup>

Das Erzberger-Projekt fügte sich zudem gut in die schon länger vom Bund geförderte Erinnerung an die deutsche Demokratiegeschichte ein, die in den 1990er Jahren komplementär zur Förderung der Auseinandersetzung mit der doppelten Diktaturgeschichte verstärkt ausgebaut wurde. 1994 wurde das Haus der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland in Bonn eröffnet. Im selben Jahr erfolgte die Gründung der Politikergedenkstätten für Brandt und Heuss, die die Erinnerungsstätten für Adenauer und Ebert ergänzten. Teil dieser Geschichtspolitik war in den Jahren 1998/99 auch das vielfältige Erinnern an die 1848er Revolution, das bundesweit Niederschlag fand, in Baden-Württemberg jedoch in besonderer Breite und mit besonders starker lokaler Resonanz begangen wurde. Auf landespolitischer Ebene stellten die komplementär gedachten Grundsatzbeschlüsse zu den Erinnerungsstätten für Stauffenberg und Erzberger somit eine Fortsetzung der praktizierten Verzahnung von Demokratie- und Diktaturgeschichte dar, die die baden-württembergische Landesregierung um 2000 betrieb und die sich schließlich auch in den Narrationen der 2002 eröffneten Dauerausstellung des Hauses der Geschichte Baden-Württemberg niederschlug.<sup>6</sup>

Die Erzberger-Erinnerungsstätte sollte, das war von Anfang an klar, ein Kooperationsprojekt werden, das seitdem erfolgreich auf drei Säulen ruht. Die Stadt Münsingen erwarb das Gebäude und war für Renovierung und Betrieb zuständig. Die Aufsichten und Führungen übernahmen Ehrenamtliche des Münsinger Geschichtsvereins. Das Haus der Geschichte Baden-Württemberg erhielt den Auftrag, eine Ausstellung zu erarbeiten und sich um diese inhaltlich und konservatorisch zu kümmern. Finanziert wurde das Projekt von der Baden-Württemberg Stiftung, vom Land und von der Stadt Münsingen. Hinzu kamen ein Zuschuss vom Landkreis Reutlingen sowie namhafte Spenden von baden-württembergischen Unternehmen.

Für die Erarbeitung der inhaltlichen Konzeption und der Ausstellung erhielt das Haus der Geschichte Baden-Württem-

berg freie Hand. Selbstgesetztes Ziel war es, eine Stätte der historisch-politischen Bildungsarbeit zu schaffen, in Orientierung an den Politikergedenkstätten des Bundes, allerdings ohne deren Bestandteile Archiv, Bibliothek und Forschung. Inhaltlicher Fokus der neuen Ausstellung sollten in historischer Perspektive Partizipationsmöglichkeiten und Demokratie sein, dargestellt am politischen Wirken Matthias Erzbergers.

Für die Gestaltung der kleinen Dauerausstellung konnte ein weltweit arbeitendes Gestaltungsbüro, das Stuttgarter Atelier Brückner, gewonnen werden. Dieses nahm das Projekt Erzberger-Erinnerungsstätte zum Anlass, die eigene gestalterische Handschrift der Szenografie auf kleinste Räume anzuwenden, hatte das Büro doch bisher nur ganze Museen oder Pavillons auf Weltausstellungen bespielt.<sup>7</sup>

Welche Herausforderungen sich bei der Erarbeitung der Ausstellung ergaben, mag nicht nur der Hinweis auf eine schwierige Exponatlage verdeutlichen, dies zeigen auch einige Zahlen zu dem Ausstellungsort, dem Geburtshaus Erzbergers, das aus dem 18. Jahrhundert stammt. Die für die Erinnerungsstätte zu nutzenden Flächen verteilen sich über drei Stockwerke. Die Ausstellung selbst füllt – mit Ausnahme von Kassenraum, Technikraum und WC – das gesamte Gebäude einschließlich der Treppenhäuser, hat aber trotzdem nur eine Fläche von etwa 100 Quadratmetern, verteilt auf elf Räume.<sup>8</sup>

Das Ausstellungsnarrativ ist konsequent aus biographischer Perspektive entwickelt mit dem Fokus auf politische und gesellschaftliche Partizipation.<sup>9</sup> Das Treppenhaus des Gebäudes fungiert als eine Art Rückgrat des Ganzen und stellt Erzbergers Herkunft und seine Familie vor. Im Erd- und Dachgeschoss wird Erzbergers politische Biographie in chronologischer Abfolge vorgestellt. Inszenierte Bildräume mit wenigen originalen Objekten stellen je einen Lebensabschnitt Erzbergers vor.

Erzbergers politischen Anfängen im württembergischen Katholizismus ist der erste Raum gewidmet. Neben seinem Beruf als Journalist einer Parteizeitung half er als „Anwalt der kleinen Leute“ Bauern, Handwerkern und Arbeitern eigene Vereine zu gründen, um ihre Interessen zu vertreten. Ab 1903 als Volksvertreter im Reichstag vertrat er nicht nur die Belange seiner oberschwäbischen Wähler, sondern kämpfte für mehr Rechte des Parlaments gegenüber Regierung und Verwaltung. Für die Zeit des Ersten Weltkriegs wird herausgearbeitet, wie sich Erzberger vom Annexionisten und Koordinator deutscher Auslandspropaganda zum Vorkämpfer eines Verständigungsfriedens wandelte und für Parlamentarisierung und Demokratisierung des Regierungssystems eintrat. Als Minister der Regierung Max von Baden nach Compiègne entsandt unterzeichnete er am 11. November 1918 im Auftrag von Oberster Heeresleitung und neuer Revolutionsregierung den Waffenstillstand des Ersten Weltkriegs. Als einer der führenden republikanischen Politiker kämpfte er für die Unterzeichnung des Versailler Friedens, um eine Fortsetzung des Krieges zu verhindern und der gerade geschaffenen Weimarer Demokratie das Überleben zu ermöglichen. Als Reichsfinanzminister gestaltete er in den folgenden neun Monaten das deutsche Steuer- und Finanzwesen tiefgreifend um und schuf so Grundlagen für den Weimarer

Sozialstaat. Als Repräsentant der neuen Ordnung zog Erzberger in großem Umfang antirepublikanische Hetze auf sich, die in seiner Person die Demokratie treffen und zerstören sollte. 1921 wurde er im Schwarzwald von Angehörigen der Organisation Consul ermordet, die ein Jahr später auch Walther Rathenau umbringen sollten. Der Mord war als Auftakt zu einem Umsturz von rechts gedacht. Am Ende der Ausstellung wird die umkämpfte Erinnerung an Erzberger beginnend mit den Reaktionen auf seinen Tod bis zur Gegenwart gezeigt. Projizierte Zitate thematisieren, ob und wie Erzberger heute noch erinnert wird oder vergessen ist.

Die letzten beiden Räume zur Erzberger-Rezeption sind ein Versuch einer Selbsthistorisierung der Ausstellungserzählung und sollen die Besucherinnen und Besucher auffordern, sich selbst ein Bild von Erzberger zu machen. Einge-

allzu oft der schon in den 1980er Jahren beklagte Befund, dass die Geschichte der ersten deutschen Demokratie viel zu stark und manchmal sogar ausschließlich als Vorgeschichte des NS-Regimes erzählt wird.<sup>10</sup> Sich mit Erzberger zu beschäftigen, steht damit gegen starke Trends in der gegenwärtigen Erinnerungskultur. Ähnliches gilt natürlich auch für das Erinnern an Friedrich Ebert, während die Lebensläufe von Theodor Heuss und Konrad Adenauer nicht nur die Möglichkeit bieten, Demokratie- und Diktaturgeschichte zu verzahnen. Im Falle von Heuss und Adenauer liegen die für das Erinnern nach heutigen Kriterien wesentlichen politischen Leistungen der beiden Politiker auch in der Zeit nach 1945 und sind elementare Bestandteile der in den letzten knapp zwanzig Jahren entwickelten Varianten der Geschichtserzählung von der nicht einfachen, aber erfolgreichen Demokratisierung der deutschen Gesellschaft nach 1945.<sup>11</sup> Ob und wie sich die hundertsten Jahrestage von Revolution 1918/19 und Republikgründung langfristig auf die erinnerungskulturellen Debatten auswirken und ob die Geschichte der Weimarer Republik stärker an die Geschichte der deutschen (Nachkriegs-) Demokratie herangerückt wird oder weiter getrennt als Vorgeschichte des Nationalsozialismus firmieren wird, ist meines Erachtens heute noch völlig offen.

Wenn man nochmals den gesamten Ausstellungsplot der Erzberger-Erinnerungsstätte in den Blick nimmt, dann wird deutlich, wie konsequent Erzberger als politischer Akteur gezeigt wird. Dies spiegelt sich auch im Untertitel der Ausstellung, der „Wegbereiter deutscher Demokratie“ heißt und nicht „Märtyrer der Republik“ oder ähnliches. Damit haben wir ganz bewusst der Versuchung widerstanden, auf den Zug der Viktimisierung aufzuspringen, die seit mehr als einem Jahrzehnt die deutsche Erinnerungs-

kultur prägt. Denn Erzberger primär als Opfer politischen Terrors oder als protofaschistisches Opfer zu zeichnen, würde meines Erachtens sein Leben aus wissenschaftlich-biographischer Perspektive unzulässig reduzieren.

Doch nicht nur das. Bei einer solchen verfälschenden Verkürzung würde man sich auch mit Blick auf die historisch-politische Bildungsarbeit wichtiger Möglichkeiten berauben. Denn Erzbergers politischer Lebensweg sensibilisiert für vielfältige Möglichkeiten, für mehr Teilhabe und Demokratisierung einzutreten und sie zu leben. Zugleich kann ein Blick auf Erzbergers Schicksal verdeutlichen, dass auch in einer etablierten Demokratie Gefahren für politische Ordnung und Demokraten bestehen, dass Demokratie immer wieder verteidigt und gelebt werden muss. Dafür stehen in der Ausstellung nicht nur die Räume zu antirepublikanischer Hetze und politischem Mord, sondern auch die folgenden Bereiche zur Rezeptionsgeschichte. So soll dafür sensibilisiert werden, was Thomas Hertfelder in seinen Überlegungen zur Demokratiegeschichte jüngst mit Förderung des „Bewusstsein[s] um die Historizität und Fragilität demokratischer Strukturen“ bezeichnet hat.<sup>12</sup>



Haus der Geschichte Baden-Württemberg/Foto: Norbert Pauls.

In Erzbergers Geburtshaus erinnert der inszenierte Bildraum „Volksvertreter im Reichstag“ an seinen Kampf für mehr Rechte des Parlaments.

woben in die Erinnerungsgeschichte ist zudem der Umgang mit den Mördern Erzbergers, die der antirepublikanischen Organisation Consul angehörten, mit Hilfe aus bayerischen Polizeikreisen ins Ausland flohen und nach ihrer Rückkehr im nationalsozialistischen Deutschland gefeiert wurden. Nach 1945 endlich vor Gericht gestellt, wurden sie bereits 1952 aus der Haft entlassen.

Auch wenn in der Erzberger-Erinnerungsstätte auf diese Weise zumindest am Rande auch Aspekte der Diktaturgeschichte mit der Demokratiegeschichte verzahnt sind, konzentriert sich die Ausstellung vor allem und in erster Linie auf die Lebenszeit Erzbergers, also das ausgehende Kaiserreich und die frühe Weimarer Republik. Wer sich wissenschaftliche Neuerscheinungen der letzten zwei Jahrzehnte zu diesen Abschnitten deutscher Geschichte anschaut, wird zahlreiche anregende Publikationen finden, die Argumente für eine stärkere Akzentuierung der demokratischen Entwicklungen in beiden Epochen liefern. Doch haben diese Argumente nur sehr eingeschränkt Eingang in die Geschichtsbilder gefunden, die in der breiteren Öffentlichkeit vertreten werden. Gerade mit Blick auf die Weimarer Republik gilt immer noch

Erlauben Sie mir am Schluss noch eine kurze Bemerkung, denn ich bin ja mit Blick auf Erzberger nicht nur Historiker, sondern als Kurator der Erzberger-Erinnerungsstätte zugleich auch so etwas wie ein geschichtspolitischer Akteur und Zeitzeuge: uns war bei der Gestaltung der Ausstellung wichtig, Erzberger in seiner historischen Eingebundenheit, mit seinen Ecken und Kanten, auch mit Schwächen und Fehlern zu zeigen. Dies verlangt nicht nur die wissenschaftliche Redlichkeit. Es ist nach meiner Erfahrung gerade in der Arbeit mit Schülerinnen und Schülern viel ertragreicher, sich differenziert mit den Stärken und Schwächen eines Menschen auseinandersetzen als Heiligenverehrung oder Heldenschau zu betreiben. Gerade Ecken und Kanten ermöglichen es Schülerinnen und Schülern, sich der historischen Person zu nähern, über diese nachzudenken und zu entscheiden, ob sie etwas aus dieser Beschäftigung für sich mitnehmen wollen oder nicht. Einen solchen kritischen Reflexionsprozess anzustoßen, das ist für mich das Wichtigste, was ich mit historisch-politischer Bildungsarbeit erreichen möchte.

**Dr. Christopher Dowe**, geb. 1973, studierte die Fächer Geschichte, Latein und Pädagogik an den Universitäten Bonn und Tübingen. Es folgte die Promotion in neuerer Geschichte an der Eberhard-Karls-Universität. Seit 2003 arbeitet der Historiker beim Haus der Geschichte Baden-Württemberg. 2003/04 errichtete er als Kurator die Erinnerungsstätte Matthias Erzberger in Münsingen-Buttenhausen, 2005/06 die Stauffenberg-Erinnerungsstätte im Stuttgarter Alten Schloss. Neben Tätigkeiten in der Sammlung wirkte er als Ko-Kurator bei den Ausstellungen „Ihr und Wir. Integration der Heimatvertriebenen im deutschen Südwesten“ und „Anständig gehandelt. Widerstand und Volksgemeinschaft 1933–1945“ mit, betreut in der Dauerausstellung des Hauses der Geschichte die Abteilung für die Zeit des Kaiserreiches und hat zuletzt mit einer Kollegin die im September 2018 eröffnete Große Landesausstellung „Vertrauensfragen. Der Anfang der Demokratie im Südwesten 1918–1924“ erarbeitet.

<sup>1</sup> Vgl. Christopher Dowe: Matthias Erzberger. Ein Leben für die Demokratie, Stuttgart 2011, bes. S. 7–17.

<sup>2</sup> Vgl. auch Christoph E. Palmer/Thomas Schnabel: Einleitung, in: dies. (Hrsg.): Matthias Erzberger, Stuttgart 2006, S. 7–18; Christopher Dowe: Katholische Geschichtspolitik. Erinnern an die Zentrumsführer Matthias Erzberger und Adolf Gröber in der Weimarer Republik, in: Andreas Linsenmann/Markus Raasch (Hrsg.): Die Zentrumsparterie im Kaiserreich. Bilanz und Perspektiven, Münster 2015, S. 387–422; ders.: Bad Griesbach, Biberach, Buttenhausen. Orte der Erinnerung an Matthias Erzberger, einen Wegbereiter der deutschen Demokratie, in: Reinhold Weber u.a. (Hrsg.): Baden-Württembergische Erinnerungsorte, Stuttgart 2012, S. 418–427.

<sup>3</sup> Vgl. Christopher Dowe: Matthias Erzberger. Ein Leben für die Demokratie, Stuttgart 2011, S. 13–17; Torsten Oppeland: Matthias Erzberger - Der vergessene Märtyrer, in: Michael Dreyer/Andreas Braune (Hrsg.): Weimar als Herausforderung, Stuttgart 2016, S. 175–188.

<sup>4</sup> Vgl. Christopher Dowe: Matthias Erzberger. Ein Leben für die Demokratie, Stuttgart 2011, bes. S. 13–17.

<sup>5</sup> Vgl. Demokratie braucht die Tat! Drei Beispiele aus Baden-Württemberg: Georg Elser - Matthias Erzberger - Berthold und Claus Schenk von Stauffenberg. Erinnerungsworte von Christoph E. Palmer, Stuttgart 2006, bes. S. 3, 13–14; Mike Münzing mit Unterstützung von Roland Deigendesch: Erzberger – aus heutiger Sicht als Buttenhäusener, in: Christoph Palmer/Thomas Schnabel (Hrsg.): Matthias Erzberger, Stuttgart 2006, S. 178–200; Konrad Pflug: Gedenk- und Erinnerungsstätten in der Demokratie, in: ebd. S. 211–224.

<sup>6</sup> Zum Haus der Geschichte Baden-Württemberg vgl. Landesgeschichten. Der deutsche Südwesten von 1790 bis heute. Das Buch zur Dauerausstellung im Haus der Geschichte Baden-Württemberg, Stuttgart 2002; zum Erinnern an 1848 in den Jahren 1998/1999 vgl. Rüdiger Hachtmann: 150 Jahre Revolution von 1848. Festschriften und Forschungserträge, in: Archiv für Sozialgeschichte Bd. 39 (1999), S. 447–493, Bd. 40 (2000), S. 337–401; zu geschichtspolitischen Perspektiven auf Erzberger vgl. Christoph Palmer/Thomas Schnabel (Hrsg.): Matthias Erzberger, Stuttgart

2006. Vgl. auch Thomas Hertfelder/Ulrich Lappenküper/Jürgen Lillteicher (Hrsg.): Erinnern an Demokratie in Deutschland. Demokratiegeschichte in Museen und Erinnerungsstätten der Bundesrepublik, Göttingen 2016.

<sup>7</sup> Vgl. [www.atelier-brueckner.com](http://www.atelier-brueckner.com).

<sup>8</sup> Vgl. Paula Lutum-Lenger: Matthias Erzberger. Eine politische Biografie ausstellen, in: Matthias Erzberger – ein Wegbereiter der deutschen Demokratie. Buch zur Dauerausstellung in der Erinnerungsstätte Matthias Erzberger in Münsingen-Buttenhausen, Stuttgart 2011, S. 10–19.

<sup>9</sup> Vgl. Harald Schmid: Ein „kaltes Gedächtnis“? Erinnern an Demokraten in Deutschland, in: Thomas Hertfelder/Ulrich Lappenküper/Jürgen Lillteicher (Hrsg.): Erinnern an Demokratie in Deutschland. Demokratiegeschichte in Museen und Erinnerungsstätten der Bundesrepublik, Göttingen 2016, S. 247–264; Matthias Erzberger – ein Wegbereiter der deutschen Demokratie. Buch zur Dauerausstellung in der Erinnerungsstätte Matthias Erzberger in Münsingen-Buttenhausen, Stuttgart 2011.

<sup>10</sup> Vgl. Thomas Hertfelder: Opfer, Täter, Demokraten. Über das Unbehagen an der Erinnerungskultur und die neue Meistererzählung der Demokratie in Deutschland, in: Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte 65 (2017), S. 390–391; Thomas Raithel: Noch immer ein Schreckbild? Das heutige Deutschland und die Weimarer Republik, in: Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte 66 (2018), S. 299–308.

<sup>11</sup> Vgl. zu den heute vorherrschenden demokratiegeschichtlichen Meistererzählungen vgl. Thomas Hertfelder/Ulrich Lappenküper/Jürgen Lillteicher (Hrsg.): Erinnern an Demokratie in Deutschland. Demokratiegeschichte in Museen und Erinnerungsstätten der Bundesrepublik, Göttingen 2016; Thomas Hertfelder: Opfer, Täter, Demokraten. Über das Unbehagen an der Erinnerungskultur und die neue Meistererzählung der Demokratie in Deutschland, in: Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte 65 (2017), S. 365–393.

<sup>12</sup> Thomas Hertfelder: Opfer, Täter, Demokraten. Über das Unbehagen an der Erinnerungskultur und die neue Meistererzählung der Demokratie in Deutschland, in: Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte 65 (2017), S. 308.

# Sektion 4:

## Demokratie, Diktatur und Völkermord

Auf welche Weise werden Demokratie und Diktatur, werden Zeiten des Übergangs, aber auch der Radikalisierung bis hin zum Völkermord an Gedenkorten und Museen in Baden-Württemberg dargestellt? Die Konzeptionen divergieren. Aber trotz unterschiedlicher Kontextualisierung geht es immer auch um die Gefährdung von Demokratie.

DR. ANDREA HOFFEND (*Lernort Zivilcourage & Widerstand, Projekt Lernort Kislau*) stellte das Konzept des geplanten Lernorts am Standort des ehemaligen Konzentrationslagers Kislau vor: ein Ort mit Fokus auf die Geschichte der frühen Verfolgung durch die Nationalsozialisten in Baden. In den Blick genommen wird dabei auch die Zeit vor 1933, die das Scheitern der Demokratie in sich barg. Der künftige Lernort hat sich zum Ziel gesetzt, die ganze Geschichte einer Entwicklung zu erzählen.

DR. CAROLINE GRITSCHKE (*Haus der Geschichte Baden-Württemberg, Stuttgart*) sprach weder für eine Gedenkstätte noch für eine Erinnerungsstätte, sondern für ein Museum: Sie erläuterte die 2002 eröffnete Dauerausstellung im Haus der Geschichte, deren Narrationslinie zur Partizipation wie ein roter Faden durch 200 Jahre Landesgeschichte im Südwesten führt. Es gebe keine Meistererzählung, sondern Deutungsangebote: Die Ausstellung wolle den analytisch-kritischen Blick schärfen und ein Bewusstsein für die Gefährdungen von Demokratie vermitteln, nicht zuletzt durch „das Zusammendenken von Demokratie, Diktatur und Völkermord“.

DR. GUDRUN KRUIP (*Stiftung Bundespräsident-Theodor-Heuss-Haus*) stellte ein Beispiel für „positive Erinnerung“ vor. Im Heuss-Haus werde entlang der Biographie des ersten Bundespräsidenten nicht nur das Wechselspiel zwischen Individuum und Zeitgeschichte thematisiert, sondern auch der verschlungene Weg von Demokratie in Deutschland. Demokratieggeschichte sei nicht besonders ausstellungsaffin, gab die Referentin zu bedenken. Aber die multiperspektivische Annäherung mache deutlich, dass Demokratie ohne Ringen nicht zu haben sei.

## Ein Demokratie-Lernort auf dem Areal eines frühen Konzentrationslagers? Das Projekt Lernort Kislau

Der Dichotomie von Demokratie-Lernorten einerseits und Diktatur-Lernorten andererseits, wie sie auf dieser Tagung zur Diskussion steht, hat sich das Projekt Lernort Kislau von Anfang an dezidiert zu entziehen versucht. Auch die Kategorien von „Tätern“, „Opfern“, „Helden“ oder gar „Märtyrern“ soll und kann es bewusst nicht bedienen. Organisatorisch dem Fachbereich Gedenkstätten der Landeszentrale für politische Bildung zugeordnet, fühlen wir uns jedoch im Kreise der baden-württembergischen Gedenkstätten sehr wohl. Wenn freilich Martin Ulmer heute Morgen hier völlig zu Recht konstatiert hat, Gedenkstätten seien „nur begrenzt Lernorte“, so gilt im Umkehrschluss, dass der von uns geplante Lernort nur begrenzt eine Gedenkstätte sein soll und sein wird.<sup>1</sup>

### Was verbirgt sich hinter dem Namen „Projekt Lernort Kislau“?

Im Frühjahr 2012 und damit vor ziemlich genau sechs Jahren in Karlsruhe gegründet, hat sich der gemeinnützige Verein „Lernort Zivilcourage & Widerstand“ zum Ziel gesetzt, die badische NS-Geschichte sowie die Geschichte der Gegnerschaft gegen den Nationalsozialismus aufzuarbeiten und aufzubereiten. Kernziel des Vereins ist die Schaffung eines Geschichts- und Lernorts auf dem Areal des frühen Konzentrationslagers Kislau nördlich von Bruchsal an der Bahnstrecke zwischen Karlsruhe und Heidelberg, der vor allem Schulklassen und anderen jungen Menschen aus dem gesamten badischen Landesteil als Anlaufpunkt dienen und damit eine große geografische Lücke in der außerschulischen Bildungslandschaft Baden-Württembergs schließen soll.

Seit 2015 hat das Land unser Projekt zunächst drei Jahre lang im Rahmen eines Anschubprojekts mit der vergleichsweise hohen Summe von jeweils 200.000 Euro gefördert. Seit Anfang dieses Jahres unterstützt es unsere Arbeit institutionell, will heißen: dauerhaft. Damit ist Kislau nach und neben der Gedenkstätte Grafeneck und dem Dokumentationszentrum Oberer Kuhberg in Ulm die dritte Einrichtung, der diese Form der Finanzierung zuteilwird. Mit der Institutionalisierung ist eine Absenkung der Mittel einhergegangen, die jedoch erfreulicherweise schon im laufenden Jahr auf dem Wege einer Kofinanzierung durch drei umliegende Stadt- und Landkreise ausgeglichen werden kann.

Anhand dieser Eckpunkte können Sie bereits ersehen, dass man dem Projekt, das unser Verein als vergleichsweise junger Akteur in der Geschichtsorte-Landschaft betreibt, von Seiten der Landes- wie der Kommunalpolitik eine gewisse Relevanz beimisst. Ich hatte eingangs allerdings angedeu-

tet, dass sich unser Ansatz und unsere Arbeit den klassischen Kategorien ganz bewusst zu einem Gutteil entziehen sollen. Was heißt das konkret?

### 1. Einen historischen Lernort neuen Typs schaffen

Nicola Wenge hat gestern sehr differenziert beschrieben, was die klassischen Gedenkstätten ausmacht: Sie wurden in den 70er und 80er Jahren des 20. Jahrhunderts aus der Bürgerschaft heraus mit dem Ziel geschaffen, an die Opfer des NS-Regimes zu erinnern.

Auch wir wollen die von uns neu zu schaffende Einrichtung bewusst an einem solchen historischen Ort von landesweiter Bedeutung etablieren. Allerdings verfolgt das Projekt Lernort Kislau nicht ausschließlich und auch nicht primär das Ziel, an die Opfer des NS-Regimes zu erinnern. Die Geschichte der Verfolgung, die an diesem Ort stattgefunden hat, muss und soll zwar eine gewichtige Rolle in der Vermittlung spielen, aber das Thema soll bewusst weiter gefasst werden. Und damit wäre ich bei einem weiteren zentralen Moment:

### 2. Lernen über Demokratie und Lernen über Diktatur von Anfang an zusammendenken

Mit Dana Giesecke und Harald Welzer sind auch wir der festen Überzeugung, dass der Nationalsozialismus nicht vom Ergebnis der millionenfachen Vernichtung her verstanden und erklärt werden kann. Das Grauen, das der Nationalsozialismus erzeugt habe – so Giesecke/Welzer –, müsse „auf diese Weise opak und erratisch erscheinen, denn die industrielle Produktion von Leichen“ sei „als factum brutum notwendigerweise völlig unerklärlich“. Deshalb genüge „das Geschehen an sich nicht zum Mitfühlen und Mitdenken“.<sup>2</sup> Anders, als gestern in einem Redebeitrag behauptet, plädieren Giesecke/Welzer allerdings keineswegs dafür, die Negativaspekte der Geschichte auszublenden, sondern ganz im Gegenteil dafür, die positiven und die negativen menschlichen Möglichkeiten darzustellen.

Es gilt also, die ganze Geschichte einer Entwicklung zu erzählen, die schließlich in einem Weltenbrand mit -zig Millionen Toten endete. Statt den Fokus vorrangig oder gar ausschließlich auf die Regimephase des Nationalsozialismus zu legen, müssen gleichermaßen auch dessen Bewegungsphase sowie die Umstände in den Blick genommen werden, unter denen die Nazis erstarken und schließlich an die Macht gelangen konnten. Wir möchten aber noch weiter gehen, indem wir einen Lernort schaffen, der sich nicht auf die Zeit des NS-Regimes konzentriert oder linear auf diese hinführt,

sondern die Weimarer Republik gleichberechtigt mit in den Blick nimmt, sie nicht nur als „Vorgeschichte“ des NS-Regimes begreift, in der das Scheitern quasi bereits strukturell angelegt gewesen sei, sondern als eine Zeit, die selbstverständlich auch die Möglichkeit des Gelingens in sich barg.

Wie anders könnte mit dem Instrumentarium der Geschichtsvermittlung der in der gestrigen Sitzung mehrfach angeführten Tatsache begegnet werden, dass ein signifikanter Teil der nachwachsenden Generation nicht mehr zwischen Demokratie und Diktatur unterscheiden kann? Wie anders könnte die gestern mehrfach beschworene „Fragilität der Demokratie“ besser umrissen werden? Wie anders könnte sich herausarbeiten lassen, dass Demokratie eben nicht „das schlichtweg Gegebene“ ist, sondern dass sie immer wieder aufs Neue ausgehandelt und errungen werden muss? Und wie anders könnte der Demokratie auf dem Wege der Geschichtsvermittlung wieder zu mehr Strahlkraft verholpen werden?

In diesem Sinne – so unser Ansatz – gilt es nicht zuletzt dem

Mensch mit Brüchen und Widersprüchen einen prominenten Platz in der Erinnerungslandschaft zu erringen.

Den frühen Nazi-Gegnern der Zeit vor 1933 hingegen, die nach der NS-„Machtergreifung“ zu den ersten Verfolgungsopfern von SA, SS und Gestapo gehörten, wird bis heute in der Vermittlung wie auch in der Forschung vergleichsweise wenig Augenmerk zuteil – und wenn überhaupt, so werden sie oft vor allem als Opfer erinnert statt als aktiv handelnde, mutige und weitsichtige Menschen, die eben leider nur zu wenige Mitstreiter fanden, als dass sie die Machtübergabe an die Nazis hätten verhindern oder gar 1933 den Gang in eine totalitäre Diktatur noch hätten aufhalten können.<sup>3</sup>

Nicola Wenge hat es indes gestern bereits erwähnt: „Du Opfer!“ ist heute eines der beliebtesten Schimpfwörter auf deutschen Schulhöfen. Das können und müssen wir bedauern, und es gilt, Strategien gegen die mangelnde Fähigkeit zur Empathie zu entwickeln, die sich darin ausdrückt.



Entwurf: Rossmann & Partner; Zeichnung: Katja Reichert.

Mögliche Umsetzung eines Lernort-Neubaus nördlich der Kislauer Schlossanlage.

Ringens um den Erhalt der Demokratie vor 1933 in all seinen Facetten sowie dem Widerstand gegen das NS-Regime ab 1933 besonderes Augenmerk zu schenken und beide mit gegenläufigen Handlungsmustern zu kontrastieren – von Momenten, die zur Zerstörung der Weimarer Republik beitrugen, bis hin zu Anpassung und Integration in die „deutsche Volksgemeinschaft“ oder gar aktiver Täterschaft unter dem NS-Regime.

### 3. Kategorien von „Tätern“, „Opfern“, „Helden“ oder „Märtyrern“ durchbrechen!

Auch und gerade hier bei uns in Baden-Württemberg ist der Blick immer noch stark auf die vermeintlichen Helden und Märtyrer des späten Widerstands ab 1939 konzentriert – häufig ungeachtet möglicher antidemokratischer, wo nicht gar menschenfeindlicher Einstellungen und Handlungen. Mehr noch: Wer sich in vorgerücktem Stadium des Regimes vom Saulus zum Paulus wandelte, hat gute Chancen, als

Wir sehen diesen Befund als Auftrag, die Nazi-Gegner quasi aus der Opferrolle zu befreien und sie vor allem in ihrem aktiven Handeln zu zeigen – in ihrem mutigen Einsatz gegen Rassismus, Unrecht und Gewalt, aber gegebenenfalls auch in ihrem Zagen, ihrem Scheitern, zum Teil aber auch in ihrem Kapitulieren vor dem Nazi-Terror.

Zu erzählen bleibt in diesem Zusammenhang auch, dass der von Millionen von Menschen getragene Abwehrkampf gegen den Aufstieg des Nationalsozialismus nach dem Jahreswechsel 1932/33 in Windeseile zusammenbrach und dass der größere Teil der -zig Millionen Menschen, die in der Weimarer Republik in den Gewerkschaften organisiert gewesen waren, sich 1933/34 willig und mit allenfalls sehr subtilem Druck in die Deutsche Arbeitsfront überführen ließ,

während nur wenige Tausend den Weg in den aktiven Widerstand wagten.

Es braucht, kurz gesagt, die gestern vielfach beschworenen „Lebensgeschichten in ihren Brüchen“ statt lebensferner Helden und Märtyrer.

Wenn Martin Sabrow gestern Abend mit Blick auf die NS-Aufarbeitung im engeren Sinne konstatiert hat, die „Geste der kritischen Aufarbeitung“ sei hohl geworden, so lässt sich doch gerade mit Blick auf manch einen bislang kaum hinterfragten „Helden“ oder „Märtyrer“ durchaus noch einiges an „kritischer Aufarbeitung“ vollbringen.

### Kislau als historischer Ort

Als Haftort Hunderter früherer Nazi-Gegner während der ersten Jahre der NS-Diktatur steht das Konzentrations- und Bewahrungslager Kislau im ehemaligen Land Baden für die

Themenkomplexe „Abwehrkampf gegen den Nationalsozialismus“, „Widerstand“ und „Verfolgung“ zugleich. Wie kein anderer Ort in Baden symbolisiert es damit den Übergang von der Demokratie in die Diktatur, von einem wenn auch brüchigen Rechtsstaat in ein in Windeseile installiertes System völliger Entrechtung und Willkür, das millionenfachen Mord hervorbringen sollte.

Errichtet im April 1933 auf dem Areal eines nördlich von Bruchsal gelegenen früheren Speyerer Bischofsschlosses, bestand das KZ bis zum Frühjahr 1939 – und damit länger als alle anderen frühen Lager im deutschen Südwesten. Bei den „Schutzhäftlingen“, die ohne rechtliche Grundlage nach Kislau verschleppt wurden, handelte es sich zunächst fast ausschließlich um erklärte politische Gegner der Nationalsozialisten: Kommunisten, Sozialdemokraten und Freigewerkschafter. Später wurden auch Zeugen Jehovas, sogenannte „Rassenschänder“ und andere Männer in Kislau festgehalten.

Kislau gehörte zu den ganz wenigen frühen Lagern des NS-Regimes, die nicht von der SA, der SS oder der Gestapo befehligt und niemals der Inspektion der Konzentrationslager zugeschlagen wurden, sondern der Landesverwaltung unterstellt waren und es auch blieben – so in diesem Fall der des badischen Innenministeriums. Wie in den anderen frühen Lagern wollte man freilich auch dort die Häftlinge demütigen, ausbeuten und politisch neutralisieren.

Mit der Auflösung des Konzentrationslagers Ankenbuck im März 1934 fiel Kislau die Rolle des einzigen Konzentrationslagers in Baden zu. 1936 wurde das KZ zum „Bewahrungslager“ mit weitergehenden Funktionen transformiert und 1939 schließlich aufgelöst. Bis zu diesem Zeitpunkt hatten dort nach heutigem Kenntnisstand mindestens 1.000 sogenannte „Schutzhäftlinge“ um ihre Freiheit und um ihr Leben geangt, und ein nicht unerheblicher Teil von ihnen war von dort weiter nach Dachau, Buchenwald, Sachsenhausen oder in andere Lager verschubt worden.

Wie schon vor 1933 beherbergte die Kislauer Schlossanlage darüber hinaus auch während der NS-Zeit eine Landesarbeitsanstalt. In sie wurden Männer eingewiesen, die man als „asozial“ abgestempelt hatte. Seit 1934 fungierte Kislau zudem als Durchgangslager für sämtliche ehemalige Fremdenlegionäre, die nach Deutschland zurückkehren wollten. Bevor sie nach Hause weiterreisen durften, wurden sie einer ideologischen „Schulung“ unterworfen. Sofern sie sich dabei als nicht empfänglich für die nationalsozialistische Lehre erwiesen, fanden sie sich unversehens in einem Zwangsarbeitslager oder im KZ wieder. Nach der Auflösung des Bewahrungslagers diente Kislau des Weiteren als Strafgefängnis für politische Häftlinge – unter ihnen etwa der spätere Ulmer Oberbürgermeister Robert Scholl.<sup>4</sup> In der Endphase des Krieges wurden hier auch Urteile des Sondergerichts Mannheim gefällt und vollstreckt.

Es war gestern von der „Ästhetik des Grauens“ und vom „Dark Tourism“ die Rede. Selbst im Vergleich zu vielen anderen frühen Lagern wie etwa auch dem zeitgleich errichteten württembergischen KZ Heuberg ist der „Gruselfaktor“ – ich benutze ganz bewusst diesen problematischen Begriff – des Lagers Kislau begrenzt. Genau dies aber macht das Potenzial aus, das dieser historische Ort mit Blick auf den geplanten Lernort birgt.

Die geografische Lage von Kislau kommt dem Vorhaben, dort einen Lernort für den badischen Landesteil zu errichten, sehr entgegen: Die Schlossanlage findet sich in unmittelbarer Nähe der Bahnstation Bad Schönborn – Kronau und damit zugleich an der Nahtstelle zwischen den beiden größten badischen Ballungsräumen. Sowohl von Heidelberg als auch von Karlsruhe aus ist sie in kürzester Zeit erreichbar.

Das historische Kislauer Gebäudeensemble selbst steht für unsere Zwecke allerdings leider nicht zur Verfügung: Es dient heute als Außenstelle der Justizvollzugsanstalt



Ansicht der Kislauer Schlossanlage von Süden.

Jörg Winter/LZW.

Bruchsal. Deshalb hat das Land Baden-Württemberg ein Grundstück vor den Toren der Schlossanlage bereitgestellt, auf dem der künftige Lernort mit direkter Sichtachse zum authentischen Ort entstehen soll. Im Jahr 2016 haben wir einen Realisierungswettbewerb nach den Ausschreibungskriterien des Landes durchgeführt. Aus diesem Verfahren ist ein einstimmig gekürter Siegerentwurf hervorgegangen, der seither die Grundlage unserer Planungen bildet.

## Ausstellungs-, Vermittlungs- und Raumkonzept

Die Option „Neubau“ barg und birgt die Chance, ein integriertes Ausstellungs-, Raum- und Vermittlungskonzept zu entwickeln, das voll und ganz von der Vermittlung her gedacht ist. Anregungen und Ideen fanden wir weniger in der einschlägigen ausstellungs- und museumsdidaktischen Literatur, die wir durchaus intensiv studiert haben, als vor allem in einigen innovativen Einrichtungen in Deutschland, Frankreich und der Schweiz.

Bereits mit Blick auf den Architekturwettbewerb haben wir ein erstes Grobkonzept vorgelegt, das wir seither kontinuierlich überdenken und weiterentwickeln. Dies geschieht im engen Austausch mit unserem Jugendbeirat, für den wir Schülerinnen und Schüler unterschiedlicher Schularten gewinnen konnten. Auch an der Entwicklung von Arbeitsmaterialien für den Schulunterricht sollen unsere jugendlichen Expertinnen und Experten mitwirken. Seit 2017 wird das Projekt Lernort Kislau darüber hinaus von einem interdisziplinär besetzten elfköpfigen wissenschaftlichen Beirat begleitet, der eine Evaluation nach fachlichen Standards sicherstellt.

## Das Konzept für den Lernort Kislau

Informativ, interaktiv und partiell auch partizipativ – das waren und sind in aller Kürze die Ansprüche, die es an einen zeitgemäßen historischen Lernort zu stellen galt und gilt. Darüber hinaus mussten die große zeitliche Distanz sowie die mediale Vorprägung der Hauptzielgruppe in Rechnung gestellt werden: Die heutigen Digital Natives beziehen einen Großteil ihrer Geschichtsbilder durch Spielfilme mit einschlägigen historischen Sujets sowie durch Computerspiele mehr oder weniger „historischen“ Inhalts, die Digitalisierung nahezu aller Lebensbereiche lenkt ihr Rezeptions- und Lernverhalten zunehmend in Richtung einer visuellen Wahrnehmung.<sup>5</sup>

Am vorläufigen Ende unserer Überlegungen stand ein integriertes Gestaltungskonzept<sup>6</sup>, das einer dialektischen Grundstruktur folgt: Gleich eingangs möchten wir die Besucherinnen und Besucher zur Reflexion über Wertfragen anregen. Hernach sollen sie entlang eines multimedialen Parcours verschiedenste Aspekte der badischen Landesgeschichte der Jahre 1918 bis 1945 erkunden. Abschließend sollen sie die Ergebnisse dieser Geschichtserkundung mit den zu Beginn aufgeworfenen Wertfragen zusammenführen.

Beim Betreten des Lernorts Kislau gelangen die Besucherinnen und Besucher in eine lichte LOBBY. Dort erwarten sie Sitzmöbel, eine Video-Installation WERTEKANON sowie ein auf dem Boden eingezeichnetes WERTETHERMOMETER. Sie sind eingeladen, darüber nachzudenken, was ihnen persönlich mit Blick auf das menschliche Zusammenleben wert und wichtig ist, und nach Wunsch in einer Video-Box selbst einen Beitrag für den WERTEKANON zu generieren.

Eine ZEITSCHLEUSE bindet die LOBBY thematisch und atmosphärisch an den historischen Bereich des Lernorts an. Durch sie gelangen die Besucherinnen und Besucher zurück ins Jahr 1918. Auf ihrer mehr als hundert Jahre umspannenden Zeitreise sehen sie sich mit rasch wechselnden Audio- und Bildeindrücken sowie mit LEITFRAGEN konfrontiert, denen sie später wiederbegegnen werden.

Beim Verlassen der ZEITSCHLEUSE finden sich die Besucherinnen und Besucher am Beginn eines in hallenartiger Atmosphäre inszenierten GESCHICHTSPARCOURS wieder. Entlang zwölf chronologisch angeordneter Themenfelder lässt sich in diesem Raum die badische Landesgeschichte der Jahre 1918 bis 1945 in beliebiger Kombination und Reihung durchmessen. Schulklassen sollen den GESCHICHTSPARCOURS, in mehrere Kleingruppen unterteilt, eigenständig im Zuge einer biografisch akzentuierten Spurensuche erkunden.

Jedem Themenfeld ist eine bestimmte allgemeingültige LEITFRAGE zugeordnet, mittels derer sich die historischen Ereignisse in Bezug zur eigenen Lebenswelt setzen lassen. Einige Themenfelder werden von größeren Rauminstallationen wie einem WERTELABYRINTH, einem SCHEIDEWEG, einer begehbaren FLUCHTORTE-Karte oder einem WIDERSTANDSNEST dominiert, andere sind vor allem durch Audio-, Video- oder – teilweise interaktive – Medieninstallationen geprägt. ZEITFENSTER unterstützen den Gegenwartstransfer. Vertiefungsebenen eröffnen interessierten Besucherinnen und Besuchern detailliertere Einblicke.



Stadtarchiv Karlsruhe 8/PBSov/558.

Ankunft der „Schutzhäftlinge“ im Konzentrationslager Kislau. Über die „Schaufahrt“ wurde in der Presse ausführlich berichtet. In diesem Zusammenhang ist auch das Foto entstanden.

In einem FORUM, das zentral in den GESCHICHTSPARCOURS eingebettet ist, können die gewonnenen Eindrücke abschließend zusammengeführt und reflektiert werden. Plenarförmig angeordnete Sitztreppen laden zum Verweilen ein. An und auf den Treppenstufen finden sich Passagen aus der UN-Menschenrechtscharta, aus dem Grundgesetz sowie aus vielen anderen Texten, die sich um die Grundfragen „Freiheit“, „Gleichheit“ und „Frieden“ ranken und zum Nachdenken und Diskutieren einladen.

## Online-Geschichtsportal zur Landesgeschichte der Jahre 1918 bis 1945

Unter der vorläufigen Domain [www.lzw-portal.de](http://www.lzw-portal.de) ist am Jahresbeginn 2017 unser Geschichtsportal zur Landesgeschichte der Jahre 1918 bis 1945 online gegangen, das wir seither weiter ausbauen. Perspektivisch soll es die Vermittlungsarbeit am Lernort Kislau ergänzen, indem sich ein

Besuch der Einrichtung mittels der dort bereitgehaltenen Informationen vor- oder nachbereiten lässt. Aber auch unabhängig davon wird das Portal schon bald viele interessante Informationen zu Ereignissen der Jahre 1918 bis 1945 in Baden wie im Reich, zu Nazi-Gegnern in und aus Baden, zu ihren Organisationen, zu den Orten ihres Wirkens sowie zu Orten der Verfolgung bereithalten. Eine interaktive Landkarte erleichtert das Auffinden von Ortseinträgen, ein Glossar mit knappen Begriffserklärungen trägt zum besseren Verständnis bei.

Das Herzstück des Online-Geschichtsportals bilden animierte Bildergeschichten – so genannte Motion Comics – von jeweils rund vier Minuten Dauer, die wir selbst konzipieren und produzieren. Aus der Ich-Perspektive jeweils einer bekannten oder auch unbekannteren historischen Persönlichkeit beleuchten wir darin konkrete Ereignisse der Jahre 1918 bis 1945 in einer einfachen und verständlichen Bildsprache.<sup>7</sup> Das thematische Spektrum reicht dabei von der weitsichtigen Geißelung des Rechtstextremismus durch Reichskanzler Joseph Wirth im Jahr 1922 über Wirken und Schicksal des Friedens- und Menschenrechtsaktivisten Emil Julius Gumbel in Heidelberg seit 1923 oder den mutigen Einsatz eines 16-jährigen Fahrradkuriers in den Anfangsjahren des NS-Regimes bis hin zu den Aktivitäten der Freiburger Mitglieder der Widerstandsgruppe „Weiße Rose“ am Jahreswechsel 1942/43.

Bei der Themenauswahl für die Motion Comics können wir keineswegs aus dem Vollen schöpfen. Denn in Betracht kommen für uns dezidiert nur Ereignisse, deren Verläufe durch Primärquellen wie Sitzungsprotokolle, Wiedergutmachungsakten und Ähnliches oder durch glaubwürdige autobiografische Schilderungen hinreichend belegt sind und die sich deshalb detailgetreu beschreiben lassen. Dennoch sind wir uns vollumfänglich bewusst, dass wir mit der gewählten Form der Darstellung in Ich-Form bisweilen die Grenzen historischer Wissenschaftlichkeit verlassen. Das nämlich ist immer dann der Fall, wenn wir unseren Protagonistinnen und Protagonisten Aussagen in den Mund legen, die von ihnen nur dem Sinn nach überliefert sind.

In der Fachwelt stößt dieses Vorgehen keineswegs auf ungeteilte Zustimmung. Wir jedoch nehmen den Einbruch des Fiktionalen in unsere faktenge sättigte Vermittlungsarbeit billigend in Kauf und möchten auch am künftigen Lernort Kislau in zumindest begrenztem Umfang mit Motion Comics arbeiten. Denn wir halten sie für ein probates Mittel auf dem Weg zum wesentlichen Ziel unserer Geschichtsarbeit: den Angehörigen heutiger und künftiger Generationen möglichst hautnah zu vermitteln, was es konkret heißt, in einer Demokratie mit zu wenigen Demokraten und in letzter Konsequenz schließlich in einer menschenverachtenden Diktatur zu leben.

*Dr. Andrea Hoffend, geb. 1962, war nach einem an der Universität Mannheim absolvierten Lehramtsstudium der Politischen Wissenschaft und Zeitgeschichte, der Germanistik sowie der Ostslawistik zunächst als wissenschaftliche Mitarbeiterin in einem von Hermann Weber verantworteten Drittmittelprojekt zur Gewerkschaftsgeschichte und hernach als dessen Lehrstuhlassistentin tätig. 1996 promovierte sie mit einer breit angelegten vergleichenden Studie über die Kulturbeziehungen zwischen Nazi-Deutschland und faschistischem Italien in den Jahren 1933 bis 1943. Über Nationalsozialismus und italienischen Faschismus hinaus liegen ihre Forschungsschwerpunkte vor allem auf der Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung sowie auf der Regionalgeschichte des deutschen Südwestens. Nach jeweils mehrjähriger Tätigkeit in der städtischen Kulturarbeit, im Business Development eines australischen Unternehmens sowie im Kommunikationsmanagement war sie zuletzt freiberuflich für öffentliche Verbände, Gewerkschaften und Bundes-SPD auf verschiedenen Feldern der Public History tätig. Seit Februar 2015 leitet sie das Projekt Lernort Kislau, das mittlerweile von der öffentlichen Hand institutionell gefördert wird.*

<sup>1</sup> Vgl. hierzu und zum Folgenden ausführlicher sowie mit detaillierteren Verweisen Andrea Hoffend und Andreas Schulz: Geschichtsarbeit im Dienste des Demokratie-Erhalts? Das Projekt Lernort Kislau, in: Gedenkstätten Rundbrief Nr. 186 (6/2017), S. 12–22.

<sup>2</sup> Dana Giesecke und Harald Welzer: Das Menschenmögliche. Zur Renovierung der deutschen Erinnerungskultur, Hamburg 2012, S. 8.

<sup>3</sup> Vgl. zum Vorangehenden Andrea Hoffend: Mehr als nur Opfer- und Tätergeschichte. Ein Zwischenruf zum Stellenwert von Widerstand und Exil der Arbeiterbewegung in der demokratischen Bildungsarbeit, in: Gerd-Bodo von Carlsburg u. a. (Hrsg.): „Hätte ich doch nicht weggeschaut!“ Zivilcourage früher und heute, Augsburg 2012, S. 61–67.

<sup>4</sup> Vgl. zum Vorangehenden die im Generallandesarchiv Karlsruhe überlieferten Verwaltungs- und Häftlingsakten des Lagers Kislau in der NS-Zeit sowie die im Staatsarchiv Freiburg überlieferten Verwaltungsakten des Konzentrationslagers Ankenbuck, die wir derzeit mit Blick auf eine für das kommende Jahr geplante Publikation auswerten. Einen ersten Überblick zu Kislau in der NS-Zeit bietet Angela Borgstedt: Das nordbadische Kislau. Konzentrationslager, Arbeitshaus und Durchgangslager für Fremdenlegionäre, in: Wolfgang Benz und Barbara Distel (Hrsg.): Herrschaft und

Gewalt. Frühe Konzentrationslager 1933-1939, Berlin 2002, S. 217–229.

<sup>5</sup> Eine gute Einführung in den gesamten Themenkomplex liefert Catarina Katzer: Cyberpsychologie. Leben im Netz: Wie das Internet uns verändert. München 2016. Für diesen Literaturhinweis danke ich meinem Team-Kollegen Andreas Schulz, der sich intensiv mit der Frage nach adäquaten Formen der Geschichtsvermittlung im digitalen Zeitalter befasst.

<sup>6</sup> Eine digitale Version unserer Konzept-Broschüre findet sich unter [http://www.lzw-verein.de/files/lzw/Redaktion/downloads/LZW-Konzept-Broschue%20\(Juni%202016,%20komprimiert\).pdf](http://www.lzw-verein.de/files/lzw/Redaktion/downloads/LZW-Konzept-Broschue%20(Juni%202016,%20komprimiert).pdf)

<sup>7</sup> Das Format „Motion Comics“ wurde in dieser Form von unserem Vereinsmitglied Gundula Axelsson auf der Grundlage eingehender Recherchen vor dem Hintergrund jahrelanger rundfunkjournalistischer Tätigkeit entwickelt. Seit 2014 konnten wir sechs Motion Comics produzieren, ein siebter befindet sich in Vorbereitung. Alle fertiggestellten Motion Comics können schon jetzt auf unserem im Aufbau begriffenen Geschichtsportale oder auf unserem YouTube-Kanal unter [https://www.youtube.com/watch?v=smARTm\\_le6k&list=PLR-u2AAmf9G6BD\\_ItP02qLzbKbJPb3nRC](https://www.youtube.com/watch?v=smARTm_le6k&list=PLR-u2AAmf9G6BD_ItP02qLzbKbJPb3nRC) abgerufen werden.

# Partizipationsgeschichte: Demokratie und Diktatur im Haus der Geschichte Baden-Württemberg

## 1. Haus der Geschichte in Baden-Württemberg: Perspektiven

Die Dauerausstellung im Haupthaus in Stuttgart widmet sich 200 Jahren Landesgeschichte des Südwestens. Während an den anderen Standorten des Hauses der Geschichte der historische Ort sowie der Aspekt des Erinnerns eine wichtige Rolle spielen, handelt es sich bei der permanenten Ausstellung um ein Museum, das sich allein auf die historischen Objekte und ihre Inszenierung in einem narrativen Zusammenhang konzentriert.

Im Mittelpunkt der Ende 2002 eröffneten Dauerausstellung stehen ca. 1500 historische Objekte, dreidimensionale Dinge ebenso wie schriftliche Dokumente, Fotos, Töne und Filme, die auf über 2000 Quadratmetern gezeigt werden. Sie erzählen zunächst ihre eigenen Geschichten. Allerdings sind sie ihrem ursprünglichen Verwendungszusammenhang entnommen, zu „Semiophoren“ geworden (Krzysztof Pomian<sup>1</sup>),



Haus der Geschichte Baden-Württemberg.

Die ersten Landesverfassungen, präsentiert in einem stilisierten Landtagsoval auf rotem Samt.

und müssen im Museum rekontextualisiert werden.<sup>2</sup> Das geschieht vor allem über die Inszenierung, die in Bildräumen Bühnenbildnerisch die Geschichte des deutschen Südwestens erstehen lässt. Zusätzlich geben kurze, präzise Objekttexte und zeitgenössische Zitate Orientierung.

Die Dauerausstellung gliedert sich in einen chronologischen und einen thematischen Teil, die an einigen Stellen durch „Durchblicke“ miteinander verbunden sind. Jeder der beiden Ausstellungsteile umfasst sieben Ausstellungsbereiche. Die Auswahl der historischen Objekte ist selbstverständ-

lich von entscheidender Bedeutung für die Geschichtskonstruktion. Die Inszenierung fügt der Deutung der Landesgeschichte neben der kognitiven eine emotionale Dimension hinzu. Das birgt auch die Gefahr einer Überwältigung. Daher ist es dem Haus wichtig, die Geschichtsdeutung systematisch offen zu legen.

## 2. Narrationslinie Partizipationsgeschichte

Der chronologische Teil der Dauerausstellung stellt das Narrativ der politischen und gesellschaftlichen Partizipation ins Zentrum. Der rote Faden der Geschichtsdarstellung folgt der Fragestellung, wer die Geschicke des Landes mitgestalten durfte und wer von Teilhabe ausgeschlossen war. Dabei wird Partizipation in einem weiten Sinn mehrdimensional verstanden: Es geht keineswegs nur um den Wechsel von Staatsformen oder um Fragen des Wahlrechts. Zugänge zu Bildung, zu sozialen Sicherungssystemen oder auch die Teilhabe an einer gemeinsamen Erinnerungskultur gehören ebenfalls zur Narrationslinie.

Das Haus der Geschichte Baden-Württemberg verfolgt dabei keineswegs eine teleologische Darstellung. Die Partizipationsgeschichte wird nicht linear bis zu einem guten Ende in der Gegenwart der heutigen repräsentativen Demokratie erzählt, sondern die Auswahl der historischen Objekte zeigt Vor- und Rückschritte, einander überlappende Prozesse von Inklusion und Exklusion verschiedener sozialer Gruppen im heutigen Südwesten. Deutlich wird auch, dass Mitbestimmung und Repräsentation in der Regel nicht gewährt wurden, sondern eingefordert und errungen werden mussten.

Die historischen Objekte stellen zwar bereits in ihrer Auswahl eine Interpretation und Wertung im Hinblick auf das Thema dar. In der Ausstellung wird aber darauf geachtet, dass die Geschichtserzählung multiperspektivisch ist. Die Auseinandersetzung mit dieser Art der Darstellung lädt Besucherinnen und Besucher zur aktiven Wahrnehmung und zur eigenen Positionierung ein. Das Haus der Geschichte Baden-Württemberg möchte keine fertigen Antworten geben, sondern Fragen aufwerfen, die kritisch diskutiert werden können. Das Deutungsangebot muss dafür offen sichtbar und erkennbar sein. Die dekonstruierten Objekte und ihre museale Rekontextualisierung ermöglichen historisches Lernen für Menschen mit unterschiedlichen Vorkenntnissen.

### 3. Exklusion und Inklusion in Demokratie und Diktatur

Im Bereich des Vormärz präsentiert das Museum in einem stilisierten Landtagsoval die ersten Landesverfassungen auf rotem Samt. In den Nischen des weitgehend geschlossenen Elements werden Verehrungsgegenstände (Pokale und eine Bürgerkrone) für die ersten bürgerlichen Abgeordneten präsentiert, die ihnen ihre Wähler aus den Ortsgemeinden als Zeichen der Dankbarkeit gewidmet haben. Die Verfassungen verweisen auf den wichtigen Schritt der Begrenzung absolutistischer Macht. Eine eindimensionale Auratisierung oder Sakralisierung ist jedoch nicht beabsichtigt. Denn im selben Ausstellungsbereich wird der Ausschluss weiter Teile der Bevölkerung von Möglichkeiten der Teilhabe gezeigt – und das Ringen um Partizipation: Um die engen Mauern des Ovals herum erzählt beispielsweise ein Buch des Radikaldemokraten und Redakteurs Gustav Struve vom Kampf gegen Zensurbestimmungen; der Buchantiquar Isaac Hess beklagt die schlechten Bildungschancen jüdischer Kinder und fordert auch für sie 1823 die allgemeine Schulpflicht.

Der anschließende Bildraum inszeniert die Revolution von 1848 als Visualisierung eines Diktums von Ludwig Uhland als „Sturm, der in die Zeit gefahren ist“. Auf wackeligem Boden begegnen den Besucherinnen und Besuchern wenige große, aussagekräftige Objekte in schräg gestellten Vitrinen: Fahnen, von demokratisch gesonnenen Frauen mit den Insignien der Revolution bestickt, oder die Bretter einer bäuerlichen Wohnzimmervertäfelung, auf denen ein Bauer den erfolgreichen Kampf um die Entfeudalisierung schriftlich festhält: Jeder kann nun „nach seinem Belieben Schalten und Walten“. Ein inszenatorischer Raumton liefert die Atmosphäre zu Protesten und politischen Debatten, die auf der Straße ausgetragen wurden. Am Ende des Raumes werden die Bodenplatten wieder fest. Die Objekte erzählen von der Verfolgung der gescheiterten Revolutionäre in Baden und ein „Leichenstein der Revolution“ setzt einen zeitgenössischen erinnerungskulturellen Schlusspunkt.

Die Gleichzeitigkeit von gesellschaftlicher Inklusion und Exklusion, von südwestdeutschen Ansätzen zu einer demokratischeren Gesellschaft auf der einen Seite, Repressionen, Militarismus und Kolonialverbrechen auf der anderen Seite sind Themen des Bildraums über die Zeit des Kaiserreichs, „Einbindung in den Nationalstaat“. Die beiden Großvitrinen beschäftigen sich mit der Frauen- und der Arbeiterbewegung. Die Weiterentwicklung von Partizipationsmöglichkeiten für Frauen wird auf den Zugang zu höherer Bildung fokussiert, während die andere Vitrine Württemberg als Zufluchtsort für verfolgte Sozialdemokratinnen und -demokraten vorstellt, deren demokratische Teilhabechancen aber auch im Südwesten durch die Reichsgesetze begrenzt waren.

Multiperspektivität und Ambivalenz demokratischer Entwicklungen zeigt auch der Schaukasten, der von der jüdischen Emanzipation handelt. Die rechtliche Gleichstellung der jüdischen Bevölkerung war Anlass für die Produktion eines Gedenktuchs in Erinnerung an eine Jom-Kippur-Feier im Deutsch-Französischen Krieg. Hier wurde die Gemeinschaft beschworen („Haben wir nicht Alle einen Vater?“) und das Selbstverständnis als jüdische Deutsche in den Mittelpunkt gestellt. Direkt darunter liegen zwei Postkarten, die abwertende Stereotypen im Bildprogramm verwenden und die die Entstehung eines biologistisch argumentierenden politischen Antisemitismus zur selben Zeit verdeutlichen. Ebenfalls rassistisch motivierte, extreme Exklusion, die Personen das Menschsein ganz abspricht, findet sich dann am Übergang zum nächsten Raum: Der Kolonialismus begegnet den Südwestdeutschen u.a. auf Völkerschauen, auf denen Menschen wie Tiere präsentiert werden. Versklavte afrikanische Frauen werden als „Waldkoblde“ bezeichnet und live einem wissenschaftlich interessierten bürgerlichen Publikum vorgeführt.

Rassistische und biologistische Sichtweisen der Ausgrenzung, die im 19. Jahrhundert ideologisch angelegt wurden, bleiben auch im nächsten Raum wirkmächtig, der sich mit der Zeit der beiden Weltkriege und der Weimarer Republik beschäftigt. Auf diesen Bereich, in dem Demokratie und Diktatur gemeinsam in einem Bildraum ausgestellt sind, soll im Folgenden noch detaillierter eingegangen werden (s. Kap.4).



Haus der Geschichte Baden-Württemberg.

Wackelige Böden, schräg gestellte Vitrinen: der Bildraum inszeniert die Revolution von 1848 als Visualisierung eines Diktums von Ludwig Uhland als „Sturm, der in die Zeit gefahren ist“.

Der bedrohlich wirkende Bildraum, in dem der Eindruck der Enge durch eine abgehängte Decke noch verstärkt wird, öffnet sich zur helleren Nachkriegszeit. Im Bereich „Aufbau des Südweststaats“ wird zu Beginn biographisch erzählt: Vier Männer und vier Frauen werden vorgestellt. Auf dem Rücken tragen sie Vitrinen mit Erinnerungsstücken aus der Nachkriegszeit, die von ihren ganz unterschiedlichen Lebensgeschichten auch im Nationalsozialismus erzählen. Die Hälfte der Personen sind KZ-Überlebende, zwei jüdische Deutsche, eine Sintiza und ein Widerstandskämpfer. Strikt

chronologisch angeordnet wird neben dem jungen Kommunisten Hans Gasparitsch die Geschichte des NS-Täters Fritz Kiehn erzählt, einem SS-Hauptsturmführer, der nach Verurteilung zu einer Geldbuße als Minderbelasteter in den 1950er Jahren einen raschen Wiederaufstieg als Unternehmer erlebt.

Daran anschließend wird das stilisierte Landtagsoval aus dem Vormärz wieder aufgegriffen. Auf dem roten Samt liegt erneut eine Grundordnung, die demokratische Landesverfassung des neu gegründeten Landes Baden-Württemberg. Das Oval ist nun offener und verweist an seinem Ausgang auf das Modell des ersten Landtagsgebäudes und einen Film über diesen vollständig transparenten Glasbau.

Auch nach Einführung der parlamentarischen Demokratie und der Landesgründung wird die Partizipationsnarration weitergeführt. Bürgerbewegungen kommen in den Blick, die in kontroversen gesellschaftspolitischen Diskussionen nicht allein auf das Wahlrecht setzen, sondern ihre Teilhabewünsche in unterschiedlichen Aktionsformen und im Spiegel der aufkommenden neuen Massenmedien zum Ausdruck bringen. Auch in diesem Bildraum, der zivilgesellschaftliches Engagement zeigt, setzt die Dauerausstellung nicht auf eine lineare Darstellung. Ebenso thematisiert werden die RAF und die rechtsextremistischen Gewalttäter der 1990er Jahre, die die parlamentarische Demokratie als System ablehnen und ihre Vorstellungen mit Gewalt durchzusetzen trachten.

Im Übergang zum Themenpark befindet sich als Scharnier zwischen beiden Teilen das „Museum der Gegenwart“. Insbesondere Teile des Bauzauns aus dem Protest gegen den Bahnhofsneubau Stuttgart 21 können auch als Fortsetzung des letzten chronologischen Bereichs „Parlamentarische Demokratie im Medienzeitalter“ gesehen werden. Hier öffnet sich das Haus der Geschichte mit großen Fenstern zur Stadt mit ihren zentralen Repräsentationsorten und bezieht die Landeshauptstadt in die Ausstellung mit ein, so dass die Besucherinnen und Besucher wieder in der Gegenwart enden, von der aus sie gestartet sind.



Haus der Geschichte Baden-Württemberg.

Die Zeit der beiden Weltkriege und der Weimarer Republik werden in einem Raum verhandelt. Der bedrohlich wirkende Bildraum öffnet sich erst zur helleren Nachkriegszeit.

Die Aneignung der mehrdimensionalen Geschichten von Teilhabe und Ausschluss, von Demokratie und Diktaturen im Südwesten bleiben dem Museumspublikum überlassen. Die Ausstellung ermöglicht ein Verstehen in der jeweiligen historischen Zeit, ohne die Gegenwartsgebundenheit jeder Geschichtsbetrachtung zu verbergen und macht die Gegenwart vor dem historischen Hintergrund diskutierbar.

#### 4. Zusammenhänge gestalten: „Weltkriege und Zwischenkriegszeit 1914–1945“

Am Beispiel des Bildraums „Weltkriege und Zwischenkriegszeit 1914–1945“ soll im Folgenden der ausgestellte Zusammenhang zwischen Demokratie und Diktatur in der Nahsicht exemplarisch vorgestellt werden.

Im Ausstellungsbereich werden der Erste Weltkrieg, die Weimarer Republik und die NS-Zeit mit dem Zweiten Weltkrieg gemeinsam in einer auf den ersten Blick einheitlichen Inszenierung erzählt. Die Entscheidung, den Zeitraum 1914 bis 1945 zusammen zu betrachten, mag auf den ersten Blick überraschen. Der Zeitabschnitt kann natürlich vordergründig als krisenhafter Übergang zu einer bis heute andauernden demokratischen Friedensperiode betrachtet werden.<sup>3</sup> Bei näherer Betrachtung und mit Blick auf die politischen Verhältnisse im Südwesten vermag diese welthistorisch gedachte Klammer allerdings weniger zu überzeugen.<sup>4</sup> Mehrere politische Systemwechsel, von der konstitutionellen Monarchie über die parlamentarische Demokratie mit sehr kurzen Phasen der Räterepublik zur Diktatur und am Ende (wieder) zur von den Alliierten auferlegten parlamentarischen Demokratie, lassen den Zeitraum von 27 Jahren doch eher disparat erscheinen.

Den kuratorischen Überlegungen zufolge gaben stattdessen zwei grundsätzliche Verbindungen den Ausschlag, die historischen Zeitabschnitte zusammenzudenken. Die gesamte Zeitspanne ist geprägt von Gewalt: Beginnend mit dem Ersten Weltkrieg, der neue Dimensionen von Töten und Sterben mit sich brachte, stellt die Ausstellung die Weimarer Republik, unter der Bezeichnung „Zwischenkriegszeit“, in diesen Kontext der gewaltsamen Auseinandersetzung. Politische Morde (u.a. an Matthias Erzberger) und gewaltbereite Massenaufmärsche gehörten auch in der Zeit der Demokratie im eher gemäßigten, liberal-konservativen Südwesten zum Alltag. In der NS-Zeit prägte auch vor Kriegsbeginn Gewalt gegen politische Gegner und alle anderen „Feinde“ des Regimes, die nicht in die vorgestellte Volksgemeinschaft passten, die südwestdeutsche Gesellschaft.

Neben der Gewalt durchzieht die formierte Masse, in der das Individuum verschwindet, der Einzelne nicht mehr zählt, die gesamte Periode: Massen-

aufmärsche und -demonstrationen, uniformierte Züge von Soldaten und spielenden Kindern, Kriegsgefangene oder einheitlich gekleidete Häftlinge prägen das Bild. Die gleichförmig geordnete Gruppe verspricht Sicherheit und Zugehörigkeit, löscht alle Eigenheiten und markiert eine klare Grenze für die, die nicht dazugehören sollen.

Die zentralen verbindenden Aspekte von Masse und Gewalt werden in der Mitte des Raumes auf zwei großen Projektionsflächen gezeigt. Vergrößerungen von Fotografien aus dem Ausstellungsraum, die Motive aus dem Ersten Weltkrieg und aus der NS-Zeit zeigen, sind thematisch korrespondierend nebeneinander zu sehen. Wenn auf der einen Seite Bilder der Ausgrenzung, Vertreibung und Ermordung von Verfolgten des NS-Regime zu sehen sind, bleibt die andere Seite weiß. Die Parallelitäten werden hier wieder in Frage gestellt, das Singuläre der nationalsozialistischen Gewalt-herrschaft wird sichtbar.

Während die beiden undemokratischen Kriegsperioden an den Langwänden getrennt durch die Projektionen einander gegenüberstehen, ist die parlamentarische Demokratie der Weimarer Republik durch ein transparentes Tor abgetrennt. Auf der linken Seite des Tores ist eine Großdemonstration aus dem November 1918 in der Stuttgarter Eberhardstraße zu sehen, die den Beginn der Republik markiert. Rechts neben dem Eingang zur Zwischenkriegszeit zeigt ein Foto die Besetzung des Stuttgarter Rathauses durch SA-Männer vom 7. März 1933 und damit das Ende des demokratischen Experiments.

Am Ende des Raums ist die Anordnung der Vitrinen gestört. Objekte, die vom Leben in den Konzentrationslagern und von der Befreiung der Lager zeugen, scheinen in den würfelförmigen Vitrinen aus der Wand gefallen. Der Zivilisationsbruch wird hier augenfällig. Die auf diese Weise geleerte Wandfläche gibt den Blick auf die langen Balken einer Scheune aus Kusterdingen bei Tübingen frei, in der weibliche Häftlinge des Konzentrationslagers in Calw auf einem Evakuierungsmarsch Anfang April 1945 übernachtet hatten. Auf den Balken hinterließen sie Nachrichten über ihre verzweifelte Situation.

Der Raum wurde 2014 komplett überarbeitet: Es kamen neue Objekte und Inhalte hinzu, das strenge Gleichmaß der Vitrinen wurde aufgehoben, um zum Beispiel Platz für die Hobelbank des Hitler-Attentäters Georg Elser zu schaffen. Die Anordnung der Objekte erfolgt nun ausnahmslos nach chronologischen Gesichtspunkten. Das stärkt den Blick für Kontinuitäten, aber auch für Entwicklungsprozesse. Die strikte Gliederung nach der zeitlichen Reihenfolge erlaubt ein differenziertes und diverses Bild. Hierarchisierungen der Geschichten werden vermieden; es gibt keine Meistererzählungen. Ohne Bagatellisierung des Unrechts sind auf diese Weise verschiedene Perspektiven auf dasselbe Geschehen darstellbar. So werden in direkt benachbarten Vitrinen die gewaltsame Vertreibung der jüdischen Deutschen aus einem Schwimmbad bei Mannheim und die fröhlichen Ausflüge der jungen Pimpfe und Jungmädels präsentiert, die zeitgleich stattgefunden haben.

Porträtbilder von einer der ersten weiblichen Landtagsabgeordneten, der Badener Wirtschaftswissenschaftlerin Marie

Bernays, des SPD-Abgeordneten Ludwig Marum, der 1934 im KZ Kislau ermordet wurde, oder von SA-Führer Hanns Ludin aus Freiburg, der für die Ermordung von 60.000 slowakischen Juden mitverantwortlich war, werden eingereiht zwischen zeitgenössische Filme, Audios, Fotografien und dreidimensionale Objekte.

Die Zeit zwischen 1914 und 1945 lässt sich nicht auf eine einfache, eindimensionale Formel bringen. Das Haus der Geschichte versucht das auch gar nicht und lässt Widersprüchliches bestehen.

## **5. Aspekte der Vermittlung: Geschichtslernen und Gegenwartsbezug**

Die Geschichtsvermittlung unterstützt Gruppenbesucherinnen und -besucher, insbesondere junge Leute (Schulklassen aller Schularten, Jugend- oder FSJ-Gruppen) durch verschiedene methodische Angebote in der Auseinandersetzung mit der Ausstellung. Die Workshops und Programme sind objektzentriert und multiperspektivisch. Zu Beginn geht es immer zunächst um das Verstehen in der historischen Zeit. Geschichtslernen und die Bildung von Geschichtsbewusstsein stehen im Vordergrund, während Gedenken und Erinnern eine eher untergeordnete Rolle spielen. Junge Menschen sollen befähigt werden, mit einem analytisch-kritischen Blick historische Zusammenhänge wahrzunehmen und mit der Gegenwart in Beziehung zu setzen. Dabei ist es auch wichtig, strukturelle Unterschiede wahrzunehmen und die begrenzte Möglichkeit von direkten Lehren aus der Geschichte zu vermitteln. Hierzu zwei Beispiele:

Im Workshop „Menschen im Nationalsozialismus und Zivilcourage“ arbeiten die Jugendlichen in Kleingruppen in den Bildräumen Weltkriege und Aufbau des Südweststaats (Nachkriegszeit). Sie rekonstruieren Biographieggeschichten von Menschen, die während der NS-Zeit im Südwesten gelebt haben. Anschließend präsentieren sie ihre Ergebnisse der Klasse. Sie beschreiben dabei u.a. Situationen, in denen sich Menschen entschieden haben, Widerstand zu leisten oder dem Regime zu dienen. Gemeinsam diskutieren die Schülerinnen und Schüler die Handlungsmöglichkeiten der Männer und Frauen und die Schwierigkeiten einer Einordnung, eines Labellings als „Mitläufer“, „Täter“ oder „Opfer“.

Im zweiten Teil des Workshops beschäftigen sich die Jugendlichen mit der Gegenwart: Widerstand ist in der demokratischen Jetztzeit nicht notwendig, aber eine zivilcouragierte Haltung dringend erforderlich. Als Übergang zwischen den Zeiten und um zu verdeutlichen, dass grundsätzliche strukturelle Unterschiede zwischen der NS-Diktatur und der Gegenwart bestehen, setzen sich die Teilnehmenden mit einem Zitat des früheren UN-Generalsekretärs Kofi Annan auseinander, das aus seiner Rede zum 60. Jahrestag der Befreiung von Auschwitz (2005) stammt: „Das Böse braucht das Schweigen der Mehrheit“. Die jungen Leute arbeiten heraus, auf welche Personengruppen sich die Zuschreibung „böse“ jeweils bezieht, wenn von der NS-Diktatur oder von unserer Demokratie die Rede ist. Dass Demokratie als gelebte Vielfalt nur funktioniert, wenn sich alle Anwesenden

aktiv für sie einsetzen, erproben und reflektieren die Teilnehmenden anschließend in kleinen Spielsequenzen, in Übungen für zivilcouragiertes Verhalten.

Differenzierte Wahrnehmungen und Multiperspektivität sind der musealen Vermittlung auch im Umgang mit Zeitzeuginnen und Zeitzeugen wichtig. In intergenerationellen und interkulturellen Geschichtswerkstätten zu Themen wie Widerstand oder Kriegsende werden daher stets mehrere Seniorinnen und Senioren eingeladen, die in Arbeitspaaren mit jeweils einer Schülerin oder einem Schüler die Ausstellung erkunden und die Objekte als Erzählanlässe nutzen. Anschließend präsentieren dann die Jugendlichen der gesamten Gruppe, was sie neu erfahren haben oder was sie besonders beeindruckt hat. Auf diese Weise erfahren die Jugendlichen, dass auch die Zeitgenossen dieselben Zeiträume und Ereignisse unterschiedlich erlebt haben (ohne dass die Zeitzeugnisse der Anwesenden analytisch in Frage gestellt oder abwertend kontextualisiert werden). Die für das Geschichtslernen oft eher kontraproduktive Authentizitätsbehauptung von Zeitzeugnissen wird so relativiert.<sup>5</sup>

Obwohl sich die museale Vermittlung im Haus der Geschichte Baden-Württemberg immer auch politisch versteht und Menschenrechtsbildung für die Gegenwart und Zukunft ein zentrales Handlungsfeld ist, liegt der Schwerpunkt auf dem multiperspektivischen Verstehen der Vergangenheit.

## 6. Fragilität der Demokratie – Ausblick und Fragen

Aktuell arbeitet die Geschichtsvermittlung an einem Workshop zur Geschichte des Rassismus im Südwesten – nicht allein als Ideologie, sondern im weiteren Sinn als Wissens- und Ausgrenzungskategorie.<sup>6</sup> Die historischen Wurzeln von Stereotypen und essentialisierenden Ausgrenzungen in den Blick zu nehmen, erscheint uns notwendig. Die fachdidaktisch sehr guten Trainings gegen Rechtsextremismus und strukturelle Vorurteile, die z.B. mit dem Anti-Bias-Ansatz arbeiten, bleiben meist in der Gegenwart. Sie erklären nicht, dass die ausgrenzenden Adressierungen des „Anderen“ mit ihren wiederkehrenden Konzepten des „Völkischen“

oder den Vorstellungen von Reinheit und Abstammungsgemeinschaft, wie sie AfD, Pegida und Co. vertreten, historische Wurzeln haben und kein Produkt des Zufalls sind.

Die Auseinandersetzung mit der Landesgeschichte, als einer historischen Spurensuche vor Ort, benötigt keine Meistererzählungen oder einseitigen Auratisierungen. Die eindimensionale teleologische Heroisierung von Volksherrschaft verdrängt aktuelle Ausgrenzungen und wird der Tatsache nicht gerecht, wie dünn die Decke der parlamentarischen Demokratie ist. Ein Zusammendenken von Demokratie, Diktatur und Völkermord (auch des kolonialen), wie es das Haus der Geschichte Baden-Württemberg versucht, vermittelt ein Bewusstsein für die Gefahren, die die Demokratie immer bedroht haben und es auch jetzt noch tun. Dieser Bedrohung gilt es mit fundiertem, intersektional differenziertem, multiperspektivischem Wissen über die Vergangenheit entgegenzuwirken.

*Dr. Caroline Gritschke, geb. 1966, Studium der Geschichte und Germanistik in Göttingen und Tübingen, Promotion an der Universität Kassel. Als Historikerin Konzeption und Durchführung von partizipatorischen Ausstellungsprojekten zur Migrationsgeschichte und zu Flucht und Asyl; Lehraufträge an der Universität Stuttgart (2005/2006) und an der Hochschule Esslingen für Migration und Gender (2009); Jurorin in der Landesjury des Geschichtswettbewerbs des Bundespräsidenten der Körber-Stiftung; seit 2008 Wissenschaftliche Mitarbeiterin für Bildung und Vermittlung am Haus der Geschichte Baden-Württemberg in Stuttgart. Veröffentlichungen u.a.: gemeinsam mit Maren Ziese (Hrsg.), *Geflüchtete und kulturelle Bildung. Formate und Konzepte für eine neues Praxisfeld*, Bielefeld 2016; *Deutsche Migrationsgeschichte*, in: *Praktische Geschichtsvermittlung in der Migrationsgesellschaft*. 46 Bausteine für die schulische und außerschulische historisch-politische Bildung, hrsg. Bundeszentrale für politische Bildung (Themen und Materialien), Bonn 2013, S. 21–56.*

1 Krzysztof Pomian: Der Ursprung des Museums. Vom Sammeln. Wagenbach, Berlin 1988.

2 Ausführlich zur Ausstellungskonzeption s. den Katalog zur Dauerausstellung, vor allem: Paula Lutum-Lenger: Die Gegenwärtigkeit der Geschichte. Eine Ausstellung zur südwestdeutschen Landesgeschichte, in: Haus der Geschichte Baden-Württemberg (Hrsg.), *Landesgeschichten: der deutsche Südwesten von 1790 bis heute*, Stuttgart 2002, S. 10–21.

3 So kann nach einer Lesart schon der Erste Weltkrieg als Zivilisationsbruch gedeutet werden, der die Zeit der beiden Weltkriege miteinander verbindet: Eric Hobsbawm, Eric J., *Das Zeitalter der Extreme. Weltgeschichte im 20. Jahrhundert*, München 1995, S. 21.

4 Zur Raumin szenierung siehe Bernd Holtwick, *Weltkriege und Zwischenkriegszeit 1914–1945*, in: Haus der Geschichte Baden-Württemberg (Hrsg.), *Landesgeschichten* (wie Anm.1), S. 132–137.

5 Empirische Studien zu Schwierigkeit mit Quellenkritik bei Oral History-Interviews: Christiane Bertram, Wolfgang Wagner, Ulrich Trautwein: Learning historical thinking with oral history interviews: A cluster randomized controlled intervention study of oral history interviews in history lessons. *American Educational Research Journal* 54, 2017, S. 444–484.

6 Siehe u.a. Stuart Hall: Das Spektakel des Anderen, in: *Ideologie Identität Repräsentation. Ausgewählte Schriften IV*. Hamburg 2004, S. 108–167.

## „Demokratie ist nie bequem.“ Die Darstellung von Demokratie und Diktatur im Theodor-Heuss-Haus

Nähert man sich dem idyllisch gelegenen Theodor-Heuss-Haus auf dem Stuttgarter Killesberg, scheinen Diktatur und Völkermord weit weg zu sein. Der Eindruck saturierter Bürgerlichkeit drängt sich auf und verstärkt sich, sobald die Besucher das Haus betreten, denn auch die rekonstruierten Wohnräume verströmen die gutbürgerliche Behaglichkeit der frühen Bundesrepublik. Doch das bescheidene Häuschen des ersten deutschen Staatsoberhaupten nach 1945 vermittelt mit seiner Erinnerung an die bundesrepublikanischen „Anfänge ohne jeden Pomp und falschen Anspruch“<sup>2</sup> bereits eine eminent politische Botschaft, unterscheidet es sich doch deutlich von der pompösen Selbstinszenierung eines Hitler und setzt auch einen Kontrapunkt zu den angeblich überzogenen Ansprüchen heutiger Politiker. Die abstrakte Staatsform der Demokratie erhält hier eine zutiefst menschliche Note.

### Theodor Heuss und das Theodor-Heuss-Haus<sup>3</sup>

Mit seiner Konzentration auf den ersten Bundespräsidenten Theodor Heuss (1881–1963) widmet sich das Haus einer recht speziellen Thematik, denn Heuss spielt in der

öffentlichen Wahrnehmung kaum eine Rolle. Sein Beitrag zur deutschen Nachkriegsgeschichte, erst recht zur deutschen Demokratiegeschichte, bleibt erstaunlich blass, obwohl sich anhand von Heuss die wechselhafte Geschichte der deutschen Demokratie vom Kaiserreich bis in die frühe Bundesrepublik anschaulich nachzeichnen lässt. Nach dem Ende des Nationalsozialismus galt er als einer der wenigen „uncompromising democrats“<sup>4</sup> und wurde mit Ämtern geradezu überhäuft. Als Journalist, Politiker, Hochschuldozent und nach 1945 erstmals auch als Verfassungsvater und Staatsoberhaupt setzte sich Heuss zeit seines Lebens für die liberale Demokratie ein und wurde deshalb sogar als „Inkarnation der Republik“ bezeichnet.<sup>5</sup>

Anhand von Heuss' Biographie wird im Theodor-Heuss-Haus das Wechselspiel zwischen Individuum und Zeitgeschichte – und damit auch der verschlungene Weg der Demokratie in Deutschland – thematisiert. Folglich finden sich dort auch zahlreiche Objekte, die landläufig mit einer liberalen Demokratie verbunden werden: Wahlprogramme, Plakate und Abstimmungsergebnisse, Verfassungsdokumente oder Presseartikel stehen für den Austausch von Argumenten in einer pluralistischen Gesellschaft. Doch ein Austausch an Ideen



Das Theodor-Heuss-Haus in Stuttgart.

und Argumenten ist zwar die Grundlage demokratisch verfasster Gesellschaften, kann aber auch Gegnern von Demokratie und Pluralismus nutzen. Die Gratwanderung einer jeden freiheitlichen Gesellschaft zwischen dem Recht auf freie Meinungsäußerung und dem Schutz vor der Verbreitung politisch extremer, den Pluralismus gefährdender Positionen ist bis heute relevant und wird interessierten Beobachtern nicht zuletzt in den Kommentarspalten des Internets täglich vor Augen geführt. Die Ausstellung im Theodor-Heuss-Haus veranschaulicht das historische Fundament dieser aktuellen Problematik. Sie verdeutlicht nicht nur, dass insbesondere für die Zeit, in der Heuss politisch aktiv war, Demokratie-Erinnerung nicht ohne Auseinandersetzung mit der nationalsozialistischen Diktatur zu haben ist. Sondern sie zeigt auch, dass selbst ein überzeugter Demokrat wie Theodor Heuss gelegentlich Positionen vertrat, die heute als undemokratisch irritieren. Die Besucher sind daher immer wieder aufgefordert, ihren eigenen Standpunkt auszuloten und zu reflektieren. Dies soll an sechs Themen beispielhaft gezeigt werden:

1. Heuss' politische Grundlagen
2. Journalist zwischen Demokratie und Diktatur
3. Der Politiker
4. Der Bundespräsident
  - A. Auseinandersetzung mit der nationalsozialistischen Vergangenheit
  - B. politische Symbolik
5. Der Verfassungsvater
6. Elly Heuss-Knapp

## 1. Heuss' politische Grundlagen

Die Einheit, mit der die Besucher in der Ausstellung empfangen werden, stellt mit Heuss' familiärer Herkunft zugleich auch seine politischen Grundlagen vor. Neben Familienbild und Büchern ist eine große, schwarz-rot-goldene Flagge das beherrschende Element. Die Fahne, unter der Heuss' Vorfahren in der Revolution von 1848 gekämpft haben, windet sich um die Ausstellungswand herum, so dass sie zugleich einen Akzent in der Einheit „Politik in Weimar“ setzt. Denn 1919 – wie auch in der Zeit nach dem Zweiten Weltkrieg – berief sich Heuss immer wieder auf die Tradition



Ausstellungseinheit Kindheit und Jugend.

von 1848, um den Neuanfang einer demokratischen Republik im Geiste der Paulskirche zu gestalten.<sup>6</sup> Daneben geht aus den zahlreich präsentierten Büchern hervor, wie sehr Heuss' Vater das politische Interesse seiner Söhne im liberalen, freigeistigen Sinn förderte.

Die gegenüberliegende Wand nimmt diesen Faden auf und zeigt, dass Heuss sich von den politischen Vorstellungen seines Vaters löste, ihnen vom Grundsatz her aber treu blieb. Sein neues Vorbild hieß Friedrich Naumann, dessen nationale, liberale und demokratische Ideen künftig sein Leben bestimmten. Gleich zu Beginn der Ausstellung wird den Besuchern damit deutlich, dass Heuss im Gegensatz zu vielen Gleichaltrigen nicht kaisertreu und autoritätsgläubig, sondern demokratisch sozialisiert wurde.

## 2. Journalist zwischen Kaiserreich und Diktatur

Eine freie Presse ist ein Markenzeichen moderner Demokratien, und mit seiner Entscheidung für den Beruf des Journalisten übernahm Heuss folglich eine grundlegende demokratische Funktion. In zwei größeren Ausstellungseinheiten wird Heuss daher als Journalist vorgestellt, einmal zu Beginn seines Berufslebens im Kaiserreich bis 1918, das zweite Mal in der Zeit des Nationalsozialismus.<sup>7</sup> Eine Schreibmaschine, jeweils umgeben von Zeitungsartikeln und aussagekräftigen Zitaten, die Heuss zu zentralen Ereignissen verfasste, symbolisiert seine Tätigkeit als Journalist. Für beide Zeitabschnitte hinterlässt Heuss dabei einen ambivalenten Eindruck, denn der demokratische Journalist Heuss vertritt durchaus auch Ansichten, die heutigen Besuchern eher undemokratisch anmuten. So nimmt Heuss im Ersten Weltkrieg zwar Hermann Hesse vor dem Vorwurf in Schutz, ein „vaterlandsloser Gesell“ zu sein<sup>8</sup> und zeigt sich auch nicht als aggressiver Angriffspolitiker. Er ist aber zugleich davon überzeugt, dass Deutschland einen gerechten Krieg führt, und übernimmt recht unkritisch offizielle Verlautbarungen.

Hitlers „Machtergreifung“ war für Heuss beruflich und persönlich eine einschneidende Zäsur. Vom Vorstand des Deutschen Werkbunds musste er zurücktreten, die Lehrtätigkeit an der Deutschen Hochschule für Politik wurde ihm von den Nationalsozialisten verboten und sein Reichstagsmandat wurde aberkannt. Was ihm – wenn auch eingeschränkt – blieb, war die Tätigkeit als Journalist. Heuss' vor 1933 ent-



Journalist im Nationalsozialismus.

standene Bücher wurden an sogenannten Schandpfählen angeprangert, und immer wieder drohte ihm Berufsverbot. Immerhin konnte er weiter publizieren, wenn auch zum Teil nur unter Pseudonym. Wie ausgelegte Artikel aus der Zeitschrift „Die Hilfe“ zeigen, versuchte er bis 1936, liberale und humanistische Werte gegen die Diktatur zu verteidigen; ansonsten veröffentlichte er vor allem kleine biographische Skizzen in der systemkritischen „Frankfurter Zeitung“, aber auch in Goebbels Aushängeblatt „Das Reich“. Zudem entstanden ab 1937 aus seiner Feder fünf Biographien, von denen vier noch vor 1945 unter seinem Namen erschienen.<sup>9</sup> Unmittelbar nach 1933 betonte Heuss zwar die Bedeutung der geistigen Freiheit für Religion, Kunst und Wissenschaft, forderte diese Freiheit aber nicht ebenso eindrücklich für die Presse ein, für deren „Gleichschaltung“ er anfangs sogar Verständnis äußerte.<sup>10</sup> Obwohl Heuss in Opposition zum Nationalsozialismus stand und Kontakte zum Widerstand hatte, zeigt das Bild des demokratischen Oppositionellen also auch befremdliche Brüche.

Heuss' Publikationstätigkeit während der nationalsozialistischen Diktatur ließ die Amerikaner trotz ihrer Einschätzung von Heuss als „uncompromising democrat“ zunächst daran zweifeln, ob er für eine journalistische Position in Frage komme.<sup>11</sup> Letztlich übertrugen sie ihm aber doch gemeinsam mit einem Sozialdemokraten und einem Kommunisten die Lizenz für die Rhein-Neckar-Zeitung in Heidelberg; sein Einsatz für ein demokratisches Deutschland begann also nach dem Ende der NS-Diktatur erneut als Journalist. Auch als Bundespräsident verzichtete er nicht ganz auf diesen Beruf. Er ließ es sich nicht nehmen, wichtige Reden selbst zu schreiben und war 1956 Mitherausgeber des fünfbändigen Werks „Die großen Deutschen“, für das er persönlich mehrere Artikel verfasste.

### 3. Der Politiker

War Heuss als Journalist vor allem als Kommentator von Kultur und Politik tätig, konnte er als Politiker stärker gestaltend auf seine Zeit einwirken. Schon 1909 schrieb Heuss an eine Freundin, Deutschland brauche „die Demokratie [...] wie das täglich Brot und den Segen Gottes, wenn es in der Weltgeschichte und in der Weltwirtschaft vorwärts kommen will“.<sup>12</sup> Erst ab der Weimarer Zeit war ihm diese aktive Einwirkung jedoch vergönnt – vorher war er entweder zu jung, oder er wurde schlichtweg nicht gewählt.

Mit Unterbrechungen war Heuss von 1924 bis 1933 Abgeordneter der republiktreuen Deutschen Demokratischen Partei im Deutschen Reichstag. Auf dieser politischen Bühne vertrat er ebenso wie als unermüdlicher Wahlkämpfer und Redner überzeugt die parlamentarische Republik. Doch das bewahrte ihn nicht vor Entscheidungen, die Schlaglichter auf die Zeitgebundenheit seines Demokratieverständnisses werfen, stimmte er doch 1933 sogar für das Ermächtigungsgesetz. Wie konnte ein überzeugter Parlamentarier diese Selbstentmachtung des Parlaments mittragen?

Die Ausstellung verdeutlicht, dass der Aufstieg der Nationalsozialisten durch historische Umstände und zeitgenössische Denkmuster bedingt war, denen auch Heuss zum

Teil unterlag. So präsentiert eine Litfaßsäule Wahlplakate der Septemberwahl 1930, in der die Nationalsozialisten einen immensen Stimmenzuwachs verzeichneten. Die Plakate dokumentieren die strittigen Themen und verschiedenen Herangehensweisen der Parteien bei dieser Wahl. Neben können die Besucher die Wahlergebnisse von der Wahl zur Nationalversammlung 1919 bis zur letzten freien Wahl 1933 ablesen und nachvollziehen, wie die damaligen Wähler die politische Mitte, insbesondere Heuss' republiktreue Partei, zunehmend marginalisierten und dass die Nationalsozialisten nicht erst 1933 die politische Bühne betraten. Wahlen werden somit auch in ihrer Ambivalenz dargestellt: Einerseits sind sie demokratische Errungenschaften und bauen auf die Partizipation der Bürger, andererseits sind Wahlergebnisse nicht immer im Sinne der Demokratie und können auch autoritären Regimen den Weg bereiten. Die Litfaßsäule fungiert daher als Scharnier zwischen den Einheiten zur Weimarer Republik und zum Nationalsozialismus: Die Zeit



Bernd Eidenmüller, © SBTH.

Litfaßsäule mit Wahlplakaten zur Septemberwahl 1930.

des Nationalsozialismus wirft hier erste Schatten voraus, ohne dass der Weg in die Katastrophe als zwangsläufig dargestellt würde. Denn die Ideologie und der pöbelhafte Stil der Nationalsozialisten blieben nicht ohne Widerspruch von Seiten der liberalen Demokraten.

Schon 1932 schrieb Heuss das Buch „Hitlers Weg“, das als erste fundierte Auseinandersetzung mit der Partei und ihren ideellen Grundlagen zu einem großen publizistischen Erfolg wurde.<sup>13</sup> Heuss arbeitete in dem Buch den antipluralistischen Geist der NS-Bewegung heraus, entwickelte aber wenig Gespür für dessen revolutionäre Dynamik. In seinem

publizierten Tagebucheintrag kommentierte Goebbels denn auch „Das alles ist so dumm, daß es kaum einer Betrachtung wert erscheint. Die bürgerliche Welt versteht uns nicht und kann uns wohl auch nicht verstehen.“<sup>14</sup> Als Parlamentarier setzte Heuss sich außerdem direkt mit den Nationalsozialisten auseinander und forderte auch von ihnen eine „gewisse durchgehende, menschliche Anständigkeit“.<sup>15</sup> Die Problematik der nationalsozialistischen Ideologie war Heuss also durchaus bewusst, dennoch stimmte er im März 1933 dem Ermächtigungsgesetz zu.

Die Architektur des Theodor-Heuss-Hauses gibt eine abwärtsführende Rampe vor, die zwei Räume miteinander verbindet. Im Ausstellungsnarrativ wird diese Rampe genutzt, um die Abwärtsbewegung in die Zeit des Nationalsozialismus zu symbolisieren. Dort wird folglich auch Heuss' Zustimmung zum Ermächtigungsgesetz thematisiert und gezeigt, dass Heuss sich ursprünglich bei der Abstimmung zum Ermächtigungsgesetz enthalten wollte, dann aber zusammen mit den anderen Abgeordneten seiner Partei doch zugestimmt hat, um die Einheit der ohnehin nur noch fünfköpfigen Fraktion zu demonstrieren. Heuss vermochte allerdings bis kurz vor seinem Tod nicht die Brisanz dieser Entscheidung zu erkennen, was ergänzende Dokumente belegen.

## 4. Der Bundespräsident

### A. Auseinandersetzung mit der nationalsozialistischen Vergangenheit

Als erstes Staatsoberhaupt nach Hitler musste Heuss sich der nationalsozialistischen Vergangenheit stellen und versuchen, Deutsche mit unterschiedlichsten Vergangenheiten in den neuen Staat einzubinden. Zudem sollte Deutschland der Weg zurück in die internationale Gemeinschaft geebnet werden. Frühzeitig bekannte Heuss sich zur deutschen Verantwortung für die „teuflischen Verbrechen“<sup>16</sup>, hütete sich jedoch davor, außer Hitler selbst Schuldige zu benennen. Damit akzeptierte er einerseits den erinnerungspolitischen Grundkonsens der Bundesrepublik, nach dem nur Hitler und seine engen Vertrauten die Verbrechen zu verantworten hatten, die Deutschen insgesamt aber lediglich verführt worden waren oder aus Angst vor persönlichen Konsequenzen gehandelt hätten.<sup>17</sup> Andererseits ermöglichte ihm die Akzeptanz dieses Konsenses, unbequeme Tatsachen auszusprechen, etwa dass die Deutschen „von den Dingen“ (= den NS-Verbrechen) gewusst haben.<sup>18</sup>

Statt von einer „Kollektivschuld“ zu sprechen, für die Heuss keine Grundlage gegeben sah, plädierte er in seiner Rede „Mut zur Liebe“ schon 1949 für den Begriff der „Kollektivscham“ und zeigte wenig Verständnis dafür, dass Deutsche, die unter Hitler gelitten hatten, auch diesen Begriff als unpassend empfanden.<sup>19</sup> Immer wieder setzte Heuss durch viel diskutierte und kritisierte Reden deutliche Zeichen, etwa bei der Einweihung des Mahnmals in Bergen-Belsen, in der er sich zur deutschen Verantwortung am Völkermord bekannte, oder zum Widerstand des 20. Juli, die das Recht auf Widerstand legitimierte.<sup>20</sup> Schallplatte und Druckfassung dieser beiden wichtigen Ansprachen aus den

Jahren 1952 und 1954 stehen für die breite Publizität, die Heuss' Reden erfuhren. In der Ausstellung werden diese Objekte daher noch durch ein Rednerpult ergänzt, das mitten im Ausstellungsbereich des Bundespräsidenten platziert ist. Auszugsweise können die Besucher hier zentrale Reden des Bundespräsidenten anhören, darunter auch die Rede „Mut zur Liebe“.



(c) dpa – Bildarchiv.

Bundespräsident Theodor Heuss (Mitte links) und der Präsident des jüdischen Weltkongresses Nahum Goldmann (Mitte rechts) am 30. November 1952 während der Einweihung der Gedenkstätte Bergen-Belsen auf dem Gelände des ehemaligen Konzentrationslagers.

### B. Politische Symbolik

Das Bekenntnis zur deutschen Verantwortung brachte Heuss auch durch seinen persönlichen Stil der Amtsführung zum Ausdruck. Insbesondere im Bereich der Symbolpolitik suchte er deutlich zu machen, dass sich das neue Deutschland grundlegend von seiner nationalsozialistischen Vergangenheit verabschiedet hatte. Vehement lehnte er jede Symbolik ab, die an Hitler erinnern könne. So duldet er zunächst keine Fotos von sich mit Kindern oder Hunden und wehrte sich dagegen, dass sein Konterfei die neuen Briefmarken zieren sollte – all dies sei Stil der Nazis gewesen.<sup>21</sup> Stattdessen orientierte er sich als äußerst geschichtsbewusster Bundespräsident in der Regel an den demokratischen Epochen um 1848 und der Weimarer Republik, was ihn allerdings nicht daran hinderte, sich mit Bundeskanzler Adenauer einen veritablen Streit um die richtige Hymne für Deutschland zu liefern. Denn obwohl das „Lied der Deutschen“ aus der von Heuss vielbeschworenen Tradition um 1848 stammte und die Nationalhymne der Weimarer Republik gewesen war, lehnte

er dessen Übernahme ab. Für Heuss war das Lied durch die Nutzung der Nationalsozialisten diskreditiert. Die von ihm in Auftrag gegebene neue Hymne fiel aber so betulich aus, dass der Spott um „Theos Nachtmusik“ ihr den Todesstoß versetzte.<sup>22</sup> Eine offizielle Proklamation der dritten Strophe des Deutschlandliedes als Nationalhymne verweigerte Heuss gleichwohl weiterhin. Ein schlichter, veröffentlichter Briefwechsel mit Adenauer musste genügen.<sup>23</sup>

Die Auseinandersetzung mit dem Nationalsozialismus hatte aber nicht nur eine innen-, sondern auch eine außenpolitische Dimension, galt es doch auch das Vertrauen des Auslands wiederzugewinnen. Nach der Souveränität der Bundesrepublik 1955 konnte Heuss ausländische Staatsbesuche unternehmen, war sich dabei aber seiner Bürde, als erstes Staatsoberhaupt nach Hitler aufzutreten, stets bewusst. Auf Heuss' persönlichen Wunsch ging es zurück, dass er bei seinem ersten Staatsbesuch in Griechenland an einer Sammelgrabstelle griechischer Opfer der deutschen Besatzungsmacht einen Kranz niederlegte – eine Geste, die er aufgrund der äußerst positiven Resonanz bei seinem Staatsbesuch in Italien wiederholte. Darüber hinaus punktete Heuss vor allem mit seiner Bildung und Zivilität, durch die er sich bei seinen Staatsbesuchen Achtung verschaffte und eine deutliche Distanz zum hohlen Pathos der Nationalsozialisten dokumentierte.<sup>24</sup>

Selbstredend war die Auseinandersetzung mit dem Nationalsozialismus nicht die einzige Aufgabe des Staatsoberhauptes. Doch sie ist die Chiffre, unter der sich Heuss' Politik von 1949–1959 unter anderem zusammenfassen lässt – mit dem Ziel, eine stabile Demokratie aufzubauen. So war es ihm ein Anliegen, Einigkeit mit Adenauer zu demonstrieren, um die Bevölkerung der jungen deutschen Demokratie nicht durch Meinungsverschiedenheiten oder gar Streit an der Staatsspitze zu verunsichern. Im Zweifelsfall gab er bei divergierenden Ansichten lieber nach. Um möglichst alle Bevölkerungsteile in den neuen Staat einzubinden und damit Weimarer Zustände zu vermeiden, führte er das Bundesverdienstkreuz ein, mit dem der Staat seinen Bürgern danken können sollte. Und auch eine zweite Wiederwahl als Bundespräsident, die vom Grundgesetz ausdrücklich nicht vorgesehen war, lehnte er ab; schließlich könne man nicht nach Belieben einfach die Verfassung ändern.<sup>25</sup>

## 5. Der Verfassungsvater

Dies war ihm umso wichtiger, als er selbst das Grundgesetz mit entworfen hatte. Bei den zähen Verhandlungen 1948/49 stand dabei immer wieder die Frage im Raum, wie die neue Verfassung vor ihren Feinden geschützt werden könne. Eine möglichst hohe Hürde vor jeder Änderung gehörte unbedingt dazu.

In der Ausstellung werden die Verhandlungen des Parlamentarischen Rats durch einen großen Tisch in Szene gesetzt. Die Besucher können Ausschnitte aus zentralen Reden hören oder sich anhand von Protokollen, Karikaturen und Bildern mit einigen strittigen Fragen näher beschäftigen, etwa dem Aufbau staatlicher Institutionen oder der richtigen Flagge für Deutschland.

Heuss' persönliche Ausgabe des Grundgesetzes, ein zentrales Exponat für die Demokratie-Erzählung im Theodor-Heuss-Haus, markiert den Übergang von der Nachkriegszeit zur Bundesrepublik, in der Heuss sich dann, wie schon ausgeführt, als Bundespräsident mit dem Nationalsozialismus auseinander setzen musste.

## 6. Elly Heuss-Knapp

Was wäre eine Demokratiegeschichte ohne den Beitrag der Frauen? Auch Elly Heuss-Knapp findet in der Ausstellung ihren Platz und ist dabei mehr als „die Frau an seiner Seite“. Schon die Form der Präsentation verdeutlicht, dass es sich bei ihr um eine eigenständige Persönlichkeit mit einem individuellen Profil handelt. Sie wurde daher nicht begleitend in die Einheiten zu Theodor Heuss integriert, sondern wird in drei Bereichen explizit vorgestellt. Eine erste Einheit zeigt Elly Heuss-Knapp als moderne junge Frau, die auch nach der Hochzeit berufstätig blieb. Dies war für eine bürgerliche junge Ehefrau ihrer Zeit ebenso ungewöhnlich wie ihre gute Ausbildung, die sogar zwei Studiensemester umfasste. Auch Elly Heuss-Knapps politisches Engagement wird deutlich: Sie war zwar keine Vorkämpferin für das Frauenwahlrecht, entwarf aber 1918 für den Propagandaausschuss der Deutschen Frauenverbände Slogans und Prospekte, mit denen Frauen davon überzeugt werden sollten, ihr neues Wahlrecht unbedingt zu nutzen.

Nachdem Elly Heuss-Knapp 1933 nicht länger als Lehrerin arbeiten durfte, entwickelte sie äußerst erfolgreich Rundfunk-, später auch Kinowerbung für Markenartikel. Dieser Nischenexistenz widmet sich die zweite Ausstellungseinheit. Zwar wurde auch diese Nische im Laufe der 1930er Jahre immer kleiner, und zudem vermisste Elly Heuss-Knapp, die in Bildung und Erziehung junger Frauen ihr eigentliches Betätigungsfeld sah, die Arbeit mit jungen Menschen. Doch die Werbung bot ihr auch nach dem Verlust ihrer vorherigen beruflichen Existenz eine Verdienstmöglichkeit, ohne dass sie mit den Nationalsozialisten sympathisieren musste. In dieser Zeit verdiente sie sogar mehr als ihr Mann, ermöglichte ihrem Sohn das Studium und erwarb das Haus, in dem das Ehepaar Heuss in Berlin lebte. Dank ihres Verdienstes konnte die Familie daher auch nach 1933 ihren bürgerlichen Lebensstil aufrecht erhalten, der im Hinblick auf Werte und Umgangsformen in sich schon Opposition zum Nationalsozialismus symbolisierte.

Der dritte und letzte Schwerpunkt zu Elly Heuss-Knapp befindet sich dann in der Zeit der Bundesrepublik. Hier wird ihre politische Tätigkeit nach 1945, unter anderem ihr erstes politisches Mandat, angesprochen; im Mittelpunkt steht jedoch ihre Arbeit als First Lady. Mit der Gründung des Müttergenesungswerks wollte sie eine akute Notlage der Nachkriegszeit lindern. Zugleich setzte sie ein Zeichen für ihre Nachfolgerinnen, von denen sich bislang jede für ein karitatives Projekt besonders engagierte. In der Ausstellung zeigt ein zeitgenössisches Plakat anschaulich die Not vieler Mütter in den 1950er Jahren, und die beliebten Blümchen, die manche Besucherinnen sogar selbst noch zu Hause haben, erinnern an die erfolgreichen Muttertags-Sammlungen, mit deren Einnahmen die Mütterkuren mit finanziert wurden.

## Die Darstellung von Demokratie und Diktatur im Theodor-Heuss-Haus

Welches Fazit kann nun aus diesen Schlaglichtern zur Darstellung von Demokratie und Diktatur im Heuss-Haus gezogen werden? Hier ist zunächst die Vielseitigkeit zu benennen, mit der Heuss die demokratische Klaviatur bediente, indem er als Politiker, Journalist und in vielen weiteren Funktionen versuchte, Deutschland nach liberalen, demokratischen Prinzipien mitzugestalten. Dies gilt auch für seine Frau, durch deren Wirken deutlich wird, dass Demokratie und Politik keineswegs nur Themen für Männer sind. Damit ist die Ausstellung im Theodor-Heuss-Haus klar in der „positiven Erinnerung“ (Martin Sabrow) zu verorten. Doch anhand der konkreten biographischen Beispiele kann auch gezeigt werden, dass demokratische Vorstellungen in Reinkultur kaum jemals vorkommen.

Beim Theodor-Heuss-Haus handelt es sich um ein biographisches Museum am authentischen Ort und damit um ein Modell, das gegenüber herkömmlichen Museen einen großen Vorteil bietet: Komplexe historische Themen können im Spiegel einer Biographie anschaulicher präsentiert werden.



Thomas Zörlein (Zuckerfabrik), © SBTH.

Blick in den unteren Ausstellungsbereich.

Wie alle Museen oder Gedenkstätten seiner Art bedient das Theodor-Heuss-Haus dabei den „Kult des Authentischen“ oder zumindest den „Kult des historischen Orts“. Doch wie aktuelle Besucherforschungen zeigen, kann der Weg über vom Besucher als authentisch wahrgenommene Orte und Objekte beim Zugang zu historischen Themen hilfreich sein, erhöht Authentizität doch bei manchen die Bereitschaft, sich überhaupt erst mit abstrakten Konzepten wie Demokratie auseinanderzusetzen.<sup>26</sup> Die Sehnsucht nach Originalen ist schließlich oft erst ausschlaggebend für den Besuch einer Ausstellung. Diesem Bedürfnis soll im Theodor-Heuss-Haus auch deshalb Rechnung getragen werden, weil Ausstellungen zur Demokratiegeschichte unter einem gravierenden Defizit leiden: Das Thema ist nicht besonders ausstellungsaffin. Demokratie verfügt nicht über den Prunk und Pomp einer Monarchie, nicht über den Verfremdungseffekt zeitlich oder räumlich weit entfernter Kulturen und

auch nicht über die schockierende Faszination brutaler Diktaturen. Stattdessen schlägt sie sich vor allem in vielen geschriebenen und gesprochenen Texten nieder, die im Theodor-Heuss-Haus noch dazu häufig in Fraktur oder gar Sütterlin verfasst sind. Die Aura des historischen Orts sowie – im Falle der biographisch angelegten Ausstellung im Heuss-Haus – die Aura des Protagonisten kann dieses auratische Defizit vieler Objekte vielleicht auffangen.

Über Theodor Heuss und Elly Heuss-Knapp lernen die Besucher und Besucherinnen die historischen Grundlagen der Bundesrepublik kennen: Die verschlungenen Pfade, die die deutsche Demokratie selbst durch den Blick zweier engagierter Demokraten genommen hat, ebenso wie die Tatsache, dass die Auseinandersetzung mit der nationalsozialistischen Vergangenheit untrennbar zur bundesrepublikanischen Geschichte gehört. Denn die demokratische Verfasstheit der Bundesrepublik ist nicht nur ein Produkt der alliierten Reeducation, sondern knüpft vielmehr an einen positiven Strang der deutschen Geschichte an, der sich, wenn auch gewunden und oft recht schmal, doch konsequent durchzieht. Dies kann am Beispiel des Ehepaars Heuss verdeutlicht werden.

Die Ausstellung im Theodor-Heuss-Haus zeigt, dass eine Demokratie unter den jeweiligen zeithistorischen Umständen immer wieder neu verhandelt werden muss und dabei keine einfachen Antworten verfügbar sind. Demokratie bedeutet stattdessen ein stetes Ringen, wofür es des freien Austausches in Rede, Schrift, Wissenschaft und Kunst bedarf. Zugleich beinhaltet sie die Möglichkeit, sich zu irren oder sich mit seiner Meinung nicht durchsetzen zu können – im schlimmsten Fall mit gravierender Gefahr für die Demokratie selbst. Für beides, das Ringen um den freien Austausch und die Gefahr für die Demokratie, gibt das Theodor-Heuss-Haus anschauliche Beispiele.

**Dr. Gudrun Kruij**, geb. 1963, studierte Neuere Geschichte mit Schwerpunkt Zeitgeschichte, Amerikanistik und Neue Deutsche Literatur in den USA, Essen und Tübingen. Von 1992 bis 1996 war sie wissenschaftliche Mitarbeiterin beim Forschungsprojekt „Westernization“ am Seminar für Zeitgeschichte an der Universität Tübingen und promovierte in dieser Zeit über das Thema „Das ‚Welt‘-Bild‘ des Axel Springer Verlags. Journalismus zwischen westlichen Werten und deutschen Denktraditionen“. 1996/97 arbeitete sie als Ausstellungsassistentin im Haus der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland in Bonn. Seither ist sie Wissenschaftliche Angestellte bei der Stiftung Bundespräsident-Theodor-Heuss-Haus in Stuttgart. Ihr momentanes Forschungsinteresse gilt biographischen Museen an authentischen Orten.

- 1 Theodor Heuss: Kräfte und Grenzen einer Kulturpolitik (1951), in: Ders.: Die großen Reden. Der Staatsmann, Tübingen 1965, S.131–165, hier S. 154.
- 2 Lord Ralf Dahrendorf, Vorwort, in: Theodor Heuss. Publizist – Politiker – Präsident. Begleitband zur ständigen Ausstellung im Theodor-Heuss-Haus, S. 4–6, hier S. 4.
- 3 Theodor Heuss ließ sich das Haus 1959 zum Ende seiner zweiten Amtszeit bauen und bewohnte es vier Jahre, bevor er 1963 in seinem Schlafzimmer starb. Im Anschluss war das Haus kurze Zeit vermietet, stand dann aber lange leer, bis die Stiftung Bundespräsident-Theodor-Heuss-Haus dort 2002 eine Erinnerungsstätte eröffnete, zu der seither im Schnitt ca. 10.000 Besucher pro Jahr kommen.
- 4 Psychological Warfare Division: "White List" of Persons in Germany Believed to be Anti-nazi or Non-nazi, 5.12.1944, NA, USA, zitiert nach: Theodor Heuss. Publizist – Politiker – Präsident (wie Anm. 2), S. 132.
- 5 Michele Barricelli: Öffentlich historisierte Leitbilder. Die biografischen Ausstellungen der Politikergedenkstätten in geschichtsdidaktischer Perspektive, in: Thomas Hertfelder/Ulrich Lappenküper/Jürgen Lillteicher (Hrsg.): Erinnern an Demokratie in Deutschland. Demokratieggeschichte in Museen und Erinnerungsstätten der Bundesrepublik, Göttingen 2016, S. 199–222, hier S. 210.
- 6 Vgl. dazu Gudrun Kruij: Gescheiterter Versuch oder verpflichtendes Erbe? 1848 bei Theodor Heuss, in: Patrick Bahners/Gerd Roellecke (Hrsg.): 1848 – Die Erfahrung der Freiheit, Heidelberg 1999, S. 189–208.
- 7 Auch in der Weimarer Republik arbeitete Heuss als Journalist, schrieb für zahlreiche Zeitungen und Zeitschriften und verdiente so einen großen Teil seines Lebensunterhalts. Die Ausstellung legt für 1918–1933 jedoch den Schwerpunkt auf den Politiker Heuss, so dass auch in diesem Beitrag seine Arbeit als Journalist der Weimarer Republik nicht näher vorgestellt wird.
- 8 Theodor Heuss: Hermann Hesse, der „vaterlandslose Gesell“, in: Neckar-Zeitung, 1.11.1915.
- 9 Heuss publizierte Biographien über Friedrich Naumann (1937), Hans Poelzig (1939), Anton Dohrn (1940) und Justus von Liebig (1942). Die Biographie über Robert Bosch erschien 1946.
- 10 Vgl. dazu Reiner Burger: Theodor Heuss als Journalist. Beobachter und Interpret von vier Epochen deutscher Geschichte, Münster 1999, S. 334–339 sowie facettenreicher Elke Seefried: Einführung, in: Dies. (Hrsg.): Theodor Heuss. In der Defensive. Briefe 1933–1945, München 2009, S. 15–70, hier S. 28–30.
- 11 Vgl. Ernst Wolfgang Becker: Theodor Heuss. Bürger im Zeitalter der Extreme, Stuttgart 2011, S. 98.
- 12 Theodor Heuss an Lulu von Strauß und Torney, 14.1.1909, in: Der junge Heuss im Briefwechsel mit Lulu von Strauß und Torney, Düsseldorf/Köln 1965, S. 155.
- 13 Das Buch erlebte noch im Erscheinungsjahr 1932 acht Auflagen und wurde ins Schwedische, Niederländische und Italienische übersetzt.
- 14 Für die Veröffentlichung überarbeiteter Tagebucheintrag vom 24.1.1932, in: Joseph Goebbels: Vom Kaiserhof zur Reichskanzlei. Historische Darstellung in Tagebuchblättern, München 1934. Der ursprüngliche Tagebucheintrag lautete allerdings genau gegenteilig: „Spät noch Broschüre gelesen von Theodor Heuß: „Hitlers Weg“. Nicht ganz dumm. Weiß sehr viel von uns. Nutzt das etwas gemein aus. Aber immerhin eine Kritik, die sich sehen lassen kann.“ (Joseph Goebbels: Tagebucheintrag 25.1.1932). Zu den Goebbels-Tagebüchern vgl. Angela Hermann: „In 2 Tagen wurde Geschichte gemacht.“ Über den Charakter und Erkenntniswert der Goebbels-Tagebücher, Stuttgart 2008. Speziell zu den verschiedenen Tagebuch-Versionen über „Hitlers Weg“ vgl. ebd. S. 18f.
- 15 Theodor Heuss, in: Verhandlungen des Reichstags, 5. Wahlperiode 1930, Bd. 444, Berlin 1931, 21. Sitzung, 9.2.1931, S. 845A–846B.
- 16 Theodor Heuss: „Mut zur Liebe“, in: Theodor Heuss. Die großen Reden (wie Anm. 1), S. 99–108, hier S. 100.
- 17 Zum Umgang mit der Vergangenheit in der frühen Bundesrepublik vgl. u.a. Christian Meier: Das Gebot zu vergessen und die Unabweisbarkeit des Erinnerns. Vom öffentlichen Umgang mit schlimmer Vergangenheit, Bonn 2010, S. 49–80.
- 18 Theodor Heuss: Das Mahnmal, abgedruckt in: Theodor Heuss. Die großen Reden (wie Anm. 1), S. 224–230, hier S. 225.
- 19 Vgl. dazu Theodor Heuss: Hochverehrter Herr Bundespräsident! Der Briefwechsel mit der Bevölkerung 1949–1959, Berlin/New York 2010, S. 99.
- 20 Theodor Heuss: Das Mahnmal (wie Anm. 18); Theodor Heuss: Vom Recht zum Widerstand – Dank und Bekenntnis, in: Theodor Heuss. Die großen Reden (wie Anm. 1), S. 247–262.
- 21 Theodor Heuss an Konrad Adenauer, 26.10.1949, in: Theodor Heuss. Der Bundespräsident. Briefe 1949–1954, Berlin/Boston 2012, S. 116–118.
- 22 Klaus Goebel: „Neugierig, was ich zum Schluß gedichtet haben werde“. Der Streit um die deutsche Nationalhymne 1950–1952, in: Erich Giesecking u.a. (Hrsg.): Zum Ideologieproblem in der Geschichte, Lauf an der Pegnitz 2006, S. 119–137, hier S. 130.
- 23 Theodor Heuss an Konrad Adenauer, 2.5.1952, abgedruckt in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 6.5.1952.
- 24 Zu Heuss' Staatsbesuchen vgl. Frieder Günther: Heuss auf Reisen. Die auswärtige Repräsentation der Bundesrepublik durch den ersten Bundespräsidenten, Stuttgart 2006.
- 25 Theodor Heuss: Memorandum: Bemerkungen zur Bundespräsidentenfrage, Ende Dezember 1958/10.1.1959, in: Theodor Heuss. Der Bundespräsident. Briefe 1954–1959, Berlin/Boston 2013, S. 496–504, insbes. S. 497.
- 26 Zur Frage des Authentischen bzw. des authentischen Orts vgl. die Ergebnisse der Tagung „Authentizität als Kapital historischer Orte, die vom 1. bis 3.3.2017 in Dachau stattfand, Tagungsbericht in: H-Soz-Kult, 04.04.2017, <www.hsozkult.de/conferencereport/id/tagungsberichte-7097>, letzter Abruf 3.7.2018. Hier finden sich auch Ergebnisse der Besucherforschung zur Wirkung authentischer Orte. Da sich in diesem Band eigene Beiträge mit dem Problem der Authentizität beschäftigen, wird auf die vielschichtige Problematik, was genau Authentizität ist und welcher dingliche Zustand damit beschrieben wird, hier nicht weiter erörtert. Betont werden soll jedoch, dass es sich bei „Authentizität“ immer um eine Zuschreibung, nicht um einen realen Zustand handelt.



# Sektion 5: Vermittlungsarbeit am historischen Ort

Auf welche Weise lässt sich der historische Ort für die Bildungsarbeit nutzen? Die Referierenden loteten weniger den normativen Rahmen für Angebote an Gedenkstätten einerseits und Erinnerungsstätten andererseits aus. Stattdessen bezogen sie sich auf konkrete Anknüpfungspunkte einer Vermittlungsarbeit mit Gegenwartsbezügen.

DOROTHEE ROOS (*KZ-Gedenkstätte Neckarelz und Verbund der Gedenkstätten im ehemaligen KZ-Komplex Natzweiler*) richtete das Augenmerk auf Möglichkeiten, ohne erhobenen Zeigefinger zur Reflexion über menschliches Handeln anzuregen: „Entdeckendes Lernen ist eine Kunst, die Freiheit braucht und sie gleichzeitig lehrt.“ Von der dunklen zur hellen Erinnerung führte ihr Vorschlag, auch den Beitrag der Gedenkstätten zum europäischen Versöhnungsprozess in die Bildungsarbeit einzubeziehen. Die Aufarbeitung hat Aktive an den Gedenkstätten und einstige Häftlinge aus ganz Europa zusammengeführt.

PROF. DR. WALTER MÜHLHAUSEN (*Friedrich-Ebert-Haus, Heidelberg*) schilderte die vielfältigen pädagogischen Anknüpfungspunkte der Ausstellung zur Person des ersten Reichspräsidenten der Weimarer Republik, die einen biographischen Zugang zur wechselvollen Geschichte seiner Zeit ermöglicht. Zugleich zeigte er anhand der ersten und zweiten Ausstellungsgeneration zeitspezifische Fragestellungen an die erste Demokratie in Deutschland auf. Was bleibt und was kommt? Die nächste Ausstellung – womöglich anlässlich Eberts hundertstem Todesjahr 2025 – müsste wohl angesichts aktueller Debatten viel stärker das Wagnis Demokratie beleuchten.

# Menschenrechtsbildung. Am Beispiel der KZ-Gedenkstätte Neckarelz

## 1. Menschenrechtsbildung – explizit oder implizit?

Vor einigen Jahren gab es eine Debatte darüber, ob nicht Gedenkstätten, die an NS-Unrecht erinnern, sich stärker als Orte der Menschenrechtsbildung definieren sollten. Es gehe darum, nicht rückwärtsgewandt bei der Geschichte zu verharren, sondern stets Gegenwartsbezüge aufzuzeigen. Dies einerseits vor dem Hintergrund der fortschreitenden Historisierung der NS-Vergangenheit, die der Lebenswelt heutiger Jugendlicher immer ferner rückt, dies andererseits im Sinne einer möglichen Stärkung oder gar Immunisierung der jungen Leute gegen rechte Bestrebungen im Sinne eines „Lernen aus der Geschichte“.

Im Prinzip kommt das dem Selbstverständnis der meisten Gedenkstätten entgegen, die sich selbst tatsächlich meist als historisch-politische Lernorte definieren und die Darstellung von Menschenrechtsverletzungen, von Unfreiheit, Diktatur und Intoleranz ja nicht als Selbstzweck begreifen, sondern als Möglichkeit zur Reflexion über menschliches Handeln und zum Aufzeigen von Alternativen.<sup>1</sup>

Wenn es allerdings konkret wird, zeigt sich, dass das nicht so einfach ist, ohne ins Predigen oder in die abgegriffenen Formeln des „Nie wieder!“ zu verfallen. Denn eine fundierte Diskussion über Probleme der Gegenwart wäre ja im Prinzip nur anhand von didaktisch aufbereiteten Materialien zu aktuellen Fragen möglich, über die gerade ehrenamtlich verfasste Einrichtungen kaum verfügen, zumal die Gegenwart dauernd im Fluss ist.

Als Lösung dieses Dilemmas bietet sich an, das unschätzbare Kapital des fundierten und detailreichen historischen Wissens, das sich in den lokalhistorisch arbeitenden Gedenkstätten über Jahre angesammelt hat, so einzusetzen, dass sich am historischen Beispiel über menschenrechtliche Fragen diskutieren lässt. Dabei kann diese Tatsache ausgesprochen werden, sie muss es aber nicht – möglicherweise lässt sich auf die implizite Wirkung eines derartigen methodischen Herangehens mehr vertrauen als auf das Aussprechen einer zu ziehenden „Lehre“, die ja meist des Zeigefingers nicht ganz entraten kann.

## 2. Handlungsspielräume von Akteure aufzeigen

Eine gute Möglichkeit bietet beispielsweise das Aufzeigen von Handlungsspielräumen von Akteuren zur Zeit des NS-Regimes. Eine solche Methode bricht den Fatalismus auf, den die Aneinanderreihung schrecklicher Tatsachen

sonst leicht erzeugen kann. Außerdem ist eine solche Zweipoligkeit ein Anreiz zur Diskussion und damit zum aktiven Sich-Einbringen der Besucherinnen und Besucher. An einigen biographischen Beispielen aus der KZ-Gedenkstätte Neckarelz<sup>2</sup>, die sich in die didaktisch griffige Trias „Opfer – Täter – Zuschauer“ einordnen lassen, soll das kurz dargestellt werden. Dabei können die jeweiligen historischen Gegebenheiten nur sehr holzschnittartig geschildert werden. Generell ist zu sagen, dass es nicht um Schwarz-Weiß-Zeichnung oder „Heldengeschichten“ geht, sondern darum, konkrete Menschen zu porträtieren, die sich anders verhalten haben als das die verfestigten Rollenbilder nahelegen.

### A. Beispiel – Opferebene: Zwei Funktionshäftlinge

Exemplarisch für unterschiedliches Verhalten von Opfern können in Neckarelz die beiden Funktionshäftlinge Leonhard Schrögler und Alfred Weishaupt stehen. Schrögler, geb. 1919 in Nürnberg, Blockältester im Lager Neckargerach, von Beruf orthopädischer Schuhmacher, trug aus nicht bekannten Gründen den grünen Winkel der kriminellen Häftlinge. Er wird durch Zeugenaussagen beim Rastatter Prozess als sadistischer Schläger beschrieben, der Mithäftlinge aus eigenem Antrieb, also ohne direkten Befehl, quälte und verletzte und vor allem freiwillig in Neckargerach das Amt des Henkers übernahm. Er wurde in Rastatt deshalb in erster Instanz zum Tode verurteilt<sup>3</sup>, später wurde das Urteil abgemildert.

Als sein direkter Gegenspieler kann der politische Häftling Alfred Weishaupt, geb. 1912 im Sudetenland und gelernter Maschinenbauer, gesehen werden. Er wurde im Spätsommer 1944 zum Lagerältesten im Lager Neckargerach ernannt, für einen politischen Häftling (Weishaupt war als „Rotspanier“ und Schutzhäftling eingestuft) eher eine Seltenheit. Es gelang ihm, die bis dahin desolaten Verhältnisse in Neckargerach in manchen Punkten zu verbessern. Über ihn schrieb der ehemalige belgische Häftling Jan de Praetere im Jahr 1972: „Niemanden aus jener bösen Zeit möchte ich noch einmal so gerne treffen wie Alfred Weishaupt. Denn ich habe an ihn eine Schuld der Dankbarkeit. Er hat uns viele Grausamkeiten erspart durch seinen guten Willen, sein gutes Herz und seinen Erfindungsgeist. Das werde ich nie vergessen.“<sup>4</sup>

An den beiden Lebensgeschichten lässt sich nicht nur die spannungsvolle Stellung von Funktionshäftlingen zwischen der Opfer- und der Täterseite aufzeigen und diskutieren, sondern auch die Möglichkeit, die gleiche Rolle sehr verschieden auszufüllen. Dabei geht es bei der Frage nach den Gründen hierfür nicht um spekulative Zuschreibungen, die bei Lebensgeschichten ja eher nicht zielführend sind, son-

dern um das Ausloten von möglichem menschlichen Verhalten in Extremsituationen und um den Umgang mit geliebter Macht – und damit um „politische“ Fragen.

## B. Beispiel – Täterebene: Zwei Kommandanten

Unter der letzten Fragestellung vielleicht noch interessanter ist der Vergleich von zwei unmittelbar aufeinander folgenden lokalen Kommandanten des KZ-Komplexes der Neckarlager. Franz Hofmann (geb. 1906) wurde im Mai 1944 von Auschwitz nach Neckarelz versetzt, in Auschwitz war er unter anderem Schutzhaftlagerführer des „Zigeunerlagers“ in Birkenau sowie von Auschwitz I gewesen. In Neckarelz war Hofmann von den Häftlingen gefürchtet, galt als herrisch und brutal, fast alle vollzogenen Hinrichtungen fallen in seine Amtszeit. Im Oktober 1944 wurde er zum Natzweiler-Außenlager Bisingen versetzt<sup>5</sup>.

Ihm folgte der Hauptmann der Luftwaffe Wilhelm Streit (geb. 1896), der als Wachoffizier vom Reichssicherheitshauptamt zum Stammlager Natzweiler beordert und von dort als Chef der Wachkompanie zum Außenlager Neckargerach abkommandiert worden war. Nach Hofmanns Abberufung übernahm er die Aufgaben des Lagerkommandanten, obwohl er sich selbst nicht als solcher betrachtete; er gehörte nicht der SS an<sup>6</sup> und war auch nicht Mitglied der NSDAP. Nach Aussagen zahlreicher Häftlinge verbesserte sich unter seiner Ägide die Lage insofern, als Streit willkürliche Gewalt der Wachleute weitgehend unterband und den korrupten Lagerältesten absetzte. Der ehemalige Häftling Eduard Posert schreibt über Streit: „[Es] steht ... fest, dass sich die Posten unter Streit derartige Übergriffe nicht mehr erlaubten, weil sie wussten, dass Streit so etwas nicht duldet. Wenn so etwas vorkam, konnten wir unsere Beschwerden vorbringen. Ich glaube deshalb, dass unter Hofmann die Posten sich derartige Übergriffe erlaubten, weil sie wussten, dass Hofmann nichts dagegen unternahm.“<sup>7</sup>

Allerdings verschärfte sich während seiner Amtszeit, die bis zur Evakuierung des Lagers Ende März 1945 dauert, die Situation trotzdem: wegen des harten Winters, zunehmender Krankheits- und Todesfälle und der Auflösungstendenzen der „Zusammenbruchsgesellschaft“ (Peter Steinbach).

An diesen beiden Beispielen lassen sich unterschiedliche persönliche Verhaltensweisen in einer Situation absoluter Machtvollkommenheit mit entsprechendem „Verführungspotenzial“ diskutieren – und die Frage, was Menschen in solchen Situationen als Richtschnur ihres Handelns dienen könnte; daneben möglicherweise auch der Unterschied zwischen persönlicher und struktureller Gewalt.

## C. Beispiel – Zuschauerbene: Dr. Hans Wey

Im Grunde war Dr. Hans Wey (geb. 1906) mehr als ein Zuschauer: Dem seit 1930 in Neckarelz niedergelassenen praktischen Arzt oblag im Lager Neckarelz die Unterzeichnung der (zuvor bereits ausgefüllten) Sterbescheine. Die Lagerführung erwartete, dass er diese ärztliche Dienstleistung willfährig vollziehen werde; Wey war im Ort als überzeugter

Nationalsozialist und frühes Parteimitglied bekannt. Doch es kam anders: Dr. Wey ließ sich durch den Kontakt mit den gefangenen Ärzten dazu bewegen, sich immer stärker für die kranken Häftlinge zu engagieren. Was er dabei alles tat, das schildert sein französischer Kollege, der ehemalige politische Häftling Dr. Philippe Bent, folgendermaßen:

„Dank des wohlthätigen Einflusses von Dr. Wey und dank seines energischen Auftretens gegenüber dem SS-Kommandanten haben wir die Baracken erhalten, die uns der Lagerälteste verweigert hat. Sie waren nötig, um die Typhuskranken zu isolieren. Auf diese Weise konnten wir die Flecktyphus-Epidemie eindämmen. Dank Dr. Wey konnten wir aus der Zivilapotheke in Neckarelz Medikamente und Verbandzeug erhalten, die aus Natzweiler nur sehr spärlich eintrafen ... Bevor Herr Dr. Wey sich um uns gekümmert hat, besaßen wir für das Revier nur acht Strohsäcke. Wenn ein Häftling weniger als 40 Grad Fieber hatte, widersetzte sich ... Nikmann [Leiter des Reviers im Auftrag der SS, A.d.Ü.] dessen Zulassung zum Revier. Durch Dr. Wey konnten wir die Stuben 5 und 6 [der Grundschule, A.d.Ü.] sowie 4 Baracken als Revier bekommen. Dank Dr. Wey konnten Dr. Rohmer und ich bis zu 120 mehr oder weniger erschöpfte Häftlinge zur ‚Schonung‘ zulassen, ohne dass wir zu 25 Schlägen auf den Hintern verurteilt wurden.“<sup>8</sup>

Am Beispiel von Dr. Wey können Schüler erkennen, dass ärztliches Gewissen und die Ausrichtung am hippokratischen Eid über eine politische Ausrichtung siegen können. Wey sah im Kranken nicht den „Feind“, sondern den Menschen; er setzte die Vergünstigungen für die Revierinsassen gegen die SS durch und gelangte zu einer Art von widerständiger Haltung, die ihn selbst in Gefahr brachte.<sup>9</sup>

## Didaktisches Fazit: Entdeckendes Lernen – mehr als eine Methode

Aus didaktisch-methodischer Sicht sei hinzugefügt, dass die dargestellten Beispiele des unterschiedlichen Umgangs mit Handlungsspielräumen selbstverständlich nicht einfach referiert werden dürfen. Vielmehr sollen die jungen Leute anhand geeigneter Materialien und insbesondere durch Anregung zur Diskussion der Ergebnisse diese Dinge selbst entdecken und in ihren eigenen Worten ausdrücken. Dabei ist es nicht notwendig, dass die Gedenkstättenführer die im Artikel verwendeten theoretischen Begriffe gebrauchen bzw. die Schüleraussagen mit deren Hilfe verdoppeln. Vielmehr sollten sie an die von den Schülern verwendete Sprache anknüpfen und ihnen überhaupt so viel Freiheit und „Spielräume“(!) wie möglich lassen. Nach unserer Erfahrung wirkt ein solcherart behutsam gelenktes entdeckendes Lernen motivierend, gerade auch, wenn es von bloßen Fakten auf die Ebene des Erkennens und des Ziehens von Schlüssen führt.

An einem Ort, an dem die äußerste Unfreiheit und die Einschränkung von Rechten andauernd thematisiert werden, kann dann die didaktische Methode im Idealfall selbst in etwas Qualitatives, einen Wert umschlagen: Entdeckendes Lernen ist eine Kunst, die Freiheit braucht und sie gleichzeitig lehrt.



Zeichnungen und Foto: KZ-Gedenkstätte Neckarelz.

Der ehemalige Häftling Jacques Barrau (1925–1997) fertigte im KZ Neckarelz Zeichnungen vom Lageralltag an (links). In der Mitte: ein Porträt des damaligen Biologiestudenten aus Frankreich, angefertigt von einem anderen Häftling. Rechts ein Foto des späteren Wissenschaftlers Barrau.

## Projekt Jacques Barrau: Biodiversität als Metapher

Nach der Darstellung von Handlungsspielräumen soll ein weiteres Projekt vorgestellt werden, das es ermöglicht, anhand der KZ-Geschichte über sehr aktuelle Fragen mit im weiten Sinn menschenrechtlicher Thematik zu diskutieren. Es ist mit der Lebensgeschichte des ehemaligen französischen Häftlings Jacques Barrau (1925–1997) verknüpft, der für die Erinnerungsarbeit in Neckarelz in vielerlei Hinsichten eine wichtige Figur darstellt. Das Beispiel kann wegen seiner Besonderheit nicht ohne weiteres übertragen werden, doch gibt es sicherlich noch weitere Fälle, in denen Überlebende ihre KZ-Erfahrung in ungewöhnlicher und, wenn das zu sagen erlaubt ist, kreativer Weise in ihr Leben oder Lebenswerk integrieren konnten.

### A. Zeichnungen und Biographie

Der Biologiestudent Jacques Barrau war 19 Jahre alt, als er wegen seiner Arbeit für die Widerstandsgruppe *Combat* in Toulouse verhaftet wurde und über das KZ Dachau im Juli 1944 in das KZ Neckarelz gelangte. Er war ein begabter Zeichner, verstand sich indes nicht als Künstler, sondern stellte diese Fertigkeit eher in den Dienst seiner wissenschaftlich-empirischen Arbeit. Dass er im Lager das, was er dort sah und erlebte, zeichnen konnte, heimlich, auf aufgelesenen oder in der Schreibstube organisierten Papierstückchen, wurde für ihn zum „Rettungsring“<sup>10</sup> und Überlebensmittel.

Heute stellen Barraus Zeichnungen die einzige bildliche Quelle zum Alltag im KZ Neckarelz dar und sind von unschätzbarem Wert. Sie begleiten als eine Art „roter Faden“ die Besucherinnen und Besucher durch die Gedenkstätte. Gleichzeitig haben sie eine über den konkreten Ort hinausweisende ikonische Qualität und werden deshalb oft in Veröffentlichung abgebildet; sie sind auch in der Daueraus-

stellung des Lagermuseums beim ehemaligen Hauptlager Natzweiler im Elsass zu sehen.

Nach der Befreiung setzte Jacques Barrau sein Studium der Biologie und Agrarwissenschaften fort und wurde ein international bekannter und mit Preisen ausgezeichnete Wissenschaftler. Er spezialisierte sich im Bereich Ethnobiologie und Ethnobotanik und führte an seiner Arbeitsstelle, dem Museum für Naturgeschichte beim *Jardin des Plantes* in Paris, entsprechende Abteilungen ein. Im Zentrum seines Interesses stand dabei die Geschichte der menschlichen Ernährung, in seinem Hauptwerk *Les hommes et leurs aliments* (Der Mensch und seine Ernährung) erklärt er, warum:

„Deshalb will ich an dieser Stelle ... erzählen, warum ich dieses Buch über die menschliche Ernährung geschrieben habe. Mit Sicherheit hätte ich das nicht unternommen, wenn ich nicht einst in den Konzentrationslagern Nazi-Deutschlands so schrecklichen Hunger gelitten hätte. In dieser harten Schule habe ich gelernt, was die Ernährung für den Menschen bedeutet, und zwar als physische wie als soziale Gegebenheit ... Nachdem ich diese harte Prüfung mit viel Glück überlebt hatte, ging ich nach Ozeanien zurück, wo ich einen Teil meiner Kindheit verbracht hatte. Dort nahm ich an Forschungsprojekten über die traditionelle Form der Subsistenzwirtschaft der Inselbewohner teil und arbeitete wissenschaftlich zum Thema ‚Ernährung‘ in Ozeanien; dabei erschloss sich mir allmählich, wie unterschiedlich die Kulturen, Gebräuche und Verhaltensweisen sind, mit denen Menschen an all das herangehen, was mit ihrer Ernährung und den dazu verwendeten Pflanzen und Tieren zusammenhängt ... Alles zeigt sich in der Ernährung: das hässliche Gesicht der Ungleichheit und Ungerechtigkeit, die Freude am Teilen und der Erfindungsreichtum des Menschen, der sich aus seinen Träumen nährt. Es gibt einen Konservatismus, ja einen Chauvinismus der Ernährung und der Küche, daneben blühen Gastfreundschaft und Offenheit. In der Ernährung zeigt sich unser Menschsein in allen Aspekten, den schönsten wie den schlimmsten.“

## B. AGER versus HORTUS

Als Biologe und Ökologe verfocht Jacques Barrau mit Enthusiasmus die Erhaltung der biologischen Vielfalt. Allerdings sah er auch eine frühzeitige menschheitliche Entwicklung, die zur Verarmung und zum Verlust führte; sein ganzheitlicher Ansatz weist dabei über die Biologie hinaus. In seinem Aufsatz *Les Hommes dans la Nature. Esquisse d'une histoire naturelle des sociétés et des mœurs humaines* (Mensch und Natur. Entwurf einer Naturgeschichte der Gesellschaften und menschlichen Verhaltensweisen) beschreibt er die Entwicklung von Ackerbau und Viehzucht und einer dagegen gesetzten „Gartenkultur“:

„Die Grasfläche auf den Bergen des Fruchtbaren Halbmondes im Nahen Osten, wo die Sammler der Vorsteinzeit bereits wilde Getreidesorten ernteten, war die Vorläuferin des bäuerlichen Feldes. Gleichzeitig bildet dieses Grasland auch eine Prärie, wo die Menschen pflanzenfressende Tiere jagten; diese Tiergruppen waren die Vorläufer aller späteren Herden.

Auf diese Weise schritten die Menschen, als sie sesshaft wurden, von der offenen Landschaft (SALTUS) zum bebauten Acker (AGER) und zur Viehweide (PASCUUM) voran. In dieser Landschaft entwickelten sich die tierzuchtenden Zivilisationen. Im Gegensatz dazu bedeutete in den Tropen der Prozess der Sesshaftwerdung einen Übergang vom Urwald (SILVA) zum Garten (HORTUS), also zu jenen Nahrungsgärten der tropischen Waldbauern mit ihrem Artenreichtum, ihrer Vielfalt und komplexen Struktur, die gleichsam den umgebenden Urwald in kleinerem Format abbilden.

Schon die primitiven Formen von AGER und PASCUUM trugen den Keim der Artenverödung ihrer Ökosysteme in sich, während das Ökosystem des HORTUS eine Art Bollwerk relativer Artenvielfalt werden sollte ... Dadurch mussten sich die Beziehungen der Menschen zur Natur jeweils unterschiedlich ausprägen ... Im Fall des HORTUS unterstützt man jede Pflanze sorgfältig und ganz individuell in ihrem Wachstum, es besteht ... eine achtsame Freundschaft zwischen Menschen und Nahrungspflanzen. Im Fall von AGER und PASCUUM hingegen gibt es durchgängig einen von Härte geprägten Kontakt zum unterworfenen Wesen, die Herden werden mit herrschaftlicher Gewalt, oft Brutalität geführt. Ebenso wird die Feldfläche gesamthaft und restlos bearbeitet, auf die Massenausaat folgt die Massenernte: AGER und PASCUUM erfahren eine Massenbehandlung, während der HORTUS eine individualisierende Pflege erhält ...“<sup>11</sup>

## C. Übertragung in andere Bereiche, didaktische Fruchtbarmachung

Eine weitere Steigerung der von Barrau so benannten „massenhaften Behandlung“ ist die Monokultur, wo Individualität abgetötet und Störendes ausgemerzt wird und die zu einer totalen Uniformierung führt. Der Gegenbegriff hierzu ist die **Vielfalt**. Es liegt nahe, die eben genannten tertia comparationis auf die Verhältnisse totalitärer Herrschaftsausübung zu übertragen, was Barrau auch selbst getan hat: „Ich glaube, das Gefährlichste, was Menschen tun können, ist, Uniformität zu vergrößern und zu befördern. Wenn der Prozess der Uniformierung die Natur erfasst hat, dann verödet sie, und auch die menschlichen Zivilisationen gelangen durch Uniformierung nicht zur Ordnung, sondern zur Desintegration... Diese kann tödliche Ausmaße annehmen.“<sup>12</sup>



Schülerinnen bei der Projektarbeit in der KZ-Gedenkstätte Neckarelz.

Dorothee Roos.

In einem lang zurückliegenden Gespräch mit der Verfasserin brachte Jacques Barrau zum Ausdruck, dass die von ihm so genannte „massenhafte Behandlung“ (traitement massif) zum Kern der KZ-Erfahrung gehöre und dass jede aktuelle Behandlung dieser Art, sei es gegenüber Menschen, Tieren oder Pflanzen, diese Erinnerung wieder wachrufe. Übrigens tut dies der Volksmund auch, indem er von „Hühner-KZs“ bzw. „KZ-Hühnern“ spricht.

An diesem Punkt nun kann – allerdings eher mit Klassen der Kursstufe oder mit Studierenden – eine Diskussion über die Frage initiiert werden, ob die aus dem Bereich der Biologie abgeleiteten Begriffe der „öden“ Monokultur und der dagegen gesetzten bunten und vielfältigen Gartenkultur möglicherweise als Großmetaphern für gesellschaftliche Verhältnisse und auch für die Frage einer menschenrechtlich orientierten Wertediskussion fruchtbar gemacht werden könnten. Geht es dabei doch um das Spannungsverhältnis von Gleichheit und Freiheit bzw. von Gleichwertigkeit und Verschiedenheit, die sehr schnell zu den Kernfragen der Auseinandersetzung um Menschenrechte bzw. deren Infra-

gestellung durch Rassismus, Antisemitismus oder Vorstellungen von ethnischer „Reinheit“ führen. Durch den „Umweg“ über die Lebensgeschichte und das wissenschaftliche Lebenswerk von Barrau wäre auch dies von den jungen Leuten selbst zu entdecken und damit in gewisser Weise mit neuen Augen zu sehen.

Aber auch auf andere Bereiche lässt sich die Fragestellung übertragen, beispielsweise auf den Bildungsbereich. Die leicht provokative Frage, ob man sich eine Schulklasse eher als „Monokultur“ oder als „Garten“ vorzustellen habe, führt hier schnell zu spannenden Debatten, die ihrerseits auch wieder an historische Vorbilder anknüpfen. Denn viele unserer Metaphern aus dem Bildungsbereich, wie „Entwicklung“, „Entfaltung“ stammen ursprünglich aus dem Bereich des Pflanzenwachstums. Und die Vorstellung, dass der Pädago-

ehemaligen KZ-Komplexes Natzweiler geschehen ist? Was steckt an „Europäizität“ und „Kultur“ in ihnen drin, können sie Orte einer positiven Erzählung sein?

Ein Stück weit beantworten die oben zitierten Beispiele die Frage schon. Doch könnte für die Frage einer menschenrechtlich und/oder friedenspädagogisch ausgerichteten Erinnerungsarbeit auch die Rolle in den Blick kommen, die Gedenkstätten selbst im Prozess der europäischen Aussöhnung gespielt haben und noch spielen. Insbesondere die Begegnungen mit Überlebenden, ihren Familien und Nachkommen, Zeitzeugengespräche und das Knüpfen europäischer Kontakt- und Freundschaftsnetzwerke bilden eine „helle“ Seite der Gedenkstätten, die ja keineswegs selbst Schreckensorte sind, auch wenn sie an solchen stehen. Auch hier sei noch einmal Jacques Barrau zitiert, der nach

seiner ersten Reise nach Neckarelz im Jahr 1995, als es noch gar keine Gedenkstätte gab, die folgenden Worte schrieb: „Ja, sicherlich war diese Pilgerreise zu den Orten, wo ich als junger Mann so harte Zeiten erlebt habe, von einer gewissen Emotionalität und auch Traurigkeit gekennzeichnet, aber die so herzliche Aufnahme und Freundschaft, die Sie, Ihre Familie und Ihre Freunde uns haben angedeihen lassen, haben diesen Aufenthalt in einen fröhlichen Besuch verwandelt. Zunächst war er für uns die Möglichkeit, das Deutschland von heute zu entdecken und zu sehen, wie Sie alle dort leben und sich für ein gutes



Tim Krieger.

Zur Ausstellung in der KZ-Gedenkstätte Neckarelz zählt eine originale Revierbaracke.

ge ein Gärtner sein könnte, der jeder der ihm anvertrauten Gewächse eine persönliche Entwicklung ermöglicht, indem er für optimale Bedingungen sorgt, allerdings auch hie und da etwas aufrichtet, festbindet, stützt, aber auch Wildwuchs beschneidet, berührt Schülerinnen und Schüler oder auch Studierende sehr persönlich.

## Gedenkstätten als Orte europäischer Erinnerungskultur und Versöhnungsarbeit

Zum Abschluss sei noch kurz ein Feld gestreift, das an das Tagungsthema „Gesplante Erinnerung“ und die damit verbundene Dichotomie der „positiven“ und „negativen“ Erinnerungsorte anknüpft. Wie werden aus Orten des Kulturbruchs und der äußersten Unkultur Stätten, die Demokratie- und Menschenrechtsbildung befördern können? Macht es Sinn, solche Stätten mit dem „europäischen Kulturerbesiegel“ auszuzeichnen, wie es im März 2018 für die französischen und baden-württembergischen Gedenkstätten des

tes Projekt einsetzen, vor allem auch, wie viele junge Leute mit Ihnen zusammen versuchen, die Vergangenheit anzunehmen und eine gute Zukunft auf der Grundlage der Gerechtigkeit und der Freiheit zu bauen. Lassen Sie mich nochmals sagen, wie sehr ich die Aktion ‚KZ-Gedenkstätte Neckarelz‘ bewundere, die Sie und Ihre Freunde mit so viel Mut und Glauben durchführen. Wir können daraus alle etwas lernen. Sie zeigt einen Weg zu mehr gegenseitigem Verständnis, zur Freundschaft und friedlichem Miteinander auf, und zwar für all jene, die ohne solche Aktionen vielleicht in der Gefahr stünden, in alte Muster der Feindschaft und der wechselseitigen Leugnung geschichtlicher Tatsachen zurückzufallen und die Möglichkeit der Versöhnung zurückzuweisen.“<sup>13</sup>

Ohne jeden Zweifel gibt es ähnliche Briefe an praktisch alle Gedenkstätten, die auch zeigen, dass Erinnerungsarbeit um Welten vom sogenannten „Schuldskult“ entfernt ist. Nun, da die Ära der Zeitzeugen zu Ende geht, müssen andere Formen gefunden und die Netzwerke auf neue Füße gestellt werden. Die Überlegungen hierzu haben im Bereich des Verbunds der Gedenkstätten im ehemaligen KZ-Komplex



## EUROPÄISCHES KULTURERBE-SIEGEL



Im März 2018 sind die französischen und die baden-württembergischen Gedenkstätten im ehemaligen KZ-Komplex Natzweiler mit dem Europäischen Kulturerbe-Siegel ausgezeichnet worden.

Natzweiler (VGKN) längst begonnen. Die Gedenkstätten sollten ihre europäische Rolle stärker wahrnehmen und selbstbewusst vertreten. Sie sind Orte, wo Dunkles und Helles aufeinandertreffen: Terror und Nationalismus/Rassismus in schlimmster Form, aber auch viele Jahre Begegnung, Gespräch, Annäherung – über Grenzen. Sie sollten

insofern Orte sein, wo junge Leute gerne sind, wo Vielfalt, Buntheit, Freiheit Raum haben. Das kann öffnen, um mit Besucherinnen und Besucher über Probleme der Gegenwart zu sprechen.

**Dorothee Roos**, geb. 1954, studierte Germanistik und Geschichte an der Universität Mannheim. Nach einigen Jahren im Lehrberuf am Gymnasium arbeitete sie freiberuflich in der Erwachsenenbildung und engagierte sich daneben ehrenamtlich auf verschiedenen Feldern. Sie ist Gründungsmitglied des Vereins KZ-Gedenkstätte Neckarelz und seit über zwanzig Jahren ehrenamtliche Leiterin der KZ-Gedenkstätte Neckarelz. Sie war zehn Jahre lang Mitglied des Sprecherrats der Gedenkstätten auf der Landesebene; 2016 wählte der „Verbund der Gedenkstätten im ehemaligen KZ-Komplex Natzweiler“ (VGKN) sie zu seiner Vorsitzenden. In dieser Funktion war sie maßgeblich an der grenzüberschreitenden Bewerbung für das Europäische Kulturerbe-Siegel beteiligt.

- 1 Eine umfassende Diskussion dieser Thematik findet sich bei: Ganske, Katja: Menschenrechtsbildung in NS-Gedenkstätten. Neue pädagogische Überlegungen zum Lernen aus der Geschichte des Nationalsozialismus, TU Berlin 2014, als pdf im Internet abrufbar unter [https://depositonce.tu-berlin.de/bitstream/11303/4356/1/ganske\\_katja.pdf](https://depositonce.tu-berlin.de/bitstream/11303/4356/1/ganske_katja.pdf)
- 2 Das KZ Neckarelz wurde im März 1944 als Außenlager des KL Natzweiler in der Grundschule des Dorfes am unteren Neckar errichtet. Grund dafür war die Verlagerung des Daimler-Benz-Motorenwerks Genshagen in die benachbarte Gipsgrube Obrigheim; für die Herrichtungsarbeiten sowie später den Bau von Unterkünften für die Daimler-Gefolgschaftsmitglieder griff man auf KZ-Häftlinge zurück. Im Lauf des Jahres 1944 kamen fünf weitere Lager (Neckarelz II, Neckargerach, Asbach, Neckarbischofsheim, Bad Rappenau) hinzu, die zusammen den Komplex der sogenannten „Neckarlager“ mit Neckarelz als Verwaltungszentrum bilden.
- 3 Vgl. die Niederschrift des Urteils Nr. 28 des Rastatter Prozesses, 17. Januar 1949, „in der Sache der Lager NECKARELZ 1 und 2, NECKARGERACH und der Kommandos AUSBACH (sic), NECKARZIMMERN, NECKAR-BISCHOFSSHEIM und MOSBACH“ (Übersetzung: Sebastian Conrad).
- 4 Brief von Jean de Praetere an Familie Weishaupt. Archiv der KZ-Gedenkstätte Neckarelz.
- 5 Näheres zu Franz Hofmann, der übrigens im Auschwitz-Prozess 1965 zu lebenslanger Haft verurteilt wurde, findet sich bei Tobias Markowitsch/Katrin Zwick: Goldfisch und Zebra. Die Geschichte des Konzentrationslagers Neckarelz, Außenkommando des KZ Natzweiler-Struthof. St. Ingbert 2011, S. 98 ff.
- 6 Allerdings gab es im September 1944 eine kollektive Aufnahme der Wachoffiziere in die SS.
- 7 Zitiert nach: Markowitsch, Tobias/Zwick, Katrin: Goldfisch und Zebra. Die Geschichte des Konzentrationslagers Neckarelz, Außenkommando des KZ Natzweiler-Struthof. St. Ingbert 2011, S. 142.
- 8 Wenige Sätze aus einem gedruckten Aufruf von Dr. Philippe Bent vom 25. März 1946, versendet aus Montclair de Quercy an ehemalige französische KZ-Kameraden (Archiv der KZ-Gedenkstätte Neckarelz; Übersetzung: Dorothee Roos). Er fordert diese darin auf, zugunsten von Dr. Wey auszusagen, dem die amerikanischen Besatzungsbehörden wegen seiner NSDAP-Mitgliedschaft die Approbation entziehen wollten.
- 9 Markowitsch/ Zwick, vgl. Fußnote 7, S. 191.
- 10 So Barrau selbst in einem Interview mit Jean-Pierre Vittori. A bâtons rompus avec ... Jacques Barrau. Interview Pierre Vittori/ Jacques Barrau. Le Patriote Résistant Nr. 642, April 1993, FNDIRP, Paris.
- 11 Jacques Barrau, Les hommes et leurs aliments. Paris, Messidor/ Temps Actuels 1983, S. 365.
- 12 Jacques Barrau: Les Hommes dans la Nature. Esquisse d'une histoire naturelle des sociétés et des mœurs humaines. In : J. Poirier (Ed.) : Histoire des Moeurs, Paris (Gallimard) 1990, S. 41 (Übersetzung : Dorothee Roos).
- 13 Jacques Barrau: Preisrede zur Verleihung des Cosmos Prize in Tokio/Japan am 26. Oktober 1994: „Islands as appropriate sites for the study of the relationship between human societies and nature“, in: 1994 The International Cosmos Prize, published by the Commemorative Foundation for the International Garden and Greenery Exposition, Osaka, Japan 1990. Edited by Science Project Co.,Ltd, May 1995.
- 14 Jacques Barrau, Brief vom 27.5.1995 an die Verfasserin.

Walter Mühlhausen

## Demokratieerziehung im Museum. Das Friedrich-Ebert-Haus in Heidelberg

„Es hilft, gelegentlich zurückzublicken, um den Blick nach vorne zu schärfen.“ Mit diesen Worten unterstrich Bundespräsident Frank-Walter Steinmeier bei seinem Rundgang durch die in Teilen neue Dauerausstellung des Bonner Hauses der Geschichte den besonderen Stellenwert von Museen, Ausstellungen und Erinnerungsstätten für das kollektive Gedächtnis der Republik.<sup>1</sup> Nach einer nunmehr schon Jahrzehnte andauernden Dominanz der NS-Vergangenheit und der DDR-Geschichte tritt als ein weiteres Fundament der bundesdeutschen Erinnerungskultur immer stärker die demokratische Geschichte in den Vordergrund, was nicht zuletzt nun auch sinnfälligen Ausdruck in den Bestrebungen zum Bau eines „Hauses der Weimarer Republik“ in Weimar findet, vorangetrieben vom Verein „Weimarer Republik e. V.“, oder auch in dem 2017 ins Leben gerufenen „Netzwerk Demokratiegeschichte“<sup>2</sup>, dessen „Hambacher Manifest zur Demokratiegeschichte“ auf eine stärkere Wahrnehmung und Kooperation der Häuser zielt, die sich mit der Demokratiegeschichte im weiteren Sinne befassen.<sup>3</sup> Im Koalitionsvertrag der neuen Bundesregierung liest man im Kapitel „Zusammenhalt und Erneuerung – Demokratie beleben“ im Abschnitt „Gedenken und Erinnern“, dass „zum demokratischen Grundkonsens in Deutschland [...] die Aufarbeitung der NS-Terrorherrschaft und der SED-Diktatur, der deutschen Kolonialgeschichte, aber auch positive Momente unserer Demokratiegeschichte“ gehören. Versprochen wird ein Konzept zur „Förderung der Orte deutscher Demokratiegeschichte“.<sup>4</sup>

Mitunter treibt die Etikettierung von Profanem zu „Orten der Demokratie“ ihre Blüten.<sup>5</sup> Es droht Inflation, so dass es die zentralen musealen Plätze, die sich Persönlichkeiten und Ereignissen der deutschen Demokratiegeschichte an authentischen Orten widmen, immer schwerer haben werden, ihre Alleinstellungsmerkmale herauszustreichen.

Die Besinnung auf die Demokratiegeschichte ist nicht neu. Schon der Beschluss der Kultusministerkonferenz 2009 zur „Stärkung der Demokratieerziehung“ nannte als geeignete Anlässe, um „die herausragende Bedeutung der Erziehung zur Demokratie als Aufgabe schulischer Arbeit“ zu betonen, neben dem 60. Jahrestag des Grundgesetzes, dem 20. Jahrestag der friedlichen Revolution in der DDR auch den „90. Jahrestag der Konstituierung der Weimarer Republik“.<sup>6</sup> Damit wurde jene Periode zum demokratischen Geschichtsfundament der zweiten Republik erkoren, die eng mit der Person des ersten Reichspräsidenten verknüpft ist.

### Friedrich Ebert in der Erinnerung

Doch gehörte Friedrich Ebert zu diesem Zeitpunkt nicht zu jenen, die im allgemeinen Verständnis zu den „Großen“ der deutschen Geschichte gezählt wurden. Als das ZDF im Herbst



Stiftung Reichspräsident-Friedrich-Ebert-Gedenkstätte, Heidelberg.

Eingang zum Friedrich-Ebert-Haus in der Heidelberger Pfaffengasse.

2003 durch seine Zuschauer in der Fernsehreihe „Unsere Besten“ die zweihundert wichtigsten Persönlichkeiten aus Geschichte und Gegenwart Deutschlands wählen ließ, findet man Ebert nicht darunter. Zum größten Deutschen wurde mit weitem Vorsprung Bundeskanzler Konrad Adenauer erkoren, gefolgt von Martin Luther und Karl Marx. Unter den Top Ten befanden sich mit Willy Brandt an fünfter und Otto von Bismarck an neunter Stelle zwei weitere Kanzler, die wie Adenauer auch Namensgeber von Bundesstiftungen sind.<sup>7</sup> Ein Namenspatron einer weiteren Politikergedenkstätte, der erste Bundespräsident Theodor Heuss, rangierte auf Platz 144, während der Mann der (wahrscheinlich bald) kommenden Stiftung dieser Art, der „Kanzler der Einheit“ Helmut Kohl, als 13. im vorderen Feld zu finden war. Kaiser Wilhelm II. schaffte es auf Platz 130. Dass dessen Nachfolger als Staatsoberhaupt, der Sozialdemokrat Friedrich Ebert, nicht unter die zweihundert größten Deutschen gewählt wurde, lag vor allem daran, dass er ein Politiker der nach seinem Tod letztlich gescheiterten Weimarer Republik war. Er ist nicht wie Adenauer der Gründungsvater und Wegbereiter einer erfolgreichen Demokratie auf deutschem Boden.

Dieses historische „ZDF-Barometer“ war eine Momentaufnahme zu einer Zeit, als die Ebert gewidmete Bundesstiftung, die zweite Politikergedenkstätte nach der Konrad Adenauers in Rhöndorf, bereits seit 17 Jahren existierte. Die Stiftung war durch ein Bundesgesetz im Dezember 1986 ins Leben gerufen worden, um an Leben und Wirken Friedrich Eberts in einer von Umbrüchen und Katastrophen geprägten Phase der deutschen Geschichte zu erinnern. Sie befindet sich am historischen Ort, rund um die Geburtswohnung Friedrich Eberts in der Altstadt Heidelbergs.

Bereits 1962 hatten die Stadt Heidelberg und die SPD-nahe Friedrich-Ebert-Stiftung (mit der die Heidelberger Bundesstiftung stets verwechselt oder in einen Topf geworfen wird) in seiner knapp 46 Quadratmeter messenden Geburtswohnung eine Erinnerungsstätte eingerichtet. Eine Erweiterung kam zwanzig Jahre später im Zuge der Sanierung des Altstadtquartiers auf den Tisch, als wiederum die Stadt Heidelberg und die Friedrich-Ebert-Stiftung 1982 eine Projektgruppe zur Neugestaltung der Gedenkstätte installierten. Ohne Kritik blieb das Vorhaben nicht. Sie gipfelte in dem für ein nachhaltiges Rauschen im Blätterwald sorgenden Urteil des damaligen Stadtrates und späteren Bundesvorsitzenden von Bündnis 90/Die Grünen Reinhard Bütikofer: „Für das Reich war Ebert ein Held, für die Demokratie eine Flasche.“<sup>8</sup> So erhielt das Errichtungsgesetz der Bundesstiftung im Dezember 1986 nicht die Stimmen der Bundestagsfraktion der Grünen.

## Eröffnung der Gedenkstätte und erste Ausstellung von 1989

Am 11. Februar 1989, dem 70. Jahrestag der Wahl Friedrich Eberts zum Reichspräsidenten, eröffnete die Gedenkstätte in der Heidelberger Pfaffengasse mit der Ausstellung „Friedrich Ebert – Sein Leben, sein Werk, seine Zeit“ ihre Pforten. Kernstück war (und ist) als historischer Ort die Geburtswohnung Friedrich Eberts, die zwar nicht mehr mit dem ursprünglichen Mobiliar aufwarten kann, aber zumindest von Zuschnitt, Größe und Deckenhöhe einen Eindruck von den Umständen vermittelt, wie Ebert als siebtes von neun Kindern eines Schneiderehepaares aufwuchs. In der Tat stand seine Wiege in einem niedrigen Hause, wie es in dem Arbeiterlied „Ein Sohn des Volkes“ aus der Zeit des Kaiserreiches heißt. Die bisweilen als anheimelnd charakterisierte Atmosphäre der Wohnung wurde bei der Neukonzeption 2007 durch Aufnahmen vom Leben im Proletariemilieu der Kaiserzeit kontrastiert. Die Wohnung der Familie Ebert mit ihren authentischen Maßen und Proportionen bildet nach wie vor den Auftakt zur Dauerausstellung, deren erste vom Februar 1989 in ihrer Zeit zwar kein Solitär, aber doch immerhin ein Pionier der demokratischen Erinnerungspolitik war, die allgemein erst um die Jahrtausendwende mit Nachdruck vorangetrieben werden sollte.

Die Ausstellung von 1989 war eine bebilderte Geschichte von Biographie und Zeit, deren Präsentation einer historischen Persönlichkeit dem Zeitgeist entsprach.<sup>9</sup> Inhaltlich war sie weitgehend geprägt vom Blick auf Weimar als dem warnenden Beispiel für Gefährdung und Versagen der Demo-

kratie. Leitmotivisch ging es um die seinerzeit prägenden Fragen nach den Herausforderungen der ersten Demokratie, nach den verpassten Chancen und verhinderten Katastrophen. Hierbei schlug sich die seinerzeitige weite Spannweite der Urteile über Friedrich Ebert nieder. Der Bogen reichte von einem die Bolschewisierung abwehrenden Demokratiegründer bis hin zum Synonym für die in den zentralen Entscheidungssituationen versagende Sozialdemokratie von Weimar. Die Ausstellung bewertete Eberts Lebenswerk eindeutig positiv, aber ihr Anspruch, die Vielschichtigkeit der divergierenden historischen Urteile, wenn auch nicht gleich zu werten, so doch zumindest zu Wort kommen zu lassen, führte zu einer mitunter überbordenden Kleinteiligkeit der Präsentation.



Stiftung Reichspräsident-Friedrich-Ebert-Gedenkstätte, Heidelberg.

Aufgang vom Innenhof der Pfaffengasse 18 zur Geburtswohnung im Zwischengeschoss.



Stiftung Reichspräsident-Friedrich-Ebert-Gedenkstätte, Heidelberg.

Die Geburtswohnung – der größte Raum mit nachgestellter Schneiderwerkstatt.

## Die neue Ausstellung

Mit einem viel großmaschigeren Raster gingen die Ausstellungsmacher bei der Neukonzeption in den Jahren 2005 bis 2007 vor.<sup>10</sup> Sie trugen dabei auch einer Umwertung Rechnung, die sich mit dem Erfolg der demokratischen Bewegung in der DDR nur noch weiter verstärkt hatte – der Umwertung der ersten Republik als ein weg- und zukunftsweisendes Experiment mit einer über die NS-Zeit hinausgehenden Strahlkraft. Kurzum, was 1989, also vor der erfolgreichen Revolution in der DDR, noch defensiv dargeboten wurde, wurde in der neuen Ausstellung „Vom Arbeiterführer zum Reichspräsidenten – Friedrich Ebert 1871–1925“ nun offensiver präsentiert. Zudem schlug sich in der Präsenta-

tion auch eine Nivellierung des Ebert-Bildes innerhalb der historischen Forschung nieder. So bietet die neue Ausstellung auf mehr als 260 Quadratmetern Einblicke in das Leben eines demokratischen Politikers und die sich wandelnden Wechselwirkungen von Biografie und Zeit, die von der Gründung des Kaiserreichs 1871 bis zur Mitte der Weimarer Republik reichen. Die Republik steht dabei als der erste Versuch, in Deutschland die Demokratie zu verwirklichen, die trotz ihrer Schattenseiten mit ihren Leistungen, der Umsetzung konkreter Werte und Freiheiten ihren Platz im demokratischen Traditionshaushalt einnimmt.<sup>11</sup> Das Ganze kann nicht ohne Vergrößerungen und Vereinfachung geschehen, die dem puristischen, auf Vielschichtigkeit und Komplexität geschichtlicher Entwicklungen bedachten Historiker immer wieder ein „Ja, aber“ entlocken. Ebenso wurde nicht mit einer Vielzahl von Abbildungen gearbeitet, sondern mit großflächigen Reproduktionen von Signifikanz.

Eine allumfassende, die Komplexität von Entscheidungssituationen voll ausleuchtende, die vielfältigen Deutungen und Interpretationen von historischen Abläufen integrierende Präsentation kann und darf ohnehin nicht Ziel einer biographischen Ausstellung sein. Das gilt insbesondere für Friedrich Ebert, dessen Leben die von einem fundamentalen Wandel gekennzeichnete Phase im ersten Quartal der deutschen Geschichte des 20. Jahrhunderts umspannte. In dieser Zeit war er Führer der mächtigen, um parlamentarische Demokratie und soziale Gerechtigkeit ringenden Arbeiterbewegung, dann entscheidender Mann der Umbruchszeit und schließlich erstes demokratisches Staatsoberhaupt in der deutschen Geschichte. So eignet sich seine Person in besonderer Weise zur Vermittlung der Zeit.

Die Ausstellung bietet den biographischen Zugang zur Geschichte der Demokratie in Deutschland. Es geht um Entfaltung und Träger der demokratischen Idee im demokratiedefizitären Kaiserreich, um den Weg in die erste Republik, die ganz wesentlich von dem Protagonisten mitbegründet und bis zu seinem frühen Tod 1925 geprägt wurde.

Dabei konnte die Ausstellung nicht idealtypisch am Reißbrett entworfen werden und die Architektur der Gestaltungsräume dann diesem Konzept entsprechend folgen. Es war andersherum: Das Konzept musste sich den vorhandenen räumlichen Gegebenheiten anpassen. So entstand eine Ausstellung, die sich über zehn ganz unterschiedlich große Räume – der kleinste umfasst gerade einmal sechs Quadratmeter – erstreckt, die Inszenierungen nur begrenzt zuließen.

Noch eine Vorbemerkung: Wenn bei einer musealen Präsentation das authentische Objekt im Zentrum stehen sollte, so kann das bei einer Ausstellung im Zusammenhang mit Friedrich Ebert nur rudimentär gelingen, denn ein Nachlass von ihm ist nicht vorhanden.<sup>12</sup> Der „Hunger nach Authentizität“ (Thomas Hertfelder)<sup>13</sup> kann nur begrenzt gestillt werden. Die Präsentation in der Ausstellung bleibt auf einen Anzug, ein Schreibtischset, eine Unterschriftenmappe, einen Stockdegen und die Totenmaske Eberts beschränkt. Von besonderem historischem Gewicht – man könnte sogar den Begriff historisches Relikt verwenden –, ist eine versilberte Zigarrenkiste mit Gravur, die Ebert im Sommer

1921 von Matthias Erzberger während eines Aufenthaltes im Schwarzwald erhalten hat, kurz vor dem Mordanschlag auf den ehemaligen Reichsfinanzminister.<sup>14</sup>

## Ein Gang durch die Ausstellung

Lassen Sie uns durch die Ausstellung gehen, die sich zunächst dem Aufstieg Eberts in dem von Gleichzeitigkeit und Ungleichzeitigkeiten bestimmten Kaiserreich widmet. Beginnend mit der Gleichzeitigkeit der Reichsgründung, der Inhaftierung der sozialistischen Galionsfiguren Wilhelm Liebknecht und August Bebel als Paria und der Geburt Eberts 1871 in den beengten Verhältnissen des Milieus von Arbeitern und Kleinhandwerkern dreht es sich in den ersten



Stiftung Reichspräsident-Friedrich-Ebert-Gedenkstätte, Heidelberg.

Einige der wenigen Devotionalien Eberts werden in Raum 7 präsentiert.

Räumen wesentlich um die sozialdemokratische Emanzipations- und Demokratiebewegung und ihre Verortung im semi-parlamentarischen System des Kaiserreichs. Wenn hier die Industrialisierung thematisiert wird, dann nicht als Movers von Modernität und Motor wirtschaftlicher Expansion und technischen Aufbruchs, sondern mit ihren Schattenseiten, der Herausbildung eines sozial und politisch benachteiligten Proletariats, die schlaglichtartig über den Klappenschrank in Raum 1 erfahren werden können.

Auf die im Zuge der Industrialisierung an Brisanz gewinnenden politischen und sozialen Fragen der Arbeiterschaft bot die Sozialdemokratie die adäquaten Antworten, denen ein moderner Demokratiebegriff zugrunde lag. Ihre Forderungen besaßen über den Tag hinaus Gültigkeit und gelten heute als Wesenskern der Demokratie. Dazu zählen Grund- und Freiheitsrechte, Gewaltenteilung, allgemeines Wahlrecht,

die Herrschaft durch zeitlich limitierte demokratische Organe, eine demokratische Verantwortlichkeit der vom Volkswillen abhängigen Regierenden, die soziale Verpflichtung der Gemeinschaft für alle eines Gemeinwesens, der Respekt vor dem anderen, sowie humane Arbeits- und Lebensbedingungen (Stichworte Achtstundentag und Sozialversicherung). Und nicht nur für Deutschland wollte die SPD dies erreichen, sondern als eine weltumspannende Bewegung für die gesamte internationale Gemeinschaft.

Doch im unvollendeten Verfassungsstaat blieb die ausgegrenzte Sozialdemokratie eine von der Macht ferngehaltene Bewegung der „vaterlandslosen Gesellen“, die auch über die mit dem Sozialistengesetz (1878–1890) legislativ untermauerte Hatz unterdrückt und verfolgt wurde. In der Darstellung des Sozialistengesetzes werden die Hemmnisse für die politische Gleichberechtigung thematisiert. Allein die Präsentation der Wahlergebnisse und des Ungleichgewichts von Stimmen und Mandaten nach dem Mehrheitswahlrecht veranschaulicht den eklatanten Demokratierückstand des Kaiserreiches. Hier wird deutlich, dass Wahlen zwar unerlässlich für die Entfaltung einer Demokratie sind, aber nicht immer kausal zur Demokratie führen oder diese abbilden, dass eben dieses eigentliche Symbol der Demokratie nicht unbedingt positiv besetzt sein muss.

Der Antisozialdemokratismus blieb Staatsdoktrin. In dieser von Gleichheit und Freiheit weit entfernten Gesellschaft rang die Sozialdemokratie trotz der drohenden Nachstellungen und Sanktionen um das gleiche Recht für alle. Ebert war als Mann der zweiten Generation von Arbeiterführern zunächst Rädchen, schließlich ein maßgeblicher Kopf der auf Gleichberechtigung und Demokratie drängenden Arbeiterbewegung, die bis zum Ausbruch des Ersten Weltkriegs zu einer Massenbewegung wuchs und sich auf einen verästelnden Organisationsapparat stützen konnte, in dem Ebert eine zentrale Funktion wahrnahm. Wenn man bei Heuss von einem „homme de lettres“ sprechen darf, so war Ebert der Mann der Organisation.

Die ersten vier Räume betten seine Biographie in die Geschichte von Kaiserreich und Partei ein. Dabei geht es neben den allgemeingültigen demokratischen Werten auch um Formen innerparteilicher Demokratie und Emanzipation: Das Bild des 1908 gewählten Parteivorstands mit Luise Zietz als erster Frau in der Führungsetage der SPD sowie das von Eberts Frau Louise als ehemaliger Gewerkschafterin und zweite Vorsitzende eines kleinen Holzarbeiterverbandes liefern hier bescheidene Anknüpfungspunkte.

Die Erfolgskurve der SPD wurde durch den Ersten Weltkrieg jäh unterbrochen, der nicht nur die Parteispaltung brachte, sondern auch der Familie Ebert durch den Tod zwei ihrer Söhne Leid zufügte, wie es Millionen andere erleben mussten. Hier wird das Einzelschicksal zum Allgemeinen. Das Unwohlsein wird gefördert durch einen engen Schützengraben in einem abgedunkelten Raum. Nur ein schmaler dunkler Gang ohne Ausweichmöglichkeiten führt durch diesen Ausstellungsabschnitt, der mit Fotos und Filmausschnitten die Schrecken des Krieges vermittelt. Da muss jede/r Besucher/in durch. Der Krieg brachte zum Ende hin eine Forcierung der Demokratisierungstendenzen. Zudem gewann die SPD

gesellschaftliche Akzeptanz bei den bürgerlichen Parteien, die sie mit dem im August 1914 beschlossenen Burgfrieden ermöglichte, der wiederum zur Parteispaltung 1917 führte. Mit der Öffnung hin zu den bürgerlichen Parteien war auch der Boden für die Übernahme der Macht im November 1918 bereitet, womit letztlich auf die Tür zur parlamentarischen Demokratie weit aufgestoßen wurde.

Durch einen engen Zwischenraum mit Szenen der Revolution gelangt der Besucher in den größten Raum der Ausstellung, der die Grundsteinlegung der ersten Republik zum Thema hat. Die von vielschichtigen Problemen und Kämpfen um den weiteren Weg gezeichnete Revolution wird in einer Sequenz authentischer Fotos in dramatischer Raffung und Vergrößerung präsentiert. Nur unzureichend lassen sich Erwartungs- und Zeitdruck der Verantwortlichen thematisieren. Kursorisch werden die verschiedenen Formen der Ziele, die repräsentative Demokratie, die Rätedemokratie oder das bolschewistische Modell einer Rätediktatur benannt. Die Kürze ist legitim, denn der von Ebert unbeirrt beschrittene Weg in die parlamentarische Demokratie wurde von der übergroßen Mehrheit der Deutschen getragen, auch von der Mehrzahl der Arbeiter- und Soldatenräte, den Trägern der revolutionären Umwälzung. Eberts Politik in der Revolution besaß also breite Zustimmung.

Die Räume 6 bis 10 illustrieren die Zeit der Novemberrevolution und der Weimarer Republik – und damit auch die Präsidentenzeit Eberts. Weimar wird dabei nicht als ein demokratischer Versuch gesehen, dem schon bei der Geburt in der Revolutionsphase das Scheitern vierzehn Jahre später in die Wiege gelegt worden war, sondern als eine Republik, die immer Chancen zur Ausgestaltung und letztlich zur Festigung besaß.

Es ging um den Ausbau des im Angesicht der Folgelasten eines verlorenen Weltkriegs in einer Extremsituation gezimmerten republikanischen Gehäuses. Die innerlich wenig befriedete, von außen bedrängte Demokratie von Weimar war eine Republik der Dauerkrise. Demokratie wird als permanenter Kampf ums Überleben präsentiert. Formaldemokratische Ähnlichkeiten der ersten und zweiten Republik werden für Weimar mit der Realität, der Instabilität, konfrontiert. Allein die Anzahl von Regierungen in den sechs Jahren von Eberts Präsidentschaft reicht aus, um die Fragilität der Zeit vor Augen zu führen: neun Kanzler und zwölf Regierungen. Die durchschnittliche Haltbarkeitsdauer einer Kanzlerschaft lag bei acht Monaten. Es wird deutlich, dass eine schwache Demokratie immer Gefahr läuft, ausgehöhlt und zerstört zu werden. Dabei erscheint der Reichspräsident keineswegs als „eine hilflose Person“<sup>15</sup>, die die Krisen der Republik nicht bewältigen konnte. Im Gegenteil: Der Reichspräsident wird mit Recht als der Lotse durch die existenzbedrohenden Zuspitzungen (Annahme Versailler Vertrag, Abwehr Kapp-Lüttwitz-Putsch, Meisterung der Krise im Herbst 1923) gesehen, der unter voller Ausnutzung seiner präsidialen Rechte wesentlich das Überleben der Demokratie sicherte, was letztlich zu einer vorübergehenden Festigung der Republik führte. Nicht ohne Grund wird die mit dem Jahr 1924 einsetzende Phase als die der Normalität und Stabilität Weimars gesehen. Nur unter Außerachtlassung des entscheidenden präsidientlichen Krisenmanagements kann Ebert fehlende Durchsetzungs-

kraft attestiert werden.<sup>16</sup> In solchem Urteil wird zudem das Amtsverständnis des ersten Reichspräsidenten ignoriert, der seine Rechte sehr wohl zur Geltung bringen konnte, sich innerhalb der exekutiven Organe aber immer als ein Teamspieler erwies und sich Mehrheitsentscheidungen unterordnete. Ein Kaiser-Ersatz wollte und konnte er aufgrund seines demokratischen Selbstverständnisses nicht sein. So formte er das höchste Staatsamt der ersten Republik, für das es kein Vorbild gab, zu einem machtvollen Instrument im politischen Koordinatensystem von Weimar.

Neben der Vielfalt und einer unzureichenden Kompromissfähigkeit der Parteien präsentiert die Ausstellung die mit der Revolutionsregierung eingeführte Meinungs- und Pressefreiheit als unerlässliche Werte einer Demokratie, aber auch als Gefahren für die ungefestigte Republik. Denn die Freiheiten wurden von den Republikgegnern missbraucht und gaben ihnen die Möglichkeit, ihre verbalen Attacken gegen die Republik und ihre Träger zu fahren. Bis zur mörderischen Tat war dann der Weg nicht mehr weit. So stand Ebert als Staatsoberhaupt immer im Visier derjenigen, die unter Missbrauch von Freiheit gegen die Freiheit in Wort und Schrift zu Felde zogen. Auch verfassungsrechtlich verankerte demokratische Grundwerte sind keine Garanten der Systemstabilisierung, sondern benötigen zu ihrer vollen Entfaltung die demokratische Nutzung durch die Gemeinschaft.

Die neue Ausstellung konnte und durfte nicht mit dem Tod Eberts im Jahr 1925 enden. Filmsequenzen unter der Überschrift „Was bleibt?“ konfrontieren den Besucher mit dem nationalsozialistischen System, aber auch mit dem demokratischen Neuanfang nach 1945. Der Umgang mit Friedrich Ebert als einer geschichtsmächtigen Persönlichkeit in der Zeit von der ersten zur zweiten deutschen Republik, die Ausradierung seines Namens durch die Nationalsozialisten und die Rückbesinnung auf ihn beim Aufbau der zweiten Demokratie auf deutschem Boden, spiegelt sich sinnfällig im bildlich dargestellten Werdegang des Ebert-Denkmal an der Frankfurter Paulskirche wider, das zum Verfassungstag am 11. August 1926 – mit dem falschen Todesjahr Eberts (1924) als Inschrift – enthüllt wurde. Umgehend nach ihrer Machtergreifung ließen die Nationalsozialisten das Denkmal verhüllen, entfernen und einlagern. Fünf Jahre nach der Befreiung, zum 25. Todestag Eberts 1950, wurde dann ein neues Denkmal errichtet.

Auch der kurz dargestellte Lebensweg des ältesten Sohnes Friedrich weist auf die weitere deutsche Geschichte hin: Zeitweise von den Nationalsozialisten im Konzentrationslager inhaftiert, spielte er nach Kriegsende als Oberbürgermeister von Ost-Berlin eine wichtige Rolle in der DDR. Während Friedrich jr. als ZK-Mitglied der SED im Osten zur politischen Elite gehörte, verkörperte sein jüngerer Bruder Karl im Westen als Mitglied des Stuttgarter Landtags den demokratischen Teil Deutschlands. Die Trennlinie durch Deutschland nach 1945 ging mitten durch die Familie Ebert.

Die Weimarer Republik wird so grob in der deutschen Geschichte des 20. Jahrhunderts verortet, dabei aber eben nicht als eine Vorgeschichte der NS-Diktatur oder als ein Negativ-Abziehbild für die zweite Republikgründung gesehen. Im Fokus stehen am Ende der Ausstellung die in Weimar errungenen freiheitlichen und demokratischen Traditionen, aber auch, und darum findet man Hindenburg zum Schluss, die Erkenntnis, dass eine demokratisch konzipierte Verfassung wie die von Weimar sich nur dann entfalten und demokratiestabilisierend wirken kann, wenn die Verfassungsinstitutionen sie nicht missbrauchen. Kurzum: Während Ebert die verfassungsrechtlichen Möglichkeiten zur Stabilisierung der unreifen Republik einsetzte, nutzte sie Hindenburg gegen ihren Sinn, zur Zerstörung der Demokratie. Die Verfassung muss also gelebt werden. Gerade die Kür Hindenburgs durch Volkswahl wirft die Frage nach den Grenzen und Chancen plebiszitärer Komponenten der Demokratie auf, die auch heute noch kontrovers diskutiert werden. Weimar verweist auf die Gefährdung der Demokratie und eröffnet Erkenntnisse auch für den Zustand und die Zukunft der zweiten Republik.<sup>17</sup>

Der Schluss lenkt den Blick auf die verfassungsrechtlichen Bestimmungen, die beim Bau der Bundesrepublik anders gestaltet wurden, weil sie als verhängnisvolle Fehler von Weimar gesehen wurde. Dazu gehört auch die überaus starke Stellung des Reichspräsidenten; der Bundespräsident wurde in seinen machtpolitischen Kompetenzen erheblich gestutzt.

So wird ganz am Ende der Ausstellung der Versuch einer Verklammerung der Demokratie/n mit der Diktatur unternommen: Beides ist nicht losgelöst voneinander. Aber die Katastrophe 1933 ergab sich nicht zwangsläufig aus der Entwicklung der ersten Republik.

## Was noch?

Mit dem Friedrich-Ebert-Haus präsentiert sich eine Einrichtung zur Auseinandersetzung mit der Vergangenheit, vor allem mit Schöpfung, Praxis und Gefährdung der Demokratie, die zu erschließen mit weiteren unterstützenden Mitteln in



Was kommt nach Ebert? – die Zeitschiene der Jahre 1925 ff. im letzten Raum.

Angriff genommen werden kann. Dazu zählt standardmäßig ein Katalogband.<sup>18</sup> Eine wichtige Ergänzung stellt der fünf-sprachige Audioguide dar, der für deutschsprachige Benutzer zusätzliche Informationen zu einzelnen Themen und für die ausländischen Gäste eine Übersetzung der Ausstellungstexte bereithält.

Als außerschulischer Lernort verfügt das Haus über ein spezifisches Angebot, sich jenseits der Schule mit Geschichte auseinanderzusetzen. Denn die Weimarer Demokratie als „herausragender Gegenstand der historischen-politischen Bildung“ eignet sich in besonderer Weise zur Reflektion der gegenwärtigen Zustände.<sup>19</sup> Das „Friedrich Ebert Expertenheft“<sup>20</sup> umfasst Informationen und Quellen sowie entsprechende Arbeitsvorschläge zu einer vertieften Beschäftigung etwa an Projekttagen.

Bei den jeher zum Programm der Stiftung gehörenden Sonderausstellungen, die zeitlich über Eberts Lebensbahn und geografisch über den deutschen Raum hinausgehen, geht es auch immer um Fragen von Demokratie und Diktatur.<sup>21</sup> Ein wichtiger Baustein der erinnerungspolitischen Arbeit, der über die Zeit Eberts hinausweist, waren die Zeitzeugengespräche, die die Periode bis 1945 in der ganzen Breite abdeckten: vom letzten lebenden Reichstagsabgeordneten des Jahres 1933, Josef Felder, über die verfolgten Widerstandskämpfer Ludwig Gehm oder Franz-Josef Müller (von der „Weißen Rose“) bis hin zu Auschwitz-Überlebenden wie der 1922 in Wien geborenen Susan Cernyak-Spatz, Germanistik-Professorin in Charlotte/USA, die über Jahrzehnte alljährlich zu nachhaltigen Schülergesprächen ins Haus kam.

Raus ins Land geht die Stiftung vor allem mit ihren drei Wanderausstellungen: Die 1995 erstmals gezeigte „Friedrich Ebert – Vom Arbeiterführer zum Reichspräsidenten“ wurde nach 16 Jahren Laufzeit und an die achtzig bundesweiten Stationen vollkommen erneuert. Die Ausstellung „Die Reichskanzler der Weimarer Republik – Zwölf Lebensläufe in Bildern“ kann im 13. Jahr auch schon 27 Stationen vorweisen. Seit 2010 tourt die Karikaturenausstellung „Darüber lacht die Republik – Friedrich Ebert und ‚seine‘ Reichskanzler in der Karikatur“ durch die Lande, die es bei ihren mittlerweile 17 Stationen sogar bis nach Montpellier geschafft hat.

## Was bleibt und was kommt?

Irgendwann kommt eine neue Ausstellung, vielleicht zum 100. Todestag Friedrich Eberts 2025: Nun wird man diese graphisch modernisieren müssen, aber gibt es auch notwendige inhaltliche Korrekturen? Vom heutigen Stand aus müsste die Verrohung der politischen Kultur, wie sie in Weimar nicht nur in den Attentaten, sondern auch in den mehr als zweihundert von Ebert angestregten Verleumdungspro-

zessen zum Ausdruck kam, stärker betont werden, erleben wir doch auch heute eine Verderbtheit des politischen Diskurses – Stichwort „Populismus“ –, die auch die Zeit nach 1918 beherrschte. Während man bei der Gründung der Stiftung vor mehr als dreißig Jahren noch zuversichtlich von der Zukunft der Demokratie reden konnte, ist mittlerweile in Teilen der Gesellschaft die Skepsis an ihr gewachsen, was wiederum den allgemeinen Optimismus vom Ewigkeitscharakter der Demokratie ins Wanken geraten lässt. Hier gilt es anzusetzen, die schwierige Etablierung der Demokratie und den permanenten Kampf um ihr Überleben in Weimar stärker zu akzentuieren.



Politischer Mord und Verleumdung des Staatsoberhauptes als Kennzeichen der politischen Kultur von Weimar im schmalen Durchgangsraum 9.

Viel stärker müsste eine neue Ausstellung auf das Laboratorium Weimar eingehen, auf das Wagnis Demokratie, das durchaus über die Zeit hinausstrahlende Wegmarken setzte. In Abkehr von der alten Formel „Bonn ist nicht Weimar“ müsste es heißen „Wie viel Weimar steckt in Bonn – oder jetzt: in Berlin?“

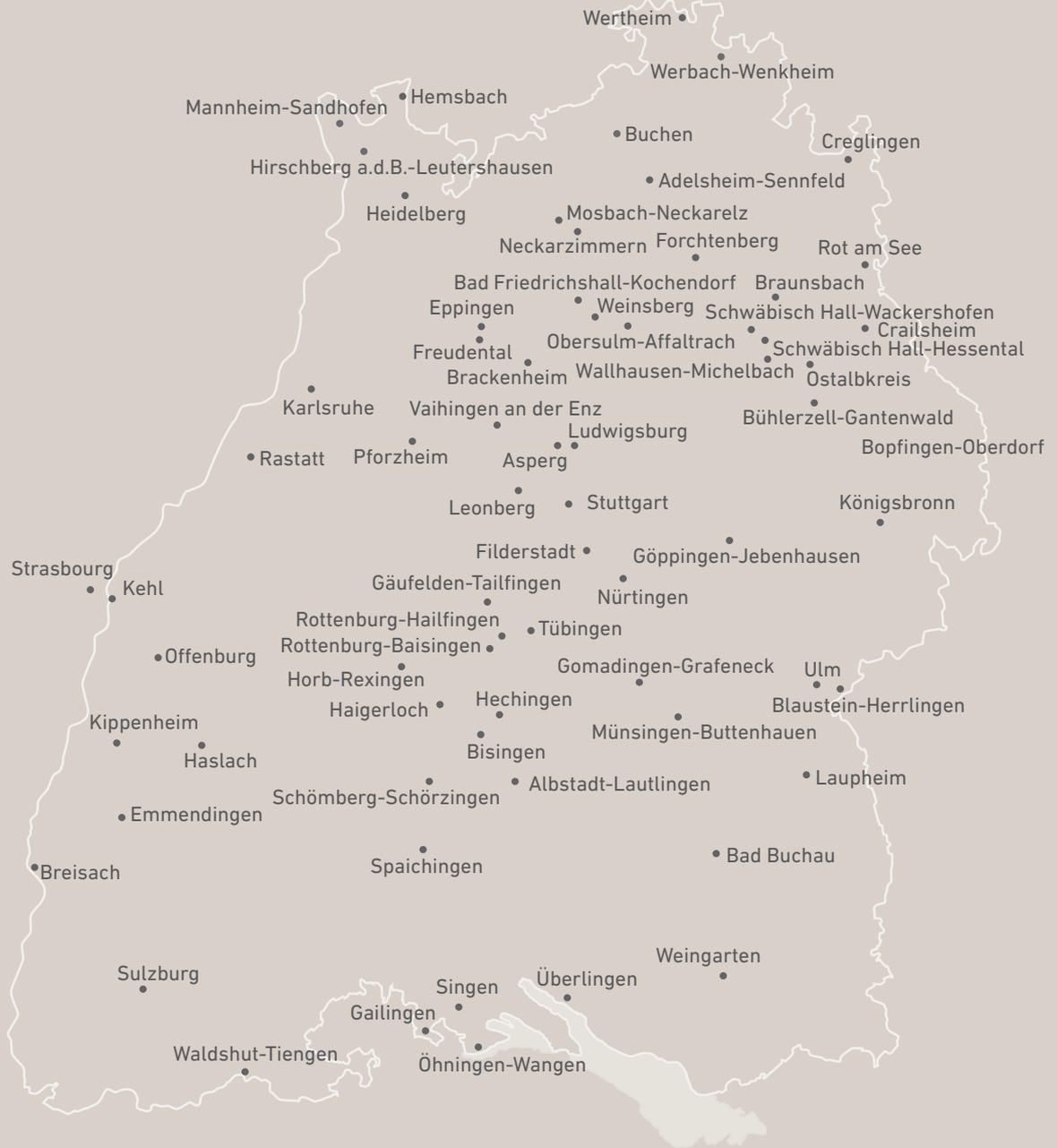
Die Vergleichbarkeit mit der allerjüngsten Vergangenheit, mit der politischen Situation nach der Bundestagswahl im September 2017, zwingt zu einer differenzierten Bewertung der Revolutionsphase von nicht einmal hundert Tagen. Der Bezugspunkt liegt auf der Hand: Nach hundert Tagen gelangten vier Parteien in einem prosperierenden Land zu der Erkenntnis, nicht als Regierungspartner zu taugen. Dies schärft den Blick auf die Revolution 1918/19: In drei Monaten am Ende eines vierjährigen Krieges mit all seinen Verwerfungen legte die von Ebert angeführte Revolutionsregierung – unter Belastungen, wie sie keine andere Regierung der deutschen Geschichte der Neuzeit zu bewältigen hatte – den Grundstein für die erste Demokratie auf deutschem Boden. Das Urteil über diese Periode muss also neben dem hohen Entscheidungsdruck immer auch die Kürze dieser Zeitspanne berücksichtigen. Und es drängt sich ein weiterer zeitlicher Vergleich auf, um die Fragilität Weimars aufzuzeigen: Erst ein halbes Jahr nach einer Bundestagswahl findet sich in der saturierten Bundesrepublik 2018 eine neue Regierung zusammen. In Weimar zur Zeit Eberts hielt eine Regierung durchschnittlich gerade einmal so lange: sechs Monate.

Trotz allem Neuen der künftigen Ausstellung, einiges wird bleiben. In Heidelberg hat sich die Bundesrepublik institutionell der Erinnerung an Friedrich Ebert als einem führenden Mann der Demokratiegeschichte angenommen. Das Friedrich-Ebert-Haus bleibt ein wichtiger Baustein des deutschen Demokratiegedächtnisses.

**Prof. Dr. Walter Mühlhausen**, geb. 1956, Historiker; Geschäftsführer und Vorstandsmitglied der Stiftung Reichspräsident-Friedrich-Ebert-Gedenkstätte (Heidelberg), apl. Professor an der TU Darmstadt; Forschungsschwerpunkte: Geschichte der Arbeiterbewegung (insbes. Persönlichkeiten), der Weimarer Republik und des Landes Hessen.

- 1 Zitiert nach „museumsmagazin“ Heft 1/2018, S. 26.
- 2 <https://demokratie-geschichte.de/ueber-uns> (Zugriff: 15. April 2018).
- 3 [https://www.willy-brandt.de/fileadmin/stiftung/Downloads/Hambacher\\_Manifest\\_zur\\_Demokratiegeschichte\\_2017.pdf](https://www.willy-brandt.de/fileadmin/stiftung/Downloads/Hambacher_Manifest_zur_Demokratiegeschichte_2017.pdf) (Zugriff: 15. April 2018). Siehe auch im Anhang dieser Publikation.
- 4 Der Koalitionsvertrag vom 14. März 2018 ist zu finden unter: [https://www.bundesregierung.de/Content/DE/\\_Anlagen/2018/03/2018-03-14-koalitionsvertrag.pdf;jsessionid=57FOA2D56C8C2B0AD0BDF804C4F9851F.s2t1?\\_\\_blob=publicationFile&v=5](https://www.bundesregierung.de/Content/DE/_Anlagen/2018/03/2018-03-14-koalitionsvertrag.pdf;jsessionid=57FOA2D56C8C2B0AD0BDF804C4F9851F.s2t1?__blob=publicationFile&v=5) (Zugriff: 5. Mai 2018); die Passagen auf S. 165 f.
- 5 Vgl. etwa die zu Orten der Demokratie erklärten unzähligen Gebäude der einstigen Bundeshauptstadt: Matthias Hannemann/Dietmar Preißler: Bonn – Orte der Demokratie. Der historische Reiseführer, hrsg. von der Stiftung Haus der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland/Bundeszentrale für politische Bildung, Berlin 2009.
- 6 Beschluss der Kulturministerkonferenz vom 6. März 2009 „Stärkung der Demokratieerziehung“ nach: [https://www.kmk.org/fileadmin/Dateien/veroeffentlichungen\\_beschluesse/2009/2009\\_03\\_06-Staerkung\\_Demokratieerziehung.pdf](https://www.kmk.org/fileadmin/Dateien/veroeffentlichungen_beschluesse/2009/2009_03_06-Staerkung_Demokratieerziehung.pdf) (Zugriff: 14. April 2018).
- 7 Vgl. Walter Mühlhausen: Friedrich Ebert in German Political Memory, in: Institutions of Public Memory. The Legacies of German and American Politicians. Edited by Astrid M. Eckert, Washington 2007, S. 115–126; wesentlich erweiterte Betrachtung als: Walter Mühlhausen: Friedrich Ebert in der politischen Erinnerung, in: ders. (Hrsg.): *Erinnern und Gedenken – 20 Jahre Reichspräsident-Friedrich-Ebert-Gedenkstätte*, Heidelberg 2009, S. 15–43; s. a. thematisch weiter gefasst und aktualisiert: Walter Mühlhausen: Friedrich Ebert in der politischen Erinnerung und in der historischen Forschung, in: Michael Dreyer/Andreas Braune (Hrsg.): *Weimar als Herausforderung. Die Weimarer Republik und die Demokratie im 21. Jahrhundert*, Stuttgart 2016, S. 159–174.
- 8 „Rhein-Neckar-Zeitung“ (Heidelberg) vom 25. Oktober 1985; vgl. Walter Mühlhausen: Zur Entstehungsgeschichte der Gedenkstätte, in: ders. (Hrsg.): *Erinnern* (wie Anm. 7), S. 63–89.
- 9 Vgl. Walter Mühlhausen: *Friedrich Ebert – Sein Leben, sein Werk, seine Zeit*. Begleitband zur Ausstellung, Heidelberg 1999.
- 10 Vgl. Bernd Braun/Walter Mühlhausen: *Vom Arbeiterführer zum Reichspräsidenten. Friedrich Ebert (1871–1925)*. Katalog zur ständigen Ausstellung in der Reichspräsident-Friedrich-Ebert-Gedenkstätte, Heidelberg 2012. Mittlerweile hat sich für das Wort „Gedenkstätte“ die weniger weihewolle Bezeichnung „Friedrich-Ebert-Haus“ für den Ort rund um die Ausstellung eingebürgert.
- 11 Unter diesem Leitmotiv stand eine von der Stiftung gemeinsam mit dem Verein „Gegen Vergessen – Für Demokratie“ veranstaltete Tagung im Juni 2014 „Demokratie und Partizipation – Spuren suchen, Geschichte vermitteln“; siehe das Mitteilungsblatt des Vereins Nr. 82 vom September 2014, S. 22 f.
- 12 Vgl. hierzu Walter Mühlhausen: *Friedrich Ebert 1871–1925*. Reichspräsident der Weimarer Republik, Bonn 2007, S. 13 ff.
- 13 Thomas Hertfelder: Opfer, Täter, Demokraten. Über das Unbehagen an der Erinnerungskultur und die neue Meistererzählung der Demokratie in Deutschland, in: *Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte* 65 (2017), S. 365–393, hier S. 377.
- 14 Ob diese Originalstücke tatsächlich wie „nach einem Schiffbruch verbliebene Habseligkeiten präsentiert werden“, möge der Besucher entscheiden; dieses Urteil bei Michele Barricelli: Öffentlich historische Leitbilder. Die biografischen Ausstellungen der Politikergedenkstätten in geschichtsdidaktischer Perspektive, in: Thomas Hertfelder/Ulrich Lappenküper/Jürgen Lillteicher (Hrsg.): *Erinnern an Demokratie in Deutschland. Demokratiegeschichte in Museen und Erinnerungstätten der Bundesrepublik*, Göttingen 2016, S. 199–222, S. 210. Wer sich insgesamt zu einer wenig fundierten, allerdings brillant formulierten Kritik der Ausstellung bemüht fühlt, sollte dann nicht grobe Fehler begehen, die eigene Oberflächlichkeit offenbaren: Die Briefe an die 1917 gefallenen Ebert-Söhne, die ungeöffnet zurückkamen, stammen nicht von Ebert selbst (so ebd., S. 208), sondern von seiner Schwägerin. Das ist der einzeiligen Bildunterschrift zu entnehmen. Vielleicht ist dem Autor immer noch nicht bekannt, dass ein Nachlass Eberts nicht überliefert ist.
- 15 Irmgard Zündorf: Akteure zwischen Monarchie, Diktatur und Demokratie. Die Ausstellungen der Politikergedenkstätten des Bundes, in: Hertfelder/Lappenküper/Lillteicher (Hrsg.), *Erinnern* (wie Anm. 14), S. 81–105, hier S. 92.
- 16 So fehlgehend aus Unkenntnis des Anteils Eberts an der Politik seiner Zeit das Urteil von Zündorf, ebd., S. 88.
- 17 So die Herausgeber im Vorwort zu: Dreyer/Braune (Hrsg.), *Weimar* (wie Anm. 7), S. IX.
- 18 Siehe Anm. 10; mittlerweile liegt der Katalog auch in Englisch vor; zurzeit wird eine französische Version entwickelt.
- 19 Moritz Kilger: *Weimar und die Demokratie für junge Bürger*, in: Dreyer/Braune (Hrsg.), *Weimar* (wie Anm. 7), S. 277–292, hier S. 281 und S. 291.
- 20 Michael Braun/Anette Hettinger: *Friedrich Ebert „Expertenheft“*. Informationen, Quellen und Arbeitsvorschläge für Ebert-Expertinnen und -Experten und solche, die es werden wollen, Heidelberg 2012.
- 21 2017 konnte das Friedrich-Ebert-Haus u. a. mit zwei ausländischen Ausstellungen aufwarten, die die Zeit nach Weimar betrafen: mit „Warschau 1944“, einer Ausstellung des Museums Warschauer Aufstand in Warschau, und mit „Zerrissene Jahre (1938–1944) – Einzelschicksale während des Holocausts in Budapest“, einer Ausstellung des Stadtarchivs Budapest, die eigens ins Deutsche übersetzt und in Heidelberg als der ersten deutschen Station gezeigt wurde.

# Anhang



## Die Präambel der Landesarbeitsgemeinschaft der Gedenkstätten und Gedenkstätteninitiativen in Baden-Württemberg

*Im Dezember 1995 gründete sich die Landesarbeitsgemeinschaft der Gedenkstätten (LAG). Dem Zusammenschluss gehörten damals 17 Gedenkstätten an. Heute umfasst die Landesarbeitsgemeinschaft der Gedenkstätten und Gedenkstätteninitiativen (LAGG) mehr als siebzig Mitglieder. Die Präambel ist am 12. März 2017 bei der LAGG-Delegiertenversammlung in Bad Urach neu gefasst worden. Der Text im Wortlaut:*

Die Erinnerung an Unterdrückung, Verfolgung, Ausbeutung, Ermordung und Vernichtung von Menschen unter der Herrschaft des Nationalsozialismus gehört zu den wesentlichen Elementen unserer politischen Kultur. Gleichermäßen ist auch die Erinnerung an Widerstand und Verweigerung gegenüber dem nationalsozialistischen Terror-Regime ein unverzichtbarer Bestandteil der Demokratie- und Wertevermittlung. Die Achtung der Menschenwürde ist wesentliche Grundlage unseres Handelns.

Orte, die mit den historischen Ereignissen unter dem Nationalsozialismus und seinen Folgen konfrontieren oder in anderer Form mit den Verbrechen der NS-Diktatur in Verbindung stehen, eignen sich in besonderer Weise als Veranschaulichungspunkte für das Erinnern; sie können durch sinnliche Wahrnehmung Wissen und Einsicht vermitteln und bieten Raum für Trauer und Gedenken.

Die Landesarbeitsgemeinschaft der Gedenkstätten und Gedenkstätteninitiativen (LAGG) fördert die Zusammenarbeit zwischen Einrichtungen in Baden-Württemberg, die die Erinnerung an Verfolgung und Widerstand während der nationalsozialistischen Gewaltherrschaft als ein zentrales Element ihrer Arbeit verstehen. Mitglieder in der LAGG kön-

nen alle baden-württembergischen Gedenkstätten und Gedenkstätteninitiativen werden, die sich bei ihrer Tätigkeit von folgenden Grundsätzen leiten lassen:

- Gedenken und Erinnerung an das Leiden der Opfer von Unterdrückung und Verfolgung sowie an den Widerstand gegen das nationalsozialistische Regime;
- Verständigung und Versöhnung mit den Ländern, deren Bevölkerung unter dem Nationalsozialismus gelitten hat;
- Eintreten gegen Rassismus und Antisemitismus sowie jegliche Form gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit;
- Förderung des historisch-politischen Dialogs mit Zeitzeugen und Nachlebenden im Interesse der Bewahrung eines lebendigen demokratischen Gemeinwesens;
- Erinnerung an die Geschichte der zweiten Diktatur auf deutschem Boden im 20. Jahrhundert und Gedenken an deren Opfer;
- Vermittlung demokratischer Werte und Förderung demokratischen Handelns.

Die LAGG vertritt gemeinsame Interessen ihrer Mitglieder gegenüber dem Land Baden-Württemberg und den Kommunen. Sie kooperiert über die Landesgrenzen hinaus mit Einrichtungen, Organisationen und Verbänden, die vergleichbare Zielsetzungen haben.

Im Internet: [www.gedenkstaetten-bw.de/lagg\\_go.html](http://www.gedenkstaetten-bw.de/lagg_go.html)

## Hambacher Manifest zur Demokratieggeschichte der Arbeitsgemeinschaft „Orte der Demokratieggeschichte“

*Rund drei Dutzend Organisationen und Institutionen aus ganz Deutschland haben am 1. Juni 2017 in Berlin die Arbeitsgemeinschaft „Orte der Demokratieggeschichte“ gegründet. Ihr gemeinsames Ziel ist es, die Wahrnehmung der deutschen Demokratie- und Freiheitsgeschichte lokal, regional und bundesweit zu fördern. Als Gründungsdokument hat die Arbeitsgemeinschaft das „Hambacher Manifest zur Demokratieggeschichte“ verabschiedet. Das Dokument im Wortlaut:*

### Präambel

Deutschland hat Anteil an der langen europäischen Demokratie- und Freiheitstradition. Das Wissen um diese Wurzeln ist in unserer Gesellschaft vielfach verschüttet. Es ist vergessen, dass unser demokratischer, freiheitlicher und sozialer Rechtsstaat von vielen Menschen in unserem

Land in politischen und teilweise militärischen Auseinandersetzungen unter zahlreichen Opfern erst erkämpft werden musste.

Auf diesem mühsamen, über zwei Jahrhunderte dauernden Weg Europas in die demokratische Gesellschaft wurde ein Grundwertekanon entwickelt, auf dem das gesellschaftliche Leben der Bundesrepublik Deutschland beruht.

Auch heute gilt: Demokratie, Grund- und Menschenrechte sind nicht selbstverständlich. Sie müssen immer wieder aufs Neue erkämpft und verteidigt werden. Sich dies bewusst zu machen, ist ein erster wichtiger Schritt, Demokratie, Grund- und Menschenrechte in unserer Gesellschaft zu stärken. Unverzichtbar und wichtig bleibt dafür auch die Erinnerung an das Unrecht und die Verbrechen in der deutschen Geschichte, insbesondere in den beiden deutschen Diktaturen.

## Ziele

Ziel der Arbeitsgemeinschaft „Orte der Demokratiegeschichte“ ist es, die Wahrnehmung der deutschen Demokratie- und Freiheitsgeschichte lokal, regional und deutschlandweit zu fördern. Dafür sind zum einen schon bekannte oder bisher weniger bekannte Orte und Ereignisse im öffentlichen Gedenken zu verankern und als Lernorte weiter zu entwickeln. Zum anderen sind Vorkämpfer/innen und Streiter/innen für Demokratie und Grundwerte öffentlich stärker herauszustellen; ihre Bereitschaft, in ihren Lebenssituationen Verantwortung zu übernehmen und Handlungsspielräume zu nutzen, ist aufzuzeigen. Diese Erinnerungsarbeit zu den demokratischen Traditionen und Traditionslinien ermöglicht jeder und jedem, unabhängig von der Herkunft, auch über nationale Grenzen hinaus, eine bessere Orientierung in unserer Gesellschaft.

- Durch das Wissen um die schwierigen Wege zu Freiheit und Demokratie kann die Sensibilität entwickelt werden, Gefährdungen des demokratischen Grundkonsenses zu erkennen.
- Das Erinnern an historische Konstellationen der Demokratiegeschichte fördert das Erkennen eigener Handlungsspielräume und damit die aktive Mitgestaltung und Teilhabe am Prozess der politischen und gesellschaftlichen Willensbildung.
- Durch die Auseinandersetzung mit den demokratischen und freiheitlichen Traditionen sollen Respekt gegenüber demokratischen Einrichtungen und die Bereitschaft, sich gesellschaftlich zu engagieren, gefördert werden.
- Demokratie war nie ein fester gesetzter Begriff – und ist es nicht. Die Diskussion über die Frage, was Demokratie für uns auch heute ausmacht, soll beflügelt und als wesentlicher Teil der Demokratie verstanden werden.
- Von diesem Ansatz einer identitätsstiftenden Demokratieerinnerung versprechen sich die Partner des Netzwerks Anstöße für die Forschung, insbesondere für eine umfassende Demokratiegeschichtsschreibung. Noch sind längst nicht alle erinnerungswürdigen Orte und Personen entdeckt.
- Diese Art der Erinnerung ermöglicht eine Verknüpfung mit gleichartigen Traditionen in anderen europäischen Ländern und stärkt damit die Fundamentierung und Einigung eines freiheitlich-demokratischen Europas.
- Für demokratiegeschichtliche Erinnerungsorte ist ein Förderprogramm des Bundes aufzulegen, das eine systematische Förderung dieser Orte und der damit verbundenen zivilgesellschaftlichen Initiativen ermöglicht.
- Demokratiegeschichtliche Erinnerungsorte sind als wichtige außerschulische Lernorte zu begreifen; ihr Besuch sollte in die Bildungspläne der Länder aufgenommen werden.

## Wege

Demokratiegeschichtliche Erinnerungsorte sind Orte der gesellschaftlichen Diskussion zu Gestaltung und Gefährdung von Freiheit, Gerechtigkeit, Grund- und Menschenrechten. Demokratische Teilhabe und Zivilcourage sollen angeregt werden. Die unterzeichnenden Initiativen und Institutionen sind zusammengelassen, um diese Ziele zu unterstützen. Dazu tauschen sie ihre Erfahrungen aus und wollen gemeinsam Antworten auf die Gefährdungen von Demokratie und Grundwerten entwickeln.

Die Wahrnehmung demokratischer Erinnerungsorte, die Belebung demokratischer Wurzeln und das Anknüpfen an positive Stränge deutscher Geschichte sollen durch gemeinsames Wirken angeregt und mit Aktivitäten unterstützt werden:

- Regelmäßige öffentliche Information und Kommunikation
  - gemeinsame Thementage
  - Entwicklung von Informationsformaten und Partizipationsmöglichkeiten
  - gemeinsame Internetseite; Flyer, Stände
- Historisch-politische Bildungsarbeit zu Orten der Demokratiegeschichte
  - Weiterentwicklung von Formaten mit Beteiligung und Gegenwartsbezug
- Wissen und wissenschaftlicher Austausch
  - Bündelung des Wissens um Orte der Demokratiegeschichte: Kataster/Karte der Orte (digital)
  - Publikationen, Tagungen, Einzelveranstaltungen
- Interessenvertretung für Anliegen der Demokratiegeschichte gegenüber Entscheidungsträgern in Politik, Bildung und Wissenschaft

Im Internet: <https://demokratie-geschichte.de/>

# Veröffentlichungen der LpB

## Materialien

LpB Baden-Württemberg [Hrsg.]: Baden 1933. Die nationalsozialistische Machtübernahme im Spannungsfeld von Landes- und Reichspolitik, MATERIALIEN, Stuttgart 2017.

LpB Baden-Württemberg und LAGG [Hrsg.]: Das KZ Natzweiler-Struthof und seine Außenlager. Eine Handreichung zum Besuch der Gedenkstätten (Mit CD-ROM), 2. überarb. u. erw. Aufl., Stuttgart 2014.

LpB Baden-Württemberg u. Gedenkstätte KZ Bisingen [Hrsg.]: Es war ein Bahnhof ohne Rampe. Ein Konzentrationslager am Fuße der Schwäbischen Alb, MATERIALIEN, Stuttgart 2007. Online abrufbar unter: [www.lpb-bw.de/download\\_bausteine.html](http://www.lpb-bw.de/download_bausteine.html)

LpB Baden-Württemberg [Hrsg.]: „Evakuiert“ und „Unbekannt verzogen“. Die Deportation der Juden aus Württemberg und Hohenzollern 1941 bis 1945, MATERIALIEN, 3. überarb. u. erw. Aufl., Stuttgart 2008.

LpB Baden-Württemberg [Hrsg.]: „Heraus zum Massenstreik“. Der Mössinger Generalstreik vom 31. Januar 1933. Linker Widerstand in der schwäbischen Provinz, MATERIALIEN, Stuttgart 2015.

LpB Baden-Württemberg [Hrsg.]: „Ich habe den Krieg verhindern wollen“. Der Hitler-Gegner Georg Elser und sein Attentat vom 8. November 1939 – die Motive, Vorbereitungen und Folgen, MATERIALIEN, 2. Aufl., Stuttgart 2015.

LpB Baden-Württemberg [Hrsg.]: „Ich weiß nicht, ob wir nochmals schreiben können“. Die Deportation der badischen und saarpfälzer Juden in das Internierungslager Gurs in den Pyrenäen, MATERIALIEN, Stuttgart 2010.

LpB Baden-Württemberg [Hrsg.]: „Wir als Juden können diese Zeit nie vergessen“. Die Juden von Buttenhausen – Vom Leben und Untergang einer Landgemeinde in Württemberg, MATERIALIEN, 2. Aufl., Stuttgart 2014.

LpB Baden-Württemberg [Hrsg.]: „Wir sind gezeichnet fürs Leben, an Leib und Seele“. Unternehmen „Wüste“. Das südwürttembergische Ölschieferprojekt und seine sieben Konzentrationslager, MATERIALIEN, Stuttgart 2012. Online abrufbar unter: [www.lpb-bw.de/download\\_bausteine.html](http://www.lpb-bw.de/download_bausteine.html)

LpB Baden-Württemberg [Hrsg.]: „Wohin bringt ihr uns?“ Grafeneck 1940. NS-„Euthanasie“ im deutschen Südwesten, MATERIALIEN, Stuttgart 2011. Online abrufbar unter: [www.lpb-bwl.de/download\\_bausteine.html](http://www.lpb-bwl.de/download_bausteine.html)

LpB Baden-Württemberg u. Träger- und Förderverein Ehemalige Synagoge Rexingen e. V. [Hrsg.]: Vom Neckar ans Mittelmeer – Jüdische Flüchtlinge aus dem schwäbischen Dorf Rexingen gründen 1938 eine neue Gemeinde in Galiläa. MATERIALIEN, Stuttgart 2008. Online abrufbar unter: [www.lpb-bw.de/download\\_bausteine.html](http://www.lpb-bw.de/download_bausteine.html)

## Leitfaden

LpB Baden-Württemberg und LAGG [Hrsg.]: Erinnern – Erfahren – Erlernen. Pädagogische Ansätze und Konzepte für Jugend- und Vermittlungsarbeit an Gedenkstätten, LEITFADEN, Stuttgart 2017.

## Verzeichnis

LpB Baden-Württemberg und LAGG [Hrsg.]: Gedenkstätten in Baden-Württemberg, 5. überarb. Aufl., Stuttgart 2012.

## Politik & Unterricht/Bürger & Staat

LpB Baden-Württemberg [Hrsg.]: Anette Hettinger: Gedenkstätten in Baden-Württemberg. Politik & Unterricht. Zeitschrift für die Praxis der politischen Bildung, Heft 4/2015.

Online abrufbar unter: [www.politikundunterricht.de](http://www.politikundunterricht.de)

LpB Baden-Württemberg [Hrsg.]: Gedenkstätten. Lernorte zum nationalsozialistischen Terror. Politik & Unterricht. Zeitschrift für die Praxis der politischen Bildung. Heft 3/2008. Online abrufbar unter: [www.politikundunterricht.de](http://www.politikundunterricht.de)

LpB Baden-Württemberg [Hrsg.]: Bewältigung von Diktaturen. Der Bürger im Staat, Heft 3/2006. Online abrufbar unter: [www.buergerimstaat.de](http://www.buergerimstaat.de)

## Bücher

Angela Borgstedt/Sibylle Thelen und Reinhold Weber [Hrsg.]: Mut bewiesen. Widerstandsbiographien aus dem deutschen Südwesten, Stuttgart 2017.

Konrad Pflug/Ulrike Raab-Nicolai und Reinhold Weber [Hrsg.]: Orte des Gedenkens und Erinnerns in Baden-Württemberg, Stuttgart 2007.

Sylvia Schraut/Peter Steinbach/Wolfgang M. Gall und Reinhold Weber [Hrsg.]: Menschenrechte und Geschichte. Die 13 Offenburger Forderungen des Volkes von 1847, Stuttgart 2015.

Peter Steinbach/Thomas Stöckle/Sibylle Thelen und Reinhold Weber [Hrsg.]: Entrechtet – verfolgt – vernichtet. NS-Geschichte und Erinnerungskultur im deutschen Südwesten, Stuttgart 2016.

Reinhold Weber/Peter Steinbach und Hans-Georg Wehling [Hrsg.]: Baden-württembergische Erinnerungsorte, Stuttgart 2012.

## DOKUMENTATION

### **Gespaltene Erinnerung?**

Diktatur und Demokratie an Gedenkorten und Museen in Baden-Württemberg

*Ergebnisse einer Tagung vom 21./22. März 2018  
in Bad Urach*

ISBN 978-3-945414-57-6

Bestellungen über den Webshop der Landeszentrale [www.lpb-bw.de/shop](http://www.lpb-bw.de/shop).  
Bei Bestellungen kostenfreier Produkte gehen ab 500g die Versandkosten zu Ihren Lasten. Versandkosten umfassen neben den Portokosten auch die Verpackungskosten und das Handling.  
[www.gedenkstaetten-bw.de](http://www.gedenkstaetten-bw.de) | [www.lpb-bw.de](http://www.lpb-bw.de)



Alle Publikationen des Fachbereichs  
Gedenkstättenarbeit finden sie hier:  
[http://www.gedenkstaetten-bw.de/  
publikationen0.html#denkstaet](http://www.gedenkstaetten-bw.de/publikationen0.html#denkstaet)